

Georgi Watschnadse

Zeitbombe RUSSLAND

M i l i t ä r

M a f i a s

I n d u s t r i e

Georgi Watschnadse

Zeitbombe Rußland

Militär • Mafias • Industrie

Zweitausendeins

Aus dem Russischen

von Tina Delavre und Barbara Maier

Zweitausendeins

I. Auflage, August 1994. Deutsche Erstausgabe.

Copyright © 1994 by Zweitausendeins, Postfach, D-60381 Frankfurt am Main.

Die russische Originalausgabe erschien im Juni 1994
im Verlag Kniga, Ltd., Moskau/ Blaue Hörner Verlag, Marburg, unter dem Titel
»Voennye Mafii kremlja« [Die militärischen Mafias des Kreml].

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der mechanischen, elektronischen oder fotografischen Vervielfältigung, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, des Nachdrucks in Zeitschriften oder Zeitungen, des öffentlichen Vertrags, der Verfilmung und Übertragung durch Rundfunk, Fernsehen oder Video, auch einzelner Textteile.

Der *gewerbliche* Weiterverkauf und der *gewerbliche* Verleih von Büchern, Platten, Videos oder anderen Sachen aus der Zweitausendeins-Produktion bedarf in jedem Fall der schriftlichen Genehmigung durch die Geschäftsleitung vom Zweitausendeins Versand in Frankfurt.

Lektorat Ekkehard Kunze, Michael Schmitt und Martin Weinmann, Wiesbaden.

Umschlaggestaltung Fuhr & Wolf, Frankfurt am Main.

Herstellung Dieter Kohler & Bernd Leberfinger, Nördlingen.

Satz, Druck und Bindung Wagner GmbH, Nördlingen.

Gesetzt aus der Walbaum-Antiqua.

Printed in Germany.

Dieses Buch gibt es nur bei Zweitausendeins
im Versand (Postfach, D-60381 Frankfurt am Main) oder
in den Zweitausendeins-Läden in Berlin, Essen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Köln,
München, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart.

In der Schweiz über buch 2000, Postfach 89, CH-8910 Affoltern a. A.

ISBN 3-86150-078-7

Inhalt

Einleitung.....	7
I. Die Privatisierung der Macht	
1. Rußlands Ruf als Geschäftspartner ist ruiniert	9
2. Der Preis des Sieges.....	12
3. Die Beamten des großen und unbesiegbaren Rußland	21
4. Wer zwingt Iwan zur Arbeit?	24
5. Der Militärhaushalt wächst schon wieder.....	30
II. Armee ohne Wohnraum	
1. Die Militärreform tritt auf der Stelle.....	34
2. Die Raketenabwehr erwies sich als Bluff	49
3. Die russische Armee in Deutschland — ein khakifarbenes Bordell	56
4. Rekrut in Rußland: Leben wie ein Strafgefangener	63
5. Armee-Einheiten haben sich zu Verbrecherbanden entwickelt.....	66
III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld	
1. Turnschuhe statt Fallschirme — wenn das so einfach wäre!.....	74
2. Cocom ist noch in Kraft	89
3. Die Militärs wollen selber mit Waffen handeln	97
IV. Die Niederlage im Weltraum	
1. Am Rande des Dritten Weltkriegs.....	115
2. Angeberei im Weltraum — auf Staatskosten	124
3. Noch nicht einmal für die MIG gibt es Käufer.....	130

V. Wozu braucht Rußland dreißig neue Atomkraftwerke?	
1. Der Markt für Atomtechnologie	141
2. Atom-Hooligans	145
3. Unkontrollierte Atomobjekte	157
4. Chemiewaffen in Krisenregionen	163
VI. Konversion in den Wissenschaftsstädten bei Moskau	
1. Technoparks hinter Stacheldraht	175
2. Das MiK-Monster wird keine Wiederauferstehung erleben.....	193
3. Selbst den Moskauern gehen inzwischen das Umweltdesaster und die katastrophalen Verhältnisse im Gesundheitswesen an die Nieren	200
4. Wirtschaftliche Prioritäten	204
VII. Die SS-Trupps des Systems	
1. Die fünfte Macht	216
2. Ehemalige KGB-Leute an der Spitze neuer Joint ventures.....	243
3. Warum Jelzin Minister Barannikow entlassen hat	262
Schlußwort. <i>Ein Selbstinterview</i>	291

Einleitung

In Rußland hat man weder Respekt vor der Macht noch Achtung vor dem Gesetz. Brauchbare Gesetze gibt es nur wenige und die wenigen, die es gibt, werden nicht eingehalten.

Wähler, die nicht in politischen Parteien organisiert sind, haben keinerlei Möglichkeit, ihre Abgeordneten zu kontrollieren.

Die Privatisierung geht nur langsam voran. Die Betriebe, die bereits in Aktiengesellschaften oder Privatfirmen umgewandelt worden sind, stehen nach wie vor unter der Kontrolle der bürokratischen Strukturen. Die rasante Inflation hat alle in Rubel angelegten Ersparnisse entwertet und vernichtet — und das unmittelbar vor Beginn der Privatisierung.

Der energischste Teil der alten Nomenklatura hat sich in den Schlüsselpositionen gehalten.

Demokratisierung der Gesellschaft heißt hier vor allem, daß die Grenzen zwischen der herrschenden Elite und offen kriminellen Strukturen verschwimmen. Korruption, Diebstahl an Staatseigentum und Bestechlichkeit haben um ein Vielfaches zugenommen. Der Staat hat zudem Löhne und Pensionen mehrmals gesenkt.

Die Zügellosigkeit der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Mafia ist keineswegs ein Phänomen der Übergangsphase zu Markt, Demokratie und Freiheit. In den letzten Jahren der UdSSR und KPdSU-Herrschaft haben die im KGB, militärischen Abschirmdienst, Verteidigungs- und Innenministerium sowie im militärischindustriellen Komplex (MiK) maßgeblichen Leute bewußt und um der eigenen Interessen willen die Wirtschaft in den Ruin treiben lassen, wobei sie nicht einmal davor zurückschreckten, im Kaukasus, in Moldawien und in Tadschikistan Kriege anzuzetteln.

Einleitung

Von der Niederschlagung des Putsches im August 1991 hat sich die Nomenklatura mittlerweile voll und ganz erholt — der MiK und andere militärische Strukturen regieren mit eiserner Faust im Kreml und in der Provinz. Rußland treibt auf eine Diktatur sich gegenseitig befehrender kriminell-mafioser Gruppierungen zu — Verhältnisse, wie sie in Tschetschenien, Georgien, Aserbaidtschan, Tadschikistan und Afghanistan bereits eingetreten sind.

I. Die Privatisierung der Macht

1. Rußlands Ruf als Geschäftspartner ist ruiniert

Was die Reputation seiner wirtschaftlichen Zuverlässigkeit anlangt, ist Rußland inzwischen international auf Platz 149 abgesunken. Zwei Drittel des einheimischen Wirtschaftspotentials sind der Schattenwirtschaft zuzurechnen, die mittlerweile untrennbar mit offiziellen Strukturen verflochten ist. In der alten UdSSR überschritt ihr Anteil am Wirtschaftssieben niemals mehr als 30 Prozent. Auch unsere Statistik ist zu nichts zu gebrauchen; die besten Daten über den Zustand der russischen Wirtschaft liefert der CIA. Die Tragödie besteht auch darin, daß wir nicht wissen, wer in Rußland Politik macht. Entscheidungen über den militärisch-industriellen Komplex (MX), den Geldumtausch, die Beziehungen zu den kriegsführenden Parteien in Tadschikistan, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidshan werden in Moskau getroffen, und niemand weiß von wem. An dieser Undurchschaubarkeit von Entscheidungsprozessen hat sich seit den Zeiten, als unter Breschnew der Einmarsch nach Afghanistan beschlossen wurde, nichts geändert. Breschnew hatte – so schien es zunächst – das Ausmaß der allgemeinen Korruption und Schlamperei in der Volkswirtschaft auf die Spitze getrieben. Aber schon ein Jahr nach den Reformen war alles noch viel schlimmer.

Die Schattenwirtschaft, eine tragende Säule des russischen Sozialismus, diktiert uns Verhaltensweisen und Moralvorstellungen, die ins Verderben führen, weil sie die Bevölkerung zur Mißachtung des Gesetzes erziehen. Nicht nur Vorzeigeobjekte, jedes Bauvorhaben war für die Nomenklatura eine Goldgrube zur persönlichen Bereicherung. Jeder

I. Die Privatisierung der Macht

Direktor fälschte seinen Rechenschaftsbericht und schönte das Bild der Leistungen seines Betriebes und seiner eigenen Verdienste. Milch wurde mit Wasser verdünnt, Baumwolle und Tee wurden mit Müllrückständen gestreckt, Autos wurden ausgeliefert, von denen man wußte, daß sie schrottreif waren, und Fernseher produziert, die jeden Augenblick explodieren konnten. Aus eigensüchtigen, aber auch aus politischen Motiven heraus war jedes einzelne Glied in der Verwaltungskette daran interessiert, die übergeordnete Dienststelle mit gefälschten Wirtschaftsdaten zu füttern.

Die ganze Statistik war ungeheuer aufgeblasen. Und obendrein hielt der Staat die Daten über die tatsächliche Höhe des Militärhaushaltes und die Leistungen der Rüstungsindustrie geheim, für die bis zu 70 Prozent des Wirtschaftspotentials eingesetzt wurden.

Berichterstattung über Staatsausgaben und -einnahmen war faktisch verboten. Die öffentliche Meinung konnte sich nicht artikulieren, für die öffentliche Erörterung von Alltagsproblemen gab es keinen Raum. Schon die geringste Kritik an die Adresse der Herrschenden war gefährlich. Auf diese Weise betrog der Staat nicht nur seine Bürger, sondern auch sich selbst, da er jegliche Fähigkeit zur effektiven Selbstkontrolle verlor.

Mit dem Ende der Sowjetmacht endete auch die gute alte Tradition, die Planerfüllungsquoten ins Positive zu frisieren. Heute ist jeder Direktor ängstlich darauf bedacht, die Zahlen über den Produktionsausstoß seines Betriebes nach unten zu korrigieren, um so lästigen Steuerzahlungen zu entgehen. Es gibt im Land zwei Millionen Statistiker, aber zuverlässige Daten und Informationen hat es weder gestern noch heute gegeben. Außerdem muß die einheimische Statistik immer noch an internationale Standards angepaßt werden.

Mit Fug und Recht kann behauptet werden, daß die UdSSR nicht zuletzt deshalb untergegangen ist, weil keine einzige Regierung einer Republik über eine zuverlässige Analyse des tatsächlichen Zustandes der Wirtschaft verfügte. Schon nach ein bis zwei Jahren Unabhängigkeit haben die Republiken, die keinerlei Steuern mehr an den Kreml abführen, erkannt, daß sie es sich einfach nicht leisten können, Weltmarktpreise für Energieträger und andere Rohstoffe aus Sibirien zu bezahlen.

1. Rußlands Ruf als Geschäftspartner ist ruiniert

Selbst in der Umgebung von Jelzin hätte man wohl anders auf den Zerfall der UdSSR reagiert, wenn man sich von Anfang an eine realistische Vorstellung darüber gemacht hätte, daß auch Rußland ohne die südlichen Republiken kaum überlebensfähig ist. Das Drama des Kreml besteht darin, daß niemand sich an die von ihm erlassenen Gesetze hält, niemand die reale Situation einschätzen kann und niemand der Presse, den Politikern, der offiziellen Statistik oder gar der Wissenschaft glaubt.

Die Analysen, die der CIA über die Situation der russischen Wirtschaft erstellt, sind nur dort zuverlässig, wo sie sich auf Satellitenbilder von Ernteträgern stützen. Es ist bekannt, daß auch der CIA die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft weit überschätzt hat.

Ausländische Investoren erwiesen sich als sehr viel seriöser. Zweimal im Jahr berechnen von der Zeitschrift *Euromoney* beauftragte Spezialisten für ausländische Investoren die wirtschaftliche Zuverlässigkeit aller Länder der Welt. Nach diesen Berechnungen stand Rußland im September 1992 auf Platz 129 und im März 1993 auf Platz 149. China erhielt im selben Zeitraum Platz 43 bzw. 42, Kuba Platz 165 bzw. 169. Das Risiko bei geschäftlichen Beziehungen mit den Ländern der GUS wird als unannehmbar hoch bewertet. Selbst im kriegführenden Jugoslawien, das auf der Rangliste den 125. bzw. 132. Platz einnimmt, kann man sicherer investieren als im friedlichen Lettland oder in Litauen, ganz zu schweigen von Rußland oder Tadschikistan.

Das rechtliche und politische Chaos im postkommunistischen Rußland und in allen Ländern der GUS wird von sehr gefährlichen Intrigen begleitet, die hinter den Kulissen ausgeheckt werden und von denen man sich später eilfertig distanziert. Gorbatschow wußte angeblich nicht, wer den Einsatz von Spezialeinheiten gegen Demonstranten in Tbilisi und Wilna befohlen hatte und wer für das Massaker an den Armeniern in Sumgait verantwortlich war. Weder von dem Geldumtausch noch von den Ereignissen im Nordkaukasus oder den Folgen der von der Regierung zu verantwortenden Reformen wollte Jelzin etwas gewußt haben. Die *Nesawissimaja gaseta* (26. 6. 1993) legte Beweise für das vor, was schon lange vermutet worden war: »Immer öfter werden wichtige politische Entscheidungen geheim und anonym getrof-

I. Die Privatisierung der Macht

fen. Klar ist nur eins, daß sie weder vom Parlament noch von der ganzen Regierung oder dem Sicherheitsrat formuliert werden. Am ehesten dürften hier irgendwelche Leute aus der Armee, dem Sicherheits- und Außenministerium ihre Finger im Spiel haben. Es stellt sich die Frage, ob der Präsident eigentlich das letzte Wort hat und über alles Wesentliche informiert ist. Ist er überhaupt in der Lage, die Politik des russischen Staates zum Beispiel gegenüber Aserbajdschan wirkungsvoll zu kontrollieren? Es ist naiv, anzunehmen, die Vorgänge würden nicht aus Moskau dirigiert; die Frage ist nur, von wem? Dasselbe gilt für den abchasischen Konflikt. Wir haben wieder einmal ein Niveau der Entscheidungsfindung erreicht, das auch schon den Beschluß über den Einmarsch nach Afghanistan kennzeichnete.«

Dummheit und Verantwortungslosigkeit zeichneten den Kreml in den Zeiten der Monarchie ebenso aus wie in den Jahren des Kommunismus. Auch heute noch betrachtet der Kreml seine Untertanen als Arbeitsvieh, dem man keine Informationen oder Erklärungen zu geben braucht. Die Analysen der sowjetischen Wirklichkeit, die für die Parteiführung erstellt wurden, trugen stets die Aufschrift »streng geheim« oder »nur für den Dienstgebrauch«. Wenn heute unsere Ökonomen, Soziologen, Politiker und Juristen gegen Bezahlung für die Regierung oder für ausländische Firmen schreiben, ist das auch nicht anders. Früher wurden diese durchaus nützlichen Informationen wenigstens kostenlos an die Moskauer Redaktionen verteilt. Rußland ist — heute wie gestern — das Land der Unwissenheit.

2. Der Preis des Sieges

Seit Peter dem Großen hat sich Rußland die Bürde einer gigantischen Militärmaschinerie aufgeladen und sich in fast alle großen militärischen Konflikte eingemischt. Lew Tolstoj konfrontierte seine Zeitgenossen mit der Einsicht, daß nicht nur im Krimkrieg, sondern auch schon 1812, im Krieg gegen Napoleon, russisches Blut völlig sinnlos vergossen worden sei. Daß Rußland seit Beginn des 18. Jahrhunderts immer wieder die Rolle einer

imperialen Großmacht spielen wollte, ist für Solschenizyn nichts als törichte Hybris. Und hatte nicht bereits Dostojewski davor gewarnt, daß die Verwirklichung der Idee des Kommunismus hundert Millionen Menschenleben kosten würde? Imperiale Politik, ob sie von russischen Zaren oder sowjetischen Generalsekretären, von Demokraten oder von Militärs betrieben wird, gereicht Rußland nur zum Schaden.

In diesem Kapitel kommen wir auf eine Reihe von russischen Intellektuellen zu sprechen: die Positionen von Andrei Sacharow, Jelena Bonner, Bukowski und Nowodworskaja, die immer beim Volk Gehör gefunden und großen Einfluß gehabt haben; die kenntnisreichen Einschätzungen von G. Arbatow und W. Seljunin, die glänzenden Analysen von L. Timofejew; auch die Texte von G. Popow und des ehemaligen Chefideologen der KPdSU, A. Jakowlew, sind immer interessant, ebenso die Prognosen von Lichatschow und Jasin.

Weniger glaubwürdig ist N. Schmeljow. Und A. Sinowjew und Ju. Wlassow, mit all ihrer Aura von Autoritäten, sind heutzutage von imperialen Ideen russischer Größe beseelt und durchdrungen; sie sind vom Größenwahn derer geschlagen, denen die »russische Idee« schon immer teurer gewesen ist als der russische Mensch.

Zu erwähnen sind auch diejenigen amerikanischen Analytiker, auf die die Demokraten in Rußland schon lange hören: Jeffrey Sachs, Alexander Yanow und Walter Laqueur. Die Russen müssen endlich begreifen, daß der Westen nur dann den Reformprozeß wirklich unterstützen wird, wenn Rußland vollständig abrüstet.

Von Warschau bis Sarajewo war der Kreml in den letzten dreihundert Jahren an vielen Kriegen beteiligt und hat die Grenzen seines Imperiums in erbitterten Schlachten bis in den Kaukasus, nach Mittelasien und den Fernen Osten ausgedehnt. Berittene russische Kosaken polterten über die Champs-Élysées, überquerten mit Suworow die Alpen, hielten die Finnen und Polen mit eiserner Faust nieder, kämpften mit den Türken und den Japanern. Aber wozu das alles? Hat das russische Volk auch nur ein einziges Mal von diesen militärischen Abenteuern profitiert? Seit Peter dem Großen sann Rußland, das sich in jeden Konflikt einmischte und manchmal bis zu zwei Drittel seiner Armee auf den Schlachtfeldern verlor, auf Krieg.

I. Die Privatisierung der Macht

Nach der Schlacht von Sewastopol kam Lew Tolstoj zu der für viele schockierenden Schlußfolgerung, daß nicht nur auf der Krim, sondern auch schon 1812 im Krieg gegen Napoleon russisches Blut völlig sinnlos vergossen worden sei. Seit Jahrhunderten leben die Russen in Armut und Schmutz, wohingegen die westlichen Staaten ihren Lebensstandard ständig verbessern konnten. Diese Kluft zwischen dem Lebensstil der Russen und der Europäer beschrieb voller Bitterkeit Alexander Herzen. Bereits lange vor 1917 warnte Dostojewski davor, daß die kommunistische Idee der russischen Revolutionäre an die hundert Millionen Menschenleben kosten könne. Er hat sich nicht geirrt — leider.

Solschenizyn nennt die im 18. Jahrhundert beginnende imperiale Politik Rußlands absurd: Stärke um der Stärke willen, die Armee als reiner Selbstzweck, Sieg um jeden Preis zum ewigen Ruhm der russischen Waffen, alles für den Staat, alles für das Imperium und nichts für den Menschen. Da ist es kein Zufall, daß der Zar Puschkin nicht über die Grenze ließ und Stalin den Eisernen Vorhang zum Westen errichtete. In welch sauberen und geordneten Verhältnissen, in welchem Wohlstand leben die Bauern in westlichen Ländern schon seit drei Jahrhunderten! Zur selben Zeit degeneriert das russische Volk langsam aber sicher als Folge von Trunksucht, Krankheit und eines hoffnungslos armseligen Lebens in völliger Ignoranz. Warum mußten wir unter Chruschtschow Neuland unter den Pflug nehmen, während zur gleichen Zeit Dutzende von Dörfern im europäischen Teil Rußlands verödeten? Warum mußten die russischen Führer von Stalin bis Breschnew die »sozialistischen Bruderländer« erobern, während die russische Provinz an den Krisen und dem chronischen Geldmangel schier erstickte?

Hätte die Sowjetunion mehr verloren, wenn sie im Krieg gegen Hitler unterlegen wäre? Oder wenn sie den Deutschen 1953, den Ungarn 1956 und den Tschechen 1968 die Freiheit gegeben hätte, wenn sie nicht nach Afghanistan einmarschiert wäre und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 nicht sanktioniert hätte? Wir würden doch wohl kaum schlechter leben, wenn wir keine Atomwaffen produziert, keine Weltraumforschung betrieben und nicht Hunderttausende von Panzern, Jagdflugzeugen und Raketen mit Atomsprenköpfen gebaut hätten. Es würde uns sicherlich nicht schlechter gehen, wenn wir die

ehemaligen Unionsrepubliken aufgegeben hätten und es dort nicht mit Hilfe des militärischen Abschirmdienstes und des KGB zu einem Blutbad gekommen wäre. Es scheint unser Schicksal zu sein, alle von einem friedlichen Leben abzuhalten und uns selbst durch Trunksucht, Faulheit und Neid zu quälen.

Nicht einmal der Sozialismus konnte Schweden etwas anhaben, und der Kapitalismus hat Brasilien nicht aus der Armut herausgeführt. Weder unter den Zaren noch unter den russischen Kommunisten hat sich viel geändert. Warum mußte Jelzin in Tadschikistan im trüben fischen, wenn doch die russischen Grenzsoldaten nicht mehr in der Lage sind, die Südgrenzen der ehemaligen UdSSR zu halten? Jelena Bonner hat in allen Einzelheiten vor einem derartigen Vorgehen gewarnt. Russisches Blut ist vergossen worden und wird auch noch weiter vergossen werden, weil unsere Truppen keine Neutralität wahren können. Aus diesem Grund sollten sie sich aus allen Konfliktzonen zurückziehen und den friedensschaffenden Truppen anderer Länder den Vortritt lassen. Unsere Soldaten sollen bei den UNO-Blauhelmen in Jugoslawien oder anderswo Dienst tun.

Die Menschen vertrauen Jelena Bonner ebenso, wie sie Sacharow vertraut haben. Auch an Solschenizyn und Bukowski glauben sie. Aber ausgerechnet ihnen gibt man nur selten Gelegenheit, ihre Meinung zu äußern. Mit Bitterkeit spricht Bukowski davon, daß dieses Land niemals mutig genug sein werde, sich zu befreien. Die Polen, Ungarn, Tschechen und Balten haben es geschafft — die Völker der GUS nicht. Sacharow ist schon nicht mehr unter uns, und Jelena Bonner hat ein ehrwürdiges Alter erreicht. Solschenizyn hat sich lange Zeit gelassen, in die Heimat zurückzukehren, während Bukowski nicht einmal mehr den Wunsch hat, zurückzukehren. Wenn man ein Interview mit ihm liest, hat man es mit einem rückhaltlos ehrlichen politischen Denker im besten Sinne zu tun, den man alles und jedes fragen kann und von dem man immer eine vernünftige Antwort hören wird: »Das Programm von Jawlinski ist nichts weiter als ein Versuch, den Sozialismus zu retten.« — »Gaidar hat ein mindestens ebenso enges Verhältnis zur Wirtschaft wie ich zum Schah von Persien.« — »Traurig bestellt ist es um das Land, in dem man Ehrlichkeit im günstigsten Fall mit Heroismus gleichsetzt und schlimmstenfalls als Neurose begriff.« Bukowski hat sein

I. Die Privatisierung der Macht

Leben dafür eingesetzt, damit keiner sich je erdreisten kann zu sagen, er habe nicht gewußt, was in diesem Lande vor sich geht. Hier ist seine Prognose: »Der Zerfall Rußlands wird sich an den Grenzen der Wehrkreise orientieren, denn Moskau kann ja auch die Armee nicht mehr versorgen.«

Sollte für Sie die Zukunft Rußlands noch immer im dunkeln liegen, lesen Sie Natalia Nowodworskaja. Sie prophezeit Rußland einen dritten Weg nach kambodschanischem Vorbild. Unter Pol Pot starb jeder Dritte. Uns erwartet vielleicht eine Wiederholung jenes Spektakels, das der militärische Abschirmdienst, der KGB und die KPdSU bereits in Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Tadschikistan so erfolgreich inszeniert haben. Die Kommunisten haben keine Verwendung für einen Großteil der Bevölkerung — noch die humansten unter ihren heutigen Führern, so schreibt Nowodworskaja, fordern den achtzehnstündigen Arbeitstag, die Abschaffung von Sonn- und Feiertagen und Konzentrationslager für Demokraten. Nowodworskaja schließt sich der Meinung all derer an, die Rußland nur dann eine Chance geben, vom Sozialismus zu genesen, wenn es sich von den Theorien, Träumen und Illusionen nicht nur der heutigen Kommunisten, sondern auch der Rasnotschiznen [nichtadlige Intellektuelle im 19. Jahrhundert] und Narodniki des 19. Jahrhunderts lossagt, von den Revolutionären Tschernyschewski und Dobroljubow, von Scheljabow und Vera Sassulitsch. Bis es soweit kommt, so Nowodworskaja, werden wir in Rußland die große Zeit der Diebe erleben. Sie schlägt vor, das besser scheinende Gesetz zu wählen: »Unter dem Gesetz des Kapitalismus lebt es sich als Dieb so gut, daß auch für die anderen noch etwas davon abfällt. Unter dem Gesetz des Sozialismus haben nicht einmal die Diebe ein Auskommen, und uns quält man auch noch.«

Das Studium der Kommentare verschiedener kluger Leute ist sehr interessant, aber keinem von ihnen sollte man volles Vertrauen schenken, weil unsere Publizisten, Wissenschaftler und Beamte sowohl einem gewissen konjunkturellen Druck unterworfen sind, als auch ihren Vorlieben aus der Vergangenheit frönen. »Warum haben wir ausgerechnet am Vorabend der Privatisierung die Preise freigegeben und damit faktisch privates Kapital in Höhe von 600 Milliarden liquidiert? Damals, als dies noch vollwertiges Geld war,

hätte man es in Umlauf bringen können.« Mit einem einzigen Satz dämpft Georgi Arbatow die Euphorie der Schreiberlinge aus den Redaktionsstuben diverser Zeitungen, die unablässig die Chancen Rußlands erörtern, daß es vom Internationalen Währungsfonds Kredite in Höhe von 24 Milliarden Dollar bekommen werde. Innerhalb eines einzigen Jahres hat Deutschland fast 100 Milliarden Dollar in die Entwicklung der ehemaligen DDR investiert und wird dies auch noch für viele Jahre tun. Und dabei hatte die ehemalige DDR nur ein Zehntel der Einwohner Rußlands und war ökonomisch wesentlich besser entwickelt.

In der Zeitschrift *Nowy mir* haben W. Seljunin und N. Schmeljow jeder auf seine Art den Lesern die Augen für die Probleme der Wirtschaftsreform geöffnet und gelangten noch unter Gorbatschow zu Berühmtheit.

Heute werden eher die Artikel von L. Timofejew, einem Wissenschaftler, der sich hervorragend in den Funktionsmechanismen der Schattenwirtschaft in Rußland auskennt, gelesen.

Die in der Zeitung *Iswestija* erschienenen Artikel des Moskauer Bürgermeisters G. Popow, der den Bürgern die Spielregeln der postkommunistischen Gesellschaft erklärte, waren nahezu sensationell. Nach seinem Rücktritt als Bürgermeister rückte Popow noch näher an Jelzin heran und wurde zu einer Art geheimer Berater. Einen besseren Ökonomen und gewiefteren Politiker als Popow, der nicht nur über Berufs-, sondern auch über Lebenserfahrung verfügt, wird man in der Umgebung von Jelzin kaum finden. Unter den vielen Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU zeichnete sich in den letzten Jahrzehnten A. Jakowlew, dem höchstens Kossygin noch das Wasser reichen konnte, durch besondere Intelligenz aus. Gleichwohl ist er ein anständiger Mensch, und dieser Umstand sorgt auch heute noch dafür, daß jede seiner Publikationen auf großes Interesse stößt.

Dem Akademiemitglied Lichatschow zum Beispiel vertraut der russische Leser. »Unser Volk ist vom Teufel besessen. Sonst hätte Lenin nichts ausrichten können. Unsere Teufel gehen nicht unter.« Lichatschow appelliert an die Russen, endlich einzusehen, daß die Zeit des Armeekultes lange vorbei ist und nahezu das gesamte 20. Jahrhundert im Zeichen des ökonomischen, technischen, kulturellen und moralischen Fortschrittes

I. Die Privatisierung der Macht

stand. Aggressor oder Militarist zu sein ist gleichermaßen schändlich. Unserem Land, so meint Lichatschow, droht in allernächster Zukunft die Verwilderung ...

In einer russischen Buchhandlung wird man kaum ein Buch finden, das den Gang der Wirtschaftsreformen im Lande analysiert. Darüber schreibt niemand, es ist einfach kein Geschäft damit zu machen, und auf eigene Kosten wird niemand sein Buch drucken lassen. Diejenigen Wissenschaftler, die nicht im Ausland oder in einheimischen kommerziellen Strukturen untergekommen sind, ziehen es vor, ihren Ruf durch einzelne Artikel in der Presse zu stärken und gleichzeitig gut bezahlte Analysen für einen kleinen Leserkreis zu schreiben. Die seriösesten Prognosen über die Perspektiven der Wirtschaftsreform kommen aus dem von Je. Jasin geleiteten Institut des Verbandes der russischen Unternehmer. Der Verband an sich hat kein besonders gutes Renommee, aber die Arbeiten des Jasin-Instituts sind um vieles besser als diejenigen aller Institute der Russischen Akademie der Wissenschaften zusammengekommen.

Eine geradezu mörderisch sarkastische Kritik am »entwickelten Sozialismus« und jetzt auch an den Reformern von Gorbatschow bis Jelzin liefert der Schriftsteller A. Sinowjew (»Gähnende Höhen«, »Katastroika«). Mag man auch nicht immer mit seinem manchmal phantastisch anmutenden Urteil über die heutige Realität übereinstimmen, so ist es doch nützlich, Sinowjew zu lesen, nicht zuletzt deshalb, weil er zum neuen Modeautor der revanchistischen Kommunisten und der Nationalpatrioten avanciert ist. Auch Juri Wlassow ist mit seinen Artikeln in der *Prawda*, in der *Sowjetskaja Rossija*, der *Literaturnaja Rossija* und im *Den* zu einem Bannerträger unserer Faschisten geworden. Beide, sowohl Sinowjew als auch Wlassow, sind der Meinung, daß eine »vollständige Demilitarisierung« die »Zerstörung Rußlands« bedeute und schließlich gar in eine Aufgliederung des Landes in autonome Regionen münden werde, die dann vom Westen kontrolliert werden. Selbst wenn sie recht behalten sollten, würde es uns sicherlich nicht schlechter gehen als heute. Der Westen würde es nicht zu einer Wiederholung der Katastrophe von Tschernobyl kommen lassen oder die Umwelt im gleichen Ausmaß zerstören wie wir selbst. Der neue Stalin wird jedenfalls ein einheimischer Menschenfresser sein und keineswegs ausländischer

Herkunft. Die unzähligen Programme unserer Patrioten über die Wiedergeburt des »Großrussischen Imperiums« kann man nur für einen Ausbruch von Größenwahn halten. Der russische Mensch darf hier eben einfach nicht wertvoller sein als die russische Idee. Interessant sind die Artikel von A. Kabakow und A. Kiwa, den beiden Stars am Zeitungshimmel. Vor allem letzterer betont immer wieder, daß es unter Jelzin keine Inquisition in Gestalt der allgegenwärtigen Parteikomitees mehr gäbe und die Rüstungsausgaben um 70 Prozent gekürzt worden seien.

Der in den USA lebende Schriftsteller W. Aksjonow (»Die Krim« und andere Romane), versucht seine Landsleute immer wieder davon zu überzeugen, daß »nur eine Integration in die westliche christliche europäische Zivilisation Rußland retten wird. Wir müssen begreifen und uns immer wieder klar machen, daß es höchste Zeit ist, den hundertjährigen Krieg gegen den Westen endlich zu beenden. Wir sind ein Teil dieser Welt, wir können dieser Welt nicht trotzen, wir gehören zu ihr. Alles Gerede darüber, daß der Westen angeblich auf unsere Kosten leben wolle, ist entweder eine bewußte Verdrehung der Tatsachen oder pure Dummheit. Die moderne Geschäftswelt des Westens geht von dem Prinzip aus, beide Seiten gewinnen zu lassen.« Der Amerikaner A. Yanow warnt den Westen immer wieder davor, daß Rußland am Ende des 20. Jahrhunderts denselben Weg einschlagen werde wie das zaristische Rußland am Anfang des 20. Jahrhunderts oder wie das Deutschland der Weimarer Republik, wenn das heutige Rußland in seinen Reformbemühungen nicht ebenso unterstützt werde wie Japan und Deutschland nach 1945. 1905 setzte in Rußland eine erste Demokratisierung ein, die innerhalb von zwölf Jahren in drei Revolutionen und einen verheerenden Bürgerkrieg mündete. 1911 wurde in China die Monarchie gestürzt und eine demokratische Republik ausgerufen. Dem folgte ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg und eine bis heute andauernde Diktatur. 1912 setzte die Demokratisierung in Japan ein. Danach kam es zum Putsch der Nationaldemokraten, zur Diktatur und zur nationalen Katastrophe, der totalen militärischen Niederlage 1945. 1918 wurde in Deutschland eine demokratische Republik ausgerufen, die 1933 zugrunde gingen.

I. Die Privatisierung der Macht

Nixon versuchte dem Establishment in den USA den Gedanken einzubleuen, daß die Welt einen gewaltigen Preis für den Verlust Rußlands zahlen müsse. Die Abrüstung Rußlands hat den USA gewaltige Einsparungen im Militärhaushalt ermöglicht, der bis zu 500 Milliarden Dollar im Jahr verschlang. Zögert der amerikanische Kongreß vielleicht deshalb die Gewährung von Krediten in Höhe von 20 bis 30 Milliarden Dollar so lange hinaus? Warum unterstützt der Westen nicht den Bau von Städten für Flüchtlinge und Soldaten in Rußland? Vielleicht können die Russen selbst schlecht bitten? — Denn unabhängig von der Lösung der territorialen Probleme hat Japan uns bereits Geld für den Bau von Flüchtlingswohnungen angeboten.

Jeffrey Sax und David Lipton — zwei amerikanische Professoren, die die russische Regierung beraten — sind der Meinung, daß die Gleichgültigkeit des Westens gegenüber einer kommunistischen Gegenoffensive in Rußland die Gefahr einer Katastrophe für die ganze Welt heraufbeschwöre. Die Politik der russischen Zentralbank in den Jahren 1992 und 1993, als der MiK entgegen den Empfehlungen der Reformier in der Regierung weiterhin billige Kredite bekam und die Rüstungsbetriebe nicht stillgelegt oder auf zivile Produktion umgestellt wurden, haben sie allerdings völlig falsch bewertet.

Auch Walter Laqueur gehört zu denjenigen, auf deren Urteil die Politiker hören. Er versucht uns davon zu überzeugen, daß der Westen an einer neuen Weltordnung interessiert sei, in der Ruhe und Frieden herrschen. Seiner Meinung nach würde ein einheitliches Rußland, wenn es nicht zu stark wäre, westlichen Interessen eher entgegenkommen als ein chaotischer Zustand und riesige Flüchtlingsströme in einer gewaltigen Zone der Instabilität von Petersburg bis Wladiwostok. Die Erneuerung Rußlands wird, so meint Laqueur, in erster Linie vom Glauben einiger Generationen von Russen an ihre Unbesiegbarkeit behindert. Jetzt gelte es, sich mit der Niederlage abzufinden und zu lernen, wie Menschen zu leben.

Generationen von Sowjetmenschen haben nachts heimlich unter der Decke die russischen Sendungen des amerikanischen Senders »Radio Liberty« gehört. Heute arbeiten Analytiker wie M. Deutsch und W. Bjelozerkowski bei diesem Sender, der nachgewiesen hat, daß die russischen Machtorgane eine unauflösliche Verflechtung zwischen Staats- und

Mafiakapital hergestellt haben. Diese Verflechtung ist sehr gefährlich, weil sie »ebenso wie Hitlerdeutschland oder das Vorkriegsjapan die Gefahr der Diktatur in sich birgt.«

3. Die Beamten des großen und unbesiegbaren Rußland

In diesem Kapitel werden die Ansichten von Je. Ambarzumow und A. Kosyrew vorgestellt. Des weiteren soll die von Jelzin bestätigte außenpolitische Konzeption der Russischen Föderation, in der das hungernde und verarmte Rußland in alter Manier Ansprüche in aller Welt geltend macht, kurz analysiert werden. Von Interesse dürfen auch die Äußerungen von Burbulis sein.

Die Ökonomen Jawlinski, Gaidar, Boris Fjodorow, Tschubais und Borowoi sind scharfsinnige Leute, die einerseits Durchblick haben, andererseits aber auch Kompromisse mit der Militärnomenklatura eingehen. Mit ihrer Weigerung, private Spareinlagen vor der Inflation zu schützen, beteiligten sich auch diese Beamten an der Ausplünderung der Bevölkerung. Gleichwohl waren sie diejenigen, die die Privatisierung in Gang gebracht und die Militärausgaben gekürzt haben.

Der Philosoph M. Mamardaschwili hat einmal gesagt, daß er die Einteilung der Politiker in Rechte und Linke nicht akzeptiere, sondern nur kluge und dumme, ehrliche und weniger ehrliche Menschen kenne. Zu den mit gesundem Menschenverstand begabten russischen Politikern ist Je. Ambarzumow zu rechnen, ein Berater Jelzins und gleichzeitig Vorsitzender eines der wichtigsten Komitees im russischen Parlament. Seinem Status nach steht Ambarzumow über dem Außenminister. Aber auch er kann in Rußland nicht all die einflußreichen Behörden, die selbständig und ohne Abstimmung mit dem Außenministerium ihre außenpolitischen Aktionen planen, übergehen. Er empört sich darüber, daß die Außenpolitik so schlecht koordiniert wird. Seine öffentlichen Auftritte sind jedoch immer vernünftig und ausgewogen. Seiner Meinung nach muß Rußland sich als Großmacht von jeglicher Form des Größenwahns verabschieden.

I. Die Privatisierung der Macht

Ein Realist ist auch A. Kosyrew, der gerade deswegen nicht unbedingt ein Liebling der Nationalpatrioten ist. Im Unterschied zu seinen Vorgängern ist der neue Außenminister nicht nur für die Beziehungen zum Ausland, sondern auch zu den Republiken der ehemaligen UdSSR zuständig. Im Frühjahr 1993 hat Jelzin die neue Konzeption der russischen Außenpolitik verabschiedet, die von Experten aus dem Außenministerium, dem Außenhandelsministerium, dem Verteidigungsministerium, der Spionageabwehr, des Sicherheitsrates und zweier Komitees des Obersten Sowjets der Russischen Föderation vorbereitet wurde. In diesem Dokument wird ein altes Lied angestimmt: den arabisch-israelischen Konflikt im Nahen Osten beizulegen habe oberste Priorität, ebenso das Problem mit dem Irak bei Verstärkung der russischen Präsenz auf dem regionalen Waffen- und Rohstoffmarkt. Das klingt so, als ob wir vergessen hätten, daß es ohne unsere antiwestliche Untergrundtätigkeit weder einen Krieg im Nahen Osten noch mit dem Irak gegeben hätte.

G. Burbulis, langjähriger und engster Mitstreiter Jelzins, tritt nur sehr selten öffentlich auf. Um so interessanter ist es zu lesen, was er zu sagen hat. Wenn man ihm gegenüber vom Zusammenbruch oder der Krise der Reformen spricht, so erwidert er, daß der Zerfall des grausamsten und rechtlosesten Systems der Geschichte natürlich Züge einer Krise aufweisen muß. Der russische Staat mit seinen neuen Grenzen, seiner neuen Währung und Administration befinde sich noch im Geburtsstadium und dementsprechend sei die allortend zu beobachtende Zunahme der Kriminalitätsrate gar nicht in erster Linie Ausdruck der Schwäche der neuen Machtstrukturen, sondern vielmehr der Preis, den man für die Hypothek der Vergangenheit zahlen müßte. Wir würden die Agonie des kriminellen kommunistischen Systems erleben. Man muß Burbulis einfach zustimmen, wenn er behauptet, daß die offensichtlichen Formen der neuen Alltagskriminalität in Rußland im Vergleich zur verbrecherischen Außen- und Innenpolitik der UdSSR geradezu verblassen. Schließlich gab es bei uns auch keine Säuberungen des Beamten- und Verwaltungsapparats nach dem Vorbild der Entnazifizierung in Deutschland oder Frankreich.

Rußland leidet nach wie vor nicht so sehr unter der Nomenklatura (Mafia), als vielmehr unter der Inkompetenz seiner Führung. Nur jeder

zehnte russische Parlamentsabgeordnete ist in der Lage, sich in dem vom Präsidenten vorgeschlagenen Staatshaushalt eigenständig zurechtzufinden, die professionellen Äußerungen von Ökonomen wie Gaidar und anderen zu begreifen oder mit finanziellen und juristischen Normen umzugehen. Um so interessanter ist es, sich mit der Mentalität der Jelzin-Berater — Ju. Baturin, A. Korschakow, A. Krasi-kow, L. Suchanow, W. Kostikow, S. Filatow, A. Iljin, W. Iljuschin, D. Rjurikow, Ludmilla Pichoja und E. Pain — auseinanderzusetzen. In der Umgebung von Boris Jelzin tummeln sich vielseitig gebildete Profis wie B. Fjoderow als engste Mitarbeiter oder sogar als potentielle politische Konkurrenten. Mit Gaidar, Tschubai und Jawlinski sollte man gleichfalls rechnen. Letzter hat bereits öffentlich verkündet, daß er niemals mehr als Apparatschik arbeiten werde, der Papiere von einem Arbeitszimmer in das andere trägt, sondern sich nur noch mit dem Präsidentenposten selbst zufriedengibt.

Bislang gibt es in Rußland kein System der gesellschaftlichen Kontrolle — eine Aufgabe, die im Westen von der Presse wahrgenommen wird. Zuweilen will es mir scheinen, daß die Analysen der Zeitung *Den* auf einem sehr viel höheren professionellen Niveau erstellt werden als die unserer allerbesten demokratischen Publikationsorgane, die einzig von der Suche nach Werbeeinnahmen und Sponsoren auf Trab gehalten werden. Für den durchschnittlichen Wähler und sogar für die Intelligenz ist die Mehrheit der Politiker deshalb nicht sonderlich verständlich. Es ist bei uns einfach nicht üblich, die professionellen Fähigkeiten und die moralischen Qualitäten eines Politikers wie zum Beispiel K. Borowoi einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Im besten Fall gibt es ein Interview mit ihm, aber ein Urteil über Borowoi als Persönlichkeit, der man unbedingtes Vertrauen entgegenbringen könne, wird man nicht zu hören bekommen. Es ist schließlich kein Zufall, daß es bei uns weder politologische Bücher noch politische Wochenzeitschriften gibt, aus denen doch die Bürger im Westen ihre Informationen in erster Linie beziehen.

Die Öffentlichkeit ist nicht zuletzt deshalb so hilflos gegenüber der Mafia der Nomenklatura und dem kriminellen Pack, weil es in Rußland keine unabhängige und unbestechliche Presse gibt. Unter den heutigen Bedingungen können einige große einheimische oder ausländische

I. Die Privatisierung der Macht

Banken notfalls ihre Kandidaten auf jeden beliebigen Posten hieven. Journalisten und Soziologen schreiben für Dollars, was auch immer gewünscht wird, und auch Beamte sind für etwas größere Summen für jeden Vorschlag zu begeistern. »Der Staat kann unregierbar werden. Er ist durch und durch vom Bazillus der Korruption befallen und das in einem sehr viel größeren Ausmaß, als dies in den Zeiten des Totalitarismus vorstellbar war. Nach sehr vorsichtigen Schätzungen haben Staatsbeamte hunderte Millionen Dollar an Bestechungsgeldern kassiert«, sagte S. Filatow, der Leiter des russischen Präsidentenapparates (*Nesawissimaja gaseta*, 24. 3. 1993). Und wie soll man folgendes Zitat aus einem Interview mit Filatow in der *Literaturnaja gaseta* (28. 7. 1993) bewerten? »Mir scheint, die Wahl Eltschibeis war ein Fehler. Er hat übrigens sehr aktiv eine Distanzierung von Rußland eingeleitet. Ich habe am Telefon mit Alijew gesprochen, und er sagte, daß er alles tun würde, damit sich Aserbaidschan uns wieder enger anschließe.« Ist das politische Blindheit oder ein attavistischer Rückfall in imperiale Gefühle, die uns daran hindern, in den Operationen zur Vertreibung der rechtmäßig gewählten Präsidenten aus Baku und Tbilisi die Hand Moskaus zu erkennen?

4. Wer zwingt Iwan zur Arbeit?

Die Generäle und Direktoren der Rüstungsbetriebe sind vollauf damit zufrieden, daß sie sich bislang noch ungestraft bereichern können. Schrecklich ist dabei nur, daß es viel zuviele von ihnen gibt und daß sie ewig so weitermachen wollen. Sie haben Millionen von Beamten aus ihren Kreisen in den Moskauer Ministerien untergebracht, die dort für die Durchführung der Konversion verantwortlich sind... Ende 1993 haben Chischa, Skokow, Gluchich, Lobow und Wolski mit Hilfe von Chasbulatow und Ruzkoi, die sich ihnen angeschlossen hatten, alle Positionen des MiK zurückerobert, die dieser bis dahin schon verloren hatte, und gleichzeitig ihre Konkurrenten aus Regierung und Präsidentenapparat der Korruption beschuldigt. Dutzende von hohen Amtspersonen verloren ihren Posten. Selbst Gorbatschow stimmte in den empörten Chor derer ein, die eine Ablösung

aller Abgeordneten und der gesamten Verwaltung forderten. Auch die ehemaligen Theoretiker der Nomenklatura haben sich wieder zu Wort gemeldet. Politiker wie Anpilow, Baburin, Filatow, Sterligow, Atschalow und Prochanow haben sich den Revanchisten angeschlossen, die aufs engste mit profaschistischen Militärkreisen zusammenarbeiten.

Die Überschrift für dieses Kapitel hat der Autor einem Artikel von W. Bolschakow, Korrespondent der *Prawda* in Paris, entlehnt, in dem die Meinung vertreten wird, so korrumpiert der Apparat der KPdSU auch immer gewesen sei, so viel Verstand, Ehrlichkeit und Gewissen müsse er doch besessen haben, daß er den Iwan zum Arbeiten gebracht habe.

Wie aber versucht die heutige Führung, die sich praktisch immer noch aus den Direktoren und Verwaltungseliten aus den Zeiten Breschnews und Gorbatschows zusammensetzt, die Menschen zur Arbeit für den Staat zu motivieren? Heute ist alles viel schwieriger. Es gibt keinen Repressionsapparat mehr, wir leben in einem totalen ideologischen Vakuum, der privatwirtschaftliche Sektor übt eine starke Anziehungskraft aus, wir haben es täglich mit der Inkompetenz der Verwaltung zu tun, überall gibt es Zollbarrieren, das Bankensystem bricht zusammen, und niemand mehr hält sich an Lieferverpflichtungen.

Was schlagen in dieser Situation die wichtigsten Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes vor, die faktisch die Leitung fast der gesamten russischen Volkswirtschaft übernommen haben? P. Korotkewitsch, stellvertretender Vorsitzender des Expertenrates beim russischen Präsidenten, erläuterte gegenüber Journalisten des *Moscow-Magazin* (11-12/1992), wie er Gorbatschow ein » Projekt für den Bau einer neuen Generation von strategischen Atomwaffen und die Formierung eines neuen globalen Sicherheitssystems vorschlug, was eine Reduzierung der Armee um die Hälfte und ihre Umwandlung in ein Berufsheer ermöglichen würde. Dadurch könnten bis zu 60 Prozent der Ressourcen der Rüstungsindustrie freigesetzt werden.« An diesem sehr langen und offen geführten Interview wird deutlich, daß der Expertenrat im postkommunistischen Rußland für eine gewisse Periode eine Art Schattenregierung darstellt. Niemand würde

I. Die Privatisierung der Macht

Korotkewitsch als erfolglosen Verwaltungsbeamten bezeichnen. Nachdem er von Gorbatschow und Ryschkow nicht das bekam, was er wollte, wurde er Jelzins Schatten. Kaum jemand in Rußland kennt seinen Namen.

Die anderen Stützpfeiler des MiK sind der Vorsitzende des Komitees der Russischen Föderation für die Rüstungsindustrie W. Gluchich, der Vorsitzende der Zentralbank W. Geraschtschenko, Vizepremier G. Chischa, O. Ljubo und O. Soskowez. Gluchich schwor in der *Komsomolskaja prawda* (3. 12. 1992), den Waffenexport zu steigern und keinen Produktionsstopp für die Rüstungsbetriebe zuzulassen. In einem Interview mit der Zeitung *Den* äußerte sich Chischa ganz begeistert über die Rüstungsgütermesse in Abu Dhabi. »Die Welt konnte sich davon überzeugen, daß unser Land in vielen Bereichen der Rüstungsindustrie den anderen um Längen voraus ist.« Zu größeren Vertragsabschlüssen sei es nur aufgrund amerikanischer Intrigen nicht gekommen, fuhr Chischa fort.

Sowohl unter Gorbatschow und seinen Vorgängern als auch unter Jelzin saßen Gewährsmänner des MiK, die sich daran gewöhnt hatten, auf Kosten anderer Krieg zu spielen, an den Schaltstellen der Macht. Unter Jelzin ging für kurze Zeit Ju. Skokows Stern am politischen Himmel auf. Vom bescheidenen Posten eines Sekretärs des Sicherheitsrates aus wollte er ein Kontrollsystem des Verteidigungs-, Innen-, Außen- und Außenhandelsministeriums, der Justiz und der Staatsanwaltschaft schaffen. Aber wer wollte sich so etwas von dem ehemaligen Direktor des Rüstungsbetriebes >Kwant< schon bieten lassen? — Er wurde ebenso wie all die anderen schon erwähnten Vizepremiere entlassen. In einem Interview der *Komsomolskaja prawda* (18. 8. 1993) bedauerte Skokow den allgemeinen Rückgang der Produktion, ohne dies jedoch auf eine Kürzung der Rüstungsaufträge zurückzuführen. Im Frühjahr 1993, als er sich mit Ruzkoi, Chasbula-tow, Sorkin und Stepankow solidarisierte, wurde er von der Zeitung *Sowjetskaja Rossija* zum Helden gemacht. Skokow, der sowohl zum Präsidenten als auch zum Parlament freundschaftliche Beziehungen unterhält, wäre beinahe zum Premierminister ernannt worden. Damals zog Jelzin dann allerdings Tschernomyrdin vor.

Skokow hatte seine Ziele schon fast erreicht und dem russischen Präsidenten deutlich gemacht, welche Position er anstrebte. Analog zur Rolle, die das Politbüro des ZK der KPdSU gespielt hatte, wollte er den Sicherheitsrat zu einer Art oberster Exekutive machen.

O. Lobow, erster Vizepremier und Wirtschaftsminister, der 15 Stellvertreter und ein Kollegium von 35 Beamten für sich gefordert hatte, wollte sich so etwas wie eine staatliche Planungsbehörde schaffen. Im September 1993 wurde dieser Lobow mitsamt seinen Plänen für die Bildung einer Art Schattenkabinetts seines Postens enthoben. Lobow, der schon in Swerdlowsk Berater Jelzins gewesen war, wollte nicht nur der Regierung, sondern auch dem Präsidenten selbst jeden politischen Einfluß streitig machen. Schließlich war er Vorsitzender des oben erwähnten Expertenrates beim Präsidenten der Russischen Föderation.

Daß das Volk am besten arm zu sein habe, ist die unerschütterliche Grundüberzeugung der Leute, die zum MiK gehören; das Volk ist ihrer Meinung nach nur dazu da, die gigantische Militärmaschinerie zu bedienen. Auf den Hunderttausenden von Seiten, die die Führungskader des MiK mit ihren Traktaten, Protokollen und Positionspapieren gefüllt haben und immer noch füllen, wird man nirgendwo ein Wort des Bedauerns über die während des kalten Krieges sinnlos verschleuderten Milliarden und Abermilliarden von Steuergeldern finden. Nach moralischen Aspekten wird man auch in den Reden des Regierungschefs W. Tschernomyrdin oder seiner Opponenten A. Wolski und A. Ruzkoi vergeblich Ausschau halten. Letzterer ist weder Vertreter des MiK noch sonst irgendeiner Lobby, sondern nur ein tapferer Pilot aus dem Afghanistankrieg. Er ist politisch einfach naiv und nur eine Marionette in den Händen anderer.

Chasbulatow, der ehemalige russische Parlamentspräsident, ist von Haus aus Dozent für Polit-Ökonomie, ein Intellektueller der ersten Generation. Die unzähligen Bücher und endlosen Artikel, die er veröffentlicht hat, erinnern in Geist und Stil an die kommunistische Epoche. Und tatsächlich ist der Parlamentspräsident einem Generalsekretär der KPdSU nicht unähnlich gewesen: Er mischte sich in alles ein, erteilte allen Befehle und übernahm für nichts die Verantwortung.

I. Die Privatisierung der Macht

Stepaschin, Vorsitzender des Komitees für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen und Kommandant einer Spezialeinheit, der nahezu alle Konflikte der UdSSR und der GUS miterlebt hat, gab in der Zeitung *Krasnaja swesda* (11. 8. 1993) seine Maxime zum besten, wonach jede Unbotmäßigkeit, sei es nun in Tschetschenien, Georgien oder Tadschikistan, rücksichtslos zu unterdrücken sei. Vielleicht hat er sogar recht, und die Amerikaner hätten an unserer Stelle die Garde Dudajews, des Präsidenten der selbsternannten Republik Tschetschenien, und die tadschikischen Mudschahedin innerhalb weniger Stunden durch den Fleischwolf gedreht. Aber wir sind keine große, sondern eine kranke Macht. Diese einfache Weisheit will der vierzigjährige General mit der Mentalität und den Ansichten eines Haudegens einfach nicht begreifen.

Eine riesige Kohorte von Parlamentariern zählte 1993 nicht nur die Rückkehr der Krim, sondern auch der Ukraine unter russische Herrschaft, die staatliche Unabhängigkeit der Dnjestr-Republik und die Unterstützung der Serben bzw. des Iraks zu den nationalen Interessen Rußlands. Wie General W. Filatow, einer der Führer aus der Front der Nationalen Rettung und gleichzeitig Redakteur der vom russischen Innenministerium herausgegebenen Zeitung *Situazija*, erklärte, ist in den Plänen dieser selbsternannten Retter sogar die Umsiedlung von Millionen russischer Familien nach Serbien vorgesehen. Diese Position wird auch von den Abgeordneten S. Raburin und Makaschow (ehemaliger Kommandeur des Wolga-Wehrkreises), KGB-General A. Sterligow und dem Führer der Front der Nationalen Rettung und gleichzeitigen Vorsitzenden des zentralen Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands, G. Sjuganow, vertreten. Sie alle fordern den Westen und insbesondere die USA auf, sich nicht in die russischen Angelegenheiten einzumischen. Für Menschen mit schwachen Nerven empfiehlt es sich nicht, das Interview mit General W. Atschalow zu lesen (*Den*, 23. 5. 1993). Zweimal — im August 1991 und im Oktober 1993 — nahm der ehemalige Kommandeur der Luftlandeeinheiten an einem Umsturzversuch teil. In der Zeit, die zwischen diesen beiden Ereignissen liegt, war er Leiter einer Analysegruppe im Obersten Sowjet der Russischen Föderation und militärischer Berater von Chasbulatow.

Präsident Jelzin hat erklärt, 3000 Beamte des Staatsapparates seien in Korruptionsaffären verwickelt. Der unter Gorbatschow zu einiger Berühmtheit gelangte Untersuchungsrichter T. Gdljan drückte sich gegenüber der Zeitung *Moskowskie nowosti* (22. 8. 1993) etwas präziser aus: »Ich weiß sehr genau, was es heißt, in einem kommunistischen Regime gegen Korruption zu kämpfen. Ich habe aber auch verstanden, was es heißt, heute gegen eine Korruption zu kämpfen, die gegenüber früheren Zeiten an Ausmaß und Dreistigkeit unvergleichlich zugenommen hat. Es ist zu einer unauflösbaren Verflechtung zwischen den Mafiastrukturen der alten KP und den neuen demokratischen Eliten gekommen. Dieses ungeheuerliche Konglomerat regiert heute Rußland. Eine verbrecherische politische Mafia hat heute alle Hebel der Macht in ihren Händen. Das ist für jeden Staat eine Gefahr und insbesondere für einen derartig geschwächten wie das heutige Rußland. Das Problem ist schon alt, und ich wage zu behaupten, daß wir es unter diesen Machstrukturen auch nicht lösen können. Das Ausmaß der Korruption auf den höchsten Ebenen der Macht — sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive — hat jedes Maß längst überschritten. Derjenige, der seine Machtposition dazu mißbraucht, sich persönlich zu bereichern, hat keinerlei Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung und dem Funktionieren von Gesetzen. Das Chaos im Lande kommt ihnen geradezu gelegen. In dem Versuch, mit der Situation fertig zu werden, wiederholt Jelzin leider die Fehler Gorbatschows — er gründet Komitees und Kommissionen zum Kampf gegen Verbrechen und Korruption. Aber diese haben keine Rechte, keine prozessualen Vollmachten und keine Mittel. Und diejenigen, die die Rechtsschutzorgane kontrollieren, sind heute vornehmlich mit Intrigen beschäftigt: Jeder spielt heute sein eigenes Spiel, ängstlich darauf bedacht, daß sein eigener großer Fisch nicht im Netz des Gegners landet.«

Wie gewählt Untersuchungsrichter Gdljan von »Netzen« und »großen Fischen« spricht. Es macht keinen Sinn, die hier von mir erwähnten russischen Bürger alle als Diebe zu bezeichnen. Ob sie sich nun Demokraten oder Partokraten nennen, ob sie den MiK vertreten oder nicht, ob sie nun mutige Haudegen sind oder nicht, alle sehen zu, daß sie ihr Schäfchen ins trockene bekommen, kassieren Bestechungsgelder und

I. Die Privatisierung der Macht

so weiter. Sehr viel wichtiger ist allerdings, in welchen Kindergarten sie gegangen sind, was sie in der Schule und auf der Universität gelernt und wo sie gearbeitet haben. Ein Mensch, der die sowjetische Handelsschule durchlaufen hat, kann kein Profi mehr werden. Ebenso wenig kann ein Bauernsohn, der alle Stufen einer Partei-, Militär- oder Wirtschaftskarriere erklimmt hat, im reifen Alter das Abc der Marktwirtschaft, des Managements, des Banken- und Finanzsystems oder das internationale Recht begreifen.

Der Unterschied zwischen der Mannschaft von Gaidar auf der einen Seite und den Direktoren des MiK, den Militärs und Partokraten auf der anderen, ist nicht zu übersehen. Erstere treten für die Privatisierung des Bodens und des Eigentums, für den Bankrott der Betriebe und die Demilitarisierung der Wirtschaft ein. Es sind gebildete Ökonomen und Finanzfachleute, die sich im internationalen Recht auskennen. Letztere, selbst wenn sie aus tiefer Seele Demokraten, Freunde und Anhänger von Jelzin wären, begreifen nicht, daß die von ihnen praktizierten Verwaltungsmethoden zum Scheitern verurteilt sind. Unternehmer und Investor, Käufer und Verkäufer müssen selbst zu einer Übereinkunft kommen. Das Ministerium kann dabei lediglich vermitteln und für die Einhaltung der Spielregeln garantieren. Investitionen müssen nicht erst im Kollegium des Ministeriums bestätigt werden. Produzent und Financier werden auf dem Markt zueinander finden. Die Zeiten, als man sich noch mit Bestechungsgeldern staatliche Subventionen und billige Kredite über einen Staatsbeamten besorgen konnte, gehen langsam zu Ende. In dem Maße, in dem der Anteil des Staatssektors in der Volkswirtschaft zurückgeht, wird sich auch die Macht der Mafia verringern.

5. Der Militärhaushalt wächst schon wieder

Mitte 1993 ist das russische Produktionsvolumen um ein Drittel gesunken. Wenn man bedenkt, daß 1991 etwa 70 Prozent des Staatshaushaltes der UdSSR für die Rüstung ausgegeben wurden, kann man einen solchen Rückgang nur begrüßen. Die Anhebung der Preise auf Weltmarktniveau, die

Privatisierung und die Stilllegung unrentabler Produktionskapazitäten sind das Schlüsselproblem der Reformen. Dies bedeutet, daß unzählige Beamte ihre Arbeit verlieren werden. Das Parlament hat nicht nur den von der Regierung vorgelegten Militärhaushalt für das Jahr 1994 bestätigt, sondern auch noch von sich aus einiges hinzugefügt. Etwa für einen zweiten Afghanistankrieg. Wo sich doch die russischen Öl- und Gasvorkommen allmählich erschöpfen. Und schon beginnt sauberes Wasser knapp zu werden. Eine russische Region nach der anderen weigert sich, Steuern an den Kream abzuführen und Bodenschätze und Produktionskapazitäten den für Privatisierung zuständigen Beamten der zentralen Moskauer Ministerien zu unterstellen.

Während des Zerfalls der UdSSR haben sich die Generäle und Direktoren der Rüstungsbetriebe »herrenlose« Werte in Höhe von einigen Milliarden Dollar angeeignet und jeden Interessenten in der GUS und sogar in Japan mit Maschinengewehren und Panzern beliefert. Jeder weitere Bürgerkrieg in den Ländern der GUS bringt ihnen zusätzliche Profite.

Die Kernfrage der Reformen in Rußland stellt sich folgendermaßen: Wie kann man sich von überflüssigen Produktionskapazitäten und den Strukturen des alten kommunistischen Apparates befreien? Am Vorabend der Rede Chasbulatows vor dem Europäischen Parlament in Straßburg erklärte Nicholas Betell öffentlich: »Unsere Sympathien sind auf der Seite des gewählten russischen Präsidenten und nicht auf Seiten eines Mafiosi vom Schlage Chasbulatows und seiner Umgebung« (*Nowoje wremja*, 30/1993). Unser Parlamentspräsident wurde in Straßburg auf betont niedrigem Niveau empfangen, und die Karriere der Abgeordneten des Obersten Sowjets der Russischen Föderation endete im September 1993 abrupt mit der Auflösung des Parlamentes.

Rußland hatte 1992 immerhin 20 Prozent seines Bruttosozialproduktes für Hilfszahlungen an die ehemaligen Nachbarrepubliken der UdSSR, und das heißt vornehmlich für die Beendigung unterschiedlichster Konflikte, ausgegeben (nach den Angaben von Sergei Krylow, Vertreter des russischen Außenministeriums in der Zeitschrift *Nowoje wremja*, 30/1993). Zu einer weiteren ernsthaften Bedrohung der russischen Wirtschaftsreformen wurde die Verabschiedung des Staatshaushaltes für das Jahr 1993, in dem ein

I. Die Privatisierung der Macht

Defizit von maximal 22 Trillionen 264 Milliarden Rubeln vorgesehen ist. Vor allem beim Militär geizten die Parlamentarier nicht — hierfür bewilligten sie 5 Trillionen 350 Milliarden Rubel. Während man für Sozialprogramme keine zusätzlichen Mittel veranschlagte, wurde der Militärhaushalt gegenüber den von der Regierung vorgeschlagenen Summen gewaltig aufgestockt.

Für den Staat bzw. die Gesellschaft käme es günstiger, den Millionen von Mitarbeitern der Rüstungsbetriebe eine ordentliche Arbeitslosenunterstützung zu bezahlen. Damit sind die Direktoren aber nicht einverstanden, weil sie dann auf »schwarze« Einnahmen ebenso verzichten müßten wie auf Profite aus dem Verkauf von Waffen an die kämpfenden Parteien in der gesamten GUS. Die Direktoren der Rüstungsbetriebe, selbst die Divisionskommandeure verzichten sogar auf die ihnen versprochenen Pensionen samt Rolls-Royce und Eigenheim, um sich nicht von den Futtertrögen ihrer Posten vertreiben zu lassen.

In der Öffentlichkeit wird scheinheilig von der »Größe des Landes« und einer »starken Armee« geredet. Zwischenzeitlich eskaliert die Krise immer mehr, weil die Aufteilung der gewaltigen Reichtümer Rußlands bevorsteht. Wer wird das Rennen um eine Fabrik irgendwo im Ural gewinnen — der Moskauer oder der örtliche Beamte? Die russische Regierung steht hinter ersteren, das Parlament unterstützt letzteren. Bislang denkt niemand daran, ausländisches Kapital hinzuzuziehen. Die Zerschlagung des Parlaments im September 1993 hat den Interessen der örtlichen Mafia einen schweren Schlag versetzt. Trotzdem ist sie aber immer noch in der Lage, jedes Problem mit Bestechungsgeldern in ihrem Sinne zu lösen. Das Paradox besteht darin, daß das Parlament von 1994 nicht weniger korrupt sein wird als das vorangegangene. Zwar sind dort jetzt weniger Militärs und Appa-ratschiks der alten KPdSU vertreten, dafür haben die Gewährsmänner der regionalen Mafiaorganisationen, die sich gründlich auf die Wahl vorbereitet haben, an Einfluß gewonnen.

Das neue Parlament will nahezu alle Machtbefugnisse vom Zentrum an die Regionen übertragen; es senkt die föderativen Steuern, die die Provinzen an den Kreml abführen müssen, ficht das Monopol Moskaus für die Vergabe von Exportlizenzen an und fordert eine Beschleunigung der Privatisierung. In Erwartung all dieser

Neuerungen haben die Direktoren des MiK allerdings schon im August 1993 sowohl vom Parlament als auch von der Regierung die Zustimmung zur Schaffung eines staatlichen Komitees für die Rüstungsindustrie eingeholt, das an die Stelle der neun für die Rüstungsindustrie zuständigen Ministerien der ehemaligen UdSSR tritt. Darüber hinaus konnten sie durchsetzen, daß ein Teil der Betriebe von der Privatisierung ausgenommen wird. So gelang es dem MiK, und neben ihm wahrscheinlich nur noch der Gasindustrie, >sozialistisch< zu bleiben.

Selbst der KPdSU gelang es, sich beizeiten umzuorientieren: Einigen Schätzungen zufolge gibt es in der GUS 600 bis 1000 Firmen und Gesellschaften, die mit Parteigeldern gegründet wurden. Im Ausland gibt es weitere 300 bis 500 (*Nowoje wremja*, 30/1993).

Interessant ist dabei zu wissen, daß die Abteilung »Rüstungsexport« des Ministeriums für Außenhandelsbeziehungen der Russischen Föderation im Sommer 1992 den Wert des überflüssigen Armee-Eigentums in den russischen Streitkräften auf 20 Milliarden Dollar bezifferte, von dem nach Meinung des Verteidigungsministeriums 1992—1994 die Hälfte zu Geld gemacht werden sollte — natürlich ohne die Erträge aus der Nutzung von militärischen Objekten und von Militärtechnik für zivile Zwecke, aus internen Verkäufen und so weiter. Diese Zahlen anführend, fährt der ehemalige Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR, W. Lopatin, fort (*Nowaja jeschednjewnaja gaset*a, 16. 4. 1993): »Ich denke, es ist kein Zufall, daß es im Verteidigungsministerium bis auf den heutigen Tag noch kein vollständiges staatliches Programm zur Reduzierung der Armeestärke gibt — und dies ungeachtet der gesetzlich festgelegten Fristen für eine Reduzierung der Streitkräfte. Es ist natürlich sehr angenehm, alles mögliche zu verkaufen und sich damit zu bereichern, wenn man sich dabei dann auch noch hinter der Armee verstecken kann. Es ist wieder einmal das alte Lied — es gibt keinerlei Kontrolle, und wenn, wird sie von einem General ausgeübt. Das allgemeine Durcheinander in den verantwortlichen exekutiven Strukturen, in denen alle nur Milliarden verschleudern, ohne etwas zu tun, begünstigt diesen Zustand.«

II. Armee ohne Wohnraum

1. Die Militärreform tritt auf der Stelle

Daß Parlament und Exekutive zu einschneidenden Entscheidungen über die Armee gelangen, ist deshalb so schwierig, weil fast die Hälfte aller Abgeordneten Militärs oder Direktoren von Rüstungsbetrieben sind.

Die anstehenden Aufgaben sind enorm. Die russische Armee muß von 5 Millionen auf 1,2 Millionen Soldaten reduziert werden. Das Eigentum der sowjetischen Armee in den ehemals sozialistischen Ländern und Unionsrepubliken muß verkauft oder verschenkt werden. Die nach Rußland zurückkehrenden Soldaten brauchen unbedingt und bald Wohnungen. Die politische Lage spitzt sich zu. Die Opposition schürt die Unruhe in der Armee. Wer in der Opposition ist, macht sich heute für die Soldaten stark. Noch ein paar politisch unvorsichtige Schritte der Regierung, und zehn Millionen dem Verteidigungs-, Sicherheits- und Innenministerium unterstellte Uniformträger werden die junge heranwachsende Demokratie in Rußland zertrampeln und hinwegfegen. Das Schicksal des Landes hängt vom Weltbild, den Überzeugungen und der Politik von zwei oder drei Dutzend russischer Generäle ab.

Je größer die Armee, desto größer die Zahl ihrer Generäle. In dieser Hinsicht zählen wir zur Weltspitze. Das Konzept einer Berufsarmee und einer Herabsetzung der Sollstärke der Streitkräfte von 5 Millionen Soldaten auf 1,2 Millionen begann sich erst unter Jelzin durchzusetzen. Aber selbst wenn es verwirklicht wird, kommen auf tausend Einwohner in Rußland immer noch genauso viele Soldaten wie in den USA, aber

mehr als in China oder Japan (und das, obwohl die Stärke der Grenztruppen der UdSSR bei insgesamt nur 220 000 Mann liegt).

Ende 1991 hatten wir, unglückseliger- und törichterweise, eine Panzerarmee von 64 000 Fahrzeugen, dreimal mehr als 1941 und — ohne die zehntausende im Ausland stationierten Panzer mitzurechnen — doppelt so viel wie die sechzehn NATO-Mitglieder zusammen. Nach dem Zerfall der UdSSR liegen diese Panzer auf Halde und verrostet, oder sie werden den kämpfenden »friedlichen« Republiken des Südens überlassen. Dank der unermüdlichen Fürsorge unserer Generäle sind die Länder des Transkaukasus und Mittelasiens bis an die Zähne bewaffnet — vom Maschinengewehr bis zum Kampfhubschrauber.

Seitdem das militärische Erbe der Sowjetunion aufgeteilt ist, predigt uns die Armeeführung unermüdlich, in welcher ungünstiger Lage sich Rußland jetzt befindet. Bis zu 70 Prozent des technischen Geräts und der Waffen sind auf dem Territorium der Ukraine und Weißrußlands geblieben, außerdem handelt es sich um Truppeneinheiten, die in der Lage sind, an vorderster Front Angriffe zu führen. Die Haushaltsmittel für den Ankauf von Waffen lagen 1992 in inflationsbereinigten Preisen um 68 Prozent unter dem Niveau von 1991. Die Generalität ist der Meinung, daß die Armee, sollte sich dieser Trend fortsetzen, im Jahr 1995 überwiegend mit Waffen ausgerüstet sein wird, die aus den Jahren 1960 bis 1970 stammen und überaltert sind. Die Regierung suchte nach einem Trostpflaster für die Armeeführung und den militärisch-industriellen Komplex (MiK) und erhöhte 1993 den Umfang der Rüstungseinkäufe um zehn Prozent.

Jelzin wird schon allein deshalb in die Geschichte eingehen, weil er die Militärausgaben drastisch gekürzt hat. Das ändert aber nichts daran, daß sie in Anbetracht unserer wirtschaftlichen Armut und Verelendung maßlos überhöht sind. Der russische Philosoph und Publizist P. Tschaadajew hat einmal geschrieben: »Eigentlich kann man von uns sagen, daß wir unter den Völkern gleichsam eine Ausnahme bilden und zu jenen gehören, die anscheinend noch keinen Eingang in die Gemeinschaft der Völker als selbständiges Glied gefunden haben, sondern nur dazu da sind, der Welt eine große Lektion zu erteilen.«

II. Armee ohne Wohnraum

Rußland ist ein Dritte-Welt-Land. Wenn wir diese Tatsache begriffen und akzeptiert haben, dann wird es uns leichter fallen, auf all diese unsinnigen Ausgaben für die Dinge zu verzichten, die zum Prestige einer wirklichen Großmacht gehören. Eine Armee sowjetischen Typs kann Rußland sich nicht leisten. Allein an Land verfügt das Verteidigungsministerium über 12,8 Millionen Hektar, davon 5,1 Millionen Hektar Wald. Experten gehen davon aus, daß die von der Rüstungsindustrie verursachten Umweltschäden die aller anderen Industriezweige bei weitem in den Schatten stellen. Die Gesellschaft muß endlich begreifen, daß das Problem der militärischen Sicherheit angesichts der weit realeren Bedrohung durch Ökokatastrophen, Epidemien, Armut, endlose Bürgerkriege, anschwellende Flüchtlingsströme und riesige Arbeitslosenheere nachrangig und geradezu belanglos ist.

Der entscheidende Punkt aber ist, daß eine zerfallende Armee, eine Armee mit einer korrupten Führung und einem Millionenheer verarmter Soldaten, das Land in den Untergang führt. Ein neues Phänomen macht von sich reden: Es gibt eine militärische Opposition, die sich mit zivilen prokommunistischen Kräften zusammenschließt. Die Streitkräfte sind zum Nährboden für den Anstieg der Kriminalität geworden. Bei geschwundenen Beförderungsmöglichkeiten, ohne Aussicht auf eine Wohnung, normale Bezahlung und Pension sind die Offiziere nur noch damit beschäftigt, Militäreigentum zu verschieben. Mittlerweile ist es schon so weit gekommen, daß Wachtposten bei Überfällen auf Waffendepots Angreifer einfach gewähren lassen und dann die entstandenen Verluste vertuschen, indem sie Feuer legen oder Sprengstoffexplosionen vortäuschen. Überhaupt wird heute in der Armee mit allem gehandelt. Besonders kritisch ist das natürlich bei Truppenteilen, die mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet sind, die im Gegensatz zu strategischen Atomwaffen weit weniger durch wirksame Blockiersysteme gesichert sind. Die Kampffähigkeit der russischen Armee ist heute nur noch ein Mythos. Nacheinander haben sich die Sowjetunion, die KPdSU und jetzt die sowjetische Armee als ein Koloß auf tönernen Füßen erwiesen.

Leute, die als »Vaterlandsverteidiger« durchgefüttert wurden, hat es immer, schon zu Zeiten der UdSSR, haufenweise gegeben: 1989 gab es

9,66 Millionen Staatsbedienstete in Uniform (*Rossiskaja gaseta* vom 6. 3. 1991). Dazu gehörten: 4,5 Millionen reguläre Soldaten, 329 000 Bausoldaten, 220 000 Grenzsoldaten, bei der Eisenbahn weitere 200 000, bei den Truppen des Innenministeriums nochmal 200 000, so daß wir auf eine Gesamtzahl von 5,449 Millionen Armeeingehörige kommen. Die Zahl der Mitarbeiter von KGB und Innenministerium errechnet sich aus der Differenz zwischen 9,66 und 5,449 Millionen: das sind 4,21 Millionen Menschen. Das sind mehr, als die Geheimdienste von 150 kapitalistischen Staaten zusammen aufzubieten haben.

Die Stärke eines Landes bemißt sich aber nicht nach der Anzahl seiner Soldaten. A. Kokoschin, der stellvertretende Verteidigungsminister der Russischen Föderation, gab in einem Interview der *Nesawissimaja gaseta* vom 3. 6. 1993 zu bedenken: »Es ist möglich, daß wir unsere einzigartige nationale Fähigkeit verlieren, hochkomplizierte Waffensysteme zu produzieren. Diese Fähigkeit besitzen nur fünf oder sechs Länder der Erde. Sie ist heute eine der wesentlichen Komponenten für die Stärke eines Landes in militärischer, industrieller und wirtschaftlicher Hinsicht.« Fast ein Drittel des Interviews ist der Begründung der Notwendigkeit gewidmet, über hochpräzise Waffensysteme von großer Zielgenauigkeit zu verfügen, von deren Effizienz im Rahmen der »Operation Wüstensturm« sich alle am Fernsehschirm überzeugen konnten. In diesem Zusammenhang macht sich Kokoschin darüber Sorgen, daß »wir gezwungen sind, den Bau der gesamten atomaren U-Boot-Flotte auf einer einzigen Werft zu konzentrieren.« Wenn wir ein Produktionsmoratorium für die Rüstungsindustrie, Reparaturbetriebe ausgenommen, beschließen würden, dann würde darunter unsere Verteidigungsfähigkeit nicht sonderlich leiden. Andererseits aber würden wir viel Geld dadurch sparen.

Sowohl die staatliche Sicherheit als auch der Staatshaushalt würden davon profitieren, wenn die Tätigkeit des militärischen Abschirmdienstes (GRU) auf ein Minimum reduziert würde. Denn der GRU ist nicht irgendein Abschirmdienst, sondern ein Zentrum für die Planung von Sabotageakten. In den neunziger Jahren war insbesondere der GRU und nicht nur der KGB zuständig für die Organisation von Terror und Provokationen im Baltikum und im Transkaukasus. Der

GRU hat seine eigenen Truppen — Spezialeinheiten, die in Afghanistan den letzten Schliff bekommen haben. Er hat seine eigenen Agenten im Westen, die sich mit der illegalen Anwerbung von Spezialisten und Technologiespionage beschäftigen. Er verfügte zumindest bis in die jüngste Vergangenheit über ein eigenes System zur Versorgung von Terroristen in aller Welt mit Waffen und hat internationale Kämpfer in speziellen Trainingslagern in der Nähe von Odessa, Simferopol und Moskau ausgebildet. Die Handschrift des GRU ist heute in Südafrika, gestern in Nicaragua, in Panama, in El Salvador und in der Operation zum Sturz von Ceausescu zu erkennen. Nach Meinung der Zeitung *Sobesednik* (38/1992) konzentriert sich heute die Tätigkeit des GRU, der sich insgesamt in dreißig Abteilungen mit jeweils dreihundert höheren Offizieren und Generälen untergliedert, die alle in einem Gebäude an der »Chodynka« in Moskau sitzen, auf sogenannte »interne Aktionen« im Interesse bestimmter militärischer und politischer Kreise. Der Koloß GRU mit all seinen Truppen (in der Stärke einer Brigade in jedem Wehrkreis, jeder Flotte, in jeder Gruppe der Streitkräfte) kann außerhalb des Generalstabs von niemandem kontrolliert werden.

Der Generalstab selbst ist ein militärisches Imperium: mit einer eigenen Akademie (eines der größten Gebäude Moskaus an der Kreuzung zwischen dem Lenin- und dem Wernadski-Prospekt, analog zum Pentagon in Washington). Bei uns ist der Generalstab in gewisser Weise auch die Fortsetzung des Außenministeriums (*Nesawissimaja gaseta* vom 22. 10. 1992).

Im Jahre 1992 gab es in den russischen Streitkräften nach gewaltigen Kürzungen im aktiven Dienst immer noch knapp sechstausend Generäle. Ehrliche und intelligente sind kaum darunter. Einen von ihnen, den Menschenrechtler P. Grigorenko, hatte man in die Psychiatrie eingewiesen. (Ehrliche Oberste gab es und gibt es: Den Spion O. Penkowski verbrannte der GRU bei lebendigem Leibe, obwohl er — wie man jetzt sagt — unser Land gerettet hat.) Der andere wurde Militärberater von Präsident Jelzin — General D. Wolkogonow, der auf dem letzten Parteitag der KPdSU mit dem Vorschlag von sich reden machte, eine ideologische Kehrtwende zur Sozialdemokratie zu machen. Mit lautem Geschrei wurde er vom

Rednerpult vertrieben. In einem Interview mit der Zeitschrift *Federazija* (Nr. 51) beklagte sich Wolkogonow im Jahre 1993 über das Ausmaß der Militarisierung: »Dient etwa diese furchterregende Angriffsarmada dem friedlichen Aufbau einer besseren Zukunft? Wir haben soviel Uran gefördert, daß es für alle Atomkraftwerke der Welt noch für Jahrzehnte reicht. Wozu all das? Indessen verschlang das Land Milliarden von Petro-Dollars, verbrauchte mit ungewöhnlicher Leichtigkeit seine strategischen Naturressourcen und beraubte praktisch unsere Nachkommen.«

In diesem ausführlichen Interview verschwieg Wolkogonow das seiner Ansicht nach wichtigste Problem der Armee. Im Jahre 1991 erhielt die sowjetische Armee 41 000 Wohnungen für Militärbedienstete. 1992 erhielt die russische Armee, die um ein Drittel verringert war, anderthalb mal so viel, nämlich 61 000 Wohnungen. 1993 sollten 82 000 Wohnungen zugewiesen werden. Benötigt werden aber mindestens weitere 200 000 Wohnungen für die Familien der Armeeingehörigen.

Könnte man die Armee ganz abschaffen, würde das Leben in Rußland dadurch nicht weniger sicher, im Gegenteil. Die unerhört aufgeblähten Militärstrukturen destabilisieren nicht nur das gesamte soziale Gefüge, die Armee ist in breitester Front in das schmutzige Geschäft der Politik involviert. Allein im Obersten Sowjet sitzen 18 Generäle und Admirale im vollen Ornat ihrer Uniformen. In politisch völlig unverantwortlicher Weise haben diese Leute Jelzin unter Druck gesetzt und bis Oktober 1992 soweit gebracht, der Ukraine die Schwarzmeerflotte und ihre Basen auf der Krim abzukaufen. Was sollen wir mit diesen Kähnen, deren Auslaufen ins Mittelmeer wir uns von der Türkei genehmigen lassen müssen? Wollen wir vielleicht auch noch mit der Ukraine wegen der Krim Krieg führen? Ein derartiger Krieg zwischen den mächtigsten Nachfolgestaaten der UdSSR würde nach Schätzungen des amerikanischen Geheimdienstes (*Spiegel*, 36/1992) 200 000 Soldaten das Leben kosten und einen Flüchtlingsstrom von annähernd 10 Millionen Menschen auslösen. 40 Millionen Menschen würden verhungern und zwei Millionen würden von Krankheiten und Epidemien dahingerafft werden.

Nach eben diesen Schätzungen böte sich folgendes Szenario für den Fall, daß sich die ökonomische Situation nicht verbessert und die

Konflikte in Mittelasien, im Transkaukasus, in Moldawien und in der Ukraine nicht auf friedlichem Wege beigelegt werden können: In zwölf regionalen Kriegen auf dem Territorium des zerfallenden Imperiums sterben anderthalb Millionen Soldaten, es gibt 21 Millionen Flüchtlinge, 88 Millionen werden Opfer von Hungerkatastrophen und 4 Millionen von Krankheiten.

Die Beschränktheit eines Teils des militärischen und politischen Establishments in Rußland zeigte sich in den polemischen Ausfällen gegen die Veröffentlichung des Projekts »Die Grundlagen der Verteidigungspolitik der Russischen Föderation«, das dem schon erwähnten Kokoschin zugeschrieben wird. Obwohl er keinesfalls zu den »Tauben« zählt, stießen seine Vorschläge auf heftige Gegenreaktionen von Seiten der »Partei des Krieges« (*Literaturnaja Rossija*, 11. 12. 1992). Er machte sich dafür stark, auf dem Wege der Gesetzgebung den Anteil des Militärbudgets auf zwei bis drei Prozent des Bruttosozialprodukts zu begrenzen, eine zivile Kontrolle über das Militär und ein ziviles Verteidigungsministerium einzurichten. Und wenn sich Kokoschin auch noch erdreistet hätte, der Führung von Verteidigungs-, Sicherheits- und Innenministerium vorzuschlagen, die Hunderttausende von ihnen befehligten Offiziere aus den zivilen Einrichtungen des Landes abzuführen (aus Ministerien, Hochschulen, wissenschaftlichen Forschungsinstituten, Betrieben und Redaktionen), dann würde er heute sicherlich nicht mehr im Verteidigungsministerium arbeiten. Damit hätte er sich nämlich an dem Allerheiligsten vergriffen, dem Privileg einer bestimmten, sehr einflußreichen Schicht der vaterländischen Nomenklatura, gleich zwei Gehälter zu kassieren: ein ziviles und ein militärisches. (Ein besonderes Problem sind die jungen Frühpensionäre aus der Armee: Für Millionen von Menschen, die nicht die entsprechende Qualifikation haben, sind Arbeitsplätze im Zivilleben zu finden — und möglichst nicht die schlechtesten.)

Aber wer zwingt eigentlich das Militär, sich auch wirklich dem Präsidentenerlaß über die Depolitisierung der Armee zu beugen? In den Truppen werden nur die eigenen militärischen Publikationen verbreitet, deren Orientierung weit entfernt ist von den demokratischen Bestrebungen der Gesellschaft, der Regierung und der wichtigsten russischen Massenmedien.

Das Militär, das noch im aktiven Dienst steht, stellt einen wichtigen Teil der Abgeordneten aller Ebenen, von den Rayons und Gebieten bis zum Obersten Sowjet der Republik und der gesamten Russischen Föderation. Es liegt auf der Hand, daß diese Abgeordneten ihren Militärdienst für die Dauer des Mandats aussetzen sollten.

Bislang verzichteten Soldaten aber nicht einmal am Wohnort auf politisches Engagement, während doch ein vollständiges Verbot der Beteiligung von Armeeingehörigen an der Tätigkeit von politischen Parteien und Organisationen notwendig ist.

Natürlich ist es auch höchste Zeit, mit der weitverbreiteten Praxis der Schaffung eigenständiger militärischer Strukturen in den politischen Parteien und Organisationen zu brechen, die sich in erster Linie auf Militärkader und Afghanistanveteranen stützen.

In der russischen Armee ist es mittlerweile Mode geworden, militärische Einheiten nach dem Prinzip der nationalen Zugehörigkeit zu gliedern. Wehrpflichtige sollen nicht für Polizeioperationen auf dem Territorium ihres eigenen Landes eingesetzt werden.

Das Verteidigungsministerium soll Gelder für den Bau von Wohnraum für ehemalige Soldaten zur Verfügung stellen. Die demobilisierten Offiziere reihen sich inzwischen in die Schlangen vor den örtlichen Exekutivkomitees ein, in denen Invaliden und Kriegsteilnehmer, Veteranen und kinderreiche Familien, Brandgeschädigte und Tschernobyl-Opfer zwischen zehn und dreißig Jahre auf eine Wohnung warten. Unter diesen Bedingungen von den Exekutivkomitees zu fordern, den Anträgen von wohnungslosen Militärs »in einer dreimonatigen Frist« zu entsprechen, wie im Gesetz vorgesehen, ist ebenso kurzsichtig wie unrealistisch.

Unsere Armee, die sowjetische oder die russische, ist ein Organismus, der mindestens genauso krank ist wie unsere Landwirtschaft oder Industrie. »Wir haben gigantische Streitkräfte geschaffen, die unführbar und damit praktisch handlungsunfähig geworden sind. Sie fangen an, das Land und sich selbst aufzufressen«, sagte Oberst W. Kowalewski, ehemaliger Lehrer an der Militärakademie Franse, in einem Interview mit der Zeitung *Kuranty* (16. 3. 1993). Und er fuhr fort: »Die kleine Türkei, Mitglied der NATO, würde uns im Falle offener Kriegshandlungen, die Gott verhindern möge, ein neues 1941 bescheren. Ihre kleine Armee ist

II. Armee ohne Wohnraum

sehr viel besser organisiert und verfügt über höhere Manövrierfähigkeit und Mobilität.«

Kowalewski hat eine lange Laufbahn hinter sich — vorn Kompanieführer bis zum Regimentskommandeur. Er kennt die Armee wie seine Westentasche: »Nicht einmal im Manöver sind unsere Truppen in der Lage, schnelle und präzise Kehrtwendungen vorzunehmen, Interaktionsfähigkeit ist weder auf horizontaler noch auf vertikaler Ebene gewährleistet. Der ganze Koloß ist eigentlich nur ein großer Hokuspokus. Ich habe mehrfach in aller Offenheit gesagt, daß unsere vermeintliche Stärke sich auf demonstrative Paraden mit viel Tschingderassabum und goldglänzenden Orden beschränkt. Wir haben das Credo des großen Suworow vergessen: >Im Frieden müssen die Truppen das lernen, was ihnen unter Kriegsbedingungen das Überleben und Siegen sichern wird.< Wir lernen das genaue Gegenteil davon: Unser Hauptziel besteht darin, der politischen und militärischen Führung Sand in die Augen zu streuen und die Dinge so darzustellen, als seien wir stark und unbesiegbar. Dies ist nicht nur unmoralisch, sondern Verrat an Volk und Staat.«

Wir schreiben das Jahr 1994. Rußland ist jedoch immer noch das am stärksten militarisierte Land der Welt. In der Armee fehlt es an demokratischen Institutionen, von sozialer Absicherung ganz zu schweigen. Jeder Soldat befindet sich in einer an Leibeigenschaft erinnernden Abhängigkeit von seinem Kornmandanten: Die alten Formeln von Befehl und Gehorsam sind die gleichen geblieben, die juristische Definition eines ungesetzlichen Befehls ist vom Parlament blockiert worden.

Die eigenen Truppen sind für Rußland zu einem erhöhten Risiko geworden. Auf dem Territorium der GUS haben sich bis zum Ende des Jahres 1993 mehr als fünfhundert illegale und »unabhängige bewaffnete Formationen« gebildet. Sie setzen sich aus Deserteuren zusammen und sind mit Waffen ausgerüstet, die der Armee abgekauft oder gewaltsam entwendet wurden. Nach Angaben der Wochenzeitung *Nowoje wremja* (19/1993) »haben die Experten die Generalität schon mehrfach eindringlich gewarnt: Die sowjetische Armee und das System, das sie sich geschaffen hat, ist einfach nicht reformierbar. Eine neue Armee muß aufgebaut werden. Die Dreistigkeit, mit der sich die Bürokraten weigern,

internationale Erfahrungen und die Herausforderung der Geschichte in ihr Kalkül einzubeziehen, kann uns die Armee, vielleicht sogar den Staat kosten.«

Nach Meinung von Major W. Lopatin, der schon zitiert worden ist, sind der Präsident und mit ihm die gesamte Führung des russischen Staates zu Geiseln der unfähigen Politik der Generäle geworden. Die Militärreform, so fährt Lopatin fort (*Federazija*, 16. 4. 1993), darf nicht mehr verschleppt werden, da Gesellschaft und Staat einfach nicht in der Lage sind, eine Armee zu unterhalten, die gigantische Summen verschlingt.

All das sind vernünftige Argumente, die von einem großen Teil der Generalität und des MiK, aber auch vom Parlament, dessen Vollmachten Präsident Jelzin im September 1993 aufgehoben hat, prinzipiell abgelehnt werden. Die alte Mannschaft des obersten Sowjets der Russischen Föderation lehnte eine Diskussion über den START-II-Vertrag unter dem Vorwand ab, er würde die Sicherheitsinteressen des Landes verletzen. Laut Vertrag sind Rußland und die USA verpflichtet, die Zahl der atomaren Sprengladungen bis zum Jahre 2003 auf dreitausend oder weniger Einheiten zu reduzieren. Vereinbart ist auch die Reduzierung der Produktion und die Vernichtung von interkontinentalen ballistischen Raketen mit Mehrfachsprengköpfen individueller Zielfernlenkung (MIRF), die durch andere Systeme mit einfachem atomarem Sprengkopf ersetzt werden sollen. Es soll eine beidseitig ausgewogene Reduzierung der atomaren Sprengladungen bei den strategischen Bombern etc. stattfinden. Was spricht denn dagegen, das militärische Gleichgewicht auf einem reduzierten Niveau herzustellen? Und dennoch: Tausende von Generälen widersetzen sich dem — sie wollen nicht in Rente geschickt werden.

Auch der Volksdeputierte und Generaloberst W. Atschalow widersetzte sich und wurde so zum Mächtegern-Verteidigungsminister des Mächtegern-Präsidenten Ruzkoi. Nach dem Putsch im August 1991 rettete der Oberste Sowjet Atschalow, der damals als stellvertretender Verteidigungsminister die Putschisten aktiv unterstützt hatte, vor der strafrechtlichen Verfolgung. Die »Opposition in Uniform« gegen Präsident Jelzin ist — ungeachtet dessen, daß er sich auf alle Zugeständnisse eingelassen und mit Privilegien und Almosen gegenüber

II. Armee ohne Wohnraum

den Generälen nicht gespart hat — sehr groß. Deswegen erstattet Minister A. Gratschow jeden Tag zwischen 10 Uhr und 10.15 Uhr Jelzin Bericht über die Situation in der Armee, über Vorkommnisse, Manöver und so weiter.

Wer auch immer von den Generälen im Ministerrang die russische Armee kommandiert hat – Atschalow, Ruzkoi, Gromow, Kobez, Le-bed, Makaschow —, alle werden im Endergebnis immer ein und dasselbe bekommen. Rußland steht heute am Rande eines Krieges mit allen anderen vierzehn Republiken der ehemaligen UdSSR.

Diplomaten, Ökonomen und Juristen sollten Politikern, Ministern und den führenden Persönlichkeiten des Staates bei den Verhandlungen über die Regulierung der gegenseitigen Beziehungen zur Seite stehen. Aber das Militär treibt mit riesigen Mengen von Sprengstoff Handel, hält in Hunderten von Militärbasen und Militärstädten Hof und fühlt sich außerhalb jeglichen Gesetzes und jeder Kontrolle als Herr der Lage. Gratschow und Ruzkoi, ja selbst Parlamentssprecher Chasbulatow können vor laufenden Kameras Moldawien, der Ukraine, Tschetschenien, Georgien, dem Baltikum und überhaupt allen und jedem im Gegensatz zu Präsident Jelzin drohen.

Unsere Afghanistan-Generäle, unsere »patriotischen« Politiker, machen sich stark für die »Großmacht« und haben dabei einzig und allein sich und ihre Futtertröge im Sinn, und nicht etwa die hungernde und unglückliche Nation, deren Kinder samt und sonders krank sind. Diese Generäle werden alle Völker der ehemaligen UdSSR bis zum bitteren Ende »auspressen«. Und all das, damit die Militärausgaben erhöht werden, und sei es um den Preis einer endlosen Reihe von Kriegen und Konflikten. Sie verkaufen diese Politik unter dem Deckmantel der »militärischen Zusammenarbeit der vereinigten Streitkräfte«.

Die russischen Generäle haben an der georgischen Küste und auf der Krim schließlich nicht nur Sanatorien für Armeeingehörige, sondern auch private Datschen zurückgelassen. Außerdem eröffnet die militärische Präsenz an der Grenze zu Afghanistan, und überhaupt auf jedem Territorium außerhalb Rußlands, nahezu unbeschränkte Möglichkeiten für zollfreie Geschäfte.

Generäle auf der Chaiselongue und Obristen mit Verkaufswagen ... Was hat all das mit Rußlands nationalen Interessen zu tun? Schließlich

leiden unter der militärischen Expansion des Kreml in erster Linie die Millionen Russen außerhalb der Grenzen Rußlands, ja auch die autochthone Bevölkerung Rußlands selbst, das mittlerweile Millionen von Flüchtlingen aufnehmen mußte. Allein in Tadschikistan bewirkt die unsinnige, oder schärfer formuliert, die verbrecherische Politik Moskaus, daß die Bevölkerung Rußlands Milliarden Dollar Verluste hinzunehmen hatte.

Rußland verstärkt seine militärische Präsenz im Kaukasus. Im Mai 1993, zum ersten Jahrestag der Gründung der russischen Streitkräfte, wurde die Bildung des nordkaukasischen Wehrkreises abgeschlossen. Dort sind in erster Linie fünf kampffähige motorisierte Schützenbrigaden mit neuester Waffen- und Kampftechnik disloziert (*Nesawissimaja gaseta*, 7. 5. 1993). Russische Truppen stehen an den Grenzen von Tschetschenien, in Nordossetien, in Inguschetien, in Abchasien, in Georgien, in Armenien und in Aserbaidschan, das heißt überall dort, wo Krieg ist. Wenn nur die »Partei des Krieges« in Gestalt eines Teils der russischen Generalität ihre aufwieglerische Tätigkeit einstellen würde, würde es zwischen Armeniern und Aserbaidschanern allenfalls zu einigen Messerstechereien und nicht wie jetzt zu Luftangriffen mit russischen Flugzeugen und Piloten, zu Raketenbeschuß und Panzerattacken kommen. Abchasien würde ohne Georgier mit seinen bewaffneten Mordgesellen aus den kaukasischen Bergvölkern für Rußland zu einem ebensolchen Wespennest werden wie Tschetschenien. Adscharien wird zu einem ausgesprochen islamischen Land, die Bergvölker des Nordkaukasus dringen in das westliche Georgien vor, während ein Teil des östlichen Georgiens mit aserbaidschanischer Bevölkerung Zuflucht sucht bei den Machthabern in Baku. Im Endeffekt wird der gesamte Transkaukasus mit Ausnahme einiger großer städtischer Agglomerate um Tbilisi und Eriwan islamisch. Und dies ist zu 90 Prozent das Verdienst des russischen Verteidigungsministers Pawel Gratschow. Unter Jelzin, und nicht etwa unter Gorbatschow, haben russische Soldaten Ende September 1993 ganz Abchasien von Georgiern gesäubert, während die Anhänger von Swiad Gamsachurdia mit Hilfe russischer »Freiwilliger« und gleichfalls russischer Waffen ganz Westgeorgien besetzten.

II. Armee ohne Wohnraum

Die militärische Planung in Rußland wird auch künftig zu einer weiteren Abspaltung der Wehrkreise von Moskau führen. Im Fernen Osten, in der Baikal- und in der Wolgaregion ist die Schaffung von »Mini-Verteidigungsministerien« geplant, die jeweils von stellvertretenden Verteidigungsministern geführt werden. Hier sollen gleichzeitig Kleinausgaben von Generalstäben eingerichtet werden. Nach den Plänen von P. Gratschow (*Nesawissimaja gaseta*, 7. 5. 1992) sollen die Oberkommandierenden der Regionen zu alleinigen Oberbefehlshabern aller führenden Militärs der Wehrkreise, der Flotten und anderer militärischer Formationen des jeweiligen Territoriums ernannt werden.

Stellen Sie sich das vor: Der Befehl eines derartigen lokalen Armee-Zaren reicht aus — und Primorje verkündet seine Abspaltung von Rußland ... Im August 1991 unterstützten die Kommandeure der Wehrkreise Sibirien, Wolga-Ural und Moskau, die Herren Boris Pjankow, Albert Makaschow und Nikolai Kalinin, Versuche, Gorbatschow und Jelzin zu isolieren. Nach dem Scheitern des Putsches hat sich niemand getraut, diese drei ebensowenig wie die drei Stellvertreter des damaligen Verteidigungsministers Wladislaw Atschalow und Iwan Tretjak vor Gericht zu stellen (*Nowoje wremja*, 10/1992). Ins Gefängnis »Matrosskaja Tischina« kamen nur zwei — Marschall Jasow und General Warennikow. Marschall Achromejew beging Selbstmord.

Anfang Oktober 1993 zögerte die Armeeführung sehr lange, dem russischen Präsidenten bei der Säuberung Moskaus von Kämpfern zu helfen, die nicht nur das Weiße Haus, sondern auch die Fernsehstation Ostankino besetzt hatten. Dieses Mal schwangen sich die Generäle Atschalow, Makaschow und Ruzkoi, die glücklicherweise schon in Ungnade gefallen waren, zu Führern des Putsches auf. Man kann mit Fug und Recht sagen, daß die Armee im Gegensatz zum Innen- und Sicherheitsministerium die Schicksalstage vom 3. bis 5. Oktober 1993 ehrenhaft bestanden hat. Wie die Moskauer Zeitung *Dwadzat tschetyre* (17. 8. 1993) schrieb, »gab es in Moskau faktisch keine schlagkräftigen und zuverlässigen Einheiten des Innenministeriums oder der Staatssicherheit, die schneller in der Lage waren, die Situation in der Stadt zu kontrollieren.«

Verteidigungsminister Gratschow ist es zu 90 Prozent zu verdanken, daß im Oktober 1993 die Rotbraunen in Rußland nicht an die Macht kamen. Im Verlauf vieler Monate zog der Minister ihm treu ergebene Luftlandetruppen um Moskau herum zusammen. In den Rayons Kubinka, Naro-Fominsk, Solnetschnogorsk und anderen Städten im Umkreis Moskaus versammelten sich einer Meldung des Radiosenders »Swoboda« zufolge vor dem Putsch knapp 100 000 Soldaten und Offiziere der Luftlandetruppen.

Das Verteidigungsministerium traf ein schweres Los: Es mußte nicht nur den Präsidentensessel von Boris Jelzin verteidigen, sondern auch die Suppe auslöffeln, die ihm das Kommando des Präsidenten mit seinen stümperhaften Marschällen und Generälen eingebrockt hatte. Aus den »Unionsrepubliken« wurden von einer Minute zur anderen »kämpfende« Republiken. Es dürfte wohl kaum schwierig gewesen sein, die Folgen der Entscheidung abzuschätzen, nach der die Militärtechnik nach dem Zerfall der UdSSR denjenigen Truppenteilen übereignet worden war, die auf dem Territorium der ehemaligen Unionsrepubliken stationiert waren. Diese Waffen standen damit den neuen Staaten zur Verfügung. Dahinter stand ein zynisches Kalkül: Es ging darum, die lokalen Kämpfer mit unseren Waffen zu überschütten, um sich einerseits einen Absatzmarkt für Ersatzteile zu sichern und ihnen andererseits die Dienste russischer Militärberater und Söldner aufzwingen zu können. Und so ist es auch gekommen: Die transkaukasischen und mittelasiatischen Republiken haben in endlosen Kämpfen ihre ohnehin schon kränklichen Volkswirtschaften ruiniert, ihren Boden mit dem Blut vieler ihrer Landsleute getränkt — mit dem Ergebnis, daß sie schließlich um Wiederaufnahme in die GUS bitten (d. h. in die ehemalige UdSSR). Wollen wir etwa wieder einmal ein russisches Imperium errichten? Ein derartiges Imperium brauchen weder Rußland noch die auf russischem Territorium siedelnden Völker; sie können sich ein solches Imperium nicht leisten.

Das extreme Auseinanderdriften der Meinungen in dieser für die Zukunft Rußlands entscheidenden Frage — der Frage nämlich, ob Rußland alleine oder nur unter Einschluß der vierzehn ehemaligen Unionsrepubliken existieren kann — wird zum unüberwindlichen Hindernis auf dem Weg zu einer wirklichen Militärreform.

II. Armee ohne Wohnraum

Im Jahre 1992 wurden 75 Prozent der Haushaltsmittel des Verteidigungsministeriums für den Unterhalt der Armee und die soziale Absicherung der Soldaten aufgewendet und nur 25 Prozent für Rüstungskäufe bereitgestellt. Diese Feststellung traf der schon erwähnte Sergei Stepaschin, der nach Barannikow und Galuschko im Oktober 1993 auf dem VII. Kongreß der Volksdeputierten der Russischen Föderation zum ersten Stellvertreter des russischen Verteidigungsministers ernannt wurde (*Rossijskaja gaseta*, 19. 12. 1993). »25 Prozent — das ist gar nichts«, stöhnte Stepaschin, den »Radio Swoboda« schon Ende 1992 auf dem Posten des russischen Verteidigungsministers gesehen hatte. »Wenn wir nicht Kasachstan und den anderen mittelasiatischen Staaten bei der Aufstellung ihrer Armeen helfen, dann werden die Türkei, der Iran und der Irak dies tun. Wir haben das Baltikum aufgegeben, und jetzt sind wir mit seiner eindeutig proamerikanischen Orientierung konfrontiert«, sagte Stepaschin (*Dwadzat tschetyre*, 22. 12. 1992).

Stepaschin trat als Leiter der Kommission für Verteidigung und Sicherheit des Obersten Sowjets für ein Kontraktsystem innerhalb der Armee ein, die damit nach dem Vorbild der USA nur noch aus schnellen Eingreiftruppen bestehen sollte.

Im Juni 1993 mußte Rußland endgültig von dem Plan abrücken, im Rahmen der GUS einheitliche Streitkräfte schaffen zu wollen. Vielleicht hat die in diesen Tagen vom Rat der Verteidigungsminister der GUS angenommene Entscheidung über die Auflösung des Oberkommandos der vereinigten Streitkräfte der GUS und über die Abtretung der Verfügungsgewalt über Atomwaffen an Rußland letzterem geholfen, Mittel einzusparen.

Im Jahre 1993 wurden in der russischen Presse aus verschiedenen Anlässen Dutzende von Interviews mit den letzten beiden Verteidigungsministern D. Jasow und E. Schaposchnikow abgedruckt. Beide hielten es nicht einmal für nötig, auch nur ein Wort über die Kürzung der Verteidigungsausgaben zu verlieren oder auch nur die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, die Effektivität der Armee bei möglichst niedrigen Ausgaben zu steigern. »Solange es die Sonne gibt, solange wird es auch uns geben« — das ist das Leitmotiv unserer Militärs.

Die Ausbildung von Panzerbesetzungen beispielsweise sollte eigentlich schon lange mit Hilfe von Simulatoren durchgeführt werden. Das würde die Kosten um das Hundertfache senken. Die Panzersimulatoren »Konotop« und »Geofil« und der Simulator für optischelektronische Zielsteuerung »Inhibitor« haben in den neunziger Jahren zwar die Erprobungsphase erfolgreich durchlaufen, dennoch gehen sie nicht in Serienproduktion (*Golos*, 25/1993).

2. Die Raketenabwehr erwies sich als Bluff

Listenreich haben die USA die UdSSR gezwungen, Milliarden von Dollars auszugeben, um ein sowjetisches S.D.I. -Pendang zu schaffen. Dies hat die sowjetische Wirtschaft endgültig ruiniert. Bush und Jelzin haben das START-II-Abkommen unterzeichnet, doch um Rache an beiden Führern zu nehmen, vereitelte die Opposition die Ratifizierung des Vertrages im russischen Parlament. Heute noch wie einst ist die Nomenklatura bereit, einen Bürgerkrieg gegen das eigene Volk zu führen. Der öffentlichen Meinung in Rußland werden nach wie vor die alten Klischees aufgezwungen: Je größer die Zahl der Atomraketen, desto größer der Stolz eines jeden Bürgers auf die Heimat. Die Nuancen und unterschiedlichen Argumente, die in diesem niemals versiegenden Streit zwischen Klugheit und Dummheit, zwischen Würde und Gemeinheit vorgebracht werden, sind interessant und ein sehr wichtiger Faktor der Politik Rußlands.

Ein Atomkrieg zwischen Rußland und der Ukraine ist nicht vorstellbar. Warum besteht Rußland dann so hartnäckig auf einer vollständigen Kontrolle über die sowjetischen Atomwaffen, die auf dem Territorium der unabhängigen Ukraine zurückgeblieben sind? Sollen doch die Amerikaner die Kontrolle übernehmen und nach ihrem eigenen Vorschlag das nötige Geld für die Vernichtung von zweitausend in der Ukraine dislozierten atomaren Sprengladungen von Raketen und strategischen Bombern aufbringen.

Wofür soll man denn noch russisches Geld aufwenden? Es reicht doch wohl, Milliarden Dollar für die Verfolgung der prinzipiell nicht

realisierbaren Idee eines völlig undurchdringlichen Systems der Raketenabwehr aus dem Fenster zu werfen. Schließlich hat man in den USA schon vor langer Zeit zugegeben, daß man Rußland mit Falschinformationen bewußt in die Irre geführt und damit das Wettrüsten zum größten Bluff in der Geschichte gemacht hat.

Man muß schon den Hut vor den Amerikanern ziehen, schrieb die Zeitung *Moskowski komsomolez* (3. 9. 1992): »Im Verlauf von Jahrzehnten nährten sie sehr geschickt und feinfühlig die Illusion der Realisierbarkeit einer perfekten Raketenabwehr und haben uns damit immer neue Millionen für sinnlose Projekte aus der Tasche gezogen. Sie erweckten den Eindruck, als ob sie diese Waffe fürchteten und warfen uns gleichzeitig immer wieder ein sehr gut dosiertes Gemisch von richtigen und falschen Informationen als Köder vor, um uns damit zu neuen Ausgaben zu verleiten. Sie selbst haben sich nicht durch ein Raketenabwehrsystem ruiniert, sie selbst haben auf die Entwicklung des >Safe-Guard-Systems< verzichtet, obwohl sie in Verhandlungen immer wieder um die zulässige Höchstgrenze von Raketen gepockert haben. Unsere Militärs haben diesen Köder leicht geschluckt.«

Der Raketeningenieur A. Krawzow, einer der Väter des sowjetisch-russischen Raketenabwehrsystems S-300W, erläutert in einem Artikel des *Moskowski komsomolez* die Fähigkeit dieses Systems zur Zerstörung von Flugzeugen, nicht aber von Raketen. Krawzow schreibt weiter, daß die Prognosen seiner Kollegen sich bewahrheitet hätten und die ursprünglich angekündigten taktisch-technischen Zielvorstellungen niemals erreicht worden seien. Seinen Worten zufolge profitierten das Ministerium für Luftfahrtindustrie, das Ministerium für Radarindustrie, das Verteidigungsministerium und weitere Unterabteilungen des militärisch-industriellen Komplexes davon, die längst hinfällig gewordene Illusion von der Verteidigungsfähigkeit durch Raketenabwehr am Leben zu erhalten. Um den Herren des Kreml auch die Chance zu geben, die ganze Welt mit unserem atomaren Potential in Angst und Schrecken zu versetzen, wurde gleichzeitig angedeutet, daß wir selbst unverletzbar seien.

Krawzow schreibt: »Wieviel Metall und Arbeitskraft ist für die Befriedigung dieser Ambitionen nicht schon verschwendet worden! Um Moskau herum hat man ganze Städte errichtet, die um den

Raketenabwehrring aufgefädelt sind, der die Hauptstadt umgibt. Über ein gewaltiges Territorium sind zum Teil mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstete Abwehrraketen und Radargeräte installiert worden. Ich habe irgendwann einmal zwei Oberstleutnants, die ihren Dienst in einer der Städte des Abwehrrings verrichten, gefragt: »Was meinen Sie, kann Ihre Einheit Moskau vor Raketen schützen?« Ein beredtes Lächeln und ein kurzes Schulterzucken – das war die Antwort.«

Das Drama Rußlands besteht darin, daß die Konstrukteure dieser Milliarden verschlingenden und nur der Dekoration dienenden Raketenabwehr auch heute noch staatliche Subventionen fordern und sie auch bekommen. Man fährt mit der Produktion einer Technik fort, deren Zuverlässigkeit der Profi Krawzow aufschlußreich kommentiert: »Das Gerede von der vermeintlichen Zuverlässigkeit unserer militärischen Produktion ist nichts weiter als Bluff. Sie sind ebenso zuverlässig wie unsere Fernsehapparate und andere technische Geräte, die in diesen Betrieben produziert werden.«

Aber es geht nicht einmal in erster Linie um die Qualität unserer Technik. Die um Moskau herum stationierten Raketenabwehrsysteme oder auch das in den Plänen der amerikanischen und russischen Führung anvisierte gemeinsame S.D.I.-Projekt wird von Dilettanten bedient werden. Und zwar von eben jenen Generälen, die einen Matthias Rust nach sechsstündigem Flug über sowjetisches Territorium nicht an einer Landung auf dem Roten Platz hindern konnten, die das südkoreanische Passagierflugzeug, eine Boeing 747, abgeschossen haben, die den Rowdy G. Schneider entwispen ließen, als er zunächst ganz in Piratenmanier aus der Türkei Batumi anflug, um es dann ungehindert wieder zu verlassen, nachdem er den örtlichen Machthabern auf der Landebahn einen Blumenkorb mit Begleitbrief hinterlassen hatte.

Ingenieur Krawzow beweist überzeugend, daß aus Tschetschenien abgefeuerte Raketen ungehindert einige manövrierfähige Sprengköpfe bis nach Moskau befördern könnten. Ein völlig undurchdringliches Raketenabwehrsystem ist prinzipiell unmöglich, selbst wenn es nicht von Russen, sondern von Amerikanern und Japanern produziert würde, die über schier unerschöpfliche Geldmittel verfügen. Und doch müßten die nüchtern denkenden Bürger des verarmten und verelendeten Rußlands

den konzertierten Einflußbemühungen der amerikanischen und russischen Raketenabwehrlobbyisten widerstehen.

Vor dem Hintergrund der in den anderen russischen Massenmedien veröffentlichten Informationen ist der Artikel von Krawzow im *Moskowski komsomolez* eher eine Ausnahme, denn der Bau neuer Generationen von Waffen und die Entwicklung des Raketenabwehrsystems werden immer noch als Notwendigkeit gehandelt.

Der erste stellvertretende Verteidigungsminister Rußlands, Kokoschin, wird nicht müde zu wiederholen, daß »die nächste Generation von Raketen systemen wesentlich erneuert und vereinheitlicht werden wird« (*Nesawissimaja gaseta*, 19. 11. 1992). Was sollen wir mit dieser »nächsten Generation« von Atomwaffen? Atomraketen haben sich überlebt, behauptet der russische Militäranalytiker und Generalmajor W. Sliptschenko: »Die weitere Aufstockung des Nuklearpotentials erhöht nicht nur nicht die Sicherheit, sie untergräbt sie vielmehr. Die Nukleararsenale sind kein Instrument nationaler Sicherheit. Sie sind eine Bürde, eine Last, deren Gewicht immer drückender wird« (*Komsomolskaja prawda*, 28. 1. 1993).

Rußland wird gewaltige Summen für die Verschrottung der mit Flüssiggas angetriebenen ballistischen Raketen SS-17, SS-18 und ebenso für die der mobilen feststoffbetriebenen SS-24-Raketen aufbringen müssen. Viele dieser Raketen sind technisch nicht mehr funktionsfähig. Irgendwann muß sich Rußland an die Realisierung des von Jelzin und Bush unterzeichneten START-II-Vertrages machen. Wie mit den atomaren Sprengköpfen zu verfahren ist, ist klar. Wohin mit dem Brennstoff »Geptil« der Flüssiggasraketen, das wissen die Wissenschaftler noch nicht. Geptil ist nur unwesentlich weniger giftig als moderne Giftgaskampfstoffe. Und die Vorräte an Geptil in der ehemaligen UdSSR belaufen sich auf mehr als 50 000 Tonnen.

Der START-II-Vertrag wurde für den Kreml zur Rettung, weil die Kosten für die Unterhaltung der strategischen Angriffswaffen für die UdSSR zwar belastend, für das ökonomisch schwache Rußland aber schlichtweg untragbar waren. Und ohne den Vertrag hätten wir sowieso einen großen Teil der funktionsuntauglich gewordenen Raketen ausmustern müssen. Die »russischen Patrioten« können beruhigt sein: In Wotkinsk wird die Produktion der landgestützten mobilen

Feststoffraketen SS-25 (Topol) fortgesetzt, die einzige Raketengattung, deren Herstellung nach den Rahmenrichtlinien der Vereinbarungen mit den USA noch gestattet ist.

Das strategische Potential der Raketentruppen bleibt zum großen Teil in Rußland. An die Ukraine fielen hundertdreißig SS-19- und sechsvierzig SS-24-Raketen, an Kasachstan hundervier Raketen vom Typ SS-18, an Weißrußland vierundfünfzig SS-25. Nach dem Protokoll von Lissabon (Mai 1992) sind Weißrußland, Kasachstan und die Ukraine verpflichtet, ihre strategischen Angriffswaffen im Laufe der kommenden sieben Jahre zu vernichten. Es ist bereits angekündigt worden, daß die SS-25 aus Weißrußland in den nächsten Monaten zur weiteren Verwendung an die obere Wolga nach Rußland verlegt werden.

Im Unterschied zu den schachtgestützten schweren SS-18, den Atom-U-Booten und den strategischen Bombern sollen die mobilen SS-25-Raketen auf Wegen transportiert werden, die westlichen Sicherheitsstandards entsprechen sollen, die es aber bei uns schlichtweg nicht gibt. Seit der Einführung der SS-25 und ihres Prototyps, der SS-20, kam es zu insgesamt elf Unfällen, bei denen die vierzig Tonnen schweren Transportvorrichtungen mitsamt den Raketen einfach umkippten, schreibt die Zeitung *Wek* (22. 10. 1992). Im Falle von Sabotage oder Unfällen ist es durchaus möglich, daß es zur Entzündung des Brennstoffes der Trägersysteme oder auch der Atomsprengköpfe kommt. Das Feuer kann zur Explosion des gewöhnlichen Sprengstoffs führen, die dann die Detonation der Atomsprengköpfe auslöst. Im günstigsten Fall würde dies die Freisetzung von radioaktivem Plutonium bedeuten, von dem ein Gramm ausreicht, um ein Territorium von einem Quadratkilometer total zu verseuchen. Es kann aber auch Schlimmeres passieren — es kann zu einer selbstinduzierten Kettenreaktion kommen, zu einer Atomexplosion, die die Katastrophe von Hiroshima und Nagasaki um das Hundertfache übersteigt.

Nach den Angaben des bereits zitierten Artikels aus der Zeitung *Wek* sind dreiunddreißig Raketen vom Typ SS-24, die im Gegensatz zu den SS-25 nicht auf der Straße, sondern auf Eisenbahnschienen im Land herumgefahren werden, in großen russischen Städten disloziert — in Kostroma, Krasnojarsk und in Berschet (in der Nähe von Perm), wovon

die Bevölkerung aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die geringste Ahnung hat. Der Autor des Artikels, Reserveoberst Pjotr Below, ist Spezialist für Sicherheitssysteme, Kandidat der Technischen Wissenschaften und war früher Raketeningenieur. Er meint, man könne das Ausmaß der täglich drohenden Katastrophen, von denen Millionen von Russen betroffen wären, nur ahnen. Im Vergleich zu diesen Szenarien verblassen die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Niemand sonst auf der Welt transportiert mobile Raketensysteme auf Schwertransportern und offenen Eisenbahnwaggons.

Im Herbst 1992 versuchten russische Politiker und Journalisten die westliche Öffentlichkeit nachhaltiger von der Notwendigkeit humanitärer Hilfsaktionen für Rußland zu überzeugen. Die Länder der ehemaligen UdSSR weigerten sich zeitweise sogar, Zinsen für die Kredite aus dem Westen zu zahlen. Gleichzeitig fanden in der kasachischen Steppe, 200 Kilometer südlich von Aktjubinsk, auf dem bekannten staatlichen Testgelände sogenannte »Versuchsmanöver der Raketenabwehrtruppen mit Kampfgefechten« für die Truppen des Moskauer und nordkaukasischen Wehrkreises statt. Die Militärs traten mit großartig inszenierten Erklärungen vor die geladenen Journalisten und verkündeten, daß ihre S-300W, Buk-M1, Top und Osa-AKM-Systeme sehr viel zielgenauer seien als die entsprechenden amerikanischen Modelle (*Iswestija*, 22. 10. 1992).

Und dies geschah zur selben Zeit, als wir uns anschickten, von den Amerikanern technische Hilfe bei der Vernichtung unserer Waffen einzufordern. Zum 1. Januar 1991 wurden aus dem Bestand der Marine bereits neunzig U-Boote ausgemustert, das bedeutet, an den Piers steht eine Vielzahl kleiner potentieller Tschernobyls! Wir sind einfach nicht in der Lage, sie zu bedienen oder zu zerstören. Was nun neue Waffentypen angeht, so führen zum Beispiel die Amerikaner keine Forschungs- und Konstruktionsarbeiten zur Entwicklung neuer strategischer Waffen durch. Sie bauen keine neuen bodengestützten Raketen und haben sogar das begonnene Programm zum Bau von »Midgetman-Raketen« für mindestens fünf Jahre auf Eis gelegt«, sagte der Direktor des Zentrums für militärstrategische und militärtechnologische Forschungen am Institut für USA- und Kanadaforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften, Michail Gerassew (*Stoliza*,

5/1993). Seiner Meinung nach setzt Rußland sein Rüstungsprogramm »nicht aus militärischen, sondern aus politischen Motiven« fort. Und nur deshalb, so Gerassew, weil Rußland Anspruch auf den Status einer Großmacht erhebt. »Es ist dies nur ein Anspruch, denn im eigentlichen Sinne waren weder die UdSSR noch Rußland jemals eine Supermacht, sie haben sich lediglich aufgeblasen. Das ist wahrscheinlich des letzte Attribut von Größe, das uns bleibt.«

Das russische Parlament brach im September 1993 unter dem Gewicht seiner Dummheit zusammen. Es war allen klar, daß das Parlament in seiner damaligen Zusammensetzung der Ratifizierung des in der Geschichte des Wettrüstens radikalsten atomaren Kontrollabkommens unter keinen Umständen zugestimmt hätte. Nach dreißig Jahren Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten hatten Jelzin und Bush am 3. Januar 1993 den zweiten Vertrag über die Reduzierung der strategischen Angriffswaffen unterzeichnet, der als START-II-Vertrag bekannt ist. Bis zum Jahre 2003 ist eine Reduzierung der atomaren Arsenale Rußlands und der USA auf annähernd ein Viertel des gegenwärtigen Niveaus vorgesehen.

Der Planet Erde würde wahrscheinlich aufhören zu existieren, wenn der Kreml den Ratschlägen seines prokommunistischen Parlaments folgen und sich erneut mit dem Irak, Libyen und Nordkorea anfreunden würde und wenn diesen Ländern auch nur wenige der zigtausend atomaren Sprengköpfe oder auch nur einige Kilogramm von den Tonnen waffenfähigen Plutoniums aus dem zerfallenden atomaren Komplex der ehemaligen UdSSR zufallen würden. Es hängt einzig und allein vom Kreml ab, ob sich der START-II-Vertrag in den nächsten Jahren in ein wertloses Stück Papier verwandelt.

Es ist endlich Zeit, Schluß zu machen mit Atomwaffen und schweren Raketen. Diese Spielzeuge sind nichts für Rußland. Erstens haben wir aufgrund des Zerfalls der UdSSR bereits sechs von elf großen Radarfrühwarnsystemen verloren: Sie blieben außerhalb unserer Grenzen. Zweitens nimmt das Risiko eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges beim gegenwärtigen Zustand unserer Kommunikations- und Überwachungssysteme sowie unserer politischen Entscheidungsmechanismen permanent zu. Drittens haben wir, ohne dies zu wollen, die Zahl der Atommächte durch den Zerfall der

UdSSR bereits erhöht. Sollen wir jetzt auf atomare Terroraktionen eines Ardsinba, eines Dudajew, eines Gamsachurdiä oder eines Ruzkoi warten? Unsere Atomlobby hat unsere Regierungen schon so viele Jahre an der Nase herumgeführt. Viel billiger wäre es, jedem Mitglied dieser Lobby einen Mercedes samt Datscha zu schenken, als sie weiterhin ihren selbstmörderischen atomaren Ambitionen frönen zu lassen.

Rußland muß den Weg der Abrüstung, und nicht der Modernisierung der atomaren Raketensysteme einschlagen. Es gilt, sich daran zu erinnern, daß wir all diese Berge von Waffen, die sich für unsere Verteidigung letztendlich als unnützlich erwiesen, lediglich aufgrund eines geschickten Winkelzugs der Amerikaner angehäuft haben, die daran interessiert waren, uns durch ein von ihnen organisiertes Wettrüsten zu ruinieren. Wir haben den kalten Krieg verloren, und zu einem Sieg des Kommunismus ist es nicht gekommen. Jetzt gilt es, sich dem Abrüstungsprozeß anzuschließen und auf diese Weise das Wirtschaftsleben im eigenen Lande zu beleben.

3. Die russische Armee in Deutschland – ein khakifarbenes Bordell

Der Autor analysiert die praktische Durchführung des Abzugs der russischen Truppen aus Ungarn, der ehemaligen Tschechoslowakei, der Mongolei, aus Polen, Kuba und dem Baltikum. Der Abzug der russischen Truppen aus Deutschland ist im Gange. Die Journalisten der BRD haben viel Papier verbraucht, um zu beschreiben, wie raffiniert und eifrig unsere Generäle und Soldaten jede Stunde ihres Aufenthalts auf deutschem Boden nutzen, um noch irgend etwas zu verkaufen und zu stehlen. In Afghanistan, in Mittelasien, im Transkaukasus, im Fernen Osten und im Baltikum haben unsere Soldaten kurz vor der Rückkehr in das völlig ruinierte Rußland ihre kriminellen Aktivitäten verstärkt.

In Polen verfügte die sowjetische Armee über achtundfünfzig Garnisonen und dreizehn Flugplätze mit mehr als 80 000 Hektar in

dreizehn Wojewodschaften. Dazu kamen 7500 Wohnhäuser, Geschäfte, Lager und Tankstellen. Rußland hat auf Kompensationszahlungen für die von seiner Armee verlassenen Objekte verzichtet und muß zum Ausgleich dafür auch nicht für ökologische Schäden aufkommen. Die russischen Garnisonen haben Polen verlassen und damit Hunderttausende von Polen, die vorher von Geschäften mit unseren Soldaten lebten, ins Unglück gestürzt. Bis vor kurzem noch gab es hier in Hülle und Fülle Treibstoff, Elektroenergie, Baumaterialien, Transportmöglichkeiten, Lebensmittel, Alkohol, Tabak und sogar Gold und Diamanten als Schmuggelware; nicht zu vergessen die Soldaten, ein riesiges Potential an Arbeitskräften, die bereit waren, für einen rein symbolischen Lohn zu arbeiten.

Beim Verlassen der »Bruderländer« und der »heimatlichen Unionsrepubliken« verkauften unsere Militärs der örtlichen Bevölkerung alles, was nicht niet- und nagelfest war zu einem Spottpreis, offiziell für ein wenig mehr. Die Differenz wanderte in die Taschen der verschiedenen militärischen Ränge. Und so war es überall im Verlauf des Truppenabzugs. Der verbrecherische Ausverkauf und die wirtschaftliche Unfähigkeit des russischen Militärs führten zum Verlust astronomischer Summen.

»Es wurden nicht nur Fahnen verkauft« — so betitelte die *Komsomokkaja prawda* (2. 3. 1992) ein Interview mit Juri Judin, dem Vorsitzenden der parlamentarischen Kommission zur Überprüfung von Diebstahl, Korruption und illegaler Privatisierung im Verteidigungs-, Staatssicherheits- und Innenministerium der Russischen Föderation. Judin beschreibt seine Eindrücke von einer Reise in die baltischen Staaten, wo die russische Armeeführung, ohne mit der Wimper zu zucken, ganze Partien von Flugzeugtriebwerken verkauft und den Valutagewinn ganz offiziell auf Bankkonten in New York, Budapest und Stockholm überwiesen hat. Es ist nicht zu fassen, meint Judin, wie sie für lächerliche Preise Waffen, Hotels und Flughäfen, ganze Bestände an Manganerz und Metall verschern. Die Armeeführung hat sich auf Jahrzehnte im voraus bereichert.

Nach Schätzungen der lettischen Regierung (*Rossiskaja gaseta*, 19. 12. 1992) übersteigt der Wert des von Rußland zurückgelassenen Militäreigentums 6 Milliarden Dollar. Aber nach den Raubzügen maro-

II. Armee ohne Wohnraum

dierender Soldaten sank das Armee-Eigentum drastisch im Wert: Schrottreife Technik, leckgeschlagene Schiffe, ausgeraubte Lager und Fabriken, ökologisch ruinierte Territorien — das ist die traurige Bilanz. Zudem hat das Verteidigungsministerium bei der Auflösung der Truppen im Baltikum nur die Militärtechnik in die Heimat zurück verfrachtet, die Soldaten hingegen sich selbst überlassen. Durch dieses provokative Manöver sollen den örtlichen Regierungen Zehntausende von arbeitslosen Offiziersfamilien aufgehalst werden. Die Regierungen der baltischen Staaten haben aber den fremden Soldaten die estnische, lettische oder litauische Staatsbürgerschaft, jegliche Form von Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsgenehmigungen und das Recht auf kostenlose Ausbildung und Krankenbehandlung strikt verweigert. Dadurch ist ein Konflikt entstanden, den der Kreml hätte verhindern können, wenn er sich von Anfang an human verhalten hätte. Statt dessen hat er seine Soldaten zu erbosten Lumpenproletariern, zu einer gefährlichen Masse, geeignet für die Provokation neuer Revolutionen, degradiert.

Der Vorsitzende des Koordinationsrates der Offiziersversammlung der baltischen Region »Sojus saschtschita« (Verteidigungsbund), Oberst Wladimir Kandalowski, der gleichzeitig Pressesekretär der Abgeordnetengruppe »Reform in der Armee« im Obersten Sowjet der Russischen Föderation ist, hat auf einer Pressekonferenz in Riga erklärt (*Kommersant*, 2. 2. 1993), daß der aus dem Verkauf von Waffen und Militäreigentum der Nordwestgruppe der Streitkräfte erzielte Erlös um das Zehnfache über dem offiziellen Nennwert liegt. Kandalowski legte den Journalisten Dokumente vor, die der Oberkommandierende der Luftwaffe Pjotr Deinekin unterzeichnet hat und aus denen hervorgeht, daß 300 000 Dollar für den Export von Waffen nicht, wie bisher angenommen, dem Sozialfonds des Verteidigungsministeriums zur Verfügung gestellt wurden, sondern vielmehr auf Konten westlicher Banken überwiesen wurden. Im vorliegenden Fall trifft Deinekin vielleicht nicht einmal Schuld. Aber es gibt in Rußland keine einzige Instanz, die sich ernsthaft mit dem Problem der Korruption in der Armee beschäftigen würde.

Allein aus Deutschland müssen 17 Organe der Militärverwaltung (die Stäbe der Streitkräftegruppen, der allgemeinen Truppen, der

Panzerarmee und der Luftwaffe), 30 Divisionen, 72 Brigaden, 32 Kampfflieger- und 9 Hubschraubergeschwader, 412 000 Einheiten Kampftechnik, 119 Schlachtschiffe und 14 U-Boote, 2,5 Millionen Tonnen militärtechnischen Materials nach Rußland abgezogen werden. Bis zum Ende des Jahres 1994 werden 580 000 Russen, das heißt Bürger der GUS, und außerdem noch 144 000 Amerikaner Deutschland verlassen. Aus Dankbarkeit stellte Deutschland die Hälfte seiner Auslandshilfe (Kredite und Schenkungen) Rußland zur Verfügung. Noch aus sowjetischen Zeiten stammt ein gigantischer Berg von Krediten aus Deutschland, den wir nicht gerade jetzt vorhaben abzutragen. Als Premierminister Tschernomyrdin auf die Frage eines deutschen Journalisten mit der unbedachten Antwort herausplatzte: »Freunde erinnert man nicht an Schulden«, hat ganz Europa aufgelacht.

Und vielleicht schulden wir der Bundesrepublik Deutschland wirklich nichts? Wir haben ihr schließlich die DDR abgetreten. Darüber hinaus haben wir der deutschen Regierung 546 Militärsiedlungen mit 1280 Gebäuden überlassen, 180 00 Wohnungen, 700 Kasernen und 39 Flugplätze, von denen drei internationalen Standards entsprechen (*Federazija*, 12. 8. 1992). Alle diese Immobilien wurden von deutscher Seite auf 10,5 Milliarden DM geschätzt. Aus vielerlei Gründen, unter anderem weil er damit Kompensationszahlungen für die verursachten ökologischen Schäden vermeiden wollte, verzichtete Jelzin darauf, den Deutschen die Rechnung für die zurückgelassenen Immobilien zu präsentieren. Das war nicht gerade geschickt, wenn man an den Bau der geforderten Anzahl von Wohnungen für die nach Rußland zurückkehrenden Offiziersfamilien denkt. Die Deutschen bauen uns jedoch Tausende von Wohnungen und einige Militärsiedlungen in Rußland auf ihre Kosten: Insgesamt haben sie uns in den neunziger Jahren für die Westgruppe der Streitkräfte bereits 12 Milliarden Mark geschenkt unter der Bedingung, die Truppen möglichst schnell, bis zum August 1994 abzuziehen.

Aber das *Dolce vita* in Deutschland ist für einen sowjetischen bzw. russischen Offizier so angenehm, daß es ihm schwerfällt, einfach zu gehen. Ein Soldat erhält monatlich 25 DM, ein Fähnrich 600 DM, ein Leutnant 900 DM und ein Oberst 1500 DM. Der Chef des

GeneralStabs, General Moissejew, der nach dem Augustputsch von 1991 abgesetzt wurde, bestand darauf, daß der Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland erst nach dem Abzug des amerikanischen Kontingents erfolgen und sieben Jahre dauern solle. Von den Sitzungstribünen des Obersten Sowjets der UdSSR forderten Oberst Alksnis und Oberst Petruschenko, den Abzug unserer Truppen aus Deutschland auf sechzehn bis neunzehn Jahre auszudehnen...

»Beim Verlassen Deutschlands versucht die russische Armee sich ein Stück mitzunehmen« — diese Überschrift stellte die *Komsomolskaja Prawda* (24. 10. 1992) einem Artikel über die millionenfachen Geschäfte unserer Soldaten in Deutschland voran. Schnaps, Zigaretten, Schrott und Uniformen — mit alledem haben unsere Soldaten schon immer lebhaften Handel getrieben. Im *Spiegel* (34/1992) wurde diesmal nicht die Raffinesse der Soldaten, sondern der Generalität der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte bei Handelsgeschäften beschrieben. Bei irgendeiner ausländischen Firma kauft unser General zu überhöhten Preisen ein, steckt hohe Bestechungsgelder in die eigene Tasche, und die russischen Militärgüter überläßt er derselben ausländischen Firma zu lachhaft niedrigen Preisen — wofür er nochmal eine »Gratifikation« bekommt.

Natürlich hat die Generalität der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte derartige Insinuationen des *Spiegel* mit Empörung weit von sich gewiesen — angeblich habe die Konkurrenz für diesen Auftragsartikel gezahlt. In der Redaktion des *Spiegel* fühlte man sich beleidigt und — zog sich aus der Affäre: Anfang des Jahres 1993 wurde in eben dieser Zeitschrift, nicht etwa in der russischen Presse, ein zehnsseitiger Bericht des staatlichen Oberinspektors der Russischen Föderation, Juri Boldyrew, der im Auftrag von Präsident Jelzin die Angelegenheiten der in illegale Geschäfte verstrickten russischen Soldaten untersucht hatte, der Öffentlichkeit präsentiert. In seinem Bericht empfiehlt Boldyrew dem Präsidenten die unverzügliche Degradierung von fünf hochdekorierten Generälen des russischen Verteidigungsministeriums und fordert gleichzeitig die Einleitung eines Verfahrens gegen den diensthabenden Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Matwei Burlakow, und zwei seiner Generäle. Die Experten Boldyrews beschuldigten den Generaloberst

Burlakow, 82000 Tonnen Dieseltreibstoff an das russischschweizerische Unternehmen »Mos Eniko Invest« zu einem Dumpingpreis von siebenundzwanzig Pfennig pro Liter verkauft zu haben. Staatliche Revisoren deckten eine Menge weiterer »kleinerer« Verfehlungen auf: Von 99 Millionen DM, die die russische Armee für bereits verkaufte Buntmetalle erhalten sollte, verliert sich die Spur im dunkeln. In einem Armeelager hat man dreieinhalbtausend veraltete Fernseh- und Videogeräte sichergestellt, die mit Hilfe gefälschter Dokumente unter Umgehung der Zollbestimmungen auf den russischen Markt gebracht werden sollten. Man stieß auch auf riesige Mengen von zoll- und steuerfreien Zigaretten und Alkohol, die illegal auf dem deutschen Markt abgesetzt werden sollten.

Am 4. März 1993 wurde Juri Boldyrew seines Amtes enthoben. Formal begründete man seine Entlassung mit dem Hinweis auf die bevorstehende Reorganisation des präsidentialen Verwaltungsapparates. Auf der direkt danach stattfindenden Pressekonferenz in Moskau sprach Boldyrew von dem »unbeschreiblichen« Ausmaß der Korruption im Lande. Bezüglich der Diebstähle in der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte bemerkte er, daß diese bereits ein solches Ausmaß erreicht hätten, daß fast ausnahmslos alle Soldaten kein Geld ausgeben, sondern ihren Valutaverdienst auf deutsche Konten einzahlen würden. »Ein Bordell im Haus der Offiziere« — so hieß ein Artikel in der Zeitschrift *Nowoje Wremja* (12/1993), der der sittlichen Verwilderung unserer Armee in Deutschland gewidmet war.

In einem Artikel der Zeitung *Rossija* (24. 2. 1993), »Das khakifarbene Bordell«, wurde aus Leserbriefen an die Redaktion zitiert: »Sie können sich nicht vorstellen, was in der Westgruppe der Streitkräfte so alles getrieben wird! Generäle klauen auf das übelste, ganze Flugzeug- und Eisenbahnladungen. Offiziere, dem Beispiel der Vorgesetzten folgend, verkaufen gleichfalls alles, was sich verkaufen läßt. Über die Fähnriche möchte ich gar nicht erst reden, sie sind sogar bereit, Soldaten zu verkaufen. Angesichts dieses Bildes scheint es mir manchmal, das Ende der Welt sei gekommen. Aber als ich von Deutschen die abfälligen Worte >ein khakifarbenes russisches Bordell< mitanhören mußte, wollte ich zur Waffe greifen. Zusammen mit den materiellen Werten verkauft unsere Armee hier die Würde und die Ehre des russischen Staates. Das

II. Armee ohne Wohnraum

ist schrecklich ...« Hauptmann W., Jagdflieger: »Bei uns in den Weststreitkräften ereignet sich ein Skandal. Die Deutschen verschließen die Augen vor der Korruption des Kommandierenden Generals Burlakow. Veröffentlichen Sie bitte die Meldung, daß ich bereit bin, mit wem auch immer eine Wette abzuschließen: Gratschow wird Burlakow niemals dem Gericht übereignen, denn wenn dieser anfängt, auszupacken, können Sie im Gebäude des Verteidigungsministeriums am Arbat eine Filiale der Gefängnisse >Butyrka< und >Matrosskaja Tischina< aufmachen. Schon fast ein Jahr bin ich Zeuge derartiger Verbrechen. Im Vergleich dazu sind die Millionen der KPdSU nur armselige Kopeken!« (Oberstleutnant, Feldpost).

Nach Meinung des *Spiegel* sind die Offiziere der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Millionen von Machenschaften verstrickt — »je höher der Dienstgrad, desto feister das ergatterte Stück vom großen Kuchen«. Die Zeitschrift zitiert einen »Stabsobers< aus Wunstorf: »Vor aller Augen wird die Armee geplündert.« Um irgend jemandem im Verteidigungsministerium einen »Mercedes 500« für 158 000 Mark zu kaufen, veräußerte die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte fünfhundert Lastwagen sowjetischer Produktion der Marke »Ural«. Für jeden von ihnen würde jeder russische Bauer seinen Lada stehen lassen.

Und jetzt verlassen unsere Soldaten die 777 Militärsiedlungen und stehen in der Heimat ohne soziale Absicherung und ohne Wohnraum da. Das ist schlimmer als die Niederlage der Amerikaner in Vietnam — die amerikanischen Soldaten kehrten aus der Hölle in das kalifornische Paradies zurück, die unsrigen tauschen das satte Leben in Deutschland gegen Kälte und Beschwerden des hungernden, wohnungslosen Rußland ein. Sie können sich nicht vorstellen, mit welcher hohen Worten Gorbatschow, Schewardnadse, Jakowlew und Jelzin dem russischen Offizierskorps die Ehre erweisen. Jelzin ist schlichtweg gezwungen, bei den Soldaten beide Augen zuzudrücken.

4. Rekrut in Rußland: Leben wie ein Strafgefangener

Neulinge werden überall geprügelt — in der Armee ebenso wie im Gefängnis. Das Fehlen des weiblichen Elements, schlechte Ernährung und Krankheiten kennzeichnen den Alltag der Soldaten und Strafgefangenen. Letztere setzt man aber wenigstens nicht dem Kugelhagel in bewaffneten Konflikten aus. Die Generalität fordert die Erhöhung der Rekrutenzahlen und ist bereit, die Armee nach alter Manier weiterhin zur Einbringung der Ernte, für Bauarbeiten und zur Aufzucht von Schweinen in Armee-Sowchosen einzusetzen. Und wieder werden auch Studenten zum Wehrdienst eingezogen. Eltern, die nicht über das nötige Kleingeld verfügen, um ihren Sohn loszukaufen, nimmt die Armee den einzigen oder sogar auch den kranken Sohn. Die Soldaten, halbe Kinder noch, werden von ihren Vorgesetzten gezwungen, ihre Kameraden zu schlagen, Hehlerdienste zu leisten und Zivilisten umzubringen. Was wir aber brauchen, ist eine einsatzfähige Berufarmee und nicht eine Herde von Hammeln in Uniform. Die entsprechenden Gesetze hat das Parlament verabschiedet, aber ohne praktische Konsequenzen.

Zum Dienst bei der Westgruppe oder in anderen sowjetischen Garnisonen im europäischen Ausland wurden Wehrpflichtige und höhere Dienstgrade nur um den Preis hoher Bestechungsgelder abkommandiert, die weniger Erfolgreichen mußten tausende Kilometer von der Heimat entfernt dienen. Für einen Achtzehnjährigen, der für zwei bis drei Jahre (heute ein bis zwei) den Bereich der Kaserne nicht verlassen durfte, war es schwer, die Militärzeit durchzustehen.

»Zur Verteidigung des Landes taugt unsere Armee herzlich wenig. Sie ist außerordentlich schlecht ausgebildet, schlecht versorgt und ernährt, von Kampfgeist kann keine Rede sein ... Sie hat keine Verteidigungs-, sondern in erster Linie Erziehungsfunktion. Sie biegt die Menschen für das Leben in einer totalitären Gesellschaft zurecht. Insofern als unsere Gesellschaft von ihrem Wesen her totalitär geblieben ist, ist auch die Funktion der Armee unverändert«, schrieb der Sozialpsychologe Alexei Roschtschin in der Wochenzeitschrift *Sobesednik* (45/1992). Sein Artikel über die russische Armee trug deshalb auch die beziehungsreiche Überschrift »Bewaffnet und sehr gefährlich«.

II. Armee ohne Wohnraum

Roschtschin hält die Überzeugung der sowjetischen Armeeführung für abwegig, der zufolge ein Soldat seinen potentiellen Gegner um so mehr haßt, je weniger er zu essen hat. Nach den Worten Roschtschins »zerstört eine Armee — insbesondere eine hungrige — die besten Eigenschaften des Menschen: seine individuellen Eigenarten, seine kreativen Fähigkeiten, seinen Altruismus. In der Armee ist die natürlichste Reaktion auf die Not anderer die Freude, daß es dich selbst nicht getroffen hat.« Das Armeekollektiv, so sagt Roschtschin, ähnelt dem Staat, der den für seine Zwecke idealen Bürger erzieht: »Solche Menschen, die den Mund nur dann aufmachen, wenn es opportun ist; egoistische, verbitterte und verwirrte Menschen braucht der neue russische Staat noch weniger als das alte kommunistische System.«

Fast die gesamte männliche Bevölkerung des Landes hat die sowjetische Armee, die Schule des Lebens, durchlaufen. Unter denjenigen, die heute zwanzig bis vierzig Jahre alt sind, gibt es praktisch niemanden, der nicht schon einmal windelweich geschlagen wurde. Die Sitten in der »Armeeschule« entsprechen haargenau denen eines Gefängnisses oder einer Straßen-Gang: Entweder du schlägst und erniedrigst, oder du wirst geschlagen und erniedrigt.

Im Jahre 1991 kamen in den sowjetischen Streitkräften mehr als fünftausend Menschen um (zum Vergleich: in den Streitkräften der USA liegt diese Zahl bei ca. 1700), 99 000 wurden verletzt, von denen viele starben. Natürlich wurden nicht alle von ihnen Opfer von Prügeleien oder begingen Selbstmord, In unserer Flotte sind in den letzten zehn Jahren fünf U-Boote samt Besatzung gesunken. Die Seestreitkräfte der USA, Englands und Frankreichs hingegen büßten seit 1968 kein einziges U-Boot ein. Unsere Luftwaffe verliert jedes Jahr bei Katastrophen bis zu hundert und mehr Flugzeuge und Hubschrauber (*Moskowski komsomolez*, 19. 6. 1992).

Nach den Angaben des Komitees der Soldatenmütter wurden in den russischen Streitkräften im Jahre 1992 rund 94 000 Menschen verletzt oder verstümmelt (*Stoliza*, 27/1993). Wenn früher der GULag Hauptlieferant von Zwangsarbeitern war, so haben mittlerweile die Soldaten der Baubataillone diese Rolle übernommen.

In Rußland gibt es praktisch keinen alternativen Wehrdienst — wenn du kein Maschinengewehr in den Händen halten willst, geh zu

den Baubataillonen. Der entschiedene Widerwille der jungen Russen, in den Brennpunkten der Nationalitätenkonflikte verheizt zu werden, führt dazu, daß sich nur noch sehr wenige in die Rekrutierungsstellen verirren.

In dieser Armee will niemand, außer den total Verarmten und Verzweifelten dienen. In der Kaserne bekommt man wenigstens kostenloses Essen. Aber den in Aussicht gestellten bezahlten freiwilligen Militärdienst gibt es genausowenig: Ganze hunderttausend Verträge sind in den Jahren 1992 und 1993 abgeschlossen worden, die den Staat sehr teuer zu stehen kamen.

Zwei vom Verteidigungsministerium vorgeschlagene Neuerungen werden zur Zeit kontrovers diskutiert: Zum einen werden wieder Studenten zum Wehrdienst eingezogen, zum anderen soll vielleicht das Einberufungsalter von achtzehn auf einundzwanzig Jahre hochgesetzt werden. Bislang ist man auch entschlossen, Frauen in die Armee aufzunehmen. Diese »Söldner« sind für ein geringes Entgelt bereit, nicht nur in der Kantine zu dienen.

Die russische Militärführung beklagt sich heute darüber, daß im Herbst 1993 insgesamt 580 000 Soldaten demobilisiert worden sind. — Es handelt sich dabei um diejenigen, deren Dienstzeit nach dem alten Gesetz zwei Jahre oder nach der neuen Regelung anderthalb Jahre betragen hat. Und ersetzen kann man sie, wie es scheint, durch niemanden. Das heißt, wir brauchen eine Berufsarmee. Die Militärs sagen, daß bis zum Jahre 1995 in einer russischen Armee von anderthalb Millionen Mann nur noch 920 000 einfache Soldaten sein werden. Die *Iswestija* (8. 6. 1993) schreibt, daß »es im Lande heute wesentlich weniger Soldaten und Feldweibel gibt.«

Solange wir kein kompaktes Berufsheer haben, wird die Armee auch keine Verteidigungsaufgaben wahrnehmen können. Die Basis für ein Berufsheer ist in Rußland vorhanden: 17 Militärakademien, 81 höhere und sieben mittlere militärische Lehreinrichtungen, drei Militärinstitute und sieben Militärfakultäten an zivilen Hochschulen. Offizierskader werden bei uns in 450 Berufszweigen ausgebildet — 38 000 Menschen jährlich. Zudem erhalten 55 000 Absolventen der 300 russischen Hochschulen, an denen es militärische Lehrstühle gibt, jedes Jahr den Offiziersrang. Das kann sich sehen lassen.

Der von Lenin begonnene und bis heute nicht beendete Bürgerkrieg auf dem Territorium des russischen Imperiums gibt uns das Recht, von unserem Staat die Abschaffung sowohl der Todesstrafe als auch der allgemeinen Wehrpflicht zu fordern.

Wir leben in einer verstümmelten Gesellschaft, die jedem Achtzehnjährigen beibringen möchte, wie man Menschen umbringt, die es aber gleichzeitig als Verbrechen ansieht, ein Bordell zu betreiben oder eine pornographische Zeitschrift herauszugeben. Die Kastengesetze der russischen Armee machen sie zum Zwilling des unmenschlichen Stalinschen GULag. Wie der Publizist Dmitri Bykow (*Ogonjok*, 47/1992) sagte: »Unsere Armee ist nichts anderes als ein seit fünfund-siebzig Jahren tadellos funktionierender Mechanismus zur Vernichtung der vaterländischen Intelligenz.« Und weiter: Unsere Partei- und Wirtschafts-nomenklatura, unsere Apparatschiks und Direktoren liegen in bezug auf ihre geistigen Fähigkeiten, ihr kulturelles und Bildungsniveau noch um hundert Punkte vor ihren gleichaltrigen Generälen und Obersten. In einer Armeegarnison treffen sie nicht auf dieselbe freie Atmosphäre wie in einem Konstruktionsbüro oder in einer Universität. Unsere höheren Offiziere sind ihrer sozialen Herkunft, ihrer Erziehung und ihren Überzeugungen nach um vieles reaktionärer als die Funktionäre der KPdSU oder des militärisch-industriellen Komplexes.

5. Armee-Einheiten haben sich zu Verbrecherbanden entwickelt

Praktisch bleiben alle Verbrechen, die von Militärs begangen werden, sei es Mord oder Diebstahl von Staatseigentum, unaufgeklärt, weil sich die Militärjustiz, die Richter, Staatsanwälte und Untersuchungsbeamte in totaler Abhängigkeit von der örtlichen Militärkommandantur befinden. Der Armee-GULag wartet noch auf seinen Solschenizyn. Um die Offiziere zu besänftigen, geizt die Regierung nicht mit Löhnen und Gehältern, umso weniger, als diese milden Gaben von der Inflation sofort wieder zunichte gemacht werden. Die juristische Reglementierung des Militärdienstes, soziale

Absicherung, Rechte und Pflichten der Wehrpflichtigen vor dem Hintergrund der Realitäten des Armeelebens sind das Hauptthema dieses Kapitels.

In der russischen Armee vollzieht sich eine politische Spaltung als Folge der Weigerung vieler Offiziere, die Politik der Regierung zu unterstützen, die auf eine Reduzierung des Einflusses der Militärs in der Gesellschaft hinausläuft. Im Oktober 1993 brachten bewaffnete Offiziere unter dem Kommando von Stanislaw Terechow, der nicht etwa pensioniert, sondern vielmehr Dozent an einer Militärakademie ist, vielen Menschen in Moskau den Tod. Sein »Bund der Offiziere« wurde nach dem Putsch 1993 verboten. Aber schon im Februar 1993 duckte sich die gesamte Moskauer Generalität in ihren Sesseln: Terechow hatte damit gedroht, auf »seiner« zweiten allgemeinen Offiziersversammlung zweitausend Offiziere der gesamten GUS zu versammeln. Die erste Versammlung ein Jahr zuvor hatte fast mit der Forderung nach Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Schaposchnikow geendet. Damals, im Januar 1992, trat die Armee als »Einheitsfront« auf und drohte der Regierung ernsthaft: »Wenn ihr die Armee zerstört, werdet ihr große Unannehmlichkeiten bekommen.«

Heute, im Jahre 1994, gärt es in der Armee. Die schlechte materielle Situation, der Wohnungsmangel, massenhafte Entlassungen in die Reserve, die Verlegung der Truppen aus dem Ausland in katastrophal ausgestattete Siedlungen in der Heimat, das alles entlädt sich in einer Unzufriedenheit, die sehr viel gefährlicher zu werden droht, als es banale Diebstähle und Korruption, als es Gewalt und Alltagskriminalität unter den Soldaten je sein könnten.

Wozu eine arme Armee fähig ist, deren Soldaten praktisch nichts bezahlt bekommen, sieht man beispielsweise im Kaukasus. Was hier geschieht, ist einfach unvorstellbar. Hier wird mit Hilfe russischer Soldaten und russischer Waffen ein Genozid an der Zivilbevölkerung organisiert, von dem viele örtliche, aber auch Moskauer Potentaten profitieren. Unter den lokalen Kämpfern finden sich nicht genügend Profis zur Bedienung der komplizierten Militärtechnik. Zu beiden Seiten des Hauptkammes des Kaukasus kämpfen heute angeworbene

II. Armee ohne Wohnraum

russische Offiziere als Söldner, die für nach unseren Maßstäben gewaltige Summen angeworben worden sind.

Die Zeitung *Kommersant daily* (19. 8. 1993) warnte kurz vor dem Militärputsch in Moskau mit den Worten des stellvertretenden Verteidigungsministers, Generaloberst Waleri Mironow, vor der »heraufziehenden Katastrophe«. Im Februar 1993 wurde das »Gesetz über den Status der Armeeingehörigen« verabschiedet, das jedoch ohne Finanzierungsgrundlage blieb. Nach den Berechnungen des Verteidigungsministeriums schuldet das Finanzministerium den Soldaten 2 Trillionen Rubel (dividiert durch 1000 entspricht dies in etwa der Summe in Dollar). Versprochen hatte man folgende Vergünstigungen:

— »Armeeingehörige können nicht aus dem Armeedienst entlassen werden, ohne daß ihnen Wohnraum nach festgesetzten Normen zur Verfügung gestellt wird.« (Das Gesetz wird nicht erfüllt.)

— »Bei der Entlassung wird eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von fünf bis zwanzig Gehältern je nach Dauer des Dienstverhältnisses gezahlt.« (Das Gesetz wird erst seit dem 4. Oktober 1993, das heißt seit dem zweiten Putsch erfüllt.)

— »Jährliches Urlaubsgeld.« (Das Gesetz wird nicht erfüllt.)

— »Übereignung von Landbesitz in der Größe von 0,1 bis 0,25 Hektar.« (Das Gesetz wird teilweise erfüllt.)

Die Offiziere bekommen monatelang keine Gehälter. Mehr als 70 Prozent der im »Gesetz über den Status der Armeeingehörigen« vorgesehenen Vergünstigungen werden nicht realisiert, Berufssoldaten können sehen, wo sie bleiben: Sie bekommen keinen Platz im Krankenhaus oder Erholungsheim, sie wissen nicht, wo sie wohnen sollen, finden keine Arbeit für ihre Familienangehörigen; in Kindergärten und Krippen fehlt es an Plätzen für ihre Kinder usw. Was haben die Demokraten für den Fall ihres Regierungsantritts nicht alles in Aussicht gestellt! — Den Lebensstandard wollten sie anheben, und das trotz rapide schwindender Kaufkraft, sinkender Pensionen und Spareinlagen. Auf den sogenannten Spießbürger braucht man ja vielleicht keine Rücksicht zu nehmen, wie die Regierung glaubt, aber mit den Soldaten ist es komplizierter. Diese verstehen keinen Spaß, denn noch vor zehn Jahren gehörten sie schließlich zur Mittelschicht oder sogar zur Elite

der Gesellschaft, während sie sich heute ganz unten wiederfinden. Soldaten hatten früher nie Probleme mit Wohnungen. Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs sind vielleicht gestorben, ohne die heißersehnte und kostenlose Einzelwohnung vom Staat zu bekommen. Aber das Offizierskorps hatte in der Zeit der KP-Herrschaft alles, was es brauchte — sie waren *die* Mittelschicht der sowjetischen Gesellschaft mit eigenen Wohnungen, Datschen, Autos und wertvollen Haushaltsgeräten. Bei einem allgemeinen Mangel, bei dem sich der Normalbürger nur auf dem Schwarzmarkt versorgen konnte, bekamen die Offiziere alles vom Staat und das auch noch zu festen und niedrigen Preisen.

Zu Beginn des Jahres 1994 erhielt jeder Beamte, und das heißt auch jeder Offizier, zu dem damals geltenden Rubelkurs umgerechnet nicht mehr als hundert Dollar. Vor zehn Jahren bekamen diese Beamten in Rubeln den Gegenwert von zweihundert bis dreihundert Dollar, das heißt bis zu tausend Rubel ausgezahlt. Gemessen an den damaligen Preisen waren das enorme Summen. Für zehn Dollar konnte man damals zu zweit in einem Nobelrestaurant einen Abend mit allem Drum und Dran verbringen. Wenn man dann noch das Privileg hinzurechnet, auf die Dienste aller möglichen Spekulanten verzichten zu können, dann konnte man für dieses Geld einen schönen Urlaub am Meer oder sogar im Ausland verbringen und insgesamt ein sorgenfreies Leben führen.

Aber ohne die KPdSU war der Rubel der Inflation preisgegeben, und die Preise stiegen auf Weltniveau. Heute gibt eine Familie hundert, ja sogar fünfhundert Dollar allein für Essen aus. Jeden Gedanken an eine Wohnung, ein Auto, Kleidung, Urlaubsreisen, gute Ärzte und eine ordentliche Ausbildung kann man sich aus dem Kopf schlagen. Angesichts dieser neuen Situation wünscht sich die Offiziersgattin für ihren Mann einen Verdienst von zwei- bis dreitausend Dollar monatlich.

»Skrupellose Verbrechen werden zur Geißel der Armee«, so heißt das in der *Iswestija* (29. 7. 1993) abgedruckte Exklusivinterview mit dem Chef der Hauptverwaltung der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation für die Überwachung der Einhaltung von Gesetzen in den Streitkräften, Walentin Panitschew. Überhaupt hat unser Militär eine

II. Armee ohne Wohnraum

eigene Staatsanwaltschaft, eigene Richter, Untersuchungsbeamte und Gefängnisse sowie eine eigene Statistik. Innerhalb der ersten fünf Monate des Jahres 1993 wurden zum Beispiel 2075 Waffendiebstähle gezählt. Im Jahre 1993 wurden bei der Truppe 369 besonders schwere Diebstähle (das betrifft alle Diebstähle mit einem Wert von mehr als hundert monatlichen Mindestlöhnen) registriert. Panitschew selbst erklärte uns mit sichtlichem Vergnügen das Zustandekommen dieser um das Tausendfache gesenkten Zahlen. Die Militärjustiz registriert nur Verbrechen, die von Armeeingehörigen begangen werden. Das, was Zivilpersonen bei den in aller Regel inszenierten und vorgetäuschten Raubüberfällen auf Militärlager und Arsenalen erbeuten, fällt nicht unter die Jurisdiktion der Staatsanwaltschaft der Armee. (Die Militärstatistik wird seit je womöglich noch eifriger geschönt und kontrolliert als die Statistik des Innenministeriums.) Welcher Kommandant mit gesundem Menschenverstand wird sich seinen Rechenschaftsbericht mit negativen Erscheinungen in seiner Truppe verderben, wenn er die Armeejuristen auf seiner Seite weiß.

Die Sitten in der Armee verrohen. Panitschew berichtet von Grenzsoldaten, die einen Schmuggler nur erschossen haben, um sich seine Waren anzueignen. Das ist reinste Barbarei, sagt der Staatsanwalt. Er gibt zu, daß in der Armee für alles Bestechungsgelder kassiert werden — für die Befreiung vom Wehrdienst, für die Aufschiebung des Wehrdienstes, für den Verkauf von veralteter Technik ... In der Armee wurden schon immer Bestechungsgelder genommen, aber daß sich daran jetzt sogar die Mafia beteiligt, ist neu.

Wer braucht heute eigentlich eine solche Armee? Die Regierung ordnete im Sommer 1993 zum Beispiel die Einberufung von einigen tausend Reserveoffizieren an, stellte 12 000 Militärfahrzeuge bereit, verlor sie auf Militärlastzüge und schickte alles zusammen zum Ernteeinsatz auf die Felder. Leider haben die Soldaten derartig schlecht gearbeitet, daß die amerikanischen Farmer auch weiterhin ihren Weizen und anderes Getreide nach Rußland liefern.

Die Armee hat vierundachtzig Sowchosen und sechstausend landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe, Hunderte von Fabriken zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Die Baubataillone arbeiten nicht so sehr für die Armee als für die großen Zivilministerien und -

behörden. Das ist bei uns Tradition: Bauarbeiten werden entweder von Gefangenen oder Soldaten durchgeführt. Einflußreiche Behörden mit schwer auszusprechenden Namen beuteten im Jahre 1993 die kostenlose Zwangsarbeit von Wehrpflichtigen aus: »Rosuralsibstroj«, »Kompanija Mosoblstroj«, »Spezstroj Rossii«, »Mintopenergo«, »Minatom«, »Dalspezstroj«, »Minswjazi«, »Departement für Bauwesen der Stadt Moskau« oder die »Föderale Straßenbauverwaltung«. Die Leibeigenschaft ist in Rußland noch nicht abgeschafft. Bis in die allerjüngste Vergangenheit mußten bei uns nicht nur die Soldaten, sondern auch die Offiziere Zwangsarbeit leisten. Letztere haben erst jetzt, im Zuge des Personalabbaus in der Armee, die Möglichkeit zur vorgezogenen Pensionierung erhalten. Bislang war die vorzeitige Rückkehr ins Zivilleben praktisch unmöglich.

Es ist höchste Zeit für die sowjetische Armee (es fällt schwer, sie anders zu bezeichnen), sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Offiziere arbeiten heute beim Zoll, bei der Steuerpolizei, bei der Fernmeldeabteilung der Regierung, in den Umweltschutzeinheiten, bei den Blauhelmen der UNO, in den Unterabteilungen des staatlichen Komitees der Russischen Föderation für Sondereinsätze, bei den Luftlandtruppen und bei der Polizei. Wozu brauchen wir all das so unbedingt? Ohne Frachtzollämter kann Rußland nicht überleben. Die Steuerpolizei haben wir im Jahre 1993 eingerichtet. Die Fernmeldetruppen und das Amt für Fernmeldewesen der Regierung brauchen wir schon allein deshalb, weil unsere Post und unser Telefonsystem auf dem technischen Entwicklungsstand eines afrikanischen Landes stehen. Die Öko-Soldaten sind aufgerufen, den Schaden, den militärische Testgelände, andere militärische Objekte und die Betriebe des militärisch-industriellen Komplexes der Umwelt zufügen, wenigstens ansatzweise zu kompensieren. Unsere Soldaten müssen sich schon allein deshalb an Blauhelmeinsätzen der UNO beteiligen, damit die Truppen anderer Länder gemeinsam mit uns die »kämpfenden Republiken« der ehemaligen UdSSR auseinanderhalten, eine Aufgabe, der wir allein schon lange nicht mehr gewachsen sind. Das staatliche Komitee für Sondereinsätze hat sich mit seinen hervorragend trainierten Rettungsmannschaften und vielen mutigen Helfern in allen humanitären Aktionen in der GUS von seiner besten Seite gezeigt. Die

Luftlandtruppen werden auch weiterhin Offiziere für den Kampf gegen den Terrorismus ausbilden. Aber die Bedürftigkeit unserer Miliz darf nicht soweit gehen, daß sie sich für eine Stange amerikanischer Zigaretten verkauft.

Während des Putsches der Rotbraunen im Oktober 1993 haben ganze tausend gut ausgebildete Soldaten das Schicksal Rußlands, vielleicht sogar des ganzen Planeten entschieden. Diese riesige Sowjetarmee brauchen wir nicht, da sie eine große Gefahr ist. Es wäre insgesamt besser, auf die allgemeine Wehrpflicht zu verzichten. Der Mensch in Uniform muß respektiert und gut bezahlt werden, sein Leben und seine Gesundheit dürfen nicht für hundert Dollar, sondern müssen nach internationalen Standards versichert und den pensionierten Militärs muß entsprechend ihrem Gehalt eine würdige Pension gezahlt werden. Dann, und nur dann können wir auf eine gewisse Sicherheit des Landes und seiner Bürger hoffen.

Aber das werden wir kaum erleben. Die russische Regierung kauft der Ukraine nicht nur die Schwarzmeerflotte, sondern auch den in Nikolajew gebauten Flugzeugträger »Warjag« ab. Dieser Kauf ist vollkommen unnötig, denn die in unserem Besitz befindlichen Flugzeugträger, »Kiew«, »Moskwa« und »Minsk«, sind an den Kais der Halbinsel Kola festgemacht, weil sie zum Auslaufen nicht mehr in der Lage sind.

Wozu braucht Rußland bis zum Jahre 2000 vierundzwanzig Atom-U-Boote neuester Produktion? Das ist eine verbrecherische Verschwendung von Staatsgeldern. »Unsere U-Boote sind angreifbar, denn sie werden permanent ins Visier genommen. Ihre Dislozierung ist dem Feind zu jeder Zeit bekannt.« Diese Beobachtung des Experten Pjotr Below (*Wek*, 21/1993) ist unter Experten schon lange ein offenes Geheimnis.

Die demokratische Presse hat wieder einmal die niedrigsten Instinkte des verelendeten Normalbürgers entfacht, als sie in erschreckend dummdreister Hartnäckigkeit die Frage nach einigen Dutzend staatlichen Datschen aufwarf, die unter Gorbatschow und dann auch unter Jelzin für einen symbolischen Preis einigen hochrangigen Militärs zur privaten Nutzung überlassen worden waren. Wenn man unseren Marschällen und Generälen mehr als nur ein symbolisches Gehalt gezahlt hätte, hätten sie

5. Armee-Einheiten haben sich zu Verbrecherbanden entwickelt

ihre Datschen, Wohnungen und Autos mit Vergnügen zum vollen Preis gekauft. Es wäre nicht einmal schade drum, den Admirälen Villen auf den Bahamas zu schenken, wenn sie dafür aufhören würden, ihre Mitbürger auszuplündern. So kostet z. B. ein mit Atomraketen bestücktes U-Boot die USA 5 Milliarden Dollar, unsere schwimmenden Zielscheiben kommen uns auch nicht billiger. Das ist Verschwendung ohne Sinn und Verstand, die bereits die UdSSR zerstört hat – und jetzt auch Rußland.

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

1. Turnschuhe statt Fallschirme – wenn das so einfach wäre!

Kosygin, der alte Fuchs, schlug seinerzeit dem MiK eine Wette vor: Die Militärs sollten ein Automobilwerk bauen und die italienische Firma Fiat gleichzeitig ein anderes. Was zu erwarten war, trat ein: Der »Schiguli« ist kaum besser als der alte »Moskwitsch«. Jeder Rüstungsbetrieb Rußlands ist im Prinzip in der Lage, jede beliebige Waffe zu einem beliebigen (das heißt gigantischen) Preis zu projektieren. Der Auftrag, eine bestimmte technische Montageeinheit zu entwickeln, wird beim Militär gleich an Dutzende von Konstruktionsbüros gegeben, gleichzeitig betreibt der militärische Abschirmdienst (GRU) Auslandsspionage. In der Regel liegt das Resultat unter dem Weltniveau, obwohl immense Summen ausgegeben worden sind. Heute ist die Rüstungslobby wieder bereit, für staatliche Gelder gemeinsam mit den GUS-Nachbarstaaten zu arbeiten.

Die Projektierung und die Produktion von Waffen eröffnet unbegrenzte Möglichkeiten für alle erdenklichen Machenschaften; zwar werden die Waffen später als Schrott abgeschrieben, aber viele verdienen sich erst einmal eine goldene Nase daran. Die besten Köpfe im Kreml reden stundenlang über das Thema Konversion und erarbeiten Dutzende von Programmen. A. Kokoschin, M. Malei und andere machen aber kein Hehl daraus, daß sie nicht in der Lage sind, die Fließbänder des Todes abzustellen, doch die Generäle des MiK wollen nicht in Rente gehen. Die Amerikaner scheinen irgendwie auch nicht gewillt zu sein, weitere Hunderte Milliarden Dollar in die russische Konversion zu pumpen.

Die Last der Militärausgaben hat sich für Rußland nach dem Zerfall der UdSSR erhöht, schreibt die Zeitung *Kuranty* (27. 8. 1993). Aus der sowjetischen Armee wurde, obwohl sie die alte geblieben ist, die russische Armee, da sich das Potential des MiK in Rußland befand. Absicht oder Zufall — die hochentwickelten Technologien hatte man den nationalen Randgebieten nie anvertraut.

Die Rettung Rußlands und folglich auch seiner Rüstungsindustrie ist nur unter der Bedingung einer radikalen Kürzung des Militär- und Rüstungshaushaltes denkbar. Die USA geben für diesen Sektor nur 6 Prozent ihres Bruttosozialproduktes aus und sind gleichwohl bemüht, diesen Prozentsatz noch weiter zu senken. In der UdSSR wurden die offiziellen Angaben über die Höhe des Verteidigungshaushaltes immer nach unten geschönt, man nahm allgemein an, daß etwa 13 Prozent des Staatshaushaltes für Verteidigungszwecke ausgegeben wurden. Westliche Spezialisten gelangten zu Schätzungen, daß 30 Prozent des Bruttosozialproduktes überschritten wurden. Im letzten Jahr der Regierung Gorbatschow stellte sich heraus, daß der diesbezügliche Satz bei 50 Prozent liegt. Als sie eine »Sondermappe« des Generalsekretärs des ZK der KPdSU öffneten, stellten die Mitstreiter Jelzins fest, daß Rußland für die Verteidigung der UdSSR 70 Prozent des Bruttosozialproduktes ausgegeben hatte.

Die Enthüllung dieser fantastischen Summe blieb von der russischen Presse nahezu unbemerkt. Während dessen erörtern alle Anwärter auf höhere politische Posten in Rußland Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft, zerbrechen sich den Kopf über Privatisierung und Reformen, entwerfen »500-Tage-Pläne« und tun dabei so, als gäbe es die skandalösen Verteidigungsausgaben nicht.

Die Grundlage der Sicherheit eines Landes ist eine gesunde Wirtschaft. In die neue Verfassung, schrieb der Politiker E. Tscherny in der erwähnten Zeitung *Kuranty*, müssen staatliche Garantien gegen eine einseitige Entwicklung der Wirtschaft aufgenommen werden. »In Art. 59 Abs. 2 sollte festgeschrieben werden, daß die Verteidigungsausgaben in Friedenszeiten 6 bis 10 Prozent des Bruttosozialproduktes (die Zahlen sind vorläufig und stehen noch zur Diskussion) nicht überschreiten dürfen und daß die Stärke der Armee nicht über 1 Prozent der Bevölkerung liegen darf.«

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

70 Prozent des Bruttosozialproduktes haben wir für Verteidigungszwecke ausgegeben und darüber die UdSSR verloren. Vielleicht können wir Rußland mit zwei Prozent retten. Die Verringerung des Personalbestandes der Armee und die Umstellung auf ein Berufsheer könnten zum entscheidenden Beitrag für die Wiedergeburt Rußlands werden.

Das ewige Lügen der Kommunisten im Stile eines Josef Goebbels ließ unsere Fähigkeit zur Wahrnehmung augenscheinlicher Tatsachen verkommen. Wir konnten das reale Ausmaß der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl nicht begreifen, weil man uns die notwendigen Informationen über Millionen von Kranken und Mißgeburten vorenthielt, die unmittelbare Folge der Unfähigkeit unserer Führer sind, den Gefahren der Atomstrahlung vorzubeugen. Nach der Meinung von Alexander Minkin von der Redaktion des *Moskowski komsomolez* (22. 6. 1991) »kann sich niemand von uns das Ausmaß der Katastrophe des Großen Vaterländischen Krieges vorstellen. Stalin bezifferte unsere Verluste auf 7 Millionen, Chruschtschow auf 20 Millionen und Gorbatschow auf 28 Millionen. Es besteht allerdings begründeter Anlaß zu der Vermutung, daß sich Stalin um das Fünffache verschätzt hat. Langsam beginnen wir zu begreifen, daß wir den Krieg verloren haben.« Er forderte 35 Millionen Gefallene, unzählige Kriegsgefangene, die aus deutschen Konzentrationslagern auf direktem Weg in den GULag geschickt wurden, unzählige Invaliden, Witwen und Waisen.

In der UdSSR haben 60 000 Betriebe für die Rüstungsmafia gearbeitet. 2000 von ihnen fertigten Endprodukte (*Iswestija*, 13. 3. 1993). Diese Armada ist in der Lage, ihren Einfluß über eine politische Lobby auf allen Ebenen der Macht in Rußland geltend zu machen. Kaum hatte sich der MiK vom Zusammenbruch der Sowjetunion erholt, versuchte er der öffentlichen Meinung Rußlands, unserer Presse und unseren Politikern die Notwendigkeit einer »Erneuerung« unserer Rüstungsindustrie zu suggerieren. In den Jahren 1993 und 1994 wurde es unter unseren Politikern geradezu zu einer Modeerscheinung zu behaupten, es wäre doch ein Schurkenstück, »mit eigenen Händen das Beste zu zerstören, was unser Land auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik hervorgebracht hat«. Die Idee

der massenhaften Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion wurde in Zweifel gezogen. Statt sich mit Konversion zu beschäftigen, so heißt es mit einem Mal, wäre es doch viel besser, einzigartige Waffen für den Export zu produzieren und von dem Erlös das *ganze* Land zu ernähren.

Dabei sind die Exporterwartungen des MiK nichts weiter als einer der üblichen Bluffs. Die westliche Konkurrenz auf dem internationalen Waffenmarkt und unsere Unfähigkeit, in der Waffenproduktion ein stabiles Weltmarktniveau zu halten, potenziert durch die eindeutigen Verluste, die uns der Wegfall unserer traditionellen Partner, der »sozialistischen Bruderländer« und der terroristenfreundlichen Regime in der »Dritten Welt« beschert hat, schmälern die Hoffnung des MiK auf den erwarteten Gewinn beträchtlich. Unsere unfähigen Generäle haben die UdSSR verspielt, und sie werden auch Rußland verspielen. Es sind nicht nur egoistische Kriminelle, sondern politisch kurzsichtige Dilettanten.

Nachdem sie Berge von Waffen in den Ländern der GUS angehäuft haben, die für Dutzende sich gegenseitig bekämpfender Armeen ausreichen, begann in der Moskauer Armeeführung und im MiK das große Wehklagen. Es sei Zeit für den Kreml, dem MiK Geld für den Ankauf moderner Waffen bereitzustellen, obwohl allen, sogar unserem Parlament klar war, daß wir uns den MiK in seiner gegenwärtigen Form nicht mehr leisten können.

Anfang 1992 wurde das »Gesetz über die Konversion der Rüstungsindustrie in der Russischen Föderation« verabschiedet, aber bis zu seiner konkreten Durchsetzung ist es noch ein langer Weg. Von den 77 Milliarden Rubel, die der Staat den Rüstungsbetrieben 1992 in Form von Krediten zur Verfügung gestellt hat, hat nur die Hälfte die Adressaten mit einer einjährigen (!) Verzögerung erreicht.

Im Rahmen eines Wettbewerbs stellten 920 russische Rüstungsbetriebe 1993 ihre Konversionsvorschläge vor; das Wirtschaftsministerium der Russischen Föderation konzipierte aus den besten von ihnen das staatliche Konversionsprogramm bis 1995 und setzte vierzehn Prioritäten. Der Staat hat sich verpflichtet, Kredite für die Umstrukturierung solcher Rüstungsbetriebe zur Verfügung zu stellen, die gewillt sind, auf zivile Produktion umzusteigen. Flugzeuge, Binnen-

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

und Hochseeschifffahrt, Ölfördertechnik, Hoch-, Tief- und Straßenbau, technische Ausrüstung für die Leicht-, Holz- und Lebensmittelindustrie, Haushaltsgerätechnik und Elektronik (*Krasnaja zvezda*, 5. 6. 1993).

Jeder Sowjetbürger ging wie selbstverständlich davon aus, daß die Rüstungsindustrie in der Lage wäre, jede beliebige Aufgabe zu erfüllen, zum Beispiel die durch schlechte Lagerhaltung jährlich entstehenden Verluste bei den geernteten 20 bis 25 Millionen Tonnen Getreide zu verringern und damit die Importabhängigkeit von ausländischem Getreide zu überwinden — nach dem Motto: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Vor dem Hintergrund der ruinierten sowjetischen Wirtschaft profilierte sich die Rüstungsindustrie als ein passabel funktionierender Mechanismus. Dem steht entgegen, daß die Direktoren von Rüstungsbetrieben auch heute noch mehrheitlich davon überzeugt sind, daß sie auf Weltniveau produzieren, erklärte der Direktor des Zentrums für Konversion und Privatisierung des Zentrums für USA- und Kanadaforschung an der Russischen Akademie der Wissenschaften, Gennadi Kotschetkow (*Delowye ljudi*, August 1993). Seiner Meinung nach liegt das Hauptproblem der Konversion in unserem Lande in der Verwaltung. Der Artikel heißt: »Sind die Generäle des MiK bereit, selbständig zu kommandieren?«, also ohne Vorgaben aus dem zentralen Ministerium.

Der Beginn der Konversion reicht in das Jahr 1989 zurück, als noch unter der Regierung Gorbatschow eine bis in das Jahr 1995 reichende Senkung der Rüstungsausgaben beschlossen worden war. Die Reduzierung der Rüstungsproduktion war mehr oder weniger gelungen: In den Jahren 1989 und 1990 belief sich der Produktionsrückgang jährlich auf annähernd 20 Prozent. Gleichzeitig nahm der Anteil der zivilen Produktion in Rüstungsbetrieben 1989 nur um 1,5 und 1990 nur um 5 Prozent zu, schrieb Nikolai Nikolajew (*Delowye ljudi*, August 1993). Mit den Konversionsbetrieben ging es sofort bergab. »Nach einhelliger Meinung von Spezialisten erwies sich die Konversion als eine sehr viel schwierigere Angelegenheit, als wir dies anfänglich wahrhaben wollten«, bemerkte Nikolajew.

Nach seinen Berechnungen liefern die folgenden Zahlen ein ebenso zutreffendes wie erschreckendes Bild. 72 Prozent der angewandten

Natur- und Ingenieurwissenschaften der wissenschaftlichen Forschung im experimentell-konstruktiven Bereich unterstehen unmittelbar der Militärverwaltung. Auch der Rest lebte meist von Aufträgen der Militärs und ist dementsprechend keineswegs rein ziviler Natur.

Nikolajew erläuterte noch einmal die Legenden, an deren Verbreitung unserem MiK so viel gelegen war:

(1) »Die Produkte unserer Rüstungsbetriebe sind von besonders hoher Qualität.«

— Woher sollte man eigentlich diese Qualität nehmen, wenn die Fabriken mit einheimischer Produktionstechnik ausgestattet waren, also mit einer Technik, die in aller Regel weit hinter westlichen Standards zurück war.

(2) »Die Rüstungsindustrie nimmt gegenüber der zivilen Industrie eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer Ideen und Technologien ein.«

— Die übertriebene Geheimhaltung hat für Jahrzehnte einer Übernahme neuer Militärtechnologien in die zivile Produktion den Weg versperrt. In den USA ist diese Frist gesetzlich auf ein Jahr beschränkt.

(3) »In der Produktion von Waffen und in der Erforschung des Weltraums haben wir einen gewaltigen Vorsprung gegenüber dem Westen.«

— Der engste Mitarbeiter von Korolew, Akademiemitglied Nischin, hat dazu folgendes zu sagen: »Nur zufällig haben wir die Amerikaner überholt. Ohne auch nur einen Gedanken an die bemannte Raumfahrt zu verschwenden, haben sowjetische Wissenschaftler unter der Leitung von S. P. Korolew interkontinentale Trägerraketen für die H-Bombe entwickelt, deren Reichweite viel höher war als erforderlich ... Auf diese Weise haben wir völlig unerwartet einen bedeutsamen Vorsprung in der Weltraumrüstung errungen und konnten deshalb den ersten Sputnik und den ersten Menschen ins Weltall schicken... Ganz im Bann der ersten Erfolge im Weltraum haben wir gar nicht bemerkt, daß es nur wenige Monate waren, die wir den amerikanischen Weltraummissionen voraus waren.«

Die zur offiziellen Leitlinie erhobene Verherrlichung der Leistungen des MiK hat den Prozeß der realen Konversion um Jahrzehnte verzögert.

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Ein gewisser Wendepunkt trat erst 1992 unter Jelzin ein, als die Regierung die Rüstungsausgaben sofort um 68 Prozent kürzte. Der Profit der Betriebe des MiK fiel um mehr als das Doppelte. Die Konversion ohne Geld und Erfahrung brachte neue soziale Probleme mit sich.

1993 waren im russischen MiK (die Armee nicht mitgerechnet) 12 Millionen Menschen beschäftigt. Rechnet man die Familienmitglieder hinzu, so kommt man auf 30 Millionen Menschen. Insgesamt sind bis zu 70 Prozent der Bevölkerung auf die eine oder andere Art indirekt von der Rüstungsindustrie abhängig. Ein Feldwebel hat seinen Wehrpflichtigen die unbegrenzte Militarisierung der sowjetischen Wirtschaft wie folgt erläutert: »Sie rauchen >Papirossi< der Marke >Belomorkanal<, Sie essen Makkaroni. Aber wissen Sie auch, daß ihr Durchmesser 7,62 Millimeter beträgt und damit genau dem Kaliber von ganz normalen Patronen entspricht? Und wenn es morgen Krieg gibt, können wir von einem Moment auf den anderen Patronen statt Makkaroni produzieren!«

Die Umkehrung dieses Prozesses, Makkaroni statt Patronen zu produzieren, ist nicht so schnell zu bewerkstelligen. Das erfordert in den nächsten fünfzehn Jahren Investitionen in Höhe von 150 Milliarden Dollar, die Entlassung von 16 bis 18 Millionen Menschen aus den Rüstungsbetrieben. Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen würde weitere 40 Milliarden Dollar kosten (*Delwoi mir*, 20. 2. 1993). In den Jahren 1992 und 1993 war das durchschnittliche Monatseinkommen im MiK niedriger als in der übrigen Industrie. Im Verlauf der gesamten sowjetischen Geschichte war dieses Verhältnis umgekehrt.

Woher stammt die Zahl von 150 Milliarden Dollar? Der Berater des Präsidenten der Russischen Föderation für Fragen der Konversion, M. Malei, erklärte sie mit der Forderung der Direktoren der Rüstungsbetriebe und nicht etwa mit der der Konversion als solcher. Die Direktoren weigern sich, bei der Bank Kredite für ein ziviles Projekt aufzunehmen. Sie setzen lieber auf staatliche Subventionen, das heißt Geld, das sie umsonst, ohne Risiko und auf Kosten der Steuerzahler bekommen.

Die Sache hat noch einen zweiten Haken: Verantwortlich für die Durchführung der Konversion ist der MiK selbst. Aufgrund

unserer langen Tradition von staatlicher Lüge und Geheimhaltung dürfen wir überzeugt sein, daß diese von der Gesellschaft geforderten 150 Milliarden Dollar für die Produktion von neuen Rüstungsgütern ausgegeben werden. Besser wäre es, überhaupt nichts für die sogenannte Konversion zu verschenken, meint der Experte Igor Skljarow (*Stoliza*, 46/1992) und führt eines der vielen niederschmetternden Beispiele an. 1991 produzierte die UdSSR viereinhalbmals so viele Panzer, fünfmal so viele Panzerwagen und neunmal so viele Kanonen wie die USA, obwohl wir laut Vertrag über konventionelle Rüstung die Zahl dieser Waffen hätten bedeutend reduzieren müssen.

Skljarow erinnert an noch phantastischere Zahlen. Die Amerikaner verfügen über drei Typen landgestützter und drei Typen seegestützter ballistischer Interkontinentalraketen. Die Engländer haben ganz auf die Produktion eigener Raketen verzichtet und diese Systeme von den Amerikanern gekauft. Wir hingegen haben sieben Typen landgestützter und sieben Typen seegestützter Raketen. Wozu, fragt man sich. Die Amerikaner haben fünf Typen von Abfangjägern, wir hingegen acht. Dort hat man zwei unterschiedliche Typen von Kampfpanzern, hier fünf. Für diese sinnlose Verschwendung gibt es eine einfache Erklärung: Für jeden neuen Waffentyp, der offiziell übernommen wird, hagelt es Prämien, Auszeichnungen, Orden und Hosenstreifen. Hinter jedem neuen Typ stehen kolossale und im Grunde sinnlose Ausgaben. »Wir verfügen über ein gigantisches Atompotential, das in erster Linie eine Gefahr für uns selbst darstellt, von dem aber für einen realen Aggressor in einem realen Krieg keine Bedrohung ausgeht. Unsere Militärdoktrin, unsere Strategie und Taktik, die Qualität unserer Waffen haben ihren wahren Wert im Golfkrieg hinlänglich unter Beweis gestellt.« Skljarow bedauert weiter, daß in den Projekten über eine neue russische Militärdoktrin kein Wort über die Arbeit des MiK zu lesen ist.

Die russische Presse äußert sich sehr kritisch über das weitere Schicksal des MiK. Dabei ist ein vernünftiger Ausweg so einfach zu finden. Nach einem Vorschlag von W Seljunin und N. Schmeljow muß in nahezu allen Rüstungsbetrieben die Produktion eingestellt werden, für die ersten zwei Jahre allerdings bei voller Lohnfortzahlung, um dem

Personal die Umschulung zu ermöglichen. In diesen zwei Jahren könnten Rohstoffe und Energie gespart, die Produktionsflächen verpachtet und anschließend privatisiert werden. Die heutigen Direktoren des MiK sind dabei überhaupt nicht sicher, ob sie nicht als erste von den zukünftigen Aktionären aus den Führungsetagen herausgeworfen werden. Daher rührt das eindeutige Interesse der Direktoren, gerade jetzt, das heißt kurz vor der Privatisierung, noch so viele Arbeiter wie möglich vor die Tür zu setzen.

Die Direktorenlobby des MiK ist so allgewaltig, daß sie die politische Elite des Landes vollkommen beherrschen kann. Anfang 1993 trat zum Beispiel Außenminister Andrei Kosyrew, der beim MiK ganz und gar nicht beliebt ist, mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, den Erlös aus Waffenverkäufen nicht für die Stärkung des MiK, sondern für die Konversion von Rüstungsbetrieben zu verwenden. Die Direktoren der Rüstungsmafia vertreten eine ganz andere Auffassung— und aus ihrer Sicht können sie damit sogar recht haben. Sie argumentieren, daß russische Waffen ohne vorherige Investitionen in die Modernisierung der Rüstungsproduktion gar nicht konkurrenzfähig seien. Einige Minister und der Präsident selbst, schreibt der bekannte Ökonom Wassili Seljunin in der Pariser Zeitung *Russkaja mysl* (12. 3. 1993), wollen den Versuch unternehmen, das Land von den Gewinnen eines steigenden Rüstungsexports zu ernähren. Seljunin ist der Meinung, daß die Verwirklichung derartiger militaristischer Perspektiven unweigerlich zu einer Wiedergeburt des Totalitarismus, zur völligen Einstellung westlicher Hilfe und zum Wiederaufleben des Rüstungswettlaufs führt und die bereits begonnenen Wirtschaftsreformen untergraben und in den endgültigen Zusammenbruch Rußlands münden wird. Seljunin erinnert auch an die Äußerung des Chefs des Generalstabs, Michail Kolesnikow, Anfang 1993, der vor der Presse sagte, daß es sich nicht lohne, auf Gewinne aus dem Rüstungsexport zu spekulieren, weil die internationale Nachfrage nach Waffen ständig sinke.

Die Demilitarisierung Rußlands bei völligem Verzicht auf Atomwaffen würde dem Westen erlauben, soviel Geld in der Rüstung einzusparen, daß wir mit einer wirksamen Hilfe und einem massiven Zustrom ausländischen Kapitals rechnen könnten. Expräsident Nixon

sprach davon, daß amerikanische Unternehmer bis zu 300 Milliarden Dollar in die russische Wirtschaft investieren könnten. Seljunin hält dies nicht für leere Versprechungen. Fabriken und Boden, Arbeitskraft und Wohnraum kommen von uns, die Technologie und die Ausrüstung für zivile Produktion bringen die Amerikaner mit.

Wir hätten uns in diese Richtung bewegen sollen. Die erste Reformregierung reduzierte 1992 denn auch die Waffenproduktion um das Dreifache, von Panzern um das 38fache. Die freigesetzten Ressourcen flössen in zivile Produktionszweige. Gaidar und eine Reihe von Ministern wurden daraufhin vor die Tür gesetzt. Als Gegenleistung für die Entlassung von Kosyrew vom Posten des Außenministers versprach das Parlamentsoberhaupt dem russischen Präsidenten sogar, die Ratifizierung des START-II-Vertrages im Obersten Sowjet durchzusetzen. 1993 wurden die staatlichen Aufträge für Rüstungsgüter wieder erhöht, und zinslose Darlehen und staatliche Subventionen verschwanden im nimmersatten Schlund der Schwerindustrie, die von Aufträgen des MiK lebt.

Die russische Gesellschaft muß den Gedanken an eine militärstrategische Parität mit den USA aufgeben. In der *Nesawissimaja gaset*a (29. 1. 1993) fragt Wladimir Rubzow ganz direkt, warum Rußland nicht seinen Status als Atommacht aufgeben und lieber blühenden Ländern wie Deutschland und Japan nacheifern solle? Warum beschreiten die Ukraine, Kasachstan und Weißrußland diesen Weg, und Rußland nicht? Warum weigert sich ausgerechnet Rußland, den USA die Gewährleistung globaler Sicherheit auf dem Planeten anzuvertrauen?

Hinter der Fassade der KPdSU hat sich schon lange eine eigenständige und einflußreiche Kraft herausgebildet, schreibt Rubzow. Sie war es, die zum Beispiel Chruschtschow als Generalsekretär absetzte, weil er sich erdreistete, dem Volk den höchsten Lebensstandard in der Welt zu versprechen. Eine derartige Perspektive ließ sich keineswegs mit dem Interesse an einer Ausweitung der atomaren Rüstungs- und Raumfahrtprogramme vereinbaren. »Bislang taucht in der Liste der Verbrechen, die in den Jahren der Sowjetmacht gegen das Volk begangen wurden, das entscheidende nicht auf — die Jagd nach militärisch-industrieller Stärke um jeden Preis«, bemerkt Rubzow zu Recht.

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Im einträchtig heulenden patriotischen Chor der russischen Presse jedweder politischer Couleur gehen die Stimmen von Kritikern wie Seljunin, Schmeljow, Rubzow und Skljarow unter. Der MiK ist mächtig genug, um verarmte russische Journalisten und Chefredakteure zu füttern und zu kontrollieren. Erst wenn das Komplott des Schweigens der russischen Presse und des Fernsehens um den MiK zusammenbricht, wird die Gesellschaft die wahre Ursache all ihrer Leiden und Nöte erkennen. Schließlich hatte die UdSSR in bezug auf den Umfang der industriellen Produktion und des Bruttosozialprodukts weltweit schon lange den zweiten Platz erreicht, in der Produktion von Stahl, der Förderung von Öl, Kohle, Gas und vielem anderen stand es an der Spitze. Was allerdings den Konsum und die Lebensqualität der Bevölkerung betrifft, stehen wir nach wie vor auf einem der letzten Plätze in der internationalen Rangordnung.

Küchenmesser, Thermoskannen, Kleinmotoren für Mopeds, Kugelschreiber, Klebstoff, Buntstifte, also die lebensnotwendigen Dinge, ganz zu schweigen von Fernsehern oder Computern, halten bis auf den heutigen Tag einem Vergleich mit den asiatischen Senkrechtstartern (Malaysia, Philippinen, Hongkong, Taiwan usw.) nicht stand. Gleichzeitig zeigen wir im Fernsehen voller Stolz einheimische Flug- und Raketenabwehr Systeme, »die ihrer Effektivität nach das amerikanische >Patriot<-System übertreffen«. Der Experte Skljarow (*Stoliza*, 46/1992) hält dem entgegen, daß diese Reklamefilme bestimmte Einzelheiten tunlichst verschweigen. Zum einen wurde das >Patriot<-System schon 1965 entwickelt. Auf dem Testgelände würden unsere Waffen Flugziele in der Luft zwar sehr gut treffen, seien aber doppelt so schwer wie ihre westlichen Pendanten.

Unsere der Akademie der Wissenschaft angehörenden Generäle (in den Direktoriumsetagen des MiK gibt es nur solche) wollen nicht zugeben, daß es sehr viel komplizierter ist, ein konkurrenzfähiges Moped statt eines Panzers, ein Zivilflugzeug statt eines Jagdflugzeuges zu produzieren, und daß das gesamte Potential des MiK nicht ausreicht, um ein dem italienischen »Fiat« vergleichbares Auto zu entwickeln. Das haben uns die Italiener in den sechziger Jahren bewiesen, als sie uns ein Automobilwerk hinsetzten, in dem jetzt Schigulis und Ladas produziert werden. Dem MiK hingegen gelang in Ischewsk nur

die Produktion eines Moskwitsch, der dem Schiguli nicht annähernd gleichkommt.

Militärische Aufträge, vor allem die kostenintensiven, dürfen nicht mehr willkürlich vergeben werden. Das setzt einen Verzicht auf Geheimhaltung, die Zulassung ausländischer Firmen und die Entscheidung für den nach Preis und Qualität besten Anbieter voraus. So macht man es in aller Welt, und so war es auch in Rußland bis zum Jahre 1917 üblich. Aber heute werden bei jedem Projekt im MiK und in der militarisierten Wissenschaft Myriaden von Nichtstuern durchgefüttert. Für staatliche Gelder bestellen die Generäle bei ihren Kollegen im MiK mit Vorliebe überflüssige Spielereien und sogar auf den ersten Blick erkennbaren Pfusch, was dann alles vom Schleier der Geheimhaltung verdeckt wird.

Ein privatisierter MiK würde unsere Gelder wahrscheinlich in geringerem Maße vergeuden. Bis zum Jahre 1995 bleiben lediglich 5 bis 10 Prozent der Betriebe in staatlichem Eigentum, schätzt der Vorsitzende des Komitees für Rüstungsindustrie der Russischen Föderation, Wiktor Gluchich (*Delowye ljudi*, August 1993). Bis zum Beginn des Jahres 1994 waren allerdings nur wenige nicht zu den Schlüsselbereichen gehörende Betriebe von der Umwandlung in Aktiengesellschaften betroffen. Und auch hier trug der Privatisierungsprozeß eher formalen Charakter.

Der Berater des Präsidenten der Russischen Föderation in Fragen der Konversion, Michail Malei, erinnerte daran (*Moskowskie nowosti*, 21. 2. 1993), daß die Führung des Verteidigungsministeriums keinen Hehl daraus macht, daß die bereits gekauften Waffen- und Munitionsvorräte mindestens für einen achtjährigen Krieg ausreichen. Der Ausweg aus dieser Orgie des Wahnsinns besteht nach Malei darin, »ein neues Prinzip einzuführen und auf dem internationalen Markt die neue Waffentechnik abzusetzen, während die russische Armee jedoch mit der allerneuesten ausgestattet wird«.

Auf die Fragen von Journalisten der Zeitung *Moskowskie nowosti* nach den Aussichten auf Heranziehung ausländischen Kapitals antwortete Malei, daß es kein Gesetz über Staatsgeheimnisse gebe und es auch gar nicht nötig sei, die Ausländer hinter die Zäune der Rüstungsbetriebe schauen zu lassen. Es gibt kein entsprechendes Gesetz, und ein Ausländer kann auch nicht Grund und Boden erwer-

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

ben. Unserem MiK ist es nicht erlaubt, seinen Besitz in Gemeinschaftsunternehmen einzubringen. Ein Ausländer kann einen Betrieb auch nicht zum gleichen Preis wie ein russischer Unternehmer kaufen. Die Betriebe des MiK müssen nach siebzehn unterschiedlichen Parametern einer strengen Wirtschaftsprüfung unterzogen werden, um ihren realen und nicht ihren relativen Wert zu bestimmen. Das erfordert einen Zeitraum von mindestens drei Jahren, Hilfe von Seiten des Westens (1500 ausländische Berater) und den Einsatz von 40000 russischen Fachleuten.

Unser Drama besteht darin, daß Leute wie Malei, Gluchich und Co. dem Steuerzahler Abgaben für militärische Strukturen aufzwingen wollen, die für die Verteidigung Rußlands keine Bedeutung haben und lediglich die Aufrechterhaltung des Großmachtstatus unterstreichen. In dem Artikel »Die Reform des MiK« in der *Nesawissimaja gaseta* vom 27. 8. 1993 behandelt Malei das Problem ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt. Natürlich hat er recht, wenn er behauptet, Rußland brauche eine normale Steuergesetzgebung, die dem Produzenten Anreize liefere. Letzterer soll sicher sein können, daß er sein Geld innerhalb von drei Tagen und nicht etwa erst nach drei Monaten an seinen Nachbarbetrieb oder ins Ausland überweisen kann. Verrechnungen auf Dollarbasis müssen gleichfalls möglich sein, weil die Abwicklung eines Geschäftes auf Basis des inflationären Rubels den Geschäftspartnern klare Verluste bringe. Malei bedauert auch, daß man viele professionelle Beamte verjagt hat. Die neuen sind nicht in der Lage, einen Betrieb zu führen, da sie die Regeln und Gebräuche nicht kennen.

Die Angst, auf der Straße zu sitzen, hat die Betriebsdirektoren in Bewegung gebracht. Auf einmal brauchen sie nicht mehr fünfzehn Jahre, um neue Modelle einzuführen, sondern nur noch zwei Monate. Die Türen der Rüstungsbetriebe und Institute sind allerdings selbst für russisches Privatkapital immer noch fest verschlossen. Es gibt keinerlei Kleinbetriebe im Umfeld der Rüstungsgiganten, die bei der Verarbeitung von Abfällen, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen usw. helfen könnten.

Blutenden Herzens reagieren die Direktoren im Generalsrang auf Neuerungen: 1988 zum Beispiel lieferten sie der Armee noch 2800

Panzer, 1992 kaufte das Verteidigungsministerium noch ganze 20. 1992 war das erste Jahr in 75 Jahren, in dem in Rußland kein einziges Schiff vom Stapel lief.

Das Hauptziel der Rüstungspolitik sieht auch Kokoschin in allernächster Zukunft darin, »den gegenwärtigen Besitz der Armee in Schuß zu halten und diejenige Waffentechnik zu modernisieren, die sich bewährt hat« (*Megapolis-Express*, 27. 1. 1993).

Kokoschin, der einzige Zivilist in der Führungsspitze des russischen Verteidigungsministeriums nannte noch eine weitere Quelle für mögliche Einsparungen — »Abbau der Mobilisierungspotentiale. Angesichts einer beschleunigten Modernisierung von Waffentechnik erweist sich die Aufrechterhaltung von Reservepotentialen immer deutlicher als Verhängnis, selbst wenn wir das Geld dafür hätten« (*Dwadzat tschetyre*, 23. 3. 1993). Bis heute lagern in unseren Armeebeständen nicht registrierte Maschinengewehre, Armeefahrzeuge, Rohstoffe, Fertigprodukte und Lebensmittel für den Ernstfall.

Höchstens 1,5 Prozent der Produkte unserer wissenschaftlichen Forschungsinstitute und Produktionsvereinigungen sind nach Meinung von Malei auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Gluchich geht davon aus, daß die Aufhebung der Geheimhaltung für Militärtechnologie zivile Nutzungsmöglichkeiten erschließt und damit einen zusätzlichen Profit garantieren könnte (*Delowye Ijudi*, August 1993). Kokoschin weist in der unter seiner Führung ausgearbeiteten Konzeption »Über die Grundlagen der nationalen Industriepolitik Rußlands« (*Rossija*, 7. 10. 1992) darauf hin, daß das allgemeine Niveau der zivilen Industrie im Westen schon seit dreißig Jahren deutlich über dem Niveau des Militärssektors liegt.

Alexej Schulunow, Präsident der »Liga der Russischen Industriebetriebe« bemerkt, daß ein hohes technologisches Entwicklungsniveau allein noch nicht den internationalen Standard unserer Rüstungsexporte garantiert (*Rossijskie westi*, 29. 12. 1993). Zudem stimmen unsere Systemstandards nicht mit denen der übrigen Welt überein, und der Abstand vergrößert sich ständig. In den Serviceleistungen für die bereits verkaufte Waffentechnik hinken wir, gelinde gesagt, hinterher. Auch vom Marketing verstehen wir nichts, meint Schulunow. Er und alle seine Kollegen im MiK und in der Armee

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

zerbrechen sich den Kopf darüber, wie man sich über Wasser halten kann, ohne die Rüstungsproduktion einzustellen. Kein einziger General oder Direktor eines Rüstungsbetriebes sagt heute, es sei unsere heilige Pflicht, unverzüglich die Produktion all dieser überflüssigen technischen Spielereien einzustellen. Bislang gibt es keine Doktrin der >hinlänglichen militärischen Verteidigungsfähigkeit< (so wenig wie möglich, so viel wie nötig). In den Listen des staatlichen Komitees für Statistik, in fast allen Wirtschaftsgesetzen sowohl der Regierung als auch des Obersten Sowjets (z. B. im Gesetz über Konkurs und Bankrott und in der Antimonopolgesetzgebung) wird der MiK, der 80 Prozent des russischen Industriepotentials stellt, nicht von ungefähr mit keinem Wort erwähnt, schreibt Wiktor Rassadin von der *Nesawissimaja gaseta* (31. 8. 1993). Der MiK muß für keine Verluste, für keine Schulden aufkommen, er muß nie einen Bankrott erklären.

Von Konversion kann bei uns, ungeachtet der heroischen Anstrengungen der Regierung Gaidar, de facto keine Rede sein. Statt dessen ist man allerorten von dem Wunsch beseelt, russische Waffen direkt ins Ausland zu exportieren und dem erstbesten zu verkaufen. Mit keiner Silbe erwähnen die Bosse des MiK, daß sie mit dem Verkauf von Waffen nicht nur ihre eigenen Taschen füllen, sondern dabei auch noch internationale Sicherheitsinteressen verletzen. Der internationale Waffenhandel hat seine eigenen Spielregeln, an die wir uns mit unseren ideologischen Prioritäten und unseren Dumpingpreisen niemals gehalten haben. Der Westen tut deshalb alles, um uns von diesem Markt zu verdrängen. Jede Million Dollar, die wir für den Verkauf von Waffen bekommen, wird automatisch von der westlichen Hilfe abgezogen, die uns bislang in Form von Krediten mit niedrigen Zinssätzen, nicht rückzahlbaren Finanzhilfen und Stundungen von Schulden und Zinstilgung erreicht hat.

Wir wissen nicht, wohin mit den Millionen Tonnen von Munition, deren Verwendungsdatum bereits abgelaufen ist. Jede Form der Nutzung oder Vernichtung kostet uns drei- bis viermal mehr als der Herstellungspreis. Auf dem gesamten Territorium der GUS werden unsere gigantischen Waffenarsenale ausgeraubt und dann, um die Spuren zu verwischen, in Brand gesteckt. Aber was würde die internationale Staatengemeinschaft dazu sagen, wenn morgen russische Minen,

Torpedos, Patronen und Granaten quasi kostenlos in der Dritten Welt auftauchen würden. Wenn auch das Verwendungsdatum schon längst abgelaufen ist, so kann diese Munition doch noch allerhand Schaden anrichten.

10 000 Tonnen Munition wurden 1991 in Rußland für zivile Produkte umgearbeitet, 1993 konnten 60 000 Tonnen einer friedlichen Nutzung zugeführt werden. Alle Berechnungen weisen aber eindeutig darauf hin, daß eine Ausweitung dieser technologischen Kapazitäten dringend notwendig ist, um wenigstens 300 000 Tonnen Munition im Jahr verarbeiten zu können (*Nesawissimaja gaseta*, 28. 8. 1993).

1993 konnte der allgewaltige MiK den Präsidenten der Russischen Föderation zur Unterzeichnung zweier Erlasse bewegen, durch die der Ankauf und Besitz von Handfeuerwaffen und Gaspistolen legalisiert wurde. So etwas hatte es in der UdSSR nicht gegeben. Beide Erlasse eröffneten den Direktoren der Rüstungsbetriebe einen riesigen Markt in Rußland. Zusätzlich verabschiedete das Parlament zum ersten Mal in der Geschichte Rußlands und der UdSSR ein Gesetz über private Detekteien und Personenschutz. Die Urheber dieser Erlasse haben außerdem darauf hingewirkt, daß man faktisch nur einheimische Waffen bei der Miliz registrieren lassen kann. Mittlerweile kann man an jeder Ecke kugelsichere Westen, Abhöreranlagen, Pistolen mit Schalldämpfer oder auch Handschellen kaufen.

2. Cocom ist noch in Kraft

1993 reduzierte die russische Regierung den Ankauf von Waffen für die Armee beim MiK um 70 Prozent. Die Betriebe haben die Produktion nicht eingestellt, sondern nur den Ausstoß der Produktion verringert und die Wochenarbeitszeit verkürzt. Die Generalität ist im Prinzip bereit, auf das gesamte Arsenal an Waffen zu verzichten, um zur Produktion neuer Systeme überzugehen. Die hinterhältigen Amerikaner beeilen sich allerdings nicht gerade damit, die Einschränkungen für den Verkauf hochentwickelter Technologien an Rußland aufzuheben, und lassen die Russen nicht auf den internationalen Waffenmarkt. Der Kreml ist unzufrieden.

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Weder Geld noch Vertrauen seitens des Westens sind in Sicht. Die Industriedirektoren wissen sehr gut, daß sie nur schlechte Kopien von dem produzieren können, was die USA im Golfkrieg an Waffentechnik vorgeführt haben. Rußland ist unfähig, hochwertige Triebwerke und Elektronik zu entwickeln.

Natürlich ist uns Russen auch einiges gelungen. Der sowjetische Marschflugkörper SS-22 zum Reispiel, den Amerikanern unter der Bezeichnung »Sunburn« bekannt, ist in der Lage, drei Meter über dem Meeresspiegel 1900 Meilen in der Stunde, das heißt mit 2,5 facher Schallgeschwindigkeit, zu fliegen und außerdem, bevor er sein Ziel zerstört, Ausweichmanöver durchzuführen, um seinerseits Angriffen zu entgehen. Die Rakete ist so phänomenal, daß sie in der Lage ist, jedes beliebige elektronische Raketenabwehrsystem der Amerikaner zu überwinden, das feindliche Raketen von ihrem Kurs abbringen soll.

Die Ukraine verkaufte sechs dieser Raketen für 600000 Dollar pro Stück an den Iran, und das ist nur der Anfang. Um die weitere Verbreitung dieser hochgefährlichen Waffe in der ganzen Welt zu verhindern, sahen sich die Amerikaner gezwungen, den Versuch zu unternehmen, Rußland und der Ukraine die gesamte Produktion dieser Raketen in den nächsten zehn Jahren abzukaufen. Die amerikanische Luftwaffe investiert 3 Milliarden Dollar, um diese Rakete, die vor allem gegen Kriegsschiffe eingesetzt wird, in ihr Arsenal aufzunehmen. Noch vor fünf bis zehn Jahren hätte der CIA einen Diebstahl organisieren müssen, um eine Kopie dieser Rakete in die Hände zu bekommen.

Die *Iswestija* (22. 7. 1993) lobte diesen Vertrag, der vielen Rüstungsbetrieben in Rußland und in der Ukraine Aufträge sichern würde. Die Frage ist nur, ob auch die USA und die anderen NATO-Mitgliedsstaaten diese Begeisterung teilen werden.

Nach Einschätzung des Pentagon (1992) hinken die USA den Russen in der Entwicklung atomgetriebener Röntgenlaser fünfzehn Jahre hinterher. Alle Versuche des amerikanischen Geheimdienstes, von den Russen die notwendigen Informationen zu bekommen, sind letztlich gescheitert. Die USA beruhigten sich erst, als Jelzin dem amerikanischen Präsidenten Bush ein wahrhaft fürstliches Geschenk

anbot: Die gesamte Dokumentation über diese Waffe des 21. Jahrhunderts sollte den Amerikanern zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus wurde ein Austausch von Wissenschaftlern vereinbart. Außerdem erklärte sich Rußland bereit, in der Erprobungsphase seiner Interkontinentalraketen vom 4. Februar 1993 bis zum November 1993 auf jede Form der Unterbindung des Informationsflusses zu verzichten.

Nicht alle unsere Raketen und Waffen sind derartig vollkommen. Aufgrund ihrer kolossalen Dimensionen ist die SS-25 angreifbar, und im Vergleich zu ihrem amerikanischen Pendant »Trident« ist die Zielgenauigkeit der SS-20 um das Fünffache niedriger. General W. Dementjew, stellvertretender Chef der Rüstungsabteilung im Verteidigungsministerium und Mitglied der Akademie für Ingenieurwesen, hat nach Aussagen des Rüstungsexperten Pjotr Below bekanntgegeben, »daß die Produktion von strategischen Waffen wieder in vollem Umfang aufgenommen werden soll« (*Wek*, 21/1993). Dies betrifft in erster Linie die SS-25 und SS-20. Die Absurdität der Situation ist augenscheinlich. Soll etwa so der Stillstand unserer Rüstungsbetriebe verhindert werden? In einem Durchgangszimmer des Rüstungsbetriebes von Wotkinsk haben die Amerikaner nämlich zur gleichen Zeit einen Röntgenapparat aufgestellt, um die abfahrenden Eisenbahnwaggons zu durchleuchten und so die weitere Produktion von SS-20-Raketen zu verhindern.

Wann endlich haben es unsere Generäle satt, auf unsere Kosten mit den reichen USA Katz und Maus zu spielen? Sind unsere Generäle vielleicht auch noch stolz darauf, daß der CIA gezwungen ist, in aller Stille Muster der modernsten sowjetischen Waffensysteme in den Ländern der GUS aufzukaufen?

Die Amerikaner sehen sich sogar genötigt, mit denselben russischen Konstruktionsbüros, die gestern noch gegen die USA gerichtete Raketen produziert haben, Verträge über die Lieferung von Apparaturen für den überirdischen Teilchenbeschleuniger in Texas zu schließen. 1999 soll der siebenundachtzig Kilometer lange Ringtunnel dieser Forschungsanlage in einer Tiefe von fünf Metern in Betrieb genommen werden.

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Vielleicht profitieren die USA selbst von dieser Art der >Kooperation<. Vor allem dürfte es den Amerikanern aber darum gehen, den sozial gefährlichen Abbau von Arbeitsplätzen in der russischen Rüstungsindustrie abzufedern. Sie sehen sich also mehr oder weniger gezwungen, die »Vormundschaft« für die russischen Rüstungsspezialisten zu übernehmen, Dutzende und Hunderte von Direktoren unserer Rüstungsbetriebe zu Managerfortbildungsprogrammen in die USA einzuladen, Joint-ventures zu gründen und konkrete Projekte in Rußland zu finanzieren.

Es ist auch kein Zufall, daß »die Politik der aktiven Unterstützung Rußlands in den USA immer stärker kritisiert wird« (*Kommersant*, 6. 7. 1993). Amerikanische Experten aus der einflußreichen Organisation »The Heritage Foundation« nannten schon im Sommer 1993 drei Bereiche, in denen die Politik Rußlands schon jetzt amerikanischen Interessen widerspreche — und zwar das Bestreben Moskaus, die bosnischen Serben zu verteidigen, die Verschleppung des Truppenabzugs aus dem Baltikum und der Verkauf von Waffen an Länder der Dritten Welt. Unsere Ultrarechten schickten ihre Kämpfer nach Jugoslawien, russische Soldaten wurden zum Faustpfand im Handel mit den Balten, unsere Waffen geraten in die Hände von zahlungskräftigen Klienten im Ausland, auch wenn sie Handlanger des internationalen Terrorismus sind. In all diesen Fällen, die in den USA Protest auslösen, spielten unser MiK und die Armee die Rolle eines Enfant terrible. Amerikanische Politiker schließen eine >russische Bedrohung< nicht aus. Noch aber herrscht Kampfesruhe, und sie sind damit beschäftigt, ihre teuren Schwerter in billigere umzuschmieden. Um sein Wahlkampfversprechen einzulösen, muß Clinton den Militärhaushalt für viele Jahre um die Hälfte kürzen. Die Körperschaftssteuer hat er gleichfalls erhöht, eine Maßnahme, die Großunternehmer automatisch dazu treibt, ihre Produktion in Billiglohnländer zu verlegen.

Was erwarten die Russen von den USA? Vielen Meinungsumfragen zufolge in erster Linie Zugang zu den fortschrittlichen Technologien des Westens, Hilfe bei der Ausbildung russischer Spezialisten, die Gründung eigenständiger Unternehmen in Rußland und die Entsendung westlicher Manager. Erst ganz am Ende dieser

Prioritätenliste steht *die* Hoffnung auf langfristige Kredite, politische Unterstützung der demokratischen Reformen in Rußland, humanitäre Hilfe und massenhafte Lieferung von Lebensmitteln und Konsumgütern (die Ergebnisse der Umfrage des Allrussischen Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung wurden in der Zeitschrift *Radikal* (38/1992) veröffentlicht).

Was bekommt Rußland nun aber tatsächlich vom Westen und von den USA? In erster Linie all das, was am unteren Ende der erwähnten Liste rangiert: humanitäre Hilfe, Lebensmittelsendungen und die Zusicherung moralischer Unterstützung für unsere Reformen. 54 Prozent aller vom *Time*-Journal befragten Amerikaner sprachen sich gegen eine Ausweitung der Hilfe für Rußland aus. (In der Zeitung *Glasnost*, 27. 5. 1993, die nach dem Putsch im Oktober 1993 verboten wurde, obwohl die USA seit 1990 dank Gorbatschow und Jelzin ihr Engagement auf 704 Militärbasen in aller Welt eingestellt, vermindert oder eingefroren, das heißt ihre militärische Präsenz in der Welt um 42 Prozent reduziert haben (*Moskowskie nowosti*, 11. 4. 1993).

Der amerikanische Geheimdienst warnt davor, daß die ehemalige UdSSR in den nächsten Jahren zur größten Gefahrenquelle für die USA werden könnte. Und das gelte sowohl für den Fall eines möglichen Zerfalls Rußlands als auch für die Perspektive eines Wiederauflebens prokommunistischer Werte. Aus diesem Grunde beschäftigen sich die Amerikaner auch weiterhin sehr intensiv mit uns. In ihren Supercomputern speichern sie alle Daten aus unseren Ministerien, wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Betrieben usw. und nehmen die Blüte unserer technischen Intelligenz aus allen GUS-Ländern bei sich auf. Sie fahren zu uns, erteilen uns Ratschläge, informieren sich über den Stand der Dinge, führen mit Vorliebe Verhandlungen und Diskussionen mit unserer Rüstungsmafia, klappern in der GUS diejenigen Fabriken ab, in die zuvor noch nie ein Ausländer seinen Fuß gesetzt hat, finanzieren Programme zur atomaren Abrüstung in der GUS (400 Millionen Dollar), schenken uns 684 »Schutzdecken« für den sicheren Abtransport von Atomsprengeköpfen und lieferten unzählige Spezialcontainer zur Aufbewahrung von Atommüll.

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Rußland aber braucht, wie bereits oben erwähnt, weder Kredite noch Geschenke aus dem Westen, sondern einen freien Austausch hochentwickelter Technologien und freien Handel mit der ganzen Welt. Diese Bedürfnisse sind natürlich utopisch. Unser Planet würde schon nicht mehr existieren, wenn es die Cocom-Liste nicht geben würde, das heißt eine strenge Kontrolle und Regelung, wer mit wem und womit Handel treiben kann. Das Koordinationskomitee für die multilaterale Kontrolle für strategisch wichtige Exportgüter (Cocom) mit Stabsquartier in Paris ist eine sehr seriöse westliche Organisation. In Reaktion auf den Versuch, die Demokratie in Rußland einzuführen, wurde der Cocom-Schlagbaum nur ein wenig aufgehoben. Vorsichtig wollte man erst einmal abwarten.

Rußland muß garantieren, daß die aus dem Westen eingeführte Technik nicht für militärische Zwecke eingesetzt wird. Außerdem muß es ein nationales System der Exportkontrolle schaffen, das an die Bedingungen der Marktwirtschaft angepaßt ist und einen möglichen Reexport westlicher sowohl zivil als auch militärisch einsetzbarer Technik in all diejenigen Drittländer verhindert, die eine aggressive Außenpolitik verfolgen oder von instabilen Regimen beherrscht werden.

Unser technologischer Rückstand gegenüber dem Westen ist von diesem programmiert und wird von ihm streng überwacht. Aber es gibt einen Silberstreif am Horizont: Die juristischen Verhandlungen der Russen mit der Cocom sind abgeschlossen, für das Jahr 1993 haben wir den westlichen Forderungen zugestimmt. Wir haben sogar eine Kontrolle vor Ort zugelassen, um sicherzustellen, daß die zu kontrollierende Ware auch für die angegebenen Zwecke benutzt wird. Importzertifikate hat Rußland bereits eingeführt. Damit besteht ein allseitiges System der Exportkontrolle. Experten aus dem russischen Außenministerium und dem Ministerium für Außenhandel sind überzeugt, daß man uns wie Ungarn und Polen uneingeschränkten Zugang zu Waren und Technologien aus der Cocom-Liste gewähren wird, was aber bei den geringsten Anzeichen von Böswilligkeit oder Fahrlässigkeit jederzeit wieder verwehrt werden kann. Die Überprüfung von Seiten der Cocom sieht ein vierstufiges und langjähriges System des schrittweisen Zugangs zu hochentwickelten Technologien vor:

1. In der Anfangsphase setzt die Genehmigung des Exports von Waren ziviler und militärischer Verwertbarkeit in das zu kontrollierende Land eine einstimmige Entscheidung aller Mitglieder des Cocom voraus.

2. In der zweiten Runde kontrollieren die Experten des Komitees vor allem, ob der Käufer an der Produktion von Militärtechnik beteiligt ist.

3. In der darauffolgenden Phase wird die Entscheidung über den Export von Waren in das zu kontrollierende Land nicht von der Cocom selbst, sondern von den betreffenden Regierungen getroffen.

4. Schließlich und endlich werden alle Beschränkungen aufgehoben, und das Land wird aus der Liste der zu kontrollierenden Länder gestrichen.

Rußland hat sich schweren Herzens zur Einhaltung dieser bürokratischen Prozedur bereit erklärt.

Wie einstmals Chruschtschow vor der UNO schlagen russische Vertreter auch heute noch hin und wieder mit der Faust auf den Verhandlungstisch, nach dem Motto, die westlichen Länder müßten, wenn sie wirklich an einer Unterstützung der russischen Reformen interessiert sind, auch alle diskriminierenden Barrieren in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Rußland abbauen. Dem Westen steht es angeblich frei, Rußland alle möglichen Bedingungen zu stellen: Waffentechnik darf nicht an den Iran verkauft werden, Kuba darf nicht unterstützt und die Truppen aus dem Baltikum müssen abgezogen werden. Der Vizepremier der russischen Regierung, Alexander Schochin (*Rossiskie westi*, 92/1992) und mit ihm viele andere Politiker, darunter sogar welche aus dem Lager der Demokraten äußerten Kritik an diesen Bedingungen.

Wie schon unter den Kommunisten sind auch wir jetzt ständig darauf erpicht, die im Westen allseits akzeptierten Spielregeln zu durchbrechen. Die Europäische Gemeinschaft weigert sich, Rußland als vollwertigen Handelspartner anzuerkennen und führt den Handelskrieg gegen uns fort, empört sich die Zeitung *Moskowskie Nowosti* (29. 8. 1993). Immer noch werden russische Waren, insbesondere Textilien, Aluminium, Stahl, chemische Erzeugnisse und Uran, diskriminiert. In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

aus dem Jahre 1993 sind auf dem EG-Markt Kontingente für den Verkauf von Aluminium aus der GUS eingeführt worden. Und dies nicht von ungefähr: Unser Aluminiumexport nach Westeuropa ist innerhalb weniger Jahre um das Fünffache angestiegen und hat mittlerweile einen Umfang von 500 000 Tonnen pro Jahr erreicht, was nur 10 Prozent des Bedarfs auf dem EG-Markt deckt. Auf dem westeuropäischen Markt ist man ebenfalls nicht erfreut über russischen Mineraldünger zu Dumpingpreisen, der die europäischen Produzenten in den Bankrott zu stürzen droht. Die Kommission der EG führt mit uns auch einen erbitterten Streit über chloriertes Kalium, Karbamid und Ammoniaksalpeter aus Rußland.

Die Europäische Gemeinschaft ist außerdem nicht gewillt, die Beziehungen zur Russischen Föderation auf der Grundlage des GATT-Abkommens zu gestalten, und begründet dies damit, daß wir bislang noch keine funktionierende Marktwirtschaft hätten. Als Bedingung für die Zulassung Rußlands zum GATT wurde unter anderem die Abschaffung aller Preissubventionen für Energieträger und die Genehmigung eines freien Kapitalverkehrs genannt. Außerdem, so erklärten die Vertreter der EG, sollte jedes Handelsabkommen mit der Russischen Föderation eine Klausel enthalten, der zufolge Rußland jederzeit und ohne jede Vorwarnung vom europäischen Markt ausgeschlossen werden könne, wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommen sollte. Die EG erinnerte daran, daß das unabhängige Rußland im Gegensatz zur ehemaligen Sowjetunion sofort nach seiner Entstehung in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel gekommen sei und 83 Prozent des russischen Exports 1993 von Zolltarifen befreit worden wären, wobei Öl und Gas den größten Teil des zollfreien Exports stellen.

Im Juni 1993 wurde Rußland in das Europäische Programm zur Entwicklung neuer Technologien (EUREKA) aufgenommen. Gegenwärtig werden im Rahmen dieses Programms Arbeiten an mehr als achthundert Projekten durchgeführt, an denen bis zu viertausend Unternehmen aus zwanzig Ländern beteiligt sind. Die Arbeit an gemeinsamen Projekten mit Ausländern hat bei uns schon zu einer Abnahme der Abwanderung von Spezialisten geführt.

1992 hatten wir Schuldentilgungen in Höhe von 23 Milliarden Dollar bei westlichen Gläubigern zu leisten, damals wurde uns eine einjährige Stundungsfrist gewährt. Unter Berücksichtigung der im Vorjahr nicht geleisteten Zahlungen hätten wir 1993 bereits einen Abtrag von 40 Milliarden Dollar zu leisten gehabt (einschließlich der aufgelaufenen Zinsen; die gesamte Auslandsverschuldung Rußlands in frei konvertierbarer Währung belief sich Anfang 1993 auf 77,7 Milliarden Dollar). 1993 erhielten wir von vielen westlichen Banken einen Zahlungsaufschub von fünf bis zehn Jahren. Für den Westen genießen vor allem Fragen des Austausches hochentwickelter Technologien und des Freihandels oberste Priorität. In dieser Frage wird man uns entgegenkommen, wenn wir entsprechende Schritte zur Einführung der Marktwirtschaft und zur Einhaltung der Menschenrechte einleiten.

3. Die Militärs wollen selber mit Waffen handeln

Der MiK setzt der Regierung die Pistole auf die Brust, um die Genehmigung eines direkten Waffenverkaufs durch die Betriebe durchzusetzen. 60 000 Betriebe der UdSSR haben für die Rüstungsmafia gearbeitet. Zweitausend von ihnen haben Endprodukte hergestellt. Für Bestechungsgelder kann man heute in Rußland jedes beliebige Ersatzteil und jede beliebige Waffe, von der Pistole bis zur Rakete, kaufen. Die Rüstungsmafia hat eigene kommerzielle Strukturen ausgebildet, zum Teil sogar unter Beteiligung ausländischer Firmen. Illegale Waffenverkäufe haben ebenso wie illegal verkaufte Rohstoffe und Drogen viele Schwarzmarkthändler reich gemacht.

Wladimir Karpow von der russischen Abwehr erklärte in der Zeitung *Dwadzat tschetyre* (23. 7. 1993) folgendes: »Wir verkaufen niemandem Atomwaffen, aber Washington liefert durch Filialen amerikanischer Firmen in den Ländern der Dritten Welt sowohl an den Irak als auch an Israel Atomsprengeffstoff und lehnt dabei jede Verantwortung für dessen Verwendung ab.«

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Das kommt der Wahrheit nahe. Ebenso wie die Tatsache, daß Rußland Kasachstan, der Ukraine und Weißrußland im Austausch für irgendwelche politischen und andere Zugeständnisse Atomwaffen überlassen hat. Die drei zuletzt genannten Länder sind ihrerseits bereit, sich für geringfügige Summen aus dem Westen von diesen Waffen zu trennen. Es muß den Kremherren scheinen, sie müßten es nur wollen, und schon würden sie durch den Verkauf von atomaren und konventionellen Waffen von einem wahren Goldregen überschüttet. Und dabei wollen sie ganz und gar nicht einsehen, so schreibt I. Tschernjak in einem Artikel in der *Komsomolskaja Prawda* (29. 4. 1993), daß die russische Waffen- und Militärtechnik trotz gewisser Vorzüge hinter westlichen Modellen zurückbleibt, vor allem in bezug auf computergesteuerte Zielansteuerung, Nachrichtentechnik, Infrarot- und Nachtsichtgeräte und Wettertauglichkeit. Oft wird gar nicht an die Möglichkeit des Einsatzes in heißem Klima gedacht. Die Konkurrenz hat Probleme der Handhabung, der Sicherheit und der Lebensdauer der Technik besser gelöst. Tendenziell hinken wir im Schußwaffenbereich hinterher. Miserabel ist auch unser Wissen über die Konjunkturentwicklung auf ausländischen Märkten und überhaupt in Fragen der Organisation des Waffenhandels.

1993 türmten sich in den Lagerhallen der Rüstungsbetriebe gerade erst fertiggestellte und nicht bezahlte Rüstungsgüter im Wert von mehr als 20 Milliarden Rubel (in Preisen von 1992, als der Wert eines Rubels in der Rüstungsindustrie annähernd dem eines Dollars entsprach). Dieses Arsenal war von der Regierung in Erwartung möglicher Exporte bestellt worden. Und das zu einer Zeit, in der die Bedingungen alles andere als günstig waren, denn die sowjetischen Waffen hatten sich in Afghanistan und im Irak nicht bewährt. Die Amerikaner hatten im Golf die Effektivität ihrer zielgenauen Waffen- und Militärtechnik demonstriert. Die Beendigung des kalten Krieges hatte zu einer Kürzung der Militärhaushalte vieler Länder geführt. Rußland hatte Dutzende und Hunderte traditioneller Abnehmer sowjetischer Waffen in Osteuropa und in der Dritten Welt verloren. Der Weltmarkt quoll über von russischer Waffentechnik aus den ehemals sozialistischen Ländern und den Republiken der GUS, die zudem zu einem Spottpreis angeboten wurden. Die UNO hatte ein Embargo für Waffenlieferungen an den Irak, Libyen

und Jugoslawien verhängt, und jede russische Waffenlieferung an den Iran, nach Nordkorea und China stößt im Westen auf laute Mißbilligung.

Alle Generäle, fast alle Minister und Diplomaten, viele Persönlichkeiten aus dem Show-Business und sogar Fernsehkommentatoren sind am Waffenhandel beteiligt.

Die Führung des Verteidigungsministeriums zieht alle Register, um den Präsidenten und die Regierung dazu zu zwingen, der Armee eine offizielle Genehmigung für den Waffenhandel zu erteilen, obwohl er schon seit Jahren, insbesondere in den Republiken der GUS, stattfindet. Zu guter Letzt fordert das Verteidigungsministerium für sich auch noch das Recht, Entscheidungen über den Export von Waffen- und Militärtechnik, die Bildung von Joint ventures und die Festlegung von Produktionszielen genehmigen zu dürfen. Die Entscheidung über eine militärtechnische Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern, die Festlegung von Preisen und die Vergabe von *Lizenzen* soll dem Verteidigungsministerium unterstellt werden. Nach der Auffassung von Verteidigungsminister Pawel Gratschow (*Komsomolskaja prawda*, 29. 4. 1993) sollen 10 Prozent des Valutaerlöses aus jedem Vertragsabschluß in die Taschen seiner Behörde wandern. Der Artikel heißt deshalb auch »Wird das Verteidigungsministerium zum Waffenhändler?«

In einem klugen Artikel der Zeitung *Nowoje wremja* (16/1992) wird darauf hingewiesen, daß Rußland bei Waffengeschäften sehr viel mehr zu verlieren habe als ein paar Milliarden Dollar. »Die in der GUS produzierten Waffen unterstützen Diktatoren, vergiften die Atmosphäre in der ganzen Welt und führen zu einer Wiederaufnahme der globalen Konfrontation, von der sich Rußland entschieden und lautstark losgesagt hat«, schreibt Generalmajor Wadim Makarewski, Mitglied der Gruppe »Generäle für Frieden und Abrüstung« in dieser Nummer. Der General verweist darauf, daß wir die Summen für Waffenexporte niemals erhalten haben, die in den Jahrbüchern des Westens zu lesen waren. Man geht davon aus, daß die USA in den Jahren 1986 bis 1990 21,7 Milliarden Dollar mit dem Export von Waffen bekommen haben, die UdSSR im selben Zeitraum hingegen 43,1 Milliarden. Die Zahlen für die UdSSR sind aber nur westliche

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Schätzwerte für die von uns ins Ausland gelieferten Waffen und sagen nichts über die tatsächliche Summe aus, die Moskau real erhalten hat. 10 bis 15 Prozent haben wir gegen Valuta geliefert, 35 Prozent kostenlos, den Rest auf Kredit, der niemals an uns zurückgezahlt worden ist.

Makarewski erinnert daran, daß verkaufte Waffen — wie es oft geschehe — später gegen den Verkäufer selbst gerichtet werden. So ist es in Afghanistan und in vielen Republiken der GUS geschehen. Trotzdem spielen wir weiter mit dem Feuer: Nach der Teheraner Übereinkunft von 1989 haben wir dem Iran 1992 drei dieselbetriebene U-Boote für 6 Milliarden Dollar verkauft (»Kilo« nach der NATO-Klassifikation). Der Vertrag wurde vom russischen Ministerium für Außenhandelsbeziehungen abgeschlossen. Für dieses Geld haben wir eine zusätzliche Mannschaft iranischer Marinesoldaten auf dem Seewaffenstützpunkt in Riga ausgebildet und die U-Boote unter Begleitschutz von Kampfschiffen der russischen Seestreitkräfte aus dem Baltikum in den Persischen Golf überführt.

Der österreichische Kanzler Franz Vranitzky hatte recht, als er 1992 sagte, daß die industriell entwickelten Staaten des Westens in großem Umfang Waffen der GUS-Mitgliedsstaaten aufkaufen sollten. In den Konfliktzonen würden dann weniger russische Waffen auftauchen und die ehemaligen Sowjetrepubliken bekämen dadurch ein solides Startkapital.

Leider hörte man im Westen nicht auf Vranitzky. Der Berater des russischen Präsidenten Malei kostete zur gleichen Zeit die Vorfreude auf einen »Durchbruch auf dem internationalen Waffenmarkt« aus und spekulierte darauf, daß achtundachtzig russische Firmen das Recht auf selbständigen Waffenexport bekämen und Exportlizenzen für die Ausfuhr nicht nur von föderalen Instanzen in Moskau, sondern von allen Gebieten und Kreisen Rußlands vergeben würden (*Moskowskie nowosti*, 21. 2. 1993).

Unser Verteidigungsministerium, unser MiK und die Regierung fechten insgeheim einen erbitterten Kampf um das Exportmonopol untereinander aus. Am 21. Juli 1993 verbot der russische Präsident den Streitkräften den Waffenhandel. Aber die Einhaltung dieses Erlasses war praktisch unmöglich zu kontrollieren. Allein auf dem Territorium

Rußlands zählte man zu diesem Zeitpunkt vierundsechzig zivile Organisationen, die für soziale Probleme von Armeeingehörigen zuständig waren.

Mindestens 70 Millionen MG vom Typ Kalaschnikow, die zu einem ähnlichen Symbol für Rußland geworden sind wie Coca-Cola für die USA, sind mittlerweile weltweit produziert worden.

Seit 1992 hat die Reglementierung des Exports russischer Waffen eindeutig nachgelassen, meint der Chef der Hauptverwaltung für militärische Zusammenarbeit im Außenhandelsministerium, Alexander Kotelkin (*Delowye ljudi*, August 1993). Und den Produzenten werden mittlerweile 50 Prozent des Valutagewinns überlassen. Das hat es früher nie gegeben. Die Rüstungsbetriebe können sich selbst Partner suchen, Verhandlungen führen und all jene Waffen exportieren, die sie über das Auftragsvolumen des Staates hinaus produzieren. Diejenigen, die sich bereichern wollen, warnt Kotelkin vor Illusionen: Der Handel mit Waffen ist kein einmaliges Geschäft, sondern ein langwieriger Prozeß der Erfüllung einer ganzen Reihe von Arbeiten und Serviceleistungen. Hier geht es sowohl um die Lieferung von Waffen als auch um ihre Bedienung (Ersatzteile, Reparatur, Ausbildung von nationalen Kadern). Darüber hinaus muß der Verkäufer dem potentiellen Kunden auch günstige Kredite anbieten.

Es geht also in erster Linie gar nicht nur um die Qualität unserer Waffen. Die haben wir ohnehin an Hinz und Kunz verscherbelt und uns dabei 140 Milliarden Dollar Außenstände eingehandelt. Zudem haben wir ein Drittel unseres Waffenexportes ideologischen Verbündeten geschenkt und den Rest zu Preisen verschleudert, die deutlich unter dem Weltmarktniveau liegen.

Russische Waffen sind nicht schlecht, langfristig mangelt es aber an politischem Vertrauen in den Verkäufer. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben einen Tag vor der Eröffnung der großen Ausstellung für Militärtechnik IDEX '93 in ihrem Land die Entscheidung bekanntgegeben, 436 französische Panzer vom Typ »Leclerc« zu kaufen. Damit ist es den französischen Waffenproduzenten auch gelungen, einigen Ländern in dieser Region das Jagdflugzeug »Mirage« zu verkaufen sowie die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate von der Ernsthaftigkeit ihrer Absichten zu überzeugen. Einen Großteil des Geldes

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

aus dem Verkauf der Panzer haben die Franzosen als Kredite zur Finanzierung von Projekten in verschiedenen Wirtschaftszweigen der Vereinigten Arabischen Emirate, darunter auch zur Gründung von Joint-ventures, zur Verfügung gestellt. Bleibt anzumerken, daß die Vereinigten Arabischen Emirate sich 1991 mit der Bitte an die UdSSR gewandt hatten, ihnen Panzer vom Typ T-80 zu verkaufen, und daß sie eine Absage erhalten hatten.

Wie hat sich Rußland 1993 bemüht, 370 militärtechnische Exponate auf der IDEX '93 anzubieten, von denen hundertfünfzig zum ersten Mal gezeigt wurden. 3 Millionen Dollar haben wir auf dieser Ausstellung vergeudet. Und das nur, um zu hören, die Russen seien zweifellos nette Leute und die Qualität der von Rußland ausgestellten Waffen über jeden Zweifel erhaben. Aber wer kann uns heute Stabilität in Rußland garantieren, wer kann uns versichern, daß sich seine politischen Orientierungen morgen nicht grundlegend ändern?

Wer hat überhaupt gesagt, daß Rußland von einem Verkauf seiner Waffen profitiert? Wenn die Rüstungsbetriebe dem Staat reale und nicht um ein Vielfaches gesenkte Preise zahlen würden: für die verbrauchten Rohstoffe, Energieträger, Fertigteile, die kostenlose Ausbeutung von Arbeitskräften und Know-how, für Umweltschäden, für den Boden und für die Anmietung von Gebäuden, — dann würde der Hexentanz mit dem MiK mit einem Schlag beendet sein. Der Historiker K. Schazillo schreibt in einem Artikel in der Zeitung *Argumenty i fakty* (20/1993), die unkontrollierte Tätigkeit von »Wirtschaftsfunktionären in Uniform« würde nicht nur die Produktion unendlich verzögern, sondern auch die Preise in schwindelerregende Höhen treiben.

In den letzten Jahren der Existenz der UdSSR hatte die gesamte Regierung Dreck am Stecken, und dies vor allem nach der Aufdeckung des Skandals um Premierminister Ryschkow, der in ungeahnten Ausmaßen von KGB-Offizieren geleitete Schieber- und Spekulantensorganisationen unterstützt hat. Ein geschicktes Kommando von ehemaligen Tschekisten hatte den Plan ausgeheckt, insgesamt zwölf Panzer aus dem sogenannten »Waggon-Werk« im Ural abzusetzen. Die politischen Konkurrenten von Ryschkow und Gorbatschow warteten ab, bis die Panzer am Hafen von Noworossisk angekommen waren, und

inszenierten dann unter der Parole »Wir werden den Ausverkauf der Heimat nicht zulassen« eine lautstarke Untersuchung. Von diesem Zeitpunkt an konnte man überzeugt sein, daß jeder beliebige Vertrag über die Ausfuhr von Waren in einem Wert von mehr als einer Million Dollar jederzeit gekündigt werden kann, und das sogar dann, wenn die amtlichen Ausfuhrgenehmigungen von höchster Stelle vorliegen. Was sich im Rußland der neunziger Jahre abspielt, ist nicht so sehr ein politischer, als vielmehr ein ökonomischer Bürgerkrieg, in dem mittlerweile alles erlaubt ist.

Der russische Konzern »Konwersija« plante die Realisierung eines von ihm ausgearbeiteten grandiosen Projektes mit einem Volumen von 35 Milliarden Dollar! Die Finanzierung sollte nicht durch russisches Geld, sondern mit Auslandsinvestitionen gedeckt werden. 30 kanadische und 25 italienische Firmen sowie einige Privatunternehmer aus Israel und den USA wollten sich an der ölverarbeitung, an der Modernisierung von Seehäfen und an der Verarbeitung von Raketentreibstoff beteiligen. Jelzin, Gaidar, Chasbulatow, Tschernomyrdin und Lobow, ganz zu schweigen von unzähligen Ministerien, gaben ihr schriftliches Einverständnis und bestätigten die Nützlichkeit des Projektes. Die Regierung trat als Garant des Vertrages auf, der Rußland schon gleich zu Anfang 5 Milliarden Dollar einbrachte. Zum Vergleich — 1992 erhielt Rußland Auslandsinvestitionen von nur 1,2 Milliarden Dollar. Wie die Zeitung *Moskowski komsomolez* (25. 8. 1993) schrieb, blieb dieser Jahrhundertvertrag, der die notwendigen Garantien von seiten der Regierung bereits vorweisen konnte, im Finanzministerium stecken. Eine ganze Reihe von Dokumenten und Geschäftsunterlagen wanderte hier von einem Stellvertreter zum anderen, jeder zweigte einige Prozente für die Kasse des Finanzministeriums ab. Dann verschwanden diese Dokumente auf einmal, tauchten wieder auf und wurden erst nach der Intervention des stellvertretenden Premierministers Lobow mit einem Sichtvermerk versehen. Schließlich und endlich wurden einige Raubüberfälle auf Pkws des Konzerns »Konwersija« verübt, und wichtige Originaldokumente dieses Vertrags gingen unwiederbringlich verloren. Nach Ansicht der Zeitung *Moskowski komsomolez* wurden Staatsinteressen durch Verrat und Korruption in genau dem Moment

durchkreuzt, als den korrupten Politikern und Geschäftsleuten klar wurde, daß sie die Tätigkeit des Konzerns auf dem üblichen Weg der Verzögerungstaktik nicht würden verhindern können.

Bedarf es noch weiterer Beispiele für den Wirtschaftskrieg des MiK? Im Sommer 1993 sollten 700 Milliarden Rubel für Konversionsprogramme bereitgestellt werden. Früher hat die russische Zentralbank dem Finanzministerium Kredite zur Verfügung gestellt, die von diesem über kommerzielle Banken verteilt wurden. Die Banken wiederum gaben Kredite an Konversionsbetriebe aus. Das Parlament blockierte den Transfer der Gelder und forderte die russische Zentralbank und das Finanzministerium auf, nicht Kredite, sondern staatliche Investitionen bereitzustellen. Damit wurde die Last der Finanzierung der torpedierten Projekte auf die Schultern der Steuerzahler verteilt.

Eine weitere Neuerung: In Rußland muß man, um etwas zu erreichen, Beamten nicht mehr unbedingt direkt und persönlich Schmiergelder zustecken; höhere Chargen in den Behörden ziehen es zuweilen vor, von ihrer Befugnis Gebrauch zu machen, an irgendwelche Mitarbeiter königliche Prämien auszuschütten, die sie in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz der Kasse der eigenen Behörde entnehmen können.

Gegen einen russischen Beamten, gleich welchen Ranges, kann nur dann ein Verfahren angestrengt werden, wenn ihn sein eigener Vorgesetzter gewissermaßen ans Messer liefert, das heißt, der Untergebene hat schlecht geteilt... Aber selbst ausgemachte Egoisten zu verhaften, ist sehr unangenehm, weil sie vor Gericht sehr viele peinliche Details aus dem Leben des Kollegiums, in dem sie gearbeitet haben, enthüllen könnten.

Und genau aus diesem Grund werden nur die kleinen Leute wegen Waffenhandels verhaftet. Der MiK hat überhaupt keine Vorgesetzten in der russischen Regierung. Nur der für die Industrie zuständige stellvertretende Ministerpräsident und der ehemalige Vizepräsident A. Ruzkoi haben das Recht, den Direktoren im Generalsrock Befehle zu erteilen. Ruzkoi war nicht nur zuständig für den agro-industriellen Komplex, sondern auch für den Waffenhandel.

Zu Zeiten der UdSSR hatte der MiK drei Vorgesetzte: den Generalsekretär des ZK der KPdSU, die Rüstungsabteilung des ZK der

KPdSU und die vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR geleitete Militärindustrielle Kommission. Aus den Händen des stellvertretenden Vorsitzenden erhielten neun Minister des MiK Geld, Aufträge und Ressourcen. Für diese Zehnerbande schuftete das ganze Land. Heute ist einzig das Komitee für Rüstungsindustrie, dessen Einfluß gleich Null ist, als Herr und Meister des MiK übriggeblieben.

1993 weigerten sich mehr als die Hälfte aller Betriebe des russischen MiK, Aufträge des Verteidigungsministeriums, das ihnen zu wenig Geld bot, auszuführen. Eine Fabrik muß einfach Bankrott machen, wenn sie nur fünf Panzer im Jahr produziert, ihre Kapazität aber auf die Produktion von fünftausend Stück ausgelegt ist. »Die Vertreter der Rüstungsmafia sind wie keine andere Kategorie von Industriellen an der Durchführung von marktwirtschaftlichen Reformen interessiert. Wir liefern Produkte, die auf dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis sind, und haben etwas, womit wir auf dem internationalen Markt konkurrieren können. Aber unsere Direktoren verlieren angesichts der Direktiven von oben den Verstand; diese zielen nämlich darauf ab, den Ausstoß von zivilen Produkten zu steigern, ohne die Rüstungsproduktion zu zerstören«, sagte Wladimir Anferow, Direktor der »Liga zur Unterstützung der Rüstungsindustrie« (*Kommersant*, 12. 4. 1993).

Im Juni 1992 verfügte Jelzin per Präsidentenerlaß, daß das seit vierzig Jahren bestehende System der Mobilisierung nicht angetastet werden darf. Das bedeutet, daß der Direktor eines Rüstungsbetriebes, selbst wenn er einen Auftrag des Verteidigungsministeriums ablehnt, die für den Mobilisierungsfall vorgesehenen Produktionskapazitäten unangetastet lassen muß. Im Falle seines Zuwiderhandelns drohen ihm fünf bis zehn Jahre Haft (unter Stalin wurde man dafür erschossen).

Die Direktoren des MiK empören sich über fehlende Subventionen aus dem Staatshaushalt. Gleichzeitig wird ihnen quasi als Leitmotiv der ökonomischen Politik der Regierung Jelzin immer und immer wieder die These vorgebetet, nur der Waffenexport könne Rußland retten. Aber diese Direktoren wissen, daß der Verkauf einer einzigen Waffe ins Ausland noch im Sommer 1993 die Beantragung von neun verschiede-

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

nen Genehmigungen voraussetzte (des Präsidenten, der Regierung, der Interbehördlichen Kommission für militärtechnische Zusammenarbeit, des Außenministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Industrie, des Ministeriums für Außenhandelsbeziehungen, des Verteidigungsministeriums und des Nachrichtendienstes). Erst nach dieser komplizierten Prozedur dürfen die Spezialdienste der Außenhandelsagenturen des Ministeriums für Außenhandelsbeziehungen in Anspruch genommen werden. Dabei steht die Fabrik im Ural oder in Sibirien, während das ganze Heer von Bürokraten in Moskau sitzt. So kommen die Provinzdirektoren schließlich und endlich zu dem Schluß, daß sie ganz ohne die Dienste des Zentrums auskommen können, und gründen ihre eigenen Republiken im Ural oder in Sibirien. Die Republik Ural wurde am 1. November 1993 ausgerufen, ist aber von der russischen Regierung nicht anerkannt worden.

Das Verteidigungsministerium spielt auf Kosten des Steuerzahlers sein eigenes Spiel. Die Abteilung für Panzerfahrzeuge im russischen Verteidigungsministerium stellte der Regierung ihre Konzeption für die Produktion des neuen T-90-Panzers vor (*Moskowskie nowosti*, 18. 7. 1993). Der bislang in Gebrauch befindliche Panzer T-80 mußte in Kooperation mit der Ukraine produziert werden, das neue Modell T-90 werden wir angeblich allein herstellen, und niemand wird es kaufen. Wir selbst haben genug Panzer, die finanzkräftigen Käufer aus dem Ausland stehen auch nicht gerade Schlange, und in Armenien, Abchasien und in Tadschikistan kann man jedes beliebige Modell absetzen. Zudem wird der sogenannte Export in die kriegführenden GUS-Republiken völlig anders abgewickelt: Damit befaßt sich nicht ohne Erfolg die russische Armee. Ausfuhrgenehmigungen von Moskauer Ministerien bedarf es für derlei Geschäfte nicht, nur Bargeld ist vonnöten. Die nachlässigen Zollkontrollen in den südlichen Republiken der GUS erlauben es darüber hinaus, alles mögliche in jeder beliebigen Menge in instabile Regionen (vor allem in den Nahen Osten) illegal zu verschieben.

Der Leiter der Abteilung für Exportkontrolle und Konversion des russischen Außenministeriums, Sergej Kortunow, hat in der Zeitung *Moskowskie nowosti* (18. 10. 1992) bestätigt: »Die Ausweitung des

Marktes für unsere Waffen ist in aller Regel ein Hirngespinnst, das jeder realen Grundlage entbehrt.« Das Land verarmt nicht zuletzt deshalb, weil die Fließbänder des MiK weiterlaufen. Ein Drittel aller Rüstungsaufträge kam 1992 aus dem Ministerium für Außenhandelsbeziehungen, das angeblich ausländische Interessenten für unsere Waffen aufgetan hatte. Für eine Summe von insgesamt 37 Milliarden Rubel (in Preisen von 1991, das heißt nach den damaligen Preisen für Rüstungsgüter für effektiv mehr als 37 Milliarden Dollar) wurden Waffen produziert, auf Halde gelegt und — nichts wurde verkauft. Diese skandalöse Episode beschrieb die *Nesawissimaja gaseta* (30. 9. 1992) unter Bezugnahme auf den stellvertretenden Minister für Außenhandelsbeziehungen, Wladimir Schibajew. Dieser beschuldigte den gerade erst entlassenen Minister, Admiral Sergei Krasnow, der im Außenhandelsministerium für den Export von Waffen zuständig ist, der totalen Fehlkalkulation bei der Berechnung des Auftragsvolumens.

Irak, Indien und China gaben der UdSSR für Militärexporte den Löwenanteil an Valuta. Mit der Verhängung von internationalen Sanktionen gegen den Irak stellte die UdSSR ihre Lieferungen in dieses Land im August 1991 ein. Die Schulden des Irak an Rußland in Höhe von 6 Milliarden Dollar wurden eingefroren. Israel, Kuwait, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, das heißt alle die Länder, die das große Geld haben, kauften nach dem Golfkrieg für mehrere Milliarden Dollar Waffen in den USA. Den 100-Milliarden-Dollar-Auftrag für den Wiederaufbau Kuweits bekamen gleichfalls US-amerikanische Firmen.

Dem russischen MiK bleibt im Nahen Osten nichts anderes übrig, als zu hoffen, daß sich der Irak nach der Aufhebung der UNO-Sanktionen mit der Bitte um Ersatzteile und um Reparatur seines Friedhofs sowjetischer Militärtechnik wieder an Rußland wenden werde. Bislang hat man uns lediglich einen Auftrag der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zur Weiterverarbeitung von atomarem Brennstoff aus dem Versuchsreaktor erteilt, den die Sowjetunion in den sechziger Jahren im Irak gebaut hatte.

Natürlich war auch der Westen daran beteiligt, den Irak aufzurüsten, aber wir waren der Hauptwaffenlieferant Saddam Husseins. Der Golfkrieg hat alle Beteiligten 676 Milliarden Dollar gekostet. Die

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Verluste des Hauptschuldigen, des Aggressors, beliefen sich auf 237 Milliarden, und die der Kuwaitis auf 240 Milliarden Dollar. Saddam Hussein konnte den ganzen Krieg gegen Kuwait unter anderem auch deshalb anzetteln, weil er auf sowjetische Unterstützung spekulierte. Gorbatschow wäre also durchaus in der Lage gewesen, einiges abzuwenden, den Gang der Ereignisse zu beeinflussen und das zu verhindern, was schließlich geschehen ist. Die Niederlage des Irak trug zum Zusammenbruch der UdSSR bei.

Die Rotbraunen in Rußland stöhnen jetzt über die verpaßten Chancen, die sich aus der Unterstützung der gegen den Irak, gegen Jugoslawien und gegen Libyen gerichteten UNO-Sanktionen ergeben. Wer hätte uns eine Stundung unserer Schulden gewährt, wenn wir uns anders verhalten hätten? Selbst wenn wir unsere freundschaftlichen Beziehungen zu dieser >Troika< fortgesetzt hätten, wäre aufgrund von eingeschränkten ökonomischen Möglichkeiten keiner der genannten Staaten in der Lage gewesen, uns in harter Währung für bereits erfolgte oder noch zu tätige Lieferungen zu bezahlen. Und wie könnte Rußland heute den internationalen Terrorismus anheizen, wo doch auch so schon alles in der GUS am Brodeln ist.

Syrien wäre zum Beispiel durchaus in der Lage gewesen, die 10 Milliarden Dollar, die es uns schuldet, zügiger zurückzuzahlen. Aber dieses Land scheint wohl der Meinung zu sein, daß es uns in der Hand hat. Da sonst im Nahen Osten niemand unsere Ersatzteile für Militärtechnik braucht, hat Rußland 1993 wieder einen Vertrag mit Syrien abgeschlossen, mit einem Land, das chronisch zahlungsunwillig ist.

Die Israelis registrieren zur gleichen Zeit eine Abkühlung ihrer Beziehungen zu Rußland, und davon, daß die Hälfte der Einwohner russisch spricht, werden sie auch nicht besser. Ein gewaltiges Heer von Bürokraten und Industriellen, die seit Jahren beste Beziehungen zu den meisten Staaten der arabischen Welt pflegen, übt massiven Druck auf unseren MiK aus. Tausende unserer Mitbürger haben ihren persönlichen Wohlstand auf die Verdienste aus langen Auslandsaufenthalten, insbesondere in den armen arabischen Ländern, gegründet. Die gesamte russische Presse widmet sich tagtäglich den aussichtsreichen Perspektiven engerer Beziehungen zu den arabischen Ländern, die die USA nicht sonderlich

lieben. Die Amerikaner behaupten natürlich ihrerseits, diejenigen Länder, die russische Waffen kaufen wollen, hätten eine zweifelhafte Reputation.

Der Irak ist für eine gewisse Zeit aus dem großen Kriegsspiel ausgeschieden. Übrig bleibt die Volksrepublik China. Von ihr könnten wir in puncto Konversion einiges lernen. Wie die Zeitung *Iswestija* (15. 5. 1993) schreibt, würde uns das chinesische Beispiel vielleicht dabei helfen zu verstehen, daß nur eine totale und kompromißlose Konversion, die von der Armee bis zum Rüstungsbetrieb jedes Glied des Verteidigungskomplexes einbezieht, dazu beiträgt, das ehemalige Industriepotential Rußlands aus den Zeiten vor der Perestroika wiederherzustellen.

Bislang verkaufen wir der Volksrepublik China weiterhin Technologie für Raketenlenkung, für die Anreicherung von Uran, Raketentriebwerke und was die russische Militärtechnik sonst noch so zu bieten hat. Nach China liefern wir unsere Panzer, unsere Jagdflugzeuge vom Typ SU-27, Boden-Luft-Raketen vom Typ S-300, das sowjetische Pendant zur amerikanischen »Patriot«-Rakete. In den USA geht man davon aus, daß die chinesische Politik des Imports russischer Waffen auf die eigene Produktion von Kopien russischer Raketen und Jagdflugzeuge, von Atomkraftwerken und Raketenturbinen abzielt, um diese dann in Länder der Dritten Welt zu exportieren. Die amerikanische Regierung ist der Meinung, daß eine derartige russisch-chinesische Allianz alle westlichen Bemühungen um die Nichtverbreitung von Atomwaffen untergräbt. Bislang sind Bush und Clinton davon überzeugt, daß die Unterstützung der Reformen in Rußland wichtiger sei als die Verfolgung einer harten Linie gegen den Handel mit Waffen und die Drohung, die Finanzhilfe zu stoppen. So ist Rußland mit der Umrüstung der chinesischen Armee befaßt, obwohl der Dollargewinn aus diesen Vereinbarungen lächerlich niedrig ist und einige Hundert Millionen Dollar im Jahr nicht übersteigt.

Ähnlich wie der Irak ist Indien mittlerweile völlig abhängig von einigen Betrieben unseres MiK und seinen unregelmäßigen Ersatzteillieferungen. Bis zu 75 Prozent der Waffen, die Indien im Ausland kauft, entstammen unserer Produktion. Die Ukraine ist in

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

Indien zum Hauptkonkurrenten Rußlands geworden. Aus ukrainischen Werken wurden zur Aufrüstung der indischen Luftwaffe irgendwann hundertzwanzig Militärtransportflugzeuge geliefert, die heute alle Ersatzteile benötigen. Es gibt auch eine proindische Lobby bei uns. Deshalb hat Rußland Indien 1993 Kredite in Höhe von 830 Millionen Dollar zum Kauf russischer Waffen gewährt. In Anbetracht der wachsenden Arbeitslosigkeit in den russischen Rüstungsbetrieben und Konstruktionsbüros haben die Inder sich einverstanden erklärt, Tausende unserer Spezialisten auf Vertragsbasis in ihren Rüstungsbetrieben zu beschäftigen.

Indien ist allerdings verärgert darüber, daß sich der russische MiK gleichzeitig auch in China und in Pakistan engagiert. Wir sind verantwortlich dafür, daß sich das bis an die Zähne bewaffnete Indien im Frühjahr 1990 beinahe einen atomaren Schlagabtausch mit Pakistan geliefert hätte. Wahr ist allerdings auch, daß die Regierung Reagan dafür gesorgt hat, daß Pakistan die Atombombe (nicht eine, sondern zehn) und entsprechende Trägersysteme (pakistanische F-16-Jäger aus amerikanischer Produktion) bekommen hat. Das atomare Arsenal Indiens ist allerdings um ein Vielfaches größer als dasjenige Pakistans.

Auf Indien und China entfielen 1993 80 Prozent des russischen Waffenexportes. Das beschäftigt denn auch den CIA, da China der Hauptlieferant des Irak für Atomtechnologie ist. Mit der inoffiziellen Unterstützung Rußlands produziert Nordkorea Atomwaffen und Trägersysteme und versucht, sie in Libyen und im Irak abzusetzen.

Am attraktivsten sind allerdings unsere Beziehungen zu Kuba. Dieses Land der Bankrotteure schuldet Rußland heute 28 Milliarden Dollar (Angola schuldet uns weitere 6 Milliarden). Gleichzeitig unterhält es die größten Streitkräfte der westlichen Hemisphäre (die paramilitärischen Verbände eingerechnet 2 Millionen Soldaten). Im Sommer 1993 haben wir den allmählichen Abzug von 7700 russischen Soldaten aus Kuba beendet. Bis auf den heutigen Tag ist auf Kuba allerdings ein russisches militärisches Fernmeldezentrum in Lurdes in Betrieb, das die gesamte amerikanische Atlantikküste abhört und die Weltraumstarts in Florida beobachtet.

3. Die Militärs wollen selber mit Waffen handeln

1994 wird Rußland 350 Millionen Dollar für die Ausrüstung von zwölf kubanischen Objekten zur Verfügung stellen, die noch mit Unterstützung der damaligen Sowjetunion geplant worden sind. Auf Kuba steht auch noch ein von uns konserviertes und nicht zu Ende gebautes Atomkraftwerk. Wenn man alles zusammenrechnet, belaufen sich die Schulden Kubas nicht auf 28 Milliarden Dollar, sondern auf eine Summe, die um das Zehnfache höher sein dürfte (für kubanischen Zucker haben wir aus unerfindlichen Gründen einen Preis gezahlt, der deutlich über dem Weltmarktniveau lag, während wir unser Öl für deutlich niedrigere Preise hergaben).

Insgesamt schulden uns die Entwicklungsländer, vor allem Äthiopien, Algerien, Angola, der Jemen, Libyen, Nicaragua, und Polen 140 Milliarden Dollar. Keines von ihnen wird uns natürlich irgend etwas zurückgeben. Genommen haben sie in erster Linie Waffen, aber auch Öl und Lebensmittel. 1992 hätten wir von ihnen mehr als 16 Milliarden Dollar bekommen sollen, überwiesen haben sie allerdings nur 2 Milliarden Dollar, von denen die Hälfte aus Indien stammt. Von nun an ist Rußland auf der Suche nach Interessenten, die diese Schulden übernehmen könnten. Die Notierung schwankt zwischen sechs bis neun Cent pro Dollar für die Schulden Nicaraguas und fünfundacht-zig bis neunzig Cent für die Schulden Algeriens. Vor kurzem haben wir einer ausländischen Firma die Schulden eines afrikanischen Landes für zwölf Cent pro Dollar abgetreten.

Mit riesigen Schiffsladungen haben wir Waffen nach Äthiopien geschafft, die dort innerhalb weniger Tage verloren gingen. Vereinbarungsgemäß und innerhalb der gesetzten Frist haben uns lediglich Indonesien, Pakistan und die Türkei bezahlt. Die Türkei ist das einzige NATO-Land, das bei uns Hubschrauber und Munition kauft. 1993 sind die Lieferungen von russischen Rüstungsgütern an die Türkei fortgesetzt worden, aber all das sind nur geringfügige Bestellungen in Höhe von ein paar Millionen Dollar. Die Türkei wollte von uns eine Fließbandanlage für die Produktion von Patronen für Schusswaffen und sogar eine schlüsselfertige Fabrik für Artillerie- und Panzermunition erwerben und mit unserer Hilfe die Panzerung türkischer Kampfpanzer modernisieren.

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

1992 konnte Rußland nur sieben Panzer, drei Kriegsschiffe, zwei U-Boote, sechsundzwanzig Abfangjäger des Typs SU-27 und vierundachtzig Panzerspähwagen verkaufen (*Moskowskie nowosti*, 29. 8. 1993). Niemand wird sich für die Zuverlässigkeit irgendeiner Statistik aus Moskau verbürgen. Es dürfte allerdings klar geworden sein, daß es Rußland einigermaßen schwerfallen wird, nach fünfzehn Jahren Militärhilfe zu lächerlich günstigen Konditionen zum kommerziellen Handel mit Waffen überzugehen, die im voraus bezahlt werden müssen. Die russische Presse aller politischen Richtungen ist voll von Berechnungen darüber, wieviel die USA mit dem Waffenexport verdienen und wie lächerlich sich der Anteil Rußlands am internationalen Waffengeschäft dagegen ausnimmt. Die dümmste aller Parolen >Amerika einholen und überholen<, die Chruschtschow ausgegeben hatte, prägte die gesamte russische Politik in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts und hat nur Kuriositäten hervorgebracht.

Es gibt nur einen Ausweg für den MiK: Um zu überleben, muß er sich mit entsprechenden westlichen Firmen vereinen und gemeinsam mit ihnen militärische oder zivile Produkte herstellen, um sie dann auf ausländischen Märkten abzusetzen. Problematisch ist dabei allerdings, daß die Bürokraten aus Moskau, was auch immer sie vorschlagen mögen, im Westen, aber auch in der Dritten Welt und überhaupt in allen normalen Ländern viel zu großes Mißtrauen hervorrufen.

Jeder zweite Laden in der Welt ist mit chinesischen Waren vollgestopft. In jeder Stadt auf diesem Planeten gibt es entweder ein chinesisches Restaurant oder sogar ein ganzes chinesisches Viertel. Und obwohl ein nicht unbeträchtlicher Teil des chinesischen Exports von Häftlingen hergestellt wird, werden die Chinesen in der ganzen Welt sehr viel wohlwillender aufgenommen als wir. Im Unterschied zu uns haben die Chinesen immer mit Waren gehandelt, sie haben nicht den kommunistischen Maulwurf gemacht und sie haben sich auch nicht als Großmacht ausgegeben. Bei ihnen kaufen alle, bei uns nicht.

Unsere Direktoren haben schon begonnen, ihre Militärtransporter gemeinsam mit dem Westen zu produzieren. Das Automobilwerk von Brjansk stellt in Kooperation mit der britischen Firma EAO ehemalige 1,5 Tonnen schwere BWS69501 und BWS135 her. Die italienische Firma IVECO, die von dem italienischen Konzern Fiat kontrolliert wird,

3. Die Militärs wollen selber mit Waffen handeln

vereinigte sich mit dem Automobilwerk UralAS und verkauft unsere Langholz-Transporter, Feuerwehrautos und unseren Schwertransporter UralAS-330/30 mit Kipplore in die ganze Welt. Der Kipploren-Schwertransporter wird bei uns aus ausländischen Bauteilen zusammengesetzt; in Rußland werden lediglich die Autoreifen und die Karosserie der Kipplore hergestellt. Dreihundert solcher Transporter zur Nutzung unter polaren Bedingungen sind bereits in den Norden Rußlands verkauft worden, Ägypten hat 1992 tausend dieser Transporter aus dem Uralwerk gekauft.

Bislang ruft der MiK das Mitleid der Presse nur in dem Maße hervor, wie er sie mit Reklameaufträgen, mit kostenlosen Reisen zu Rallyes und Ausstellungen im Ausland versorgt und sie in die Liste der unzähligen offiziellen Delegationen aufnimmt, die angeblich mit dem Ziel, irgend etwas von unserer Militärtechnik zu verkaufen, um die ganze Welt reisen. Der russische MiK ist das Ausstellungsstück der sozialistischen Mißwirtschaft, des verbrecherischen Ausverkaufs unserer wertvollsten Ressourcen. Selbst wenn man davon ausgeht, daß unser T-80-Panzer besser ist als der amerikanische »Abrahams« oder der französische »Leclerque«, täten wir dennoch gut daran, ihn nicht zu produzieren. Wie bereits oben erwähnt, sind die realen Kosten des T-80 um das Hundertfache höher als die offiziell genannten, die Militärs kaufen nichts vom Staat, faktisch nutzen sie kostenlos all das, was sie für die Produktion brauchen. Wir haben noch nicht einen einzigen T-80 verkauft, aber schon Hunderte produziert, die irgendwo vor sich hin rosten. Die Franzosen haben ihren »Leclerque« zuerst an die Vereinigten Arabischen Emirate verkauft, und dann erst, genau am Bedarf orientiert, die Serienproduktion aufgenommen.

Nach dem Besuch der Ausstellung für Militärtechnik IDEX-93 in Abu Dhabi hat Verteidigungsminister Gratschow erklärt, daß er Verträge über den Export unserer Waffen in Höhe von 11 bis 12 Milliarden Dollar mit nach Hause nimmt. Ein Jahr ist seither vergangen, aber von Milliardenaufträgen keine Spur... Zu eben jener Zeit, in den ersten Wochen des Jahres 1993, trat Jelzin mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit: »Vor kurzem war ich in Indien und da kamen mir Zweifel an der Notwendigkeit, die Rüstungsproduktion zu reduzieren. Dort gibt es einen kolossalen Markt für Rüstungsgüter, und irgendwie ist es ja nicht

III. Panzer- und Raketenwerke ohne Geld

nötig, daß wir die Rüstungsbetriebe zunächst auf die Produktion von Kochtöpfen umstellen, um sie dann später wieder auf Rüstungsproduktion umzustellen.« Aber wenn die Araber und Inder wirklich wollten, hätten sie bei uns schon lange alles gekauft.

Millionen Dollar aus dem Staatshaushalt Rußlands, dessen Bevölkerung hungert, wurden 1992 bis 1993 für die Organisation von russischen Ausstellungen auf allen Militärmessen der Welt ausgegeben. Birmingham, Abu Dhabi, Bourges, Sokolniki, Nischni Nowgorod und Schukowski wurden zu Symbolen der Errungenschaften des russischen MiK. Die Ausländer waren begeistert. Aber mit dem Kaufen schien es niemand eilig zu haben.

IV. Die Niederlage im Weltraum

1. Am Rande des Dritten Weltkriegs

Für Chruschtschow und Breschnew waren die Weltraumstreitkräfte ein Mittel, um die USA in die Knie zu zwingen. Für Gorbatschow und Jelzin waren die kostspieligen Experimente im Weltraum eine Frage des nationalen Prestiges. Die Weltraumspiele der Generalsekretäre führten die Welt mehr als einmal an den Rand eines Dritten Weltkriegs. Der Präsident Rußlands ist gewillt, den Kosmos, in den wir zehnmal so viel Geld investiert haben wie die Amerikaner, zu demilitarisieren. Heute wollen wir Atommüll in den Weltraum schießen, ungeachtet der Tatsache, daß unsere Militärs den Orbit schon mit Hunderten von Funkmeßsatelliten verunreinigt haben, die mit Mini-Atomreaktoren ausgestattet sind. Im Laufe der nächsten dreihundert bis sechshundert Jahre werden sie auf die Erde herabstürzen. Das Plutonium in diesen Reaktoren hat eine Halbwertszeit von 24 000 Jahren. Russische Astronauten suchen Sponsoren für Dutzende von zivilen Projekten: für Luftaufnahmen der Erdoberfläche, für die Installation eines Weltraumreflektors, der im Auftrag der Gasindustrie ein Gebiet von dreißig Kilometern Durchmesser auf der Halbinsel Jamal beleuchten soll, für die Montage eines Systems von Satellitenverbindungen, unter anderem für Wettervorhersage und ökologische bzw. geologische Prognosen.

»Rußland ist auch weiterhin entschlossen, auf dem Gebiet der Weltraumforschung eine führende Rolle zu spielen«, schrieb die Zeitung *Megapolis-Express* (7. 10. 1992) anlässlich der Feiern zum fünfunddreißigsten Jahrestags des ersten Satellitenstarts. Die Generäle Ruz-koi,

Gratschow und Gromow äußerten damals den Wunsch, »in allernächster Zukunft in den Weltraumstreitkräften qualitative Veränderungen im Sinne einer Bewahrung der strategischen Stabilität in der Welt und einer Stärkung der russischen Verteidigungsfähigkeit zu sehen«.

Die russische Raumfahrt liegt ganz und gar in den Händen des Militärs, das sich 1993 beschwerte, daß es pro Jahr nur ein Drittel der von ihm beantragten Summen erhalte und kurz vor dem finanziellen Kollaps stehe. Der internationale Weltraummarkt wird immer enger, und deshalb dürften Rußlands Chancen, sich nennenswerte Marktanteile zu erobern, recht gering sein. Der Volksrepublik China gelang hingegen der Beweis, daß sie sehr viel besser als die Franzosen Satelliten ins All befördern können.

Die Weltraumindustrie ist für uns eine einzige finanzielle Tragödie. Die Fabriken, in denen Lenksysteme für Raumschiffe produziert werden, befinden sich in der Ukraine, Baikonur hingegen in Kasachstan. Aber keiner außer Rußland ist bereit, für all das zu zahlen. Der berühmte Weltraumflughafen Cape Canaveral in Florida, mit Zuschauertribünen und einigen Startplätzen für die »Kosmos-Show« ist mit dem Koloß in Baikonur nicht zu vergleichen. Wir haben fast hundert Startplätze. Von Baikonur aus startend, könnte das Space-Shuttle allerdings nichts in den Weltraum transportieren, da Baikonur viel zu weit vom Äquator entfernt ist und es daher wesentlich mehr Treibstoff für den eigenen Antrieb mitnehmen müßte. Bei einem Start vom Kennedy-Weltraumzentrum in Florida kann der Shuttle mehr als eine Tonne Nutzlast für die Weltraumstation transportieren. Aus Florida sind Starts in einer Bandbreite von hundertachtzig Grad möglich. Dasselbe gilt für die Weltraumbasis der NASA in Vandenberg in der Nähe von Los Angeles. Wir hingegen haben nur eine mögliche Flugschneise zur Verfügung, die in einem Winkel von fünfzig bis sechzig Grad über die Tschuktschenhalbinsel im Nordwesten Rußlands in den Orbit führt. Denn die Absprengung der ersten Stufe der Rakete darf ausschließlich über unbewohntem Gebiet erfolgen. Um diese naturgegebenen Begrenzungen zu überwinden, mußten wir von Anfang an eine neue Klasse von Fluggeräten entwickeln, schrieb Anatoli Ptuschenko in der Zeitung *Natschalo* (30/1992). Dank dieser Entwicklung konnten die Kosten um das Zweifache gesenkt werden. Ein Raketenversuchsgelände

war gleichfalls nicht mehr nötig. Lediglich ein Überschalljäger und ein mehrfach verwendbarer Raumgleiter, dem Buran ähnlich, im Gegensatz zu diesem allerdings mit einem Bordtriebwerk ausgestattet, waren erforderlich. Diesen Entwicklungsstand hatten wir schon in den sechziger Jahren erreicht. Heute ist der Raumgleiter Tschelomeja weithin bekannt.

In den achtziger Jahren schoß die UdSSR im Durchschnitt jährlich 90 bis 125 Satelliten in den Weltraum und übertraf damit die Zahl der von allen anderen Ländern einschließlich den USA ins All beförderten Satelliten um das Fünffache. Alle anderen haben jährlich 16 bis 27 Satellitenstarts durchgeführt.

Allein im Rahmen der Satellitenserie Kosmos wurden bis Januar 1990 zweitausend Starts durchgeführt. Seit 1976 haben wir alljährlich 450 Tonnen Gewicht ins All befördert, davon ca. zwanzig Tonnen in den interstellaren Raum. Bis zum Ende des Jahres 1989 waren aus der UdSSR Sechsendsechzig bemannte Raumfahrtmissionen ins All gestartet, von denen dreißig international besetzt waren.

Wenn all das Geld, das wir für sinnlose Spaziergänge im All verschleudert haben, für die Schaffung von Satellitensystemen für Fernsehen und Kommunikation aufgewendet worden wäre, dann könnten heute auf dem gesamten Territorium der GUS Fernsehprogramme ausgestrahlt werden, und das Telefonsystem entspräche westeuropäischem und nicht äthiopischem oder somalischem Standard. Boris Olesjuk zitiert ein Beispiel (*Golos*, 35/1993): Unser stationärer Satellit *Horizont*, den wir bereits 1980 ins All beförderten, wurde seither nicht einmal modifiziert. Er trägt mehr als zwei Tonnen Gewicht und versorgt acht Kommunikationskanäle. Ein japanischer Satellit trägt dreißig Kilogramm und hat fünfunddreißig Kanäle. Wir haben hingegen Menschen kostenlos im All spazierengefahren, und zwar nicht nur aus den sozialistischen Bruderländern, sondern auch Bürger aus Frankreich, Indien, Syrien und Afghanistan. Die Ausbildung eines einzigen Kosmonauten kostete bis zu drei Millionen Rubel. Die Kosten für einen Tag in der Raumstation Mir beliefen sich auf mehr als eine Million Rubel (der Rubel hatte einen besseren Kurs als der Dollar).

Die Amerikaner haben auf Mondflüge verzichtet, weil sie ihnen zu teuer schienen. Ein Flug kostet bis zu einer halben Milliarde Dollar. Das

IV. Die Niederlage im Weltraum

Apollo-Projekt einschließlich der Mondlandung kostete die USA 26,5 Milliarden Dollar. Unsere Kosten waren nicht geringer. Aber wir haben das gesamte Mondlandungsprogramm scheitern lassen, indem wir es nach der ersten Landung gigantisch ausdehnten. Ganze Scharen von Raumstationen, von Transport-Raumschiffen, die schwere Rakete *Energija* und das mehrfach verwendbare Raumschiff *Buran* wurden ins All geschossen.

Wladimir Bukowski, London, meint, die russischen Weltraumambitionen seien nur heiße Luft. Zur Rechtfertigung der ihrer Meinung nach unbedeutenden Ausgaben für die vaterländische Raumfahrttechnik verweisen unsere hohen Beamten aus der Weltraumbehörde auf die sehr viel höheren Summen, die die Schlamperie unserer Führung verschlingt (1989 trugen uns abgebrochene Bauprojekte Verluste in Höhe von 2 Milliarden Rubel ein, Mißmanagement bei der Lagerhaltung in der Industrie kosteten uns 250 Milliarden Rubel, importierte und nicht installierte Technik 7 Milliarden Rubel, die durch ineffektive Schichtsysteme ungenutzten Produktionskapazitäten kosteten uns 50 Milliarden Rubel). Mit diesen gewichtigen Argumenten kann man bei uns alle Rüstungsausgaben legitimieren.

Wie aber soll man sich damit abfinden, daß in der Nacht vom 25. auf den 26. September 1983 der Weltfrieden aufgrund eines Computer-Fehlalarms bei den sowjetischen Weltraumstreitkräften an einem seidenen Faden hing (*Sowerschenno sekretno*, 5/1993)? Die amerikanischen Systeme gaben die Falschmeldung weiter, und die atomwaffenbestückten amerikanischen Bomber hatten bereits den Nordpol erreicht, um einen Gegenschlag gegen die UdSSR zu führen. Die Amerikaner hielten sogar einen Schwärm von Zugvögeln für sowjetische Raketen. Die Konkurrenz im Weltall führte die zwei Supermächte fast an den Rand des Abgrunds, ließ sie aber auch bald wieder auf Distanz gehen und gewährte ihnen eine Atempause.

Dieses Sitzen auf einem Pulverfaß hieß Verteidigungsfähigkeit. Vor dem sowjetischen Volk aber wurde die bittere Wahrheit verborgen, daß nämlich die meisten unserer interstellaren Raketen ihren Bestimmungsort gar nicht erreicht haben. Nutzlos explodierten drei Raketen vom Typ *Venera*, das erste Modell vom Typ *Mars* und fünf von

acht unserer Mondstationen. Viermal explodierte die Mondrakete *N-1* beim Start und nach einer Explosion starben hunderte Zivilisten aus Baikonur. Ferner wurde auch verschwiegen, daß unsere unzähligen Spionagesatelliten bei schlechtem Wetter gar nicht einsatzfähig sind. Auch in diesem Punkt sind uns die Amerikaner überlegen. Was nützen uns all diese militärischen Systeme im Weltall zur Beobachtung des potentiellen Gegners, wenn sie diesen gar nicht beobachten können? Wozu brauchen wir überhaupt diese Raumfahrtspielereien, wenn unsere Satelliten doppelt so schwer sind wie die der Amerikaner, ihre Nutzungsdauer aber nur halb so lang ist? Viel billiger wäre es doch, bei den Chinesen oder Japanern Satellitensteuerungssysteme und die dazugehörige Bodeninfrastruktur zu kaufen.

Wir haben uns aufgebürdet, hunderte Milliarden Dollar in kosmischen Staub zu verwandeln, als wir uns auf eine Konkurrenz mit den Amerikanern einließen, die unsere politische Führung durch eine wohltdosierte Mischung aus Halbwahrheiten und Lügen zu immer neuen unsinnigen Ausgaben für die Weltraumforschung getrieben haben. Waren etwa all diese Lehren für die Katz? Nach den Angaben amerikanischer Militärexperten (*Megapolis-Express*, 19/1993) hat Rußland im ersten Quartal 1993 zwölf militärische Satelliten ins All befördert, darunter einen Satelliten für Seespionage mit einer neuen Bordapparatur zur Ortung von amerikanischen Atom-U-Booten. Ende 1992 verstärkte Rußland seine militärischen Aktivitäten im Weltall.

Die Idiotie unserer Generäle in der Frage der weltraumgestützten Raketenabwehr kostete Moskau in den achtziger Jahren einige Milliarden Dollar. Viele sowjetische Wissenschaftler waren überzeugt, daß der von Reagan vorgeschlagene »Friedensschild« eine technologische Phantasterei sei. Die Amerikaner lachten sich ins Fäustchen, als sie unsere Generäle bei der Plünderung der Staatskasse für dieses unsinnige Projekt beobachteten. Diese Ausgaben haben die Wirtschaft der UdSSR endgültig zugrunde gerichtet und den Untergang dieses Landes als Supermacht mit verursacht. In der Verwandtschaft eines jeden Mitglieds des sowjetischen Politbüros träumte jeder zweite davon, sein eigenes Konstruktionsbüro, ein wissenschaftliches Forschungsinstitut und eine Fabrik für hochentwickelte Weltraumtechnologie zu haben.

IV. Die Niederlage im Weltraum

Da diese Träume sich in aller Regel erfüllten, konnten sie staatliche Gelder für die ambitioniertesten Projekte verpulvern. Wie das ganze Land, so wurde die russische Weltraumtechnik Opfer unserer unfähigen Generäle.

20 Milliarden Rubel (damals um die 20 bis 30 Milliarden Dollar) haben wir vor der Perestroika für den Weltraumgleiter *Buran* ausgegeben. Drei Exemplare dieses schweren Weltraumtransporters haben wir hergestellt, von denen einer 1988 wohlbehalten im Weltraum ankam und nach Beendigung der Mission per Autopilot auf einer Betonraste landete. Aber schon lange vor dem *Buran* hatten wir Weltraumgleiter. In den siebziger und achtziger Jahren entwarf das Akademiemitglied Tschelomei einige Raketen, die, wie sich nachher herausstellte, dem *Buran* technisch überlegen gewesen wären. Auch ein dritter Typ unseres Raumgleiters *TU-2000* wurde entwickelt, der von einem ganz normalen Flughafen anstatt von einem Weltraumflughafen oder vom Rücken eines Trägerflugzeuges starten kann. Die einstufige Rakete vom Typ *TU-2000* existiert bislang nur auf dem Reißbrett, aber auf der Flugausstellung 1993 in Bourges hielten ihre Konstrukteure schon Ausschau nach interessierten ausländischen Auftraggebern.

In den sechziger Jahren wurden in der UdSSR die weltweit stärksten Triebwerke gebaut, nur um vier Astronauten zum Mond zu schicken. Viermal wurde die Rakete mit dreißig parallel geschalteten Triebwerken abgefeuert, und jedesmal explodierte sie beim Start. Einige Triebwerke sind bis auf den heutigen Tag intakt und warten auf einen Interessenten mit Devisen.

Angesichts der nur auf dem Papier existierenden Konversion in Rußland muß dies natürlich überall in der Welt Mißtrauen hervorrufen. Die Amerikaner zum Beispiel sind überzeugt, daß eine Demilitarisierung in der Industrie für Weltraumtechnologie nicht möglich ist, solange die Russen nicht ihre Raketenmonster zerstören, ihre Produktionsbasen für den Bau von Raketen schließen und die Spezialistenteams auflösen. Vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes und aus der Perspektive unserer ökonomischen Interessen betrachtet, braucht Rußland weder eine zivile noch eine militärische Raumfahrt, zumindest nicht im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte. Das gilt bis zum erfolgreichen Abschluß der Privatisierung

und so lange, wie die Gesellschaft nicht gelernt hat, mit Geld umzugehen und die tatsächlichen Kosten eines technischen Projektes zu ermitteln.

Unsere Raumfahrtindustrie sollte sich um Fließbandstraßen für die Produktion von Ölen, Verpackungsmaschinen für Bonbons, Prothesen und Rollstühlen kümmern.

Wie bereits erwähnt, hält das Militär am russischen Weltraumprogramm fest. Dies zu erreichen, sind sie sogar in den Handel mit Fotos aus Spionagesatelliten eingestiegen. Unsere Aufnahmen haben eine wesentlich höhere Auflösung als die unserer Konkurrenten. Auf ihnen sind Objekte von kaum zwei Meter Höhe zu unterscheiden, die Auflösungskapazität des französischen Satelliten *Spot* reicht nur für Höhenunterschiede von zehn Metern, die des amerikanischen Satelliten *Landsat* nur für dreißig Meter. Die russische Agentur für Weltraumfotografie übernimmt Aufträge für die Aufnahme jedes beliebigen Punktes auf der Erde, wenn die Wetterbedingungen dies erlauben. Geologen, Kartographen, Ökologen und Biologen sind sehr interessiert an diesen dechiffrierten Computeraufnahmen aus dem Orbit in einer Höhe von bis zu 360 Kilometern. Unsere Aufnahmen werden in allen Ländern der Welt gekauft.

Man möchte meinen, daß dieser Handel nicht profitabel genug ist, um das nötige Geld für den Bau der dritten Generation der Raumstation *Almas-1W* aufzubringen. Die Moskauer Maschinenfabrik »Chrunitschew« plant die Fertigstellung einer Raumstation für das Jahr 1996, schrieb die Zeitung *Kuranty* (25. 6. 1993). Die Station wird mit einem Dreiphasen-Radarmesßgerät für Fotografien von der Erdoberfläche ausgestattet sein. Projektiert ist auch die Entwicklung der Station *Almas-2*, die voraussichtlich 1998 fertiggestellt sein wird. Allem Anschein nach sind dies sehr schwere Satelliten (bestückt mit wissenschaftlichen Geräten von 6,5 Tonnen) für die Realisierung des internationalen Programms für globales Öko-Monitoring — EOS (Earth Observing System). Allein Rußland muß für dieses Monitoring drei bis vier Satelliten vom Typ *Almas* im Orbit installieren und zusätzlich mindestens 50 000 Bodenmeßstationen zur Kontrolle der Umwelt einrichten. Das ist süßer Glockenklang in den Ohren unseres MiK. Bezahlen müssen diese Verschwendungssucht die russischen Bürger, die auch weiterhin kein

IV. Die Niederlage im Weltraum

Straßennetz haben werden, das das ganze Jahr befahrbar ist, in deren Krankenhäusern es auch zukünftig kaum warmes Wasser geben wird, deren Kinder und Alte weiter hungern werden und deren medizinische Versorgung sich weiter auf dem Stand des vorigen Jahrhunderts befindet.

In Rußland hat es niemals ein Parlament gegeben, das die Ausgaben von Steuergeldern hätte kontrollieren können. Und so hat man von Lenin bis Gorbatschow in deren Auftrag Dutzende von zyklischen Projekten erbaut, die sich in bezug auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis durchaus mit den Cheops-Pyramiden messen können. Die Zeitung *Rossiskije westi* (92/1993) berichtet vom Fortgang der Experimente in der Raumstation *Mir*: Im Orbit wurde eine metallische Reflektorfolie mit einem Durchmesser von zwanzig Metern ausgebreitet, die auch nachts Sonnenstrahlen in den europäischen Teil der GUS lenken soll. Die Konstrukteure versprachen uns, beim nächsten Mal eine beliebige Zahl von Reflektoren zu produzieren und sie während der sechsmonatigen Polarnacht über den Gasfeldern der Halbinsel Jamal zu installieren. Diese Reflexion hätte dann in der Tundra einen Durchmesser von dreißig Kilometern. Diese Enthusiasten planen, eine Art Schleppnetz in Form eines unverstrebten Foliensystems mit einem Durchmesser von fünfhundert Metern im Kosmos zu installieren, das Schrotteile zerstörter Satelliten gleichzeitig orten und beseitigen kann. Zunächst verschmutzen wir also den Weltraum für einige hundert Milliarden Dollar, um ihn dann ebenso aufwendig wieder zu reinigen.

Den Weltraum-MiK werden wir nicht nur mit kostspieligen Projekten zur Müllbeseitigung im Orbit beschäftigen, sondern auch mit der Reförderung von radioaktivem Müll, schreibt die Zeitung *Nesawissimaja gaseta* (18. 3. 1993). Die Raketenträger *Zenit* und *Energija-M* werden containerweise mit Abfällen aus Atomkraftwerken und anderen radioaktiven Materialien beladen; wenn eine Rakete beim Start explodiert, was bei uns nicht selten vorkommt, wird dies in einem Umkreis von vielen Kilometern alles Leben vernichten.

Die Führer unserer Weltraumclique mit Generalsstreifen führen unsere Nachkommen ins Verderben, da ihnen in dreihundert bis sechshundert Jahren, oder auch sehr viel früher, Bruchstücke der Mini-Atomreaktoren mit aufbereitetem Plutonium (Halbwertszeit 24 000 Jahre) von den unzähligen militärischen Satelliten um die Ohren fliegen

werden. Einer dieser Satelliten, der *Kosmos-954*, ist bereits 1977 über dem Norden Kanadas abgestürzt. Der *Kosmos-1402* ist Anfang 1993 beim Eintritt in die Atmosphäre völlig verglüht. Ähnliches passierte nach mißlungenem Start zweier Mondsonden mit radioaktivem Treibstoff, die — ohne daß die Öffentlichkeit davon erfuhr — unter dem Namen *Kosmos-300* und *Kosmos-305* gestartet waren.

Die Erforschung der erdnahen Atmosphäre, die Erschließung des Mondes zur Ausbeutung neuer Ressourcen, die Überwindung der Energiekrise durch Installierung von Energiesystemen außerhalb unserer Atmosphäre, die Steigerung der Wachstumsintensität von Pflanzen durch Weltraum-Beleuchtungskörper — für all das muß man teuer bezahlen.

Dank der Bemühungen des russischen Militärs wird bald gar kein Leben mehr auf der Erde möglich sein. Die uneingeschränkte Vernichtungsfähigkeit modernster Waffentechnik wird jede Form menschlicher Existenz vernichten. Theoretisch könnte eine weltraumgestützte Kernfusionsanlage auf der Basis von Mikrowellentechnologie billige Energie produzieren. Aber die Nutzung weltraumgestützter Energiegewinnungssysteme will man natürlich nicht auf friedliche Zwecke beschränken... Eine einfache Nachregulierung der Generatoren verwandelt das Mikrowellensystem in eine fürchterliche psychotrope Waffe, die unmittelbar auf das menschliche Gehirn einwirkt. Heute wird offen über die psychotrope Waffe gesprochen. Das heißt aber nicht, daß man ihre Entwicklung in aller Stille finanzieren sollte. Und noch weniger darf man zulassen, daß sich die Weltraumtechnologie außerhalb jeglicher Kontrolle durch die internationale Weltöffentlichkeit entwickelt. Für unsere Weltraumtechnologie gilt dies in besonderem Maße.

2. Angeberei im Weltraum – auf Staatskosten

Unter Koroľow, Kurtschatow und Keldysch wurde es üblich, daß astronomische Summen von volkseigenem Geld im Weltraum verschwendet wurden. Die Schüler dieser Troika haben die Amerikaner übertroffen und Dutzende von Raumschiffen auf den Weg zum Mond, zur Venus und zum Mars geschickt und ebensoviele Russen und Ausländer im Weltraum spazierengefahren. Ein einziges Mal ist unser Weltraumgefährt Buran ins All geflogen und rostet nunmehr vor sich hin. Tausende unserer Wissenschaftler bauen für ein Stückchen Brot mehr als nur eine Raumstation für die Amerikaner und helfen den USA damit, Milliarden Dollar einzusparen. Viele unserer Konstrukteure und Arbeiter nehmen die amerikanische Staatsbürgerschaft an. In Washington ist man keineswegs bereit, Moskau einen nennenswerten Marktanteil bei der kommerziellen Nutzung von Satelliten-Trägersystemen zuzugestehen. Nur ein verschwindend geringer Prozentsatz von westlichen Satelliten wird mit russischen Raketen ins All befördert. Rußland kann auf dem Weltmarkt nur Öl, Gas und Raketen anbieten. Rohstoffe brauchen alle, aber Raketen gibt es auf der Welt viel zu viele, und zudem dominieren in diesem Sektor die Amerikaner, die keinen Konkurrenten neben sich dulden. Die Raumfahrt der USA und der UdSSR entwickelte sich auf ganz unterschiedlichen Wegen: Wir bauten vor allem schwere Weltraumtransporter, die Amerikaner hingegen tendierten eher zu Weltraumlimousinen. Die Westeuropäer hatten weder das eine noch das andere und erklärten sich zum Leidwesen der USA bereit, uns einige unwesentliche Aufträge zu Billigpreisen zu erteilen.

Indien ist der größte Waffenimporteur der Welt. In Delhi hat man früher vorwiegend sowjetische Waffen gekauft. Heute verliert Rußland auf Betreiben Washingtons den indischen Markt. Die Lieferung von Raketentriebwerken und der dazu gehörigen Produktionstechnik nach Indien wurde jahrelang diskutiert. Die USA machten ihren Einfluß geltend, und jetzt bekommen die Inder zwar die Triebwerke, aber nicht die Technologie. Die Amerikaner können weder eine indische noch eine russische Raumfahrt gebrauchen. Das Regime westlicher Kontrolle über die Verbreitung von Raketentechnologie ist sehr streng. Sollten aber die reaktionären Kräfte im Kreml die Macht ergreifen, werden sie als eine der

ersten Maßnahmen jedem beliebigen Interessenten Atomraketen verkaufen.

Die kommerziellen Erfolge unserer Raumfahrtindustrie sind lächerlich. Für dieselbe Arbeit, die im Westen ein einziger Spezialist bewältigt, beschäftigen wir vier Personen. Zudem zahlt unsere Rüstungsindustrie weder Pacht noch Steuern an den Staat, z. B. zahlt die russische Raumfahrtindustrie keine Kopeke für die Nutzung der militärischen Versuchsgelände oder die radioaktive Verseuchung riesiger gesperrter Zonen auf der Tschuktschenhalbinsel und in Kasachstan durch Trümmer von Raketen, die von dem Weltraumflughafen Baikonur abgeschossen werden. Unsere Weltraumhäfen in Baikonur, Plesezsk (Archangelsk-Gebiet) und Kapustin Jar (untere Wolga) entziehen der Volkswirtschaft ein Gebiet von insgesamt 18 Millionen Hektar Land, davon allein 4,5 Millionen in Kasachstan sind. Hunderttausende von Soldaten und Strafgefangenen bauen, bedienen und bewachen Dutzende von Objekten unserer Raumfahrt.

Wenn man die tatsächlichen Kosten veranschlagt, die unsere Raumfahrt der Gesellschaft verursacht, kann man für jedes der 15 Weltraum-Konstruktionsbüros in Rußland und der Ukraine nur noch den Bankrott erklären. Jedes dieser >Konstruktionsbüros< ist nicht weniger als eine in sich geschlossene Fabrikstadt. In jeder einzelnen ist mehr Personal beschäftigt als in der gesamten Raumfahrtindustrie Westeuropas (32 000 Arbeitsplätze). Die Forschungs- und Produktionskapazitäten der Raumfahrtindustrie der GUS übertreffen die aller übrigen Länder der Welt. Aber wer kann denn heute die militärischen und technologischen Kapazitäten unserer Raumfahrtindustrie brauchen, die nicht einmal den internationalen Standards entsprechen? Zunächst einmal muß man einen Informationsaustausch mit internationalen wissenschaftlichen Institutionen organisieren, die Regeln der Marktwirtschaft beherzigen, das Funktionieren von Kommunikationssystemen normalisieren und einen breiten Zugang zu Computernetzen und Datenbanken sicherstellen.

Alles in allem wäre die Stilllegung der militärischen Raumfahrtforschung die für die Gesellschaft vorteilhafteste Variante. Aber unser MiK und die Raumfahrtstreitkräfte bringen jeden zum

IV. Die Niederlage im Weltraum

Schweigen. Der Direktor der wissenschaftlichen Produktionsvereinigung »Energija«, S. Koroljow, reist um die ganze Welt und fordert ausländische Partner auf, mit ihm und nicht mit der russischen Raumfahrtagentur, die von der Regierung mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt worden ist, zu verhandeln.

Im Frühjahr 1993 haben die USA offiziell die Bewilligung von Mitteln für die Realisierung von S.D.I. (»Weltraumschild« oder »Krieg der Sterne«) gestoppt und das Budget für zukünftige Programme der Weltraumstation *Freedom* um die Hälfte gekürzt. Bei der Kürzung der Staatsausgaben empfahl das Weiße Haus der NASA, mit russischen Spezialisten für Raumfahrttechnik zu kooperieren. Die Ökonomen des russischen Parlaments werden uns wohl irgendwann das Ergebnis ihrer Überlegungen mitteilen, ob es sich für Rußland lohnt, dem Westen unser Know-how für einen um das Zwei- bis Fünffache gesenkten Preis oder besser fertige Raumfahrttechnik zu verkaufen. Bislang befinden wir uns sozusagen in einem Versuchsstadium. Wir sind bereit, für ein Stückchen Brot eine Raumfahrtstation zu bauen, wovon die USA profitieren, aber nicht wir. Trotzdem hat das Repräsentantenhaus des amerikanischen Kongresses die Empfehlung des Weißen Hauses über ein gemeinsames russisch-amerikanisches Projekt zum Bau einer Raumstation abgelehnt.

Das ganze Jahr 1993 hindurch feilschten Russen und Amerikaner auf höchster Ebene um die Koordinierung der Arbeiten an der bereits in Dienst gestellten russischen Raumstation *Mir* und der noch in der Planung befindlichen amerikanischen Weltraumstation *Freedom*. Rußland gelang es, seine Teilnahme an diesem Projekt durchzusetzen. Für einen Groschen hat es den Amerikanern damit faktisch all seine einzigartigen Kapazitäten überlassen: die Weltraummedizin, bereits seit Jahrzehnten in Betrieb befindliche Raumstationen, das Raketenträgersystem *Proton* (das bis zu hundert Tonnen Nutzlast ins All befördern kann) und praktisch unser gesamtes Weltraum-Know-how, für das sich das Sowjetvolk ein halbes Jahrhundert krummgelegt hat.

Im Austausch dafür erhielten wir die Chance, die russische Raketentechnik und die ganze Schmarotzerbande (noch!) am Leben zu erhalten. Nachdem Rußland sich dem Abkommen über die

Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen angeschlossen hatte, erhielt es das Recht, an internationalen Ausschreibungen für den Abschluß von Satelliten teilzunehmen. Theoretisch können wir bis zum Jahr 2000 mit einem Dutzend Aufträge rechnen, für die wir jeweils bis zu 50 Millionen Dollar bekommen werden. Selbst für den Fall, daß wir uns in dem harten Konkurrenzkampf gegen indische, japanische, amerikanische und westeuropäische Firmen durchsetzen können, decken diese Summen nicht einmal unsere jährlichen Ausgaben für die Löhne der in der Raumfahrt Beschäftigten.

Die NASA hat darüber hinaus versprochen, unsere Kosmonauten mit dem Shuttle zu transportieren, wenn wir im Gegenzug amerikanische Astronauten in unserer Raumstation *Mir* arbeiten lassen. Der russisch-amerikanische Bruderkuß im All hat für Rußland ausschließlich zusätzliche Ausgaben zur Folge. In den Plänen der USA ist sogar der Aufenthalt von bis zu tausend Wissenschaftlern und Ingenieuren aus der Raumfahrtindustrie der GUS in amerikanischen Forschungs- und Produktionseinrichtungen vorgesehen.

Allein für die Raketenabwehr kaufen die Amerikaner 50 noch zu Zeiten der UdSSR entwickelte Technologien. Die amerikanische Firma Prett and Whitney hat versprochen, die Lizenz für die Produktion unseres Flüssigstoffraketenantriebs RD179, das einzigartig in der ganzen Welt ist, zu erwerben.

Heute verfügen Rußland, die USA, Großbritannien, Frankreich, China, aber auch Deutschland und Japan in vollem Umfang über Raketentechnologien. Rußland hat versucht, Indien Zugang zu diesem »Raketenclub« zu verschaffen, China beabsichtigt, dasselbe für Pakistan zu tun. Die 300 Millionen Dollar, die Rußland aus dem Verkauf von Raketen, Triebwerken und der entsprechenden Produktionstechnik von Indien bekommt, drohen das Kräftegleichgewicht in Asien nachhaltig zu verändern.

Indien ist in der Lage, Raketenantriebe zu produzieren, die Objekte von bis zu einer Tonne Gewicht ins All transportieren können. Die russischen Triebwerke bewältigen auch zwölf Tonnen. Für militärische Zwecke können mit flüssigem Wasserstoff betriebene Raketen nicht genutzt werden — das Auftanken einer Rakete dauert bis zu drei Monate, und die einmal aufgetankten Raketen können nicht gelagert

IV. Die Niederlage im Weltraum

werden, sie müssen sofort gezündet werden. Indem sich Indien die russische Technologie für die Produktion von Raketentriebwerken aneignet, erreicht es ein neues technologisches Niveau in der Militärraketentechnik und ist in der Lage, interkontinentale ballistische Raketen zu bauen.

In Anbetracht der bekannten Fakten darf es als gesichert gelten, daß Indien über Atomwaffen verfügt. Es ist nicht bereit, den Vertrag über deren Nichtweiterverbreitung zu unterzeichnen. All das beunruhigte die USA in höchstem Maße, und angesichts der russischindischen Handelsverträge hat die amerikanische Regierung diplomatische Schritte von bislang ungewohnter Schärfe eingeleitet. Die Lage spitzte sich weiter zu, als Jelzin sich während seines Besuches in Indien persönlich für die Lieferung von Raketentechnik verbürgte, wobei Indien Rußland 15 Milliarden Dollar schuldet und nicht zahlt. Siebzig Prozent der indischen Armeeausrüstung stammen aus sowjetischer Produktion, was wiederum den russischen MiK auf eine Fortsetzung der militärischen Lieferungen nach Indien hoffen läßt.

Sich mit Indien anzulegen, kann sich Rußland allem Anschein nach nicht leisten. Es wäre jedoch nicht nötig gewesen, ganz offensichtlich unerfüllbare Versprechungen zu geben, die unseren internationalen Verpflichtungen über die Nichtweiterverbreitung von Militärtechnologie widersprechen. Obgleich wir auch schon in den Nahen Osten eine gewaltige Anzahl sowjetischer Scud-Raketen verkauft haben. Sie haben eine Reichweite von dreihundert Kilometern und fallen damit unter die Norm, die in den Vereinbarungen über die Nichtweiterverbreitung von Raketentechnologie festgelegt wurde. Einige Schlaumeier wollen diese Norm auf tausend Kilometer hochsetzen. Der erste Teil des Vertrages mit Indien über die Lieferung von Raketentriebwerken brachte Rußland — während die Amerikaner noch lärmten, Druck ausübten und sich empörten — 33 Millionen Dollar ein. Indien erhielt fünfzig Prozent der technischen Dokumentation über die russischen Raketentriebwerke (*Wek*, 23. 7. 1993).

Der russische Außenminister Kosyrew hat in Krasnojarsk erklärt, daß die Weitergabe von Raketentechnologie an Indien die Nachbarländer in Asien zur Entwicklung analoger Programme treibe und damit einen Gürtel der Instabilität an unseren Südgrenzen schaffe (*Moskowskie*

nowosti, 22. 8. 1993). Als Ergebnis eines jahrelangen Streites zwischen Moskau, Washington und Delhi wurden die Triebwerke schließlich von Rußland nach Indien geschickt. Die dazugehörige Technologie hingegen wurde Indien nicht zur Verfügung gestellt, obwohl die nahezu kostenlose Übergabe faktisch bereits stattgefunden hatte. Alles übrige produziert Indien zur Zeit selber. Vor drei Jahren, als die USA sich geweigert hatten, Indien einen amerikanischen Hochleistungscomputer für indische Raumfahrtprogramme zu verkaufen, hat man diesen in Indien selber produziert und dasselbe Modell dann sogar an Kanada, Deutschland und Rußland weiterverkauft.

Der Vertrag über die Lieferung russischer Raketentriebwerke nach Indien wurde in den USA als der ernsthafteste Konflikt zwischen Moskau und Washington seit Beendigung des kalten Krieges betrachtet. Die USA ließen nichts unversucht, um die Militärallianz zwischen Indien und Rußland zu torpedieren und die indische Militärmaschinerie für Geschäftsbeziehungen mit den USA zu gewinnen. Rußland geriet in eine heikle Situation. Öffentlich mußte es sich von seinen bereits gegebenen Versprechungen distanzieren. Damit wurden auch viele andere Verträge unserer Militärs mit Delhi in Frage gestellt, u. a. auch die Aussicht, den Indem unsere MIG-29 für eine Milliarde Dollar zu verkaufen. Auf dem Programm steht darüber hinaus die Montage neuer modifizierter Tragflächen an vierhundert indische Flugzeuge des Typs MIG-21, ganz zu schweigen von Plänen einer gemeinsamen MIG-21-Produktion.

Aber die Einhaltung internationaler Spielregeln bietet auch ökonomische Vorteile. Die internationale Organisation *Inmarsat* unterschrieb im April 1993 in Moskau eine Vereinbarung, der zufolge unsere Proton-Rakete einen kommerziellen ausländischen Satelliten ins All transportieren sollte. Für 36 000 Dollar befördern unsere Trägerraketen einen Satelliten direkt auf eine geostationäre Umlaufbahn. Finanzprobleme zwingen Europa, sich bei der Eroberung des Weltraums an Rußland zu wenden. Man geht davon aus, daß bei uns alles sehr billig ist und daß man uns weniger als gemeinhin üblich zahlen könne. Einige 100 Millionen Dollar jährlich garantieren uns Aufträge der Weltraumzentren, die in der Europäischen Weltraumagentur (ESA) zusammengeschlossen sind. Die Franzosen

werden uns zusätzlich für die Beförderung ihrer Astronauten bezahlen. Gemeinsam mit Deutschland werden wir einen Raumanzug für »Weltraumspaziergänge« herstellen, von den Niederlanden kaufen wir die notwendige Technologie für die Produktion von Fallschirmen mit einer Fläche von 180 Quadratmetern, die im Rahmen des bislang von niemandem genutzten Weltraumsystems *Energija Buran* gebraucht werden. Und Dutzende von sowjetischen Kosmonauten konnten im Dezember 1991 auf einer Sotheby's-Auktion in New York ihre persönliche finanzielle Situation durch den Verkauf von allen möglichen Souvenirs von Raumflügen verbessern. Das Sortiment umfaßte abgenutzte Weltraumapparaturen, Raumanzüge, Simulationspuppen, Tagebücher, Erinnerungen und ähnliche interessante Zeugnisse der sowjetischen Raumfahrt.

3. Noch nicht einmal für die MIG gibt es Käufer

Das Militär ließ unzählige Jagdflugzeuge verschiedenster Modelle projektieren und bauen. Die qualitativ höherwertigen technischen Bauteile waren dabei für die Exportmaschinen bestimmt. Aber selbst unsere hervorragenden MIG-29M haben salonfähige Staaten aus politischen Erwägungen nie gekauft.

Der Krieg in Afghanistan dauerte zehn Jahre, weil das höhere Offizierskorps von diesem Krieg profitierte. Waffen, Drogen, gestohlene Autos und andere Waren wurden mit Militärflugzeugen unter Umgehung des Zolls über die Staatsgrenze verschoben: Sei es eine in ihre Einzelteile zerlegte MIG oder ein ganzer Panzer. Die Einheiten der Marine, der Luftabwehr, der Luftwaffe, der Luftlandtruppen und der Weltraumstreitkräfte verwandelten sich in einen Haufen von marodierenden Spekulanten, bereit, für Geld jeden Auftrag, von wem auch immer, auszuführen. Aus Wladiwostok und aus Deutschland werden gebrauchte Autos ausländischer Hersteller erfolgreich auf jeden beliebigen Flugplatz der GUS verbracht. Ohne Probleme kann man ein Jagdflugzeug für einen Spazierflug mieten.

3. Noch nicht einmal für die MIG gibt es Käufer

Die Passagiere unserer zivilen Luftfahrt wissen hingegen nicht, womit sie fliegen sollen. Alle Zivilflugzeuge der GUS sind eigentlich schrottreif. Aber unsere Schlaumeier aus dem MiK wissen nur zu gut, daß auch heute noch die Produktion von Militärflugzeugen sehr viel mehr Profit verspricht als die Herstellung von Passagiermaschinen. Man hat zwar begonnen, die IL-96 und die TU-204 mit amerikanischen Triebwerken auszustatten, sie werden aber nur auf internationalen Fluglinien eingesetzt.

In den guten alten Zeiten von Chruschtschow bis Gorbatschow standen Flugzeuge direkt hinter Öl und Gas auf dem zweiten Platz der Liste unserer Exportgüter. Unter Jelzin wurden die staatlichen Aufträge für Militärflugzeuge im Jahr 1992 um das Fünffache gekürzt.

Mit der Beendigung des kalten Krieges verschwanden auch diejenigen Länder aus dem Kundenkreis, die vorher mit Vergnügen, wenn auch nur zu symbolischen Preisen, unsere Jäger und Bomber gekauft hatten. Die Produktion von Zivilflugzeugen haben wir selber eingestellt. Die alten Modelle kauft niemand, und neue Typen von Passagiermaschinen gibt es bei uns nicht. Die gesamte Flotte der Zivilflugzeuge der GUS hat ihren Dienst getan und bedarf dringend einer Erneuerung (*Iswestija*, 21. 9. 1992). Auf dem großen Moskauer Flughafen Wnukowo waren 1992 von zwanzig sowjetischen Airbussen des Typs IL-86 nur noch sechs einsatz- und flugfähig.

Unsere neueren Passagierflugzeuge des Typs TU-204, TU-343, IL-96-300 und IL-114 können seit Jahren nicht mit der Beförderung von Passagieren beginnen und sind faktisch schon veraltet, bevor sie in Serie gehen. Ihre westlichen Pendanten sind seit einigen Jahrzehnten im Einsatz, und derzeit steht dort die Produktion der nächsten Generation an. Die Entwicklung der Triebwerke des Typs PS-90, die zur Basisausstattung der neuen Serie von Ujuschins und Tupolews gehören, ist bislang noch nicht abgeschlossen, von der Elektronik wollen wir besser gar nicht reden.

So haben uns unsere Flugzeugkonstrukteure verschaukelt, die es noch vor gar nicht allzu langer Zeit vorzogen, gigantische staatliche Summen für den Bau von Militär- statt Zivilflugzeugen zu kassieren. Für militärische Fluggeschwader und Panzertransportflugzeuge wurde man sehr

IV. Die Niederlage im Weltraum

viel großzügiger bezahlt (Wohnungen, Datschen, Prämien, Hosenstreifen und Auszeichnungen als »Held der Arbeit«), zudem waren sie viel einfacher zu produzieren als Zivilflugzeuge. Die Produktion eines Jagdflugzeugs beansprucht zum Beispiel zweitausend Arbeitsstunden, die Herstellung eines zivilen Linienflugzeugs 60 000 bis 80 000 Stunden. Theoretisch weiß man auch in unserem Land, wie man ein gutes Triebwerk herstellt, sagt German Sagainow, Direktor des größten Luft- und Raumfahrtzentrums der Welt und des wichtigsten Instituts der Branche (*Delowoi mir*, 5. 6. 1993). Seiner Meinung nach hinken wir auch in diesem Bereich eine Generation hinterher; ein gutes Triebwerk ist sehr teuer, und die Installation erfordert gewaltige Anstrengungen — die Montage nimmt mehr Zeit in Anspruch als die Herstellung des Flugzeugs selbst.

Sagainow meint, daß selbst unser bester Jäger, die MIG-29M, bezüglich seiner radioelektronischen Ausstattung hinter westlichen Modellen zurückbleibt, was sowohl an dem zu hohen Gewicht des Flugzeugs als auch an seinen Abmessungen liegt. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß die MIG-29M im Luftkampf mit jedem beliebigen Flugzeug der Welt die größte Manövrierfähigkeit besitzt. Würde man unsere MIG mit westlicher Elektronik ausstatten, so meinen Spezialisten der deutschen Luftwaffe, könnten die NATO-Mitgliedsländer auf die Realisierung ihrer Pläne zum Bau des europäischen Jagdflugzeugs *Eurofighter* verzichten. Indessen ist der Westen genauso wie wir auf die Sicherung von Arbeitsplätzen angewiesen, und keiner unserer einstigen ideologischen Gegner hat Interesse daran, unseren MiK an die eigenen Futtertröge zu lassen.

Nach der Aufteilung der Luftwaffe der ehemaligen UdSSR blieben Rußland fünftausend Kampfflugzeuge. »Das ist sehr viel und steht in Widerspruch zum Prinzip der hinreichenden Verteidigungsfähigkeit, zumal ihr Unterhalt uns teuer zu stehen kommt«, sagte der Kommandeur der russischen Luftwaffe, Pjotr Deinekin (*Wek* 32/1993). Dabei sind noch nicht einmal die Flugzeuge und Hubschrauber anderer Truppeneinheiten, wie zum Beispiel der Raketenabwehr und der Marine, berücksichtigt. Wieviele Milliarden haben wir den Ländern Osteuropas und der GUS mit der kostenlosen Überlassung von Flugtechnik geschenkt?

Der Ausspruch Deinekins ist übrigens doppeldeutig: Mit Vergnügen würde der General einen großen Teil der russischen Luftwaffe loswerden — und neue, modernere Modelle von »fliegenden Festungen« und Jagdflugzeugen bestellen. General Deinekin gelang es, Jelzin zur Unterzeichnung eines Präsidentenerlasses zu bewegen, der den Verkauf von Armeeflugzeugen erlaubte. Die Konkurrenten des Oberkommandierenden konnten jedoch schon bald eine Aufhebung des Erlasses erwirken. Deinekin sagte: »Wenn man mir nur erlauben würde, zweihundert Flugzeuge zu verkaufen, könnte man mit diesem Geld das Wohnungsproblem von Zehntausenden wohnungsloser Armeeingehörigen lösen.« Eine MIG-29 kostet 30 Millionen Dollar, eine MIG-31 sogar 50 Millionen Dollar.

Man ließ nichts unversucht, Deinekin das Leben schwer zu machen, und beschuldigte ihn des Verkaufs von Metallschrott aus Beständen der Luftwaffe. Eine Untersuchung der parlamentarischen Sonderkommission hat nachgewiesen, daß der gesamte Gewinn aus diesem Geschäft für den Erwerb und den Bau von Wohnungen für Angehörige der Luftwaffe aufgewendet wurde. Nach ihren Worten jedoch gab Deinekin den Befehl, 1600 Jagdbomber klammheimlich in ihre Einzelteile zu zerlegen, um sie bei Nacht und Nebel mit militärischen Transportflugzeugen ins Ausland zu verschieben. »Hier findet ein grausamer Kampf statt«, kommentierte General Deinekin (*Delowye ljudi*, Juli 1993). »Ich kann Ihnen mindestens sechs Mafiaorganisationen nennen, die im Kampf um den Waffenhandel gnadenlos über Leichen gehen. Jeder, der ihnen im Weg steht, ist nichts weiter als eine Zielscheibe.«

Nach Jahren ist es den Fliegern endlich gelungen, legal einige Groschen aus dem Verkaufserlös militärischen Eigentums zu bekommen. So hat man den Militärs 1992 und 1993 für die Ausschachtung und Verschrottung von völlig abgenutzten Triebwerken bis zu tausend Dollar pro Stück gezahlt (*Rossiskije westi*, 94/1993). Allerdings hätte man diese Triebwerke zum Beispiel in Großtrockenanlagen noch lange verwenden können. Aber dieser Ausverkauf ist eine gesetzmäßige Folge der Verschwendung unseres Nationaleigentums in den Betrieben des MiK.

Die Militärs müssen begreifen, daß der Verkauf unserer Luftfahrttechnik immer nur Verluste einbringen wird, selbst wenn wir

dafür in Dollar bezahlt werden. Ob sie nun internationalen Standards entspricht oder nicht, unsere Luftfahrttechnik wird für die Gesellschaft immer ein Verlustgeschäft sein. Das niedrige technische Niveau zwingt unsere Konstrukteure dazu, viel zu schwere Bauteile zu verwenden. Die an der Fertigstellung von Endprodukten orientierte Bezahlung schließt faktisch eine gesonderte Kontrolle der einzelnen Bauteile aus. Die Exportproduktion erweist sich als noch verlustreicher. Aus einer riesigen Menge von defekten Bauteilen müssen die besten herausgesucht werden, mit dem Ergebnis, daß Produktion und Montage sehr viel mehr Zeit in Anspruch nehmen. Die Betriebe des MiK verschlingen ganze Serien von Betriebsanlagen, von Instrumenten, Rohstoffen und Halbprodukten, deren Vergabe niemand ernsthaft kontrolliert. Der Nutzungskoeffizient des Materials ist äußerst gering. Von sehr teuren Titanlegierungen können real nur vier bis 40 Prozent genutzt werden, der Rest ist Ausschuß. Igor Mantasijew, ehemaliger Mitarbeiter in einer Flugzeugfabrik, ist der Meinung, daß das niedrige Niveau unserer Produktion (wir arbeiten für ein paar Pfennige und verschwenden Unmengen kostbarer Rohstoffe) den Produktionsverhältnissen in einem Land der Dritten Welt entspricht (*Express chronika*, 26. 4. 1993).

Nicht ein einziges Werk oder Konstruktionsbüro der Luftfahrtindustrie hat unter Jelzin seinen Betrieb eingestellt. Unser MiK kann auch ohne Aufträge, so scheint es, ganz gut leben. Die Direktoren und Konstrukteure im Generalsrang traktieren Parlament und Regierung mit allerlei Märchen darüber, daß sie sich jetzt mächtig ins Zeug legen und Dutzende von Jagdflugzeugen ins Ausland verkaufen würden, um von dem Erlös neue Modelle zu konstruieren und zu bauen. Ganz nebenbei wird die Teilnahme unserer Luftfahrtindustrie an allen Luftfahrtausstellungen in der Welt mit Millionen von Dollar aus dem Staatsbudget gesponsert. In Farnborough (Großbritannien) wurden 1992 erstmals unsere strategischen Überschallbomber mit neuen geometrischen Tragflächen vom Typ TU-22M3, unser senkrechtstartendes Überschalljagdflugzeug mit Bordgeschützen JAK-141, die Jagdflugzeuge MIG-29S, MIG-29M, SU-35 und der Kampfhubschrauber KA-50 vorgeführt. In Frankreich haben wir 1993 das multifunktionale

Zweisitzerflugzeug SU-30MK gezeigt, das die Leistungskapazität des amerikanischen Bombers E-111, des F-15-Jägers, des Jagdbombers F-15E und eines Tiefflug-Kampfbombers in sich vereinigt und darüber hinaus im Unterschied zu den genannten Modellen in der Luft aufgetankt werden kann und eine Flugdauer von sechzehn Stunden hat.

Wer wird diese technische Neuerung für den Preis kaufen, den das sowjetische (russische) Volk dafür gezahlt hat? Niemand wird etwas kaufen. Das riesige Suchoj-Werk, das weiterhin Jäger für die russische Luftwaffe produziert, wird von der Montage von für den Export bestimmten Sportflugzeugen leben, von denen für einen Preis von 150 000 Dollar pro Stück bis zu zehn im Jahr verkauft werden.

1993 setzte der Tupolew-Forschungskomplex die Modernisierung der für unsere Armee serienmäßig produzierten Bomber des Typs TU-45 und TU-95 fort. Eingestellt wurde lediglich die Produktion unseres neuesten Bombers TU-160. In Rußland gibt es nur noch drei strategische Raketenträger, die in der Lage sind, mit einer Salve einen Staat von mittlerer Größe zu zerstören. Die Ukraine zum Beispiel hat noch neunzehn Bomber dieses Typs. Begeistert schrieb die *Prawda* (15. 8. 1992) nach der Demonstration dieses Giganten in der bei Moskau gelegenen Stadt Schukowski, nur auf dieser Ausstellung könne sich »der Bürger noch als Angehöriger einer Großmacht statt eines Bettlerstaates fühlen«. Die kommunistische Zeitung schilderte ihren Lesern im Ton höchsten Lobes die wundersamen Fähigkeiten eines Hubschraubers, der, auf dem Rücken fliegend, drei SU-27 auf einmal in der Luft auftanken könne. Und gleichzeitig sieht jeder Passagier der sowjetischen Fluglinie Aeroflot mit Schrecken einer Reise innerhalb der GUS entgegen.

Den wahren, sehr hohen Preis der sogenannten >Errungenschaften< unserer Flugzeugindustrie werden erst unsere Nachkommen bezahlen, denen unsere Rüstungsmafia ein schreckliches ökonomisches Erbe hinterläßt. Diese Hypothek wird bislang in keiner Berechnung der realen Kosten unserer Bomber und Jagdflugzeuge berücksichtigt. Im Zuge der Aufhebung der Geheimhaltungspflicht hat sich . herausgestellt, daß allein die Betriebe der russischen Flugzeugindustrie jährlich 153 000 Tonnen Schadstoffe in die Atmosphäre ausstoßen und 485 Millionen Kubikmeter Wasser verbrauchen, von dem die Hälfte

IV. Die Niederlage im Weltraum

ungereinigt wieder in natürliche Gewässer eingeleitet wird. Jährlich produziert diese Branche 2,3 Millionen Tonnen Chemieabfälle, 50000 Tonnen galvanische und 450 000 Tonnen toxische Abfälle. Nur 15 Prozent werden davon wiederaufbereitet. Daß diese Ziffern in der chemischen Industrie und in der Buntmetallindustrie noch schrecklicher aussehen, ist dabei nur ein schwacher Trost (*Delowye ljudi*, August 1993).

Die kostenaufwendige sozialistische Produktionsweise — und dies gilt für die Rüstungsindustrie in ganz besonderem Maße — ist nur unter der Bedingung ihrer vollständigen Stilllegung rentabel. Man kann die Produktionsflächen, die Flughäfen und Flugschneisen, die Erde und die Rohstoffe verpachten. Wir sollten uns darauf beschränken, die Zahl unserer Gemüsegärten auszudehnen und diese in aller Bescheidenheit zu bearbeiten. Die Nutzung unserer schrecklichen Militärtechnik sollten wir reichen Ausländern überlassen, wie dies bereits unsere Flugsportvereine und Flugzeughersteller tun. Um gemeinsam mit Freunden von Moskau aus mit einer SU-27 in Begleitung einer Passagiermaschine vom Typ TU-134 zu einem Varietebesuch nach Nowosibirsk zu fliegen, muß man zur Zeit 75 000 Dollar auf den Tisch legen. Ein Flug mit einer MIG-31 in einer Höhe von 30 Kilometern bei dreifacher Schallgeschwindigkeit kostet den Anfänger samt Einweisung durch einen erfahrenen Piloten 12 000 Dollar. Einen Hubschrauber kann man bereits für 100 Dollar mieten. Ein zehnminütiger bis zweistündiger Flug in der Kabine einer SU-37 kostet bis zu 4000 Dollar.

Wesentlich günstiger ist es, eine gebrauchte MIG, die nicht viel teurer als ein Mercedes kommt, einfach zu kaufen. Eine Reihe von amerikanischen Museen und Filmstudios haben MIGs verschiedener Baujahre für das amerikanische Publikum erstanden, das großes Interesse daran hat, sich die Technologie seines ehemaligen sowjetischen Feindes vorführen zu lassen. Die befreiten Länder Osteuropas haben Liebhabern in den USA, die ein Stück Geschichte erhäschen wollen, bereits Dutzende von verschiedenen MIG-Modellen verkauft.

Mit einer MIG zu fliegen, so sagen die Amerikaner, sei dasselbe wie mit einem Fahrrad zu fahren. Es heißt, die MIG sei primitiv, doch darin bestünde ihr besonderer Reiz.

Wir haben genauso wie die Amerikaner einen vorzüglichen Hubschrauberpark. Zu unserem Arsenal gehören Modelle des Typs MI-6, MI-8 und MI-24, die bereits in den sechziger Jahren entwickelt worden sind. Darüber hinaus haben wir noch neuere Kampfhubschrauber vom Typ KA-58 und MI-28. Modelle zur rein zivilen Nutzung gibt es bei uns praktisch nicht. Auf die Produktion von Zivilhubschraubern ist bei uns niemand besonders erpicht. Die gesamte russische Presse strotzt von Artikeln der Rüstungslobby, die bestrebt ist, aus dem Kreml die nötigen Gelder für die Serienproduktion der Kampfhubschrauber KA-50 und MI-28 herauszupressen, die praktisch eine Kopie der entsprechenden amerikanischen Modelle sind.

Was wir allerdings tatsächlich brauchen würden, das ist eine Erneuerung der zivilen Luftfahrt. Nach Schätzung der Firma Boeing beläuft sich der Bedarf der GUS-Länder an Zivilflugzeugen heute auf ca. 1300 Stück im Wert von 72 Milliarden Dollar. Aber auch in den Ländern Osteuropas, in der Volksrepublik China und im Nahen Osten stehen heute noch Dutzende unserer Flugzeuge. Endlich haben wir begriffen, daß wir uns ohne ausländische Hilfe auf diesem Markt nicht durchsetzen können. Es ist schade, daß unsere unfähigen Generäle sich einen solchen Batzen Geld durch die Lappen gehen ließen. Heute bleibt uns nur noch eine Alternative: Entweder wir kaufen amerikanische Boeing bzw. westeuropäische Airbusse, oder wir rüsten unsere bislang nicht serienmäßig produzierten Flugzeuge vom Typ Iljuschin-96 und Tupolew-204 mit amerikanischen Triebwerken und amerikanischer Bordelektronik aus. Ohne ausländische Hilfe können wir keine Zivilflugzeuge bauen, da unsere Technik nicht den ökologischen Normen entspricht, auf deren Einhaltung der Westen besteht. Man wird wohl kaum Flugzeuge allein für den innerrussischen Flugverkehr bauen wollen. Selbst unsere Pkws und Eisenbahnwaggons werden heute auf westlichen Verkehrswegen ohne Nachrüstung mit zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen nicht mehr zugelassen.

Ein ausländisches Triebwerk kostet allerdings doppelt soviel wie eine komplette Iljuschin-96. Und dieses Flugzeug hat vier solche Triebwerke. An der Umrüstung der einheimischen Iljuschin-96-300 zur Iljuschin-96M waren achtzehn westliche Firmen beteiligt. Diesen Plan hat 1989

IV. Die Niederlage im Weltraum

der Amerikaner Armandt Hammer, Freund Lenins und des sowjetischen Volkes, ausgeheckt. Der Rumpf der Iljuschin-96-300 wurde um zehn Meter verlängert, das Triebwerk aus den Permer Motorenwerken durch ein Triebwerk der Firma Pratt and Whitney ersetzt — und fertig war die Iljuschin-96M. Die weltbekannte amerikanische Firma hat den Iljuschin-Werken zehn Triebwerke der Boeing 757, Baujahr 1984, geschenkt in der Hoffnung, diese Ausgaben würden sich spätestens 1996 bezahlt machen, wenn die Iljuschin-96 in Serienproduktion gehen soll. Wir setzen natürlich auf den Export einer derartigen russisch-amerikanischen Maschine. Die internationale Konkurrenzfähigkeit dieses Flugzeuges wird allerdings in erster Linie davon abhängen, welchen Preis die Amerikaner für ihre Bordelektronik und ihre Triebwerke festsetzen. Die Iljuschin-Werke sind in Rußland die einzige Firma der zivilen Luftfahrtindustrie.

Triebwerke der englischen Firma Rolls-Royce hat man in das russische Linienflugzeug vom Typ Tupolew-204 eingebaut, das dann 1993 ebenso wie die Iljuschin-96M auf allen wichtigen internationalen Flugausstellungen vorgeführt wurde. Die Engländer rechnen mit Erfolg in all den Ländern, in denen man traditionell auf englische Qualität setzt. Die französische Firma Snecma wird Triebwerke für das neue russische Übungsflugzeug MIG-AT bauen, das ab 1996 in Produktion gehen soll. Die französische Firma Aérospaciale hat unseren MiK darüber hinaus zur gemeinsamen Entwicklung des multifunktionalen Hubschraubers vom Typ MI-38 gedrängt. Welches Schicksal erwartet unsere Flugzeugkonstrukteure? Der Niveauunterschied zwischen der russischen und der westlichen Arbeitsproduktivität spiegelt sich in folgenden Proportionen wider: Während auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR (oder genauer: Rußlands und der Ukraine) 250000 Menschen fünfzehn Prozent der weltweit hergestellten Flugzeugtriebwerke produzieren, werden die restlichen 85 Prozent von den 100000 Mitarbeitern amerikanischer, französischer und englischer Firmen hergestellt (*Kommersant*, 7. 6. 1993). Zur gleichen Zeit haben die Länder der GUS und Osteuropas bereits Dutzende von Passagierflugzeugen der Firma Boeing gekauft. Russische Fluggesellschaften haben außerdem fünf westeuropäische Airbusse vom Typ A-310 erworben. Wie sollte es auch anders sein,

wenn das beste Triebwerk vom Typ PS-90-A der Permer Motorenwerke in einem Modellversuch nur fünfhundert Stunden fehlerfrei funktionierte, während die amerikanischen Konkurrenzmodelle vom Typ PW eine Betriebszeit von neuntausend Stunden aufweisen und die Modelle vom Typ RR sogar neunzehntausend Stunden störungsfrei im Einsatz waren.

Wenn westliche Firmen mit einem Überangebot von Triebwerken zu relativ niedrigen Verkaufspreisen auf den russischen Markt drängen, dann tun sie dies nicht zuletzt in der Hoffnung, daß es sich auf lange Sicht durch die Serviceleistungen und die Lieferung von Ersatzteilen rentieren wird. Dies kann uns im Endeffekt teurer zu stehen kommen als die Triebwerke selbst. Zudem müssen wir auch noch die Bordelektronik kaufen und warten lassen. Für derartige Ausgaben garantieren uns westliche Firmen, daß unsere Flugzeuge von der Internationalen Kontrollbehörde für Luftfahrtsicherheit nicht länger beanstandet werden. Holland hat bereits fünf Modelle der Iljuschin-96M sowohl als Passagier- als auch als Transportflugzeug bestellt und eine Option auf fünf weitere Maschinen angemeldet. Unser Problem besteht nicht nur darin, daß die Betriebszeit der in den Permer Motorenwerken hergestellten Triebwerke um das Zwei- bis Dreifache unter derjenigen analoger westlicher Modelle liegt, sondern auch darin, daß die Permer Motorenwerke bald privatisiert werden und sich dann als zahlungsunfähig erweisen könnten: Diese Situation würde eintreten, wenn sich unsere Triebwerke nach der Streichung der Subventionen für Rohstoffe und Energie, die der MiK bisher wie selbstverständlich in Anspruch nahm, als zu teuer erweisen und über dem Weltmarktpreis für gleichwertige Modelle liegen würden. Schließlich gleichen sich in Rußland seit 1994 die Preise für alle möglichen Waren und Rohstoffe immer stärker dem Weltmarkt an. Davon ausgenommen sind natürlich wieder einmal die Betriebe des MiK und des Verteidigungsministeriums, denen der Staat auch weiterhin nach alter Manier alles zu Vorzugspreisen überläßt.

Die Berijew-Werke in Taganrog haben sich auf die Produktion von Wasserflugzeugen spezialisiert, bislang aber keine internationale Zulassung bekommen können. Die Aktiengesellschaft Awiatika konnte eine derartige Zulassung für ihren Einsitzer Awiatika-890 allerdings

IV. Die Niederlage im Weltraum

erwerben. Mit dieser kleinen Maschine hat die Gesellschaft eine Nische auf dem internationalen Flugzeugmarkt für sich entdeckt. 1992 wurden zweihundert Stück produziert und ins Ausland verkauft und 1993 bereits tausend Stück für den Export produziert. Der Preis liegt allerdings nur bei 15 000 Dollar. Deshalb ist sich die Leitung des Konstruktionsbüros überhaupt nicht sicher, ob sich die Produktion auch weiterhin rentieren wird — und das, obwohl sie über eine internationale Zulassung verfügt, die in der UdSSR beziehungsweise der GUS bislang nur berühmten Firmen wie SU, MIG und Iljuschin erteilt worden ist.

Das Flugzeugwerk von Smolensk hat bereits mehrere hundert Aufträge für die Produktion des komfortablen viersitzigen Flugzeuges JAK-112 erhalten, das mit einem Triebwerk der Firma Teledyne Continental Motors (USA) und elektronischen Apparaten der Firma Ben-dix/Kind (USA) ausgestattet ist. Angesichts der Tatsache, daß es in Rußland so gut wie keine mehrspurigen Straßen gibt und Lastwagen mit hochwertigen Gütern mittlerweile geradezu systematisch ausgeplündert werden, sind wir dringend auf diese Flugzeuge angewiesen. Neuesten Schätzungen zufolge liegen die ständigen Verluste bei Warentransporten auf dem Landweg bei 15 bis 20 Prozent (*Moskowskie nowosti*, 29. 8. 1993). Jede Reise über eine Distanz von mehr als einhundert Kilometern ist in Rußland mittlerweile zu einem Überlebenstraining geworden und wird damit, wenn auch nicht zu einer Heldentat, so doch zu einem Wagnis. Als besonders unangenehm dürfte sich dabei die Tatsache erweisen, daß Flugzeugunfälle in der GUS bereits morgen genauso häufig sein dürften wie Autounfälle -die Zahl der Opfer gleicht sich in beiden Fällen mittlerweile schon an (*Megapolis-Express*, 1. 9. 1993).

V. Wozu braucht Rußland dreißig neue Atomkraftwerke?

1. Der Markt für Atomtechnologie

Der Atomwaffenkomplex und alle Atomkraftwerke stehen in Rußland jetzt unter der Kontrolle des Ministeriums für Atomenergie. Ausgerechnet Rußland baut mehr neue Atomkraftwerke als alle anderen Länder in der Welt. Ein und dieselbe Behörde trägt die Verantwortung für eine ganze Reihe von Atomkatastrophen: in Tscheljabinsk, in Tomsk, in Tschernobyl und in Krasnojarsk. Es ist aufschlußreich, die Argumente von Minister Michailow und seinen Untergebenen zu kennen, die eine Ausweitung des atomaren Genozids in Rußland prognostizieren. Die Hälfte aller natürlichen Uranvorkommen in der Welt befindet sich auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR. Die Umwandlung von Erz in angereichertes Uran ist ein sehr kostspieliger und komplizierter Prozeß. Im Zuge der vertraglich geregelten Demontage von atomaren Sprengköpfen werden wir nahezu zu einem Monopolisten für alle Arten von atomarem Brennstoff, ziviler wie militärischer Nutzung. Die Aufbewahrung von bereits angereichertem Uran und Plutonium ist sehr teuer; man muß es also zügig verkaufen – aber nicht an jeden...

Jährlich kommen bei Unfällen und Katastrophen in Rußland 50 000 Menschen um, und 250 000 tragen Verletzungen davon. Bei einem allgemeinen Produktionsrückgang von 18 Prozent im Jahre 1992 wuchs die Zahl der Unfälle im selben Zeitraum um den gleichen Prozentsatz. Die *Prawda* (8. 6. 1993) geht davon aus, daß »nicht mehr ein bis zwei Prozent des Bruttosozialproduktes, sondern bereits vier bis fünf Prozent für die

Beseitigung der Folgen aufgewendet werden. Die Kosten für die Beseitigung der Unfallschäden sind damit höher als die Staatsausgaben für das Gesundheitswesen und den Umweltschutz.« Wenn die Führung der UdSSR und der KPdSU gezwungen gewesen wäre, eine reale Kompensation für Unfall- und Strahlenopfer statt der üblichen zwei Dollar Aufschlag für Löhne und Pensionen zu zahlen, wenn sie also für das wahre Ausmaß der ökologischen Schäden hätte aufkommen müssen, die von den Militärs auf dem Territorium der GUS an einem einzigen Tag verursacht werden, dann hätte das gesamte Bruttosozialprodukt eines Jahres dafür nicht ausgereicht.

Atomtechnologie — das ist nichts für uns. Wie kränkend das auch klingen mag, die Russen sind dafür noch nicht reif. Nur mit größter Mühe konnte der KGB die Sicherheit der atomaren Objekte kontrollieren, aber durch den allgemeinen Zusammenbruch und die Privatisierung stehen uns noch einige Desaster aufgrund freigesetzter Radioaktivität ins Haus.

Die Mentalität der MiK-Führung hat sich seit den Zeiten Stalins nicht verändert. Der Leiter des russischen Ministeriums für Atomenergie, Wiktor Michailow, schätzt den Wert des Grundkapitals des gesamten russischen Atomwaffenkomplexes (zehn geschlossene Städte mit einer Einwohnerzahl von insgesamt rund einer Million Menschen) auf fünf Milliarden Dollar. Im Gegensatz dazu liegt der Wert des von seinen Ausmaßen her sehr viel bescheideneren Atomwaffenkomplexes in den USA bei fünfzehn Milliarden Dollar.

Michailow bewertet unseren Atomwaffenkomplex als »eine unwiederbringliche wissenschaftlich-technische Kostbarkeit, deren Rückwirkungen auf alle Tätigkeitsbereiche des Landes, sowohl auf die zivilen als auch auf die militärischen Zweige der Volkswirtschaft, alle Erwartungen übertreffen« (*Radikal*, 36/92). Die friedliche Nutzung der Atomenergie kostete uns Tschernobyl, die militärische Nutzung führte zu Hunderten solcher Tschernobyls, wenn man das radioaktive Potential all der Abfälle zusammenrechnet, die wir bislang nicht entsorgen konnten.

Die »lichte Zukunft«, die uns Minister Michailow verspricht, hat man uns nunmehr seit vierzig Jahren für jedes neue Jahrfünft in Aussicht gestellt. Wie in alten Tagen behauptet Michailow auch heute, daß »die

Weiterentwicklung der Nutzung der Atomenergie auf höchstem wissenschaftlich-technischem Niveau ein Garant der Stabilität in der Welt und auf unserem Planeten ist«. Seinen Worten zufolge (*Delwoi mir*, 2. 4. 1993) wird die Produktion von waffenfähigem Plutonium zur Zeit in vier industriellen Reaktoren fortgesetzt.

Michailow ist ein aktiver Befürworter der Fortsetzung von unterirdischen Atomversuchen in Rußland und behauptet, daß diese zehnmal weniger kosten als in den USA. Aber wer zahlt unserem Volk einen Ausgleich dafür, daß das Gebiet von Nowaja Semlja, wo sich unsere atomaren Testgelände befinden, volkswirtschaftlich nicht mehr genutzt werden kann. Der Minister spielt wahrscheinlich darauf an, daß wir uns an dem Wettkampf mit den USA um die Aufdeckung des Geheimnisses der Energiegewinnung im 21. Jahrhundert beteiligen sollten — der Entwicklung eines Verfahrens zur Gewinnung von Wärme- oder Elektroenergie aus einer permanenten Serie von Explosionen Hunderter von Miniatombomben in der Sekunde. An diesem Projekt arbeitet man jetzt auf dem unterirdischen atomaren Testfeld in Nevada. Wir sollten uns damit allerdings nicht befassen. Niemand, außer den USA, kann sich derartig kostspielige Experimente erlauben.

Wir könnten die unverzügliche Schließung des gesamten Atomwaffenkomplexes mit all seinen wissenschaftlichen Einrichtungen, Fabriken und Testfeldern problemlos überstehen. Der Minister macht sich allerdings für die staatliche Finanzierung des Baus »der größten Beschleunigungsanlage der Welt mit einer Kapazität von dreitausend Gigaelektronenvolt stark, die in einem unterirdischen Ringtunnel« bei Brodwinno in der Nähe von Moskau liegt. Den Anlauf der ersten Versuchsreihe des Beschleunigers stellt er für das Jahr 1995 in Aussicht. Die Amerikaner haben sich lange den Kopf zerbrochen über dieses fragwürdige Projekt. Wie es aussieht, wird der bereits im Bau befindliche gigantische Beschleuniger nicht fertiggestellt.

Rußland sollte sich davor hüten, jährlich fünfzig Millionen Dollar aus seinem Haushalt abzuzweigen, um seine Laboratorien für Atomtechnologie für die Beteiligung an dem internationalen Projekt der Entwicklung des ersten thermonuklearen Versuchsreaktors ITER zu bezahlen, an dem außer Rußland die USA, Japan und die EU mitwirken, selbst wenn unsere Spitzenstellung in diesem Bereich unbe-

streitbar ist. Wir brauchen weder angewandte noch Grundlagenforschung in der Physik oder anderen Bereichen der Wissenschaft. Vor allem Technologien, die sich sowohl zivil als auch militärisch nutzen lassen, können wir uns nicht leisten. Wenn wir Impfstoffe herstellen wollen, kommen dabei bakteriologische Waffen heraus; und die Menschen in unserem Land haben davon nur Nachteile. Alles Notwendige können wir hundertfach billiger im Ausland kaufen, sei es in Form von Lizenzen oder als Endprodukt. Michailow begeistert sich an unserem Know-how, das uns die Herstellung atomar betriebener Triebwerke für die Weltraumfahrt erlaubt. Dabei sind die Betriebe des Ministeriums für Atomenergie zusammengenommen nicht einmal in der Lage, ohne Subventionen international konkurrenzfähige Fahrräder herzustellen.

Michailow brüstet sich auch damit, daß wir über die weitbeste Technologie in der Uranindustrie verfügen. Die Amerikaner haben versprochen, innerhalb der nächsten zwanzig Jahre fünfhundert Tonnen hochangereichertes Uran aus unseren demontierten Atomsprengköpfen für Atomkraftwerke in den USA zu kaufen, aber auch dann werden wir noch mindestens ebensoviel davon zurückbehalten. Die Franzosen haben sich gleichfalls verpflichtet, uns für die Demontage von Atomsprengköpfen einhundert Millionen Dollar zu geben. Michailow ist der Meinung, daß der Export unseres Urans ein ganz normales Handelsgeschäft sei, von dem die USA sogar mehr profitieren würden als wir selbst. Im Gegensatz dazu sind die Amerikaner jedoch fest davon überzeugt, daß sie angesichts einer völligen Übersättigung des internationalen Uranmarktes Rußland gegenüber zu Zugeständnissen gezwungen gewesen seien, um die Verbreitung von gigantischen Mengen von Uran in der Dritten Welt zu verhindern.

Mehr noch: Michailow sagt klipp und klar, daß die USA verpflichtet seien, die vollständige Demontage unserer Atomsprengköpfe zu bezahlen, deren Kosten sich auf 1,5 Milliarden Dollar belaufen. Der Kongreß hat bereits den Versuch unternommen, Kompensationen in Form von Öl- oder Gaslieferungen zu fordern und besteht auf dem Recht der Rüstungskontrolle, um sicherzustellen, daß wir nicht die Grenzen der >hinlänglichen Verteidigungsfähigkeit< überschreiten. Die russische Seite hat diese Forderung aber weit von sich gewiesen und erk-

lärt, die Vernichtung der russischen Atomwaffen entspräche in erster Linie amerikanischen Interessen. Folglich müßten sie — und nicht wir — dafür aufkommen. Das ist die Logik von Banditen. Aber genauso stellte Minister Michailow den Hintergrund der langwierigen amerikanisch-russischen Verhandlungen auf höchster Ebene in diesem Bereich dar (*Rossiskaja gaseta*, 11. 12. 1992). Darüber hinaus beklagt er sich auch noch, daß die USA nicht einen einzigen Dollar gezahlt hätten. Daß aber bereits 450 Schutzvorrichtungen zur Abdek-kung beim Tansport von Atomsprengköpfen, 200 Ausrüstungen für Unfallrettungsmannschaften, 115 Ausstattungen für Spezialwaggons, 10000 Container zur Lagerung von Uran und Plutonium und Ausrüstungen für große atomare Endlager aus Amerika bei uns eingetroffen sind, übersieht er geflissentlich.

Durch den Zusammenbrach der UdSSR hat sich die Zahl der amerikanischen Kostgänger automatisch erhöht. Die Ukraine, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan haben sich bereits in die Warteschlange eingereiht, um im Austausch gegen Atomsprengköpfe, gegen waffenfähiges Plutonium und Uran Subventionen aus den USA einzustreichen. Währenddessen verkündet Rußland, die USA täten nicht schlecht daran, ihm einen Platz auf dem Uranmarkt einzuräumen und statt der in Aussicht gestellten 6 Prozent 26 Prozent aller internationalen Urangeschäfte zu überlassen. Es ist eine interessante Frage, wie groß denn nun tatsächlich das atomare Arsenal Rußlands ist, das strenger Geheimhaltung unterliegt.

2. Atom-Hooligans

Dieses Kapitel handelt von den Atomkraftwerken in der ehemaligen UdSSR. Die Mannschaft von Gorbatschow hat fünf Jahre lang gelogen und die tatsächlichen Ausmaße des Elends verheimlicht und sich geweigert, die ökonomische Last von Reparaturen in diesem Bereich zu tragen – und die Macht verloren. Erst heute beginnt die Dekontaminierung von radioaktiv verseuchten Wäldern, Feldern und Dörfern in sechzehn Gebieten Rußlands. Die Völker der GUS haben seit

dem Mai 1986 meist radioaktiv verstrahlte Lebensmittel konsumiert. Nach Angaben des Ministeriums für Atomenergie wurden 1992 205 Störfälle in russischen Atomkraftwerken registriert, von denen drei zur zweiten Kategorie der schweren Störfälle zählen, 28 zur ersten Kategorie der leichten und 174 zur untersten, die die Umwelt nicht berühren. Die Haare stehen einem zu Berge, wenn man die Zahlen über den geplanten Ausbau von Atomkraftwerken in der GUS liest.

Die ehemalige UdSSR bzw. die GUS bedroht weiterhin den Frieden in der Welt, zwar nicht mehr durch Krieg, aber dafür durch eine ökologische Apokalypse. Von achtzehn Ländern der Erde, in denen Atomkraftwerke genutzt werden, stand die UdSSR auf dem letzten Platz einer Liste, die von Frankreich angeführt wurde. 73 Prozent der in Frankreich verbrauchten Elektroenergie wird in Atomkraftwerken produziert, für uns lag diese Zahl 1991 bei 13 Prozent, die USA kamen auf 22 Prozent (*Rossiskije westi* 113/1992).

Wie die amerikanische Autorin Julia Martinez in der Zeitung *We* (Februar 1993) schrieb, haben die Amerikaner aufgrund der hohen Teuerungsrate und der allgemeinen Unzuverlässigkeit bereits auf den Bau neuer Atomkraftwerke verzichtet. Die durchschnittliche Nutzungsdauer von mehr als zwanzig Reaktoren, die in den USA stillgelegt worden sind, belief sich auf insgesamt nur dreizehn statt der ursprünglich geplanten vierzig Jahre. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden in den USA mindestens noch weitere fünfundzwanzig kommerziell genutzte Atomreaktoren stillgelegt werden. Martinez zitiert die einhellige Meinung amerikanischer Spezialisten: Bereits um das Jahr 1978 herum wurde deutlich, daß die Aufrechterhaltung eines störfreien Betriebs der Reaktoren Atomstrom unter reinen Kostengesichtspunkten unerschwinglich teuer werden läßt.

Diese letzte Aussage ist sehr wichtig. In den USA sind Atomkraftwerke unrentabel. Warum sollten sie dann bei uns rentabel sein? Jede Publikation von Beamten des Ministeriums für Atomenergie oder der von diesem Ministerium ausgehaltenen Journalisten wiederholt die alte Lüge, daß die Kosten für eine Kilowattstunde Atomstrom nur halb so teuer seien wie Strom aus Wasser- oder Kohlekraftwerken. Wenn man den entsprechenden

Sicherheitsstandard in sowjetischen Atomkraftwerken anhebt, würde sich diese Preisdifferenz nivellieren. Und wie sähe erst die Bilanz aus, wenn wir in einem Staat leben würden, der die Arbeit der 650000 Wehrpflichtigen und einiger hunderttausend Zivilpersonen, die an der Beseitigung der Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beteiligt waren, auch wirklich bezahlen müßte (*Golos*, 16/1991)? Aber es ist noch nicht aller Tage Abend, und die Bürger des unabhängigen Weißrußland und der Ukraine werden den Kreml ebenso wie die Einwohner von mehreren russischen Gebieten noch mit gerichtlichen Klagen geradezu überschwemmen. Finanzielle Forderungen gegenüber unserer Regierung werden uns noch mindestens ein halbes Jahrhundert in Atem halten.

Sechzehn Reaktoren vom Typ Tschernobyl, von denen allein elf in Rußland stehen, produzieren fünf Prozent des gesamten Energiebedarfs. Sie sind viel zu gefährlich und müßten entweder umgerüstet oder stillgelegt werden. Ungeachtet der vielen Bemühungen der Weltöffentlichkeit ist vor Ort bis jetzt praktisch nichts geschehen. Die USA planen, ihre ausgemusterten Atomkraftwerke durch Erdgaskraftwerke zu ersetzen. Aber immer wenn Greenpeace oder die EU uns einen derartigen Vorschlag unterbreiten, verfällt unsere Atomlobby in wüstes Geschimpfe. Man hat bereits Gelder zum weiteren Ausbau der Atomenergie bereitgestellt, und die Atomlobby will unter keinen Umständen auf dieses Geld verzichten. Selbst dann nicht, wenn einige Rüstungsfachleute und Ökonomen sagen, daß es Projekte gibt, die den Staat nur halb so teuer kommen. Sie ist nach Meinung des Präsidentenberaters Aleksei Jabklokow völlig taub gegenüber alternativen Lösungsvorschlägen (*Rossiskije westi*, 15/1993).

Die Regierung der Russischen Föderation hat Anfang 1993 einen Beschluß zur Fortsetzung des Baus von Atomkraftwerken in Rußland gefaßt. Demzufolge sollen in dem Atomkraftwerk von Balakowo vier Blöcke ans Netz gehen, in Kaliningrad, Kursk, Woronesch und St. Petersburg jeweils einer. Noch im März 1992 wurde die Frage der Finanzierung der genannten Bauvorhaben auf Anordnung von Vizepräsident Gaidar bewußt offengelassen. Seinerzeit, nach Tschernobyl, konnte sich nicht einmal Gorbatschow zur Fortführung des Atomprogrammes durchringen, obwohl er mehrfach von dem gewaltigen

Problem des Energiemangels sprach. Aber selbst wenn wir heute die Rüstungsproduktion um mehr als die Hälfte zurückfahren, würden wir daran keinen Schaden nehmen. Die Atomlobby ist bei uns so stark, daß in einem der ersten Erlasse der russischen Regierung nach dem Zerfall der UdSSR am 30. Dezember 1991 die Fortsetzung der Bauvorhaben an den Atomkraftwerken auf der Halbinsel Kola, in Juschni-Uralsk, Bilibinsk, Smolensk und Balakowo grundsätzlich genehmigt wurde. Verfügt wurde weiterhin, daß anstelle der in Karelien, Intinsk, Kirow, Kaluga und Wolgograd in Betrieb befindlichen Wasserkraftwerke Atomkraftwerke errichtet werden sollen. Der Bevölkerung der angrenzenden Gebiete versprach Gaidar weitreichende Privilegien, sogar eine nahezu kostenlose Stromversorgung. Die örtlichen Machtorgane sollten größere Ausgleichszahlungen für soziale Zwecke erhalten.

Jablokow erinnert daran, daß die russische Regierung mit ihren Entscheidungen über Atomkraftwerke aus den Jahren 1991 bis 1993 die gesetzlichen Normen, die nach der Katastrophe von Tschernobyl so hart erkämpft werden mußten, vollständig ignoriert. Das betrifft in erster Linie die Verpflichtung zur Durchführung von staatlichen Umweltexpertisen, die der Entscheidung über die Projektierung oder den Bau von atomaren Anlagen vorauszugehen hat. In dichtbesiedelten Gebieten sollte der Bau von Atomkraftwerken grundsätzlich verboten werden. Jablokow wundert sich darüber, wie der Minister für Umweltschutz, Danilow-Daniljan, dem Gesetzesverstoß zustimmen konnte. Lediglich ein einziger Minister, und zwar Justizminister Nikolai Fjodorow monierte, daß der Anfang 1993 verabschiedete Regierungsbeschluß über Atomkraftwerke die gültige Gesetzgebung verletzt: Nur wenige Monate später trat Fjodorow von seinem Ministeramt zurück.

In dem bereits zitierten Artikel aus der Zeitung *Rossiskije westi* äußert Jablokow seine Verwunderung über folgende Punkte:

1. Für den Bau der Reaktorblöcke wurde kein Wettbewerb ausgeschrieben.
2. Die Möglichkeit der Nutzung von Gasturbinen, die der MiK gerne herstellen würde, wurde gar nicht erst in Betracht gezogen.
3. Das Präsidium des Obersten Sowjets verabschiedete eine Entschließung über eine verstärkte Geheimhaltungspflicht im Bereich

der Atomenergie. Alle Archivdokumente sollen von nun an für achtzehn Jahre unter Verschuß bleiben.

4. Die Möglichkeit, den Energiebedarf des MiK bei rapidem Produktionsrückgang zu drosseln, wurde gar nicht erörtert.

5. Die Freisetzung hoher Konzentrationen von Cäsium und Kobalt aus den Atomkraftwerken Bjeļojarsk wurde vor der Öffentlichkeit vertuscht. Erst 1991 wurde von einem Hubschrauber aus festgestellt, daß eine Fläche von zwanzig Quadratkilometern im Umkreis des Atomkraftwerkes mit 15 Curie belastet war. Am 22. Dezember 1992 kam es in diesem Atomkraftwerk zu einem Unfall, der als Störfall erster Kategorie bewertet wurde.

Die Zeitung *Moskowskie nowosti* (21. 3. 1993) veröffentlichte eine aufwühlende Geschichte: Die regionalen Machthaber aller fernöstlichen Gebiete hatten sich mit der Bitte an das Ministerium für Atomenergie gewandt, in jeder fernöstlichen Stadt ein Atomkraftwerk zu bauen. Und dies nach vielen Jahren des erbitterten Widerstandes von seiten der lokalen Autoritäten, die den Schlaumeiern aus Moskau immer wieder bewiesen hatten, daß erdbebengefährdete Gebiete, in denen zudem Taifune und Überschwemmungen an der Tagesordnung sind, nicht gerade der ideale Ort für märchenhaft teure und gefährliche Atomkraftwerke sind. Das Ministerium für Atomenergie nahm die Regierungsmannschaft von Jelzin in die Mangel — mit dem Ergebnis, daß Tschernomyrdin erklärte, die Atomkraftwerke samt Wohnkomplexen in der näheren Umgebung würden kostenlos, das heißt auf Kosten des föderalen und nicht des lokalen Staatshaushaltes, gebaut. 1993 mochte sich schließlich niemand mehr den Plänen zum Bau von Atomkraftwerken und Wohnhäusern im Fernen Osten widersetzen. Zur selben Zeit blieben die Quellen geothermaler Energie in Kamtschatka, das Gas vom Sachalin, die unerschöpflichen Kohlevorkommen dieser Region und die Möglichkeiten zur Nutzung von Wasserkraft ungenutzt. Moskau stellte die Finanzierung für die Fertigstellung der Wärmekraftwerke in Chabarowsk und Birobidschan sowie für den Ausbau der Kraftwerke in Amursk und Komsomolsk ein und belastete damit die lokalen Haushalte. Seit fünfzehn Jahren ist das Wasserkraftwerk im Amurgebiet immer noch im Planungsstadium. Das staatliche Komitee für Naturschutz hat in

einer ökologischen Expertise das Projekt für den Bau einer Wasserkraftanlage im südlichen Jakutien gebilligt. Es liegen unzählige Projekte für den Bau kleinerer Wasserkraftwerke entlang der vielen Bergflüsse vor. Für all das hat der Kreml angeblich kein Geld. Die Atomkraftwerke allerdings, die niemand braucht, werden anstandslos finanziert.

Das Präsidium der Russischen Akademie der Wissenschaften, an deren Spitze jahrelang der Konstrukteur von Atomkraftwerken des Tschernobyl-Typs stand, hat Jelzin im Sommer 1992 eine sensationelle Empfehlung gegeben, die in diamentralem Gegensatz zu den Ratschlägen des Ministeriums für Atomenergie stand.

Erstmals sprach sich das Präsidium der Akademie kategorisch für die Stilllegung der Reaktoren des Tschernobyl-Typs und einer Reihe anderer Kernkraftwerke der ersten Generation aus. Erstmals wurden all diejenigen Atomkraftwerke aufgelistet, die aus unterschiedlichen Ursachen die internationalen Sicherheitsbestimmungen nicht erfüllen: die Atomkraftwerke in Petersburg, Bilibinsk, Kursk, Bjeleojarsk sowie jeweils zwei Blöcke der Kraftwerke auf der Halbinsel Kola und Nowoworonesch. Nur zwei Kraftwerke, nämlich das in Twer und in Balakowo, stehen nicht auf dieser schwarzen Liste (*Iswestija*, 9. 6. 1992). Die Russische Akademie der Wissenschaften ist der Meinung, die Stilllegung der defekten Reaktoren sollte im Laufe der nächsten zehn Jahre erfolgen. Das Präsidium der Akademie empfahl, neue Atomkraftwerke nur in Kooperationen mit westlichen Partnern zu bauen. Nach der Installation von automatischen Kontrollmechanismen in allen Atomkraftwerken Osteuropas und der ehemaligen UdSSR, die alle Daten an eine westliche Schaltzentrale kontinuierlich übermitteln, haben wir faktisch anerkannt, daß wir nicht in der Lage sind, unsere Atomkraftwerke eigenständig zu nutzen. Der Ideologe des »Neuen Denkens« im Präsidium der Akademie, Akademiemitglied Jewgeni Welichow, geht davon aus, daß Rußland im neuen Jahrzehnt einen neuen Reaktortyp bauen kann, der westlichen Sicherheitsstandards entspricht.

In den vielen Instituten der Russischen Akademie der Wissenschaften und unter den dreihundert Akademiemitgliedern fanden sich nur drei ehrliche Physiker: der »verbannte« Sacharow, der in den Selbstmord

getriebene Legassow und der in die USA ausgewanderte Saga-dejew. Alle drei haben jahrzehntelang vergeblich versucht, die sowjetische Regierung davon zu überzeugen, was das Präsidium der Russischen Akademie der Wissenschaften jetzt offen eingestanden hat. Es wird noch ein wenig Zeit vergehen, aber dann wird irgend eine hohe nationale Institution anerkennen, daß das russische Verwaltungssystem im Prinzip nicht in der Lage ist, großangelegte Maßnahmen zur Überwindung von Krisensituationen durchzuführen.

Die Nachbarstaaten der ehemaligen UdSSR sind voll Entsetzen darüber, daß fünfundzwanzig russische Atomkraftwerke direkt vor ihrer Nase als Zeitbomben ticken und noch weitere neunundzwanzig Atomkraftwerke mit Hilfe der damaligen UdSSR außerhalb des jetzigen Rußlands gebaut wurden. Der schwedische Minister für Ökologie und Atomenergie ist der Meinung, daß die russischen Wissenschaftler durchaus in der Lage seien, sichere Reaktoren zu bauen, daß aber Rußland unter den heutigen Bedingungen nicht fähig wäre, die Bauarbeiten und die technische Wartung zuverlässig zu organisieren (*Izwestija*, 5. 6. 1993).

Fragen der atomaren Sicherheit wurden zu einem ständigen Gesprächsthema in den Verhandlungen der sieben führenden westlichen Industriestaaten. Man gewinnt den Eindruck, daß sie bereit sind, Rußland auf jedem nur beschreitbaren Wege zur Einhaltung ihrer Forderungen zu zwingen. Für jeden russischen Reaktorblock werden sie das Zehnfache zahlen, selbst wenn sie dann gezwungen wären, alle Hilfsgelder für Osteuropa dafür auszugeben.

Am Ruder sind in der russischen Atomindustrie nach wie vor »die alten kommunistischen Kader«, und »in der näheren Umgebung von Jelzin gibt es keinen einzigen kompetenten Kernenergiespezialisten«, – beklagte sich gegenüber Journalisten der Direktor des hessischen AKWs Klaus Distler (*Wek* 15/1992). Seine Kollegen in der Bundesrepublik schreckt nicht nur die Tatsache, daß russische Atomkraftwerke weit hinter internationalen Sicherheitsnormen zurückbleiben, sondern auch die Hilflosigkeit der Regierung bei der Kontrolle des Atommülls. Der Direktor des Kernkraftwerkes Unterweser im Norden der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Günther, hat das Atomkraftwerk in Smolensk besucht und sich über

den dortigen Gigantismus gewundert. In einem Atomkraftwerk mit zwei Reaktorblöcken arbeiten in Deutschland durchschnittlich einhundertfünfzig Menschen. In dem Smolensker Atomkraftwerk, das drei Blöcke hat, sind sechstausend Menschen beschäftigt. In Deutschland ist der Boden sehr teuer, und dementsprechend sind die Atomkraftwerke sehr kompakt gebaut. In Rußland verkehrt sich alles ins Gegenteil. Der Direktor eines Atomkraftwerkes denkt bei uns vor allem an Pläne und Prämien, an Kantinen für die Arbeiter, an Wohnhäuser und Kindergärten, daran, wie er durch die Hintertür Verwandte und Proteges einstellen kann, wo man etwas sich aneignen oder sonstwie ausschlagen kann. Sein westlicher Kollege beschäftigt sich nur mit seinen direkten Dienstangelegenheiten. Unsere russischen Direktoren haben erst nach der Katastrophe von Tschernobyl begonnen, den tieferen Sinn der Termini zu begreifen: >Diagnostik< (bislang sind wir bei notwendigen Kontrollgeräten ganz und gar auf die Hilfe des Auslands angewiesen); >Simulatoren< (man kann Personal nicht in Kraftwerken ausbilden, die bereits am Netz angeschlossen sind); >Reaktormantel< (die Atomkraftwerke, die wir in Ungarn und in Finnland gebaut haben, wurden mit einer Schutzhülle ausgestattet, für uns selbst zogen wir die billigere Variante vor).

1954 wurde das erste Atomkraftwerk der Welt in Obninsk in der Nähe von Moskau in Betrieb genommen. Und bereits 1957 ereignete sich im Ural eine der größten Industriekatastrophen — die Explosion eines Tanks mit flüssigen radioaktiven Abfällen im Kombinat Majak in der Stadt Kyschtym. Es hat in dieser Stadt mehrere solcher Unfälle und sogar Atombombentests gegeben, bei denen Zehntausende von Soldaten und die örtliche Bevölkerung verstrahlt wurden. Als Folge der Versuchsreihen auf den Atomtestgeländen in Semipalatinsk und auf Nowaja Semsja gehen in Sibirien regelmäßig radioaktive Niederschläge nieder. Die Einleitung von radioaktiven Abwässern aus dem unterirdischen Atomkraftwerk in Krasnojarsk in den Jenissej wird fortgesetzt. Dutzende von atomaren Versuchsreaktoren im Zentrum von Moskau werden nicht stillgelegt. Diese Liste ließe sich noch endlos fortsetzen.

Auch in Zukunft werden die Katastrophen nicht abreißen. Bereits jetzt zeigt der Sarkophag, der über dem vierten Block des

Atomkraftwerkes in Tschernobyl errichtet worden ist, erste Risse. Damit ist täglich eine Wiederholung der Katastrophe von 1986 zu befürchten. Alle wissen, daß eine neue Kuppel gebaut werden muß, unklar ist nur von wem — ob von Moskau oder Kiew. In beiden Hauptstädten ist man zur Zeit allerdings mehr damit beschäftigt, sich über die Aufteilung der Schwarzmeerflotte zu streiten. Heute wird ein neuer Prozeß gegen die Schuldigen von Tschernobyl angestrengt. Die Richter in Kiew und in Moskau rufen die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU und der kommunistischen Partei der Ukraine jener Jahre in den Zeugenstand, deren Aussagen in der Presse veröffentlicht werden. Und auch weiterhin kommt es regelmäßig zu Unfällen und Bränden in Atomkraftwerken. Der politische Beobachter der Zeitung *Delowoi mir* (19. 9. 1992), Wjatscheslaw Below, weist nach, daß in jedem Reaktorblock jährlich Dutzende von Störfällen gezählt werden. Man kann gar nicht oft genug wiederholen, daß unsere Atomkraftwerke in erster Linie als militärische Objekte gebaut wurden, die vor allem die Funktion hatten, waffenfähiges Spaltmaterial (Plutonium) für atomare Sprengköpfe zu liefern. Die Herstellung von Elektroenergie war sozusagen ein Abfallprodukt ihrer Tätigkeit.

So gesehen, wird die eiserne Hartnäckigkeit, mit der unser MiK für die Beibehaltung von Atomkraftwerken ficht, verständlich. Unfälle und Brände, Strahlenopfer und kolossale materielle Verluste gab es schließlich auch schon vor Tschernobyl, zum Beispiel 1974 und 1975 im Leningrader Atomkraftwerk, 1978 in Belojarsk, 1982 in Armenien, 1983 in Saporoschje, 1985 in Balakowo, im Oktober 1986 in Juschnouralsk. Unsere Technik und unser Betriebssystem taugen nicht besonders viel, von den moralischen und professionellen Qualitäten der mittleren Führungsebene ganz zu schweigen, und in die höheren Positionen steigen nur ausgemachte Halunken auf. Die Direktoren unserer Atomkraftwerke — dies hat der Direktor des Atomkraftwerks von Tschernobyl, Brjuchanow, vor Gericht anschaulich geschildert — lassen leichtfertig dort ein normales Kabel verlegen, wo laut Plan Kabel mit feuerfester Isolierung vorgeschrieben sind. Und diesem Direktor gelingt es ohne große Anstrengungen, den Verantwortlichen der Planungsbehörde nicht nur davon zu überzeugen, dass man ein nicht-feuerfestes Kabel verlegen kann, er bringt ihn

sogar dazu, auf jegliche Feuerschutzmaßnahmen beim Bau des Daches im Turbinenraum zu verzichten. Brjuchanow, der nach fünf Jahren wieder aus dem Gefängnis entlassen wurde, erzählte, daß weder er noch seine Spezialisten sich vorstellen konnten, daß auch >ihr< Reaktor solche eklatanten Defizite aufweist und daß ein derartiger Reaktor nicht internationalen Sicherheitsstandards entspricht und für Zwecke der Energiegewinnung sonst nirgendwo genutzt wird (*Trud*, 17. 9. 1991).

Ein großer Teil der staatlichen Aufwendungen, die eigentlich der von der Strahlenkatastrophe von Tschernobyl betroffenen Bevölkerung zugute kommen sollte, wurde gestohlen oder für andere Dinge aus dem Fenster geworfen. Dies betrifft sowohl die Regierung Gorbatschow als auch die der nunmehr unabhängigen Staaten Rußland, Weißrußland und Ukraine. Die Bevölkerung der gesamten ehemaligen UdSSR ist mit radioaktiv verseuchten landwirtschaftlichen Produkten aus der »Ernte von Tschernobyl« versorgt worden. Die Mehrzahl der Strahlenopfer erhält keine Pensionen. Die Bewohner der radioaktiv verseuchten Zone sind in speziell errichtete Siedlungen evakuiert worden, die allerdings wiederum auf verstrahlten Territorien stehen. Bis zum heutigen Tag hat man vor der Bevölkerung genaue Daten über die geographische Lage der radioaktiv verseuchten Gebiete auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR geheimgehalten. Die *Iswestija* schrieb am 20. August 1993 — also sieben Jahre nach der Katastrophe —, daß das tatsächliche Ausmaß der Folgen der Katastrophe von Tschernobyl in sechzehn russischen Gebieten immer noch nicht genau eruiert ist. Betroffen sind mindestens 800 000 Menschen, vor allem im Gebiet Brjansker. Eine Karte der radioaktiv verseuchten Territorien in der GUS gibt es nicht im freien Verkauf, sondern nur als geheime Verschlusssache hoher Behörden. Unter Berufung auf den amerikanischen Wissenschaftler Robert Heyl hat die Zeitschrift *Nowoje wremja* (29/1991) geschrieben, daß Tschernobyl ein Symbol für die Probleme in der Sowjetunion ist, deren größtes Problem der sittliche Verfall der Gesellschaft sei. Innerhalb von drei Jahren hat sich die Situation in Rußland dramatisch verschlechtert. Millionen von wenig kompetenten Behördenleitern verfügten früher wenigstens noch über reale Macht und konnten so manchmal das eine oder andere bewirken. Jetzt

herrschen im russischen Haus mit dem Atomarsenal Anarchie und Ohnmacht.

Im Sommer 1993 sprach die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine die hochgestellten kommunistischen Bonzen, den verstorbenen ersten Sekretär der kommunistischen Partei der Ukraine, Schtscherbitzki, den Chef der Zivilverteidigung, Ljaschko, und den Gesundheitsminister Romanenko der Vertuschung des wahren Ausmaßes der Reaktorkatastrophe schuldig. Moskau schweigt bis auf den heutigen Tag, sonst müßte es all die hohen Bonzen, die uns immer noch kommandieren, ebenfalls vor Gericht stellen.

Erst 1992 wurde in Rußland von den sechzehn radioaktiv verstrahlten russischen Gebieten gesprochen, und erst 1993 hat man uns gesagt, daß militärische Testgelände, Militärbasen, Flughäfen und Militärstädte vier Prozent des Territoriums der GUS einnahmen. (Zum Vergleich: Wildreservate und Naturschutzgebiete machen nur ein Prozent des Territoriums aus.) Es stellte sich heraus, daß sich das Raketentestgelände Kapustin Jar über ein Gebiet von 1,5 Millionen Hektar im Dreieck zwischen dem Ural-, dem Burjew- und dem Astrachan-Gebiet erstreckte (*Kultura*, 27. 3. 1993). Über diesem Territorium wurden neue Raketen und Flugzeuge abgeschossen und Waffen vernichtet. Bei der Explosion eines mit schwerem Treibstoff betriebenen Raketentriebwerkes werden bis zu zehn Tonnen Salzsäure und eine ganze Reihe von anderen toxischen Stoffen in der Atmosphäre freigesetzt. Aus diesem Dreieck des Schreckens sind fast alle Tiere geflohen. Nur noch Wölfe und Menschen leben hier. Die Liste der für alles Leben bedrohlichen Städte und Dörfer könnte man ewig fortsetzen.

In den USA gibt es ebensolche verantwortungslose Gestalten im atomaren Establishment wie bei uns. Auch die Amerikaner haben noch in großer Entfernung vom Epizentrum der Explosion von Ne-vada in vielen Staaten weiträumige Gebiete, die von dem niedergegangenen radioaktiven Staub überzogen sind. Sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Atomlobby. Auch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) spielt von Zeit zu Zeit ihr schmutziges Spiel, weil sie gezwungen ist, die Interessen der Atomindustrie zu vertreten. Zudem zahlt Moskau nach den USA und Japan den dritthöchsten Beitrag an diese internationale Organisation in

Wien. Ein großer Teil des Personals der IAEA hat einen russischen Paß. Es gibt mittlerweile eine internationale Atommafia, und insbesondere die IAEA hat große Schuld auf sich geladen, indem sie sich durch die Vertuschung des wahren Ausmaßes der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl bei der sowjetischen Regierung einschmeichelte. Und doch herrscht im Westen noch nicht die gleiche Maßlosigkeit wie bei uns. Atomkraftwerke sind auch in Frankreich in Betrieb, aber Menschen werden dort nicht verstrahlt. Die Amerikaner geizen nicht mit Kompensationszahlungen für Strahlenopfer. Bei uns dominiert eine bodenlose und verbrecherische Inkompetenz, sowohl in den Reihen der Regierung als auch im MiK und in den zivilen Atomkomplexen.

Administrative und nationalistische Differenzen zwischen der Ukraine und Rußland haben dazu geführt, daß 1993 etwa 1800 Atomsprenkköpfe in der Ukraine faktisch herrenlos wurden und Rußland sich weigerte, radioaktiven Abfall aus ukrainischen Atomkraftwerken anzunehmen. Völlig abgeschnitten von Ersatzteillieferungen aus Moskau werden diese ukrainischen Kernkraftwerke nicht gerade sicherer. Nach Angaben der russischen Spionageabwehr erstrecken sich diejenigen Territorien in der ehemaligen UdSSR, deren Strahlungsbelastung ein solches Ausmaß erreicht haben, daß sie mittlerweile unbewohnbar geworden sind, über eine Fläche von vier Millionen Quadratkilometern (*Megapolis-Express*, 3. 2. 1992). Zweifellos wird die Dekontamination Millionen verschlingen, sehr viel mehr als die Beseitigung der Folgen atomarer Strahlungen in den fünfzehn von den USA offiziell genannten Zonen. Die Amerikaner kostete dies zweitausend Milliarden Dollar.

Die Außenhandelskonzeptionen der Regierung Jelzin und unseres MiK erlauben uns keine Zurückhaltung, sondern veranlassen uns im Gegenteil, neue Reaktoren des Tschernobyl-Typs sogar im Iran zu bauen, um den friedliebenden Ayatollahs zu helfen, atomaren Brennstoff für die Produktion von Atomsprengrstoff aufzubereiten. Der Westen und sogar das benachbarte Turkmenien sind allein bei dem Gedanken eines derartigen Handelsabkommens zwischen Moskau und Teheran außer sich.

3. Unkontrollierte Atomobjekte

Dieses Kapitel beschreibt die Situation in den militärischen Atomobjekten, die dem Verteidigungsministerium und dem Ministerium für Atomenergie unterstehen. Atomkraftwerke und der Atomwaffenkomplex sind von ihrer Größe her nicht zu vergleichen. Es gibt Tausende von Atomreaktoren in U-Booten und Satelliten, 35 000 Atomsprenköpfe, mindestens ein Dutzend gesperrte Fabrikstädte, in denen Atomwaffen produziert werden, nicht fertiggestellte und sehr gefährliche Endlager für Atommüll im Ural und auf Nowaja Semlja. Bis heute verweigert das Verteidigungsministerium den Spezialisten der staatlichen Atomkontrollbehörde jeglichen Zugang zu seinen Objekten. Rußland gibt ohnehin schon vier bis fünf Prozent seines Bruttosozialprodukts für die Beseitigung von Unfall- und Katastrophenschäden aus, und das sind mehr als für das Gesundheitswesen und den Umweltschutz.

Im Verlauf der Geschichte der UdSSR, der GUS und der Russischen Föderation ist bislang nicht ein einziger Verantwortlicher der gewaltigen ökologischen Katastrophe verurteilt worden. Deshalb kümmert es unsere Generäle und Admirale überhaupt nicht, wenn aus den ihnen anvertrauten atomaren Objekten unbemerkt alles mögliche an Schadstoffen und Strahlen in die Umwelt austritt.

Ein Vertrag kann auf höchster Ebene, aber auch durch Vermittler abgeschlossen werden. Die Fülle von Einzelheiten zu diesem Thema ist beeindruckend. Der Preis für Uran 235 schwankt in Moskau zwischen 50 und 1500 Dollar pro Gramm. Man kann auch einen ganzen Atomreaktor erwerben. Der israelische Waffenmagnat Jakob Nimrodi hatte drei Jahre lang versucht, einen Reaktor von den Leitern der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zu kaufen, heute hätte er sehr viel schneller Erfolg.

Seit 1975 haben sowjetische Außenhandelsorganisationen angereicherten Uranbrennstoff nach Libyen, in den Irak, nach Vietnam, Indien, Argentinien und Nordkorea geliefert. Der Anteil der UdSSR auf dem internationalen Uranmarkt lag bei nur zehn Prozent und hatte dabei am sowjetischen Gesamtexport einen Anteil von immerhin 49 Prozent (*Komsomolskaja prawda*, 1. 5. 1992). Laut Einschätzung des russischen

Ministers für Atomenergie, Michailow, sind zirka zehntausend unserer Atomspezialisten Geheimnisträger. Außer den schon genannten Ländern bieten auch Brasilien, Mexiko, Japan und die USA unseren Atomspezialisten Arbeitsverträge an.

Nach den Worten des Chefs der russischen Spionageabwehr, Je. Primakow, ist unser Land »heute ganz und gar nicht daran interessiert, daß außerhalb unserer Grenzen neue Länder über Massenvernichtungswaffen verfügen« (*Kommersant daily*, 29. 1. 1993). Primakow gab den Journalisten zu verstehen, daß die Abwanderung von Atomspezialisten und atomaren Materialien aus der GUS immer mehr zunimmt. Warum werden unsere Atomkraftwerke und unser Atomwaffenkomplex nicht allein aus diesem Grund stillgelegt? Es wäre sehr viel billiger, diese Wissenschaftler kurzfristig als Arbeitslose zu registrieren und ihnen mit hohen Beihilfen eine Umschulung zu finanzieren.

Als wir 1992 die Entscheidung bekanntgaben, in China eine Fabrik mit Zentrifugalmaschinen zu bauen, mit Hilfe derer man waffenfähiges Uran herstellen kann, versetzten wir den vertrauensseligen Amerikanern den nächsten Schlag (*Moskowskie nowosti*, 15. 10. 1992). Dies taten wir ungeachtet der Tatsache, daß China sich dem internationalen Vertrag über die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht angeschlossen hat und nicht einmal den Inspektoren der IAEA Zugang zu seinen Rüstungsbetrieben gewährt hat. Folglich ist es unmöglich zu kontrollieren, wie die Chinesen unsere Technik praktisch nutzen werden. Aber sie können die zivile Technologie nicht nur für militärische Zwecke mißbrauchen, sie können unsere Maschinen auch in Drittländer exportieren.

Unser Atomwaffenkomplex kann von niemandem, nicht einmal von Jelzin, kontrolliert werden. Ende 1991 wurde durch einen Präsidentenerlaß die staatliche russische Atomkontrollbehörde geschaffen, in deren Kompetenzbereich sogar die Kontrolle derjenigen Organisationen des Verteidigungsministeriums und des Ministeriums für Atomenergie fällt, die einer besonderen Geheimhaltungspflicht unterliegen. Die Militärs und Atomspezialisten haben sich fürchterlich erregt und konnten den Präsidenten damit zur Verabschiedung eines Erlasses zwingen, dem zufolge kein Inspektor der Atomkontrollbehörde in atom-

are Testgelände, in Atom-U-Boote und in die Raketen-einheiten der Armee Einblick nehmen darf (*Iswestija*, 19. 11. 1992). Dementsprechend hat sich der illegale Export radioaktiver Materialien aus Rußland zu einem sehr profitablen Geschäft nach russischer Art entwickelt. 1993 stellte sich heraus, daß die staatliche Atomkontrollbehörde faktisch aufgehört hatte zu existieren — von einhundert Spezialisten waren nur noch fünf übriggeblieben, meldet die Zeitung *Delowoi mir* (29. 4. 1993). Mit Fug und Recht kann die Zeitung behaupten, daß die Explosion in dem radiochemischen Kombinat in Tomsk-7, bei der Radioaktivität freigesetzt wurde, ebenso wie der Unfall von 1992 in dem atomaren Zwischenlager in der U-Boot-Rasis an der norwegischen Grenze und hundert andere Störfälle in Atomkraftwerken alle möglichen Verhandlungen über ausländische Spionagedienste und alle Diskussionen über atomare Parität und START II sinnlos machen. Gespickt mit Tausenden von unkontrollierten atomaren Objekten, wird unser Land von Innen viel größeren Gefahren ausgesetzt als von Seiten der amerikanischen Atomraketen.

Spezialisten aus dem Ministerium für Atomenergie sind an den Unfallort im sibirischen Chemiekombinat in Tomsk-7 gefahren und konstatieren in ihrem Untersuchungsbericht, daß aus dem geplatzten Tank angeblich nur fünf Prozent des stark radioaktiven Abfalls ausgeflossen seien. Der Inspekteur der staatlichen Atomkontrollbehörde, der ebenfalls den Tank untersucht hat, behauptet, wie Andrej Illjosch von der *Iswestija* (30. 4. 1993) berichtet, es seien nicht fünf, sondern fünfzig Prozent ausgelaufen.

Der für Moskau zuständige Bevollmächtigte der staatlichen Atomkontrollbehörde, Wladimir Kusnezow, wurde wegen übermäßiger Prinzipientreue seines Amtes enthoben. Das machte ihn gegenüber den Journalisten der Zeitung *Moskowskie nowosti*, (21. 3. 1993) gesprächiger. Es stellte sich heraus, daß in Moskau mehr als fünfzig atomare Objekte verstreut sind, von denen sich zwanzig im russischen Wissenschaftszentrum, dem Kurtschatow-Institut, befinden. Die in den sechziger Jahren gebauten Reaktoren des Kurtschatow-Instituts MP und IR-8 kommen zusammen auf eine Kapazität, die etwa der des Atomkraftwerks von Bilibinsk entspricht. Der Moskauer Oberinspektor der staatlichen Atomkontrollbehörde bat im März

1992 erstmals brieflich um eine persönliche Besichtigung des Kurtschatow-Instituts, schrieb noch eine Vielzahl weiterer Briefe und erhielt schließlich im Oktober desselben Jahres einen positiven Bescheid.

Nach Meinung von Kusnezow ist alles Gerede über die hohe Qualifikation der Mitarbeiter dieses Instituts nur ein Mythos. Er hatte vier führenden Mitarbeitern, die für den Betrieb der größten Reaktoren im Institut zuständig sind, Fragebögen vorgelegt und ausfüllen lassen. Und obwohl alle Fragen vorher bekannt waren und alle diesen Test schon früher einmal gemacht hatten, gab nur ein einziger Mitarbeiter die richtigen Antworten. Unfälle, bei denen auch Menschen zu Schaden kamen, waren im Institut keine Seltenheit.

Kusnezow hat von einer Besichtigung des Reaktors im Moskauer Institut für physikalische Experimente an der Kaschirer-Chaussee, fast im Zentrum der Stadt an den Ufern der Moskwa, berichtet. Flüssige Reaktorabfälle seien in die Moskwa gesickert, in der man eine erhöhte Konzentration von Kobalt und Cäsium festgestellt hat. In demselben Stadtteil überprüfte die Brigade von Kusnezow noch einige Reaktoren in der >Produktionsvereinigung Industrietechnologie<, die Anlagen zur Urananreicherung entwirft, in einer Fabrik für Halbmetalle und in einem wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Chemietechnologie. All diese Reaktoren waren hoffnungslos veraltet. Innerhalb eines Jahres hat Kusnezow zehn Reaktoren in Moskau überprüft, alle zehn stillgelegt — und wurde darüber arbeitslos.

Der geheime staatliche Export von Produkten des Atomwaffenkomplexes in international geächtete Staaten, die Schlamperei bei der Nutzung eigener atomarer Objekte und der Diebstahl von radioaktiven Materialien gehörten zum Alltag in der GUS.

In den Listen der IAEA wurden bis zum Sommer 1993 21 Fälle registriert, in denen radioaktive Materialien verschwanden. Dazu zählen Zwischenfälle in der udmurtischen Stadt Glasow, wo 250 Kilogramm Uran gestohlen wurden, in Brest, in Podolsk, in Tscheljabinsk-65 und Arsamas-16. Aufsätze zum Thema »Wie wir versuchten einen Atomsprenkopf zu kaufen« sind unter russischen Journalisten geradezu Mode geworden. So betitelten Kyrill Beljaninow von der *Literaturjaja gaseta* (21. 7. 1993), Dmitri Muratow und Wladimir Filin von der

Nowaja jeschednewnaja gaseta ihre journalistischen Nachforschungen. Alle drei kamen zu dem Schluß, daß der Kreis der »ehrlichen Händler« im Atomwaffenkomplex sehr klein ist und die Mehrheit nur mit heißer Luft handelt: Man bietet einem Klienten einen Behälter mit einer Probe von vier bis fünf Gramm zur Analyse an, kassiert dafür als Sicherheit einige tausend Dollar und bringt dieses Geld in Umlauf. Nach einem Monat erklärt dann der vermeintliche Händler, daß der KGB den Rest der Ware beschlagnahmt habe, gibt dem Klienten den Vorschuß zurück, die inzwischen erwirtschafteten Zinsen bleiben allerdings in seiner Tasche.

Beljaninow schreibt, daß man auf dem Schwarzmarkt des Atomwaffenkomplexes tatsächlich alles kaufen kann, wenn man nur über das notwendige Geld verfügt, Interesse und Zeit hat. Die Palette reicht von SS-20-Sprengköpfen bis zu jeder beliebigen Spielart radioaktiven Materials. Trotz scharfer OMON-Bewachung und Videokameras wird aus den geheimen Betrieben gestohlen. Beim Transport von einem Objekt in das andere, aus Containern mit verplombten Schlössern, bei Brandstiftungen und Naturkatastrophen, im Krieg oder bei Massenunruhen werden Dinge entwendet. Sobald nur ein ernsthaftes Käuferinteresse vorliegt, wird das Erwünschte zusammengestohlen. Es gibt ein eindeutiges Überangebot, meint Beljaninow. Wie die Zeitung *Moskowskie nowosti* sehr bald herausfand, hat Beljaninow selbst das Enthüllungsmaterial nicht nur von den erfahreneren, risikofreudigeren und genauer arbeitenden Kollegen von der *Nowaja jeschednewnaja gaseta* entwendet, sondern auch brisante Videoaufzeichnungen, die mit einer versteckten Mikrokamera gemacht wurden, nacheinander drei oder vier westlichen Fernsehgesellschaften angeboten. In seinem Artikel in der *Literaturnaja gaseta* enthüllte Beljaninow, der als freier Journalist bei dieser Zeitung arbeitet, die Familiennamen der Journalisten aus der *Nowaja jeschednewnaja gaseta*, die ihn um seine Mitarbeit gebeten hatten. Er verfügte damit nicht nur über das von ihnen entdeckte Material, sondern setzte auch ihr Leben aufs Spiel. Schließlich ist durchaus anzunehmen, daß die Geschäftemacher aus dem Atomwaffenkomplex sich derartige journalistische Tricks nicht gefallen lassen werden.

Irgend etwas aus der UdSSR auszuführen, stellte niemals ein Problem dar, wenn man nur die Zollbeamten an dem Geschäft beteiligte oder eine Spezialbescheinigung vorlegte, die zu einmaligem Grenzübertritt ohne Zollkontrolle berechtigte. Nach dem Zerfall der UdSSR wurden die russischen Grenzen durchlässig. Alle ehemaligen Sowjetrepubliken, die sich von Rußland getrennt hatten, wurden prompt Exporteure aller Arten russischer Rohstoffe und Produkte des Atomwaffenkomplexes. Wenn irgendein russischer Minister oder sein GUS-Kollege wieder einmal unerschütterlich behauptet, daß ihm kein einziger Fall der Ausreise eines unserer Atomspezialisten in ein Land der Dritten Welt bekannt sei und daß man dies sehr scharf kontrolliere, könnte man diese Lüge mit einer einzigen Bemerkung widerlegen. Unter Gorbatschow und Jelzin haben alle die Öffnung des Eisernen Vorhanges und den Begriff der freien Ausreise sehr wörtlich interpretiert; denn jeder einigermaßen gewitzte Bürger konnte sich innerhalb von drei Tagen für den Preis von hundert Dollar einen Auslandspaß und ein Visum auf jeden beliebigen Namen besorgen.

Unsere Rettung liegt jedenfalls allein darin, daß verantwortliche Beamte der Atomkontrollbehörden der sieben führenden westlichen Industriestaaten regelmäßig die Länder der GUS besuchen und versuchen, die sozialen Prozesse in den Betrieben des Atomwaffenkomplexes zu kontrollieren, die Menschen mit Aufträgen aus dem Westen zu beschäftigen und ab und zu die besten unserer Spezialisten zu sich einzuladen. Vor allem der letzte Umstand ist es, der die Empörung unseres MiK provoziert. Sie monieren — und dies zu recht —, daß Washington all zu zögerlich und langsam seine großzügigen Versprechungen einlöst und selbst diejenigen Summen, die der Kongreß bereits für die Eindämmung der Weiterverarbeitung von Atomwaffen für die Republiken der GUS bewilligt hat, nicht zweckgebunden einsetzt (*Moskowskie nowosti*, 10. 1. 1993).

Die russischen Minister versuchen ihre westlichen Gesprächspartner immer wieder zu beruhigen und neigen dazu, in den unzähligen Beweisen der westlichen Presse über die atomare Bedrohung aus dem Osten lediglich Machenschaften ausländischer Konkurrenten zu sehen, die Rußland den Zutritt zu den Weltmärkten versperren wollen. Indessen veröffentlichen

unsere Zeitungen schon seit Monaten Berichte über Untersuchungs- und Gerichtsverfahren gegen die wenigen Verbrecher aus dem Atomwaffenkomplex, die man manchmal doch auf frischer Tat ertappt.

4. Chemiewaffen in Krisenregionen

Der General und Chemiker Kunzewitsch ist die wohl skandalumwittertste und bekannteste Autorität der entsprechenden Truppeneinheiten des Verteidigungsministeriums. Er ist Berater von Präsident Jelzin, von dem er nur mit Hochachtung behandelt und mit allen möglichen Auszeichnungen bedacht wird. Die oberste Macht kann sich keinen Konflikt mit diesem Menschen erlauben. Er braucht nur ein Auge zuzudrücken, und dann geraten die Chemiewaffenarsenale der sowjetischen Armee im Kaukasus in die Hände der Kämpfer auf beiden Seiten der Front. Ehe man sich versieht, >verliert< ein Armeehubschrauber über der Wolga ein Paket mit Sarin-Bomben, und es kommt zu einem zweiten Tschernobyl von Samara bis zum Kaspischen Meer. Schließlich transportiert man jetzt Hunderte von Tonnen dieser gefährlichen Waffen hin und her.

>Das Weißbuch< der Chemiewaffen der dritten Generation in Rußland, die weiterhin produziert und erprobt werden, entstand im Zuge der ausführlichen Presseberichterstattung über den Prozeß gegen W. Mirsajanow und L. Fjodorow. Diese Wissenschaftler hat man zunächst hinter Gitter gebracht, dann wieder freigelassen, aber die Untersuchungen zogen sich über fast ein Jahr hin. Zur gleichen Zeit, im Mai 1993, fand bei uns eine internationale Konferenz über die Abrüstung von Chemiewaffen statt.

Ein kurzer Abriß über die Tätigkeit der chemischen und bakteriologischen Truppen steht am Ende meines Berichtes über die fatalen Konsequenzen des Zusammenwirkens von verarmten Soldaten und habgierigen Generälen in unserer Armee.

Der Rüstungswettlauf im Bereich der Chemiewaffen wurde offiziell durch ein bilaterales Abkommen zwischen der UdSSR und den USA vom 1. Juli 1990 beendet. Schon 1987 gab Gorbatschow offiziell bekannt, daß in der UdSSR keine Chemiewaffen mehr produziert würden. Am 13.

Januar 1993 setzte der russische Außenminister A. Kosyrew seine Unterschrift unter eine multilaterale Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Herstellung und der Anhäufung von Chemiewaffen. Diese Konvention tritt für die Mehrheit der 140 Unterzeichnerstaaten voraussichtlich 1995 in Kraft. Bis zum 30. Juni 1997 muß unsere Anlage zur Vernichtung von chemischen Kampfstoffen von einer internationalen Kommission abgenommen werden. Innerhalb eines weiteren Jahres muß mindestens ein Prozent der russischen Vorräte an chemischen Kampfstoffen vernichtet werden.

In der zweiten Etappe, bis zum 30. Juni des Jahres 2000, müssen 20 Prozent vernichtet werden, in der dritten Etappe bis zum Jahre 2004 45 Prozent und so weiter, bis zu einem Restbestand von 5000 Tonnen. Die Teilnehmerstaaten der Konvention sind verpflichtet, spätestens zwei Jahre nach der Unterzeichnung mit der Vernichtung zu beginnen und diese spätestens zehn Jahre nach Inkrafttreten zu beenden. Die Art der Vernichtung von chemischen Waffen ist nicht vorgeschrieben, allerdings ist es verboten, sie im Meer zu versenken, sie in der Erde zu vergraben oder unter freiem Himmel zu verbrennen.

Die Befreiung der Menschheit von der Bedrohung durch eine der heimtückischsten Massenvernichtungswaffen setzt nach den Worten Jelzins voraus, daß Rußland mehr als die Hälfte all seiner Abrüstungsausgaben in dieses Projekt investiert. Es ist nur verständlich, daß Jelzin hier reale finanzielle Hilfe des Westens einfordert.

Indessen ist die militärische Führung unserer mit Chemiewaffen ausgerüsteten Truppeneinheiten samt ihrer Kuratoren in den höchsten Machtgremien seit mehr als einem Jahrzehnt nicht nur mit der Entwicklung und Produktion von Chemiewaffen einer neuen Generation beschäftigt, sondern betreibt damit auch regen Handel mit dem Ausland. Einzelne Chemikalien und Ausrüstungsgegenstände haben wir unter Gorbatschow in den Irak, nach Libyen, Syrien, Äthiopien, Angola, Nordkorea und Kuba geliefert. Der Westen hat das Außenministerium des UdSSR deshalb mit Protestnoten überschüttet, und Schewardnadse forderte in einer streng geheimen Notiz am 30. Januar 1989 an das Politbüro die an diesem Geschäft beteiligten Behörden auf, die Führung des Landes über den Chemie-Export in die obengenannten Länder zu informieren (*Iswestija*, 20. 11. 1992).

Es entsteht der Eindruck, daß unsere Chemiewaffen-Generäle sich nicht nur selbst die Taschen vollstopfen, indem sie den Wünschen von Ländern mit terroristischem Hintergrund entgegenkommen, sondern darüber hinaus auch noch mit Vorliebe die Verantwortung für derartige Geschäfte denjenigen unterschieben, die innenpolitisch mißliebig sind: erst Gorbatschow und dann Jelzin. Fast die gesamte Präsidentschaft Jelzins wird begleitet vom Wehgeschrei der gerichtlich Verfolgten und der Funktionäre unseres MiK, die mit Fakten belegen, daß die Russische Föderation in vollem Umfang die chemische Umrüstung fortsetzt. Der militärisch-industrielle Komplex der USA versichert dem russischen Partner dabei sein größtes Mitgefühl, weil er darauf hofft, daß man schließlich und endlich doch die Amerikaner holen wird, um die Entsorgung der unzähligen veralteten Chemiewaffenarsenale durchzuführen.

Die Weltpresse informierte viele Monate lang über das Schicksal der in Moskau vom Ministerium für Staatssicherheit verhafteten Professoren Wil Mirsajanow und Lew Fjodorow, die durch ein Interview in der *Baltimore sun* und den *Moskowskie nowosti* die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gelenkt hatten. Die beiden Bediensteten der chemischen Kampfgruppen haben ihre Vorgesetzten des doppelten Spiels überführt. Mirsajanow wurde für einige Wochen im KGB-Gefängnis in Einzelhaft gehalten und dann freigelassen, nachdem man einen Prozeß gegen ihn angestrengt hatte, für den Fjodorow als Zeuge bestellt wurde. Beide wiederholen seitdem ständig, daß das Akademiemitglied General Kunzewitsch dem Obersten Sowjet ein Programm vorgeschlagen habe, das lediglich die Vernichtung von 7 700 Tonnen Lysid und Iprit vorsieht, eine geringe Menge, denn schon während des Zweiten Weltkrieges haben allein drei unserer Fabriken 65 000 Tonnen Iprit und 20 000 Tonnen Lysid hergestellt. Und solche Fabriken gab es Dutzende, die jahrzehntelang ununterbrochen produziert haben. >Überzählige< Vorräte an Chemiewaffen haben wir in Fässern in der Ostsee, im Weißen Meer, in der Barents-see, im Ochotischen und im Japanischen Meer an unbekannter Stelle versenkt. Wieviel insgesamt, weiß offiziell niemand.

Der Oberste Sowjet hat am 19. Januar 1993 das Programm von Kunzewitsch, dem Hauptverantwortlichen für die Abrüstung von

Chemiewaffen, abgelehnt, in dem er den für Rußland selbstmörderischen Plan vorschlägt, die Chemiewaffen aus den Militärlagern in zu ihrer Vernichtung geeignete Fabriken zu transportieren. Selbst die Amerikaner, die im Vergleich zu uns über ein geradezu ideales Straßen- und Schienennetz verfügen, haben ihre chemischen Kampfstoffe niemals irgendwohin überführt, sondern direkt bei der Lagerstelle Vernichtungsvorrichtungen gebaut. Zudem hat Kunzewitsch auch noch eine halbe Milliarde Dollar aus dem Staatshaushalt beantragt, um im Laufe der nächsten zehn Jahre Inspektionsreisen der Mitglieder des von ihm geleiteten »Komitees für konventionelle Probleme mit chemischen und bakteriologischen Waffen beim Präsidenten Rußlands« zu ihren Kollegen in den USA zu finanzieren. Die Neider des Generals behaupten unter anderem, daß er für die Entwicklung nicht von ihm geschaffener binärer Chemiewaffen 1991 zum Lenin-Preisträger ernannt wurde und außerdem als stellvertretender Kommandeur der chemischen Kampfgruppen Rußlands die Verantwortung für die fortgesetzte Produktion von Waffen der dritten Generation trage — binäre Bomben, die eine um das Zehn- bis Fünfzehnfache höhere Effektivität als all das aufweisen, was sich bislang schon im Giftschränk der Militärs befindet.

Kunzewitsch wurde von Wladimir Ugljow der bewußten Lüge bezichtigt, einem der tatsächlichen Erfinder der binären chemischen Kampfstoffe, der von der mafiosen Führung allerdings seiner Urhebererschaft beraubt wurde. Der »Fall Mirsajanow«, der in der Öffentlichkeit breit diskutiert wurde, hat eine Fortsetzung erfahren — als »Interview mit dem Kopf in der Schlinge« in der Wochenzeitschrift *Nowoje wremja* (6/1993). Ugljow zufolge konnte der Lenin-Preis an Kunzewitsch, W. Petrunin (Direktor eines führenden militär-chemischen Forschungszentrums des Moskauer Instituts für organische Chemie und Technologie) und S. Galubkow (stellvertretender Minister für chemische Industrie der UdSSR) nur nach der Produktion von industriellen Versuchsmustern der binären Versuchswaffen verliehen werden, »deren einzelne Komponenten zur Zeit in einem geheimen militärischen Stützpunkt im Gebiet Brjansker aufbewahrt werden«. Ugljow gebührt die zweifelhafte Ehre, Erfinder von drei der fünf kampf-tauglichen Varianten binärer Waffen unter der Sammelbezeichnung

»Nowitschok« zu sein. Nachdem schwedische Wissenschaftler 1956 die Synthetisierung des stärksten chemischen Kampfstoffes, des VX-Gases, gelang, hat niemand mehr ähnliches geleistet. Die Erfindung Ugljows und seiner Kollegen ist um das Fünf- bis Achtfache tödlicher als das VX-Gas, ganz zu schweigen von anderen phosphorhaltigen Kampfstoffen wie Sarin und Soman.

»Der von mir synthetisch hergestellte Stoff kann für den Fall einer internationalen Inspektion relativ leicht als Produkt der zivilen chemischen Industrie ausgegeben werden.« Ugljow bestätigt die Äußerungen Mirsajanows vor der Presse, denen zufolge in der von Jelzin im September 1992 unterschriebenen Liste der Chemieprodukte sowohl zivil als auch militärisch nutzbare Bestandteile der neuen binären Waffen und des alten VX-Gases fehlen. Das bedeutet, so meint Ugljow, daß man alle militärisch notwendigen strategischen Komponenten und Technologien ohne Lizenz in aller Seelenruhe in Länder wie den Irak, Libyen oder Nordkorea, die kein einziges internationales Abkommen über Chemiewaffen unterzeichnet haben, exportieren kann.

Ugljow erinnerte daran, daß die Generäle der chemischen Kampftruppen in den Tagen des Augustputsches von 1991 mit als erste die »Wiederherstellung der Ordnung« begrüßten und den Putschisten Unterstützung zusicherten. Nach Ugljow hat es bei uns niemals eine Konzeption zur Anwendung von Chemiewaffen gegeben, aber jetzt können die Militärs die für sie sehr gelegene Vernichtung alter Bestände und die nicht weniger begrüßte Produktion neuer binärer Waffen durchsetzen...

Die Zensur wurde bei uns im August 1990 abgeschafft, und wir haben jetzt die Chance zu erfahren, daß das gerade erst vom Verteidigungsministerium fertiggestellte Werk in der Stadt Tschapajewsk zur Vernichtung hochtoxischer, phosphorhaltiger chemischer Kampfstoffe ganz und gar nicht geeignet ist, weil man dort immer noch mit Technologien aus den fünfziger Jahren arbeitet. Ein Militärangehöriger, der an einer Versenkung chemischer Kampfstoffe im Meer beteiligt war, bekannte gegenüber der Zeitung *Tschapajewski Rabotschi*: »Wir beförderten eine Bombe mit Lysid, um sie — wie man uns erklärte — im Polarmeer zu vernichten. Persönlich war ich gezwungenermaßen an der Abwicklung des

Transports von Chemiewaffen in 50 Militärzügen mit jeweils 50 bis 60 Waggons beteiligt.« In der Ostsee haben wir ebenfalls nicht nur Beutewaffen von den Deutschen versenkt, sondern von 1947 bis in die neunziger Jahre hinein vor allem auch unsere eigenen chemischen Kampfstoffe. Über all das schrieben Lew Fjodorow (Zeuge im Prozeß) und Waleri Menschikow (stellvertretender Vorsitzender des parlamentarischen Umweltschutzkomitees) in der Zeitung *Wek* (27/1993): »Das Werk in Tschapajewsk ist eine einzige Katastrophe, zu der sich die Katastrophe von Tschernobyl vergleichsweise wie das Picknick einer Sonntagsschule ausnimmt. Dieses Urteil wurde im August 1990 in einer angesehenen amerikanischen Fachzeitschrift publiziert. Eine Gegendarstellung ist von unserer Seite bislang nicht eingetroffen.«

Bei uns in Rußland, so belegen Fjodorow und Menschikow, lagern in sieben Militärbasen Chemiewaffen: in Udmurtien (Kambarka und Kisner), in den Gebieten von Saratow (Gorny), von Kurgan (Schtschutschje), von Brjansk (Potschep), von Pensa (Leonidowka) und von Kirow (Maradykowski). Von den offiziell registrierten 40 000 Tonnen chemischer Kampfstoffe gehören nur 7 700 zu Waffen der ersten Generation (Iprit und Lysid), 32 300 Tonnen sind hochtoxische, phosphorhaltige chemische Kampfstoffe, die das Nervensystem lahmen. Niemand bei uns wagt es, laut und deutlich die tatsächlichen Vorräte an Chemiewaffen zu benennen, die zwischengelagert werden müssen. Ein bestimmter Teil ist in Militärlagern, auf Test-geländen, in wissenschaftlichen Forschungsinstituten, das heißt weit weg von den Augen neugieriger Inspektoren (auch der internationalen), versteckt. Weitere Fabriken gab es in den Gebieten von Tula, Swerdlowsk und anderswo. Fjodorow geht davon aus, daß die Chemiewaffen ein »strategischer Fehler« des Staates sind, von dem man sich nur äußerst schwer befreien kann. Für die Chemiewaffen-Generäle hingegen war dies eine Art von Oase, in der sie nach Lust und Laune ihre parasitäre Existenz fristen konnten (*Megapolis-Express*, 18. 11. 1992).

Es wäre interessant zu wissen, ob die Generalsekretäre von Stalin bis Gorbatschow überhaupt wußten, daß die Zentren zur Entwicklung und Erprobung von Chemiewaffen immer in Moskau waren. Neben

dem bereits erwähnten Moskauer Institut für organische Chemie und Technologie werden auch in dem Institut für chemische Verteidigung der Militärakademie nahe der Metrostation Baumanskaja, in dem unter strenger Geheimhaltung stehenden Forschungsinstitut Chim-Masch und im militärischen Versuchsfeld Kusminka Experimente mit chemischen Kampfstoffen durchgeführt. Direkt neben dem letztgenannten wurden auf dem Gelände eines ehemaligen Parks Wohnhäuser errichtet, ohne daß man zuvor eine Entgiftung des Bodens durchgeführt hätte. In der näheren Umgebung von Moskau befand sich einmal das wichtigste Chemiewaffenlager der sowjetischen Armee — das Lager 136. Informellen Meldungen zufolge wurden am Zusammenfluß von Setun und Moskwa chemische Kampfstoffe versenkt (*Wek*, 12/1993).

Lew Fjodorow stellte in seinem Artikel in der *Iswestija* (2. 12. 1992) die entscheidende Frage: Wann wird endlich einmal eine reale Bewertung des Schadens durch die Verschmutzung unserer Städte, die bei der Produktion von Chemiewaffen zugrunde gerichtet worden sind, vorgenommen werden? Auf der Liste stehen Wolgograd und Ufa, Nowotschepboksarsk und Dserschinks, Tschapajewsk und Beres-niki, Wolsk und Slawgorod, das ganze Wolgadelta. Fjodorow erinnert an eine weniger bekannte Tatsache. Den ganzen Krieg hindurch arbeitete die Fabrik in Tschapajewsk, die Iprit und Lysid herstellte, auf einem Friedhof: Ganze Zugladungen von jungen frontuntauglichen Männern und Mädchen trafen hier ein und wurden nach kurzer Zeit zu Invaliden oder starben. Kunzewitsch lügt, schreibt Fjodorow, wenn er erklärt, daß es in militärischen Chemiefabriken nie Unfälle gegeben habe. 1974 gab es ein gigantisches Feuer in Nowotschepboksarsk. Während eines Brandes im Moskauer Institut für organische Chemie und Technologie wurden 1980 durch Wasser und Wind einige hundert Gramm hochtoxisches VX-Gas freigesetzt.

Chemische Waffen werden in der UdSSR nur im Kampf gegen das eigene Volk eingesetzt, bemerkt Fjodorow (*Iswestija*, 30. 10. 1992): 1921 von Marschall Tuchatschweski zur Unterdrückung des Kronstädter Aufstandes und des Bauernaufstandes von Tambow; 1939 von Marschall Jasow zur Zerschlagung der Aprildemonstrationen in Tbi-lisi. An den Georgiern, so beweist Fjodorow (*Iswestija*, 2. 12. 1992), hat man außer

dem Reizgas »Tscheremuchy« und dem CS-Gas eine weite Palette von Stoffen ausprobiert — zwanzig Menschen kamen um und viele Hunderte mußten stationär behandelt werden. Sie flehten das Verteidigungsministerium der UdSSR an, den Ärzten bei der Bestimmung des Gegengiftes zu helfen. Insbesondere die Armee, und nicht etwa die Truppen des Innenministeriums oder der Polizei, haben bei uns ein Monopol auf sogenannte »Polizeigase« (Irritanden und Reizgase) und ebenfalls auf Psychopharmaka. »Wir haben Meldungen«, erklärte Fjodorow (*Megapolis-Express*, 18. 11. 1992), »denen zufolge im armenisch-aserbajdschanischen Konflikt in Nachitschevan Iprit eingesetzt wurde.« Das hat aber niemanden alarmiert. An der abchasischen Front setzten georgische Truppen Flammenwerfer ein genauso wie die mit Chemiewaffen ausgerüsteten Spezialeinheiten in Afghanistan. Alles ist ganz einfach, denn die russischen Soldaten haben die im Kaukasus dislozierten Kampfstoffe nicht abtransportiert (*Stoliza*, 25/1993). Alle mit Iprit, Sarin, Soman und VX-Gas gefüllten Geschosse und Bomben sind jetzt in die Hände Armeniens, Aserbajdschans und Georgiens gefallen, die nicht ein einziges Abkommen über die Achtung von Chemiewaffen unterzeichnet haben.

Überhaupt gefällt den Militärs Gas. Keiner schreit, wenn er verwundet wird, die Leute schlafen einfach ein. Jeder Tod kostet zudem nur einige Kopeken. Dank unserer Bemühungen konnte der Iran bereits 2000 Tonnen chemischer Kampfstoffe anhäufen. In Libyen haben wir eine ganze Chemiefabrik gebaut und dann ein Luftabwehrsystem im Land eingerichtet. Man kann einen durch Iprit oder das Nervengas Nowitschok verletzten Menschen retten: Im Nationalen Zentrum für die Heilung von Vergiftungen, im Moskauer Sklifossowski-Institut, hat es solche Fälle bereits gegeben. Aber auf dem Schlachtfeld wird das Nervengas tausende von Menschen dahinraffen, und niemand wird ihnen helfen können. Wir alle sollten vor Mirsajanow, Fjodorow und Ugljow Hochachtung haben, mit deren Hilfe die Presse das Dogma des Kreml durchbrechen konnte, daß die Geheimnisse des MiK immer über den Sicherheitsinteressen des Bürgers und der Nation zu stehen hätten.

Und auch das ist noch interessant: Im Jahr 1994 nehmen Mirsajanow und Co. unsere Generäle in den Verhören in die Zange und stellen alle

möglichen Zeitungsredaktionen auf der Suche nach Beweismaterial auf den Kopf. Eigentlich sollten die Chemiewaffen-Generäle vor den parlamentarischen Kommissionen und den Untersuchungsrichtern zittern nach all den Anschuldigungen, die in der Presse gegen sie gerichtet worden sind. Was ist das für ein Land, in dem sich schließlich und endlich diejenigen als die wahren Patrioten erweisen, die der MiK entweder zum Tode (Krawtschenko, Pen-kowski, Lewtschenko, Schewschenko) oder zur Verbannung (Solschenizyn, Sacharow, Rostropowitsch, Bukowski, Grigorenko) verurteilt hat?

Chemiewaffen in der GUS sind ein tragischer Unsinn, ein ökologisches Verbrechen der Generäle. Wer wird nicht nur für die Abrüstung, sondern auch für die unwiederbringliche Schädigung der Millionen noch Lebender, die ihre Gesundheit in der chemischen Industrie verloren haben, sowie für die verschmutzte Umwelt zahlen? Chemiewaffen sind für uns zu einem ökologischen, medizinischen und sozialen Problem geworden. Wer kann bei uns überhaupt die sichere Verwahrung von Chemiewaffen garantieren? Sie werden bei uns verloren, verkauft, ausprobiert, entwendet, entwickelt, produziert, exportiert, demonstriert, hin und her transportiert, vernichtet, angehäuft, geheimgehalten und so weiter. Die Karriere und der Wohlstand von Tausenden von gut situierten Beamten hängt an diesen Waffen. Chemiewaffen werden in Rußland nicht verschwinden, sie sind bereits zu einem Mittel des politischen Kampfes, zu einer Polizeiwaffe, zu einer Exportware und zu einem Mittel der persönlichen Bereicherung geworden.

Wir haben eine ganz besondere Rasse von Marschällen und Generälen, von Wissenschaftlern und Konstrukteuren, von Politikern und Lehrern in unserem Land herangezogen, die keinerlei Gewissen mehr haben. Kunzewitsch, bekanntlich ein Lügner, ist bei uns verantwortlich für die Einhaltung der Konvention über die Abrüstung chemischer und bakteriologischer Waffen. Die Traditionen des Genozids haben sich bei uns schon so tief in das Bewußtsein der Führung eingegraben, daß sie ganz laut und ernsthaft behauptet, ein Pensionär stehe ab 50 Jahren dem Herrgott den Tag. Sie ist zutiefst davon überzeugt, daß sich in ihrem Lande viel zu viele andere Nationalitäten ausgebreitet haben. Angesichts einer derartigen psychologischen Einstellung unserer Führung geschieht in Rußland Erstaunliches. Die Abrüstung bakteriol-

ogischer Waffen wird bei uns folgerichtig von einem moralisch so verkommenen Menschen wie Kunzewitsch kontrolliert. Und das ist keine Ausnahme — auch seine Amtsvorgänger waren ziemlich unfähige Leute.

In den sechziger Jahren ließ das Interesse an bakteriologischen Waffen in der UdSSR und den USA nach. 1972 hat Rußland gemeinsam mit 108 anderen Staaten eine Konvention unterschrieben, die die Planung und Entwicklung auch von Trägersystemen für biologische Waffen verbietet. Erlaubt blieben lediglich Forschungen zur Entwicklung von Gegenmitteln gegen bakteriologische Waffen, das heißt, daß derjenige, der die Produktion unbedingt fortsetzen wollte, auch weiterhin jedes beliebige bakteriologische Präparat herstellen konnte. Mitte der siebziger Jahre entstand die Organisation »Biopräparat« als Vereinigung von 18 Forschungsinstituten im ganzen Land mit insgesamt 25 000 Mitarbeitern und sechs großen Lagerstätten in Sibirien (*Iswestija*, 26. 6. 1993). Im sogenannten Ogarkow-System (benannt nach dem General und ersten Vorsitzenden dieser Vereinigung) haben auch einige Institute und Fabriken gearbeitet, die formal dem Gesundheits- oder Landwirtschaftsministerium unterstanden. An der Spitze des strenger Geheimhaltung unterliegenden Rates für bakteriologische Waffen stand der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, zugleich Direktor des Instituts für Biochemie und einer der jüngsten Akademiemitglieder im Land, Juri Owtschin-nikow.

Das Institut in Kolzowo in der Nähe von Nowosibirsk arbeitete mit tödlichen Viren, die Gelbfieber und Hirnhautentzündung auslösen. In Leningrad hat man mit Tularemie experimentiert und in Obolensk hat man Kulturen für Pest und Milzbrand gezüchtet. Wenn die Rede von bakteriologischen Waffen ist, dann werden die meisten von uns sich an die Tragödie von Swerdlowsk im Jahre 1979 erinnern, wo nach der Freisetzung eines Milzbranderregers aus einem Armeelaboratorium 69 Menschen starben. Bis auf den heutigen Tag haben sich die Verantwortlichen nicht zu den Ursachen dieser Tragödie geäußert. Boris Jelzin war damals erster Sekretär des Gebietskomitees von Swerdlowsk.

Auf der Insel Wosroschdenije im Aralsee wurden Feldversuche durchgeführt. Bis in die letzten Jahre kam es hier regelmäßig zu ökologischen Katastrophen, die von der russischen Führung ausnahmslos verschwiegen wurden. 1976 kam es im Aralsee zu einem Massensterben von Fischen. Im Mai 1988 verendeten in der Steppe von Turgai zirka eine halbe Million Steppenantilopen. Im Juli 1989 brach in der Steppe eine Pestepidemie aus — ganze Schafherden verloren ihre Wolle und gingen ein. Kein Journalist war jemals auf dem bakteriologischen Versuchsfeld im Aralsee. Heute schlägt das russische Verteidigungsministerium vor, dort anstelle des Versuchsfeldes ein Naturschutzgebiet einzurichten.

Nach den Enthüllungen von Wladimir Pasetschnik, Direktor des Leningrader Instituts für besonders reine Biopräparate, das zu dem Orgakow-System gehörte, verstärkte sich die Unruhe im Westen. Von Pasetschnik, der 1989 in England geblieben war, erhielt der Westen wichtige Informationen über das bakteriologische Programm der Sowjetunion. Die Regierungschefs der westlichen Welt äußerten sich daraufhin Gorbatschow gegenüber mehrfach besorgt über die Entwicklung von biologischen Angriffswaffen in der UdSSB. Gorbatschow antwortete darauf immer wieder, er werde sich mit dem Problem auseinandersetzen, hat aber zu keinem Zeitpunkt irgend etwas unternommen. Es war Boris Jelzin, der im April 1992 zugab, daß die ehemalige UdSSR die Konvention über biologische Waffen verletzt habe, und eine weitere Entwicklung dieser Programme daraufhin verbot. Erst nach dieser Erklärung gewährte man englischen und amerikanischen Experten im Dezember 1992 Zutritt zu dem Institut, in dem Pasetschnik gearbeitet hatte. Sie kamen zu dem Schluß, daß das Institut von seiner Ausstattung her prinzipiell auch weiterhin in der verbotenen Richtung forschen könne. Wenn man dem Westen erlauben wird, Expertisen über die bakteriologische Abteilung unseres MiK in diesem Tempo zu erstellen, dann wird er erst gegen Ende des 21. Jahrhunderts alle Schaltstellen des Orgakow-Systems besichtigt haben. Gleichzeitig signalisiert die russische Spionageabwehr der internationalen Presse, daß angeblich in Ägypten, Israel, Indien, Syrien, Irak, Libyen, Taiwan, Pakistan und in den USA bakteriologische Forschungen im Gang seien. Allerdings waren es sicherlich nicht die

V Wozu braucht Rußland dreißig neue Atomkraftwerke?

Amerikaner, die der Mehrzahl der genannten Länder die notwendige Technologie für die Entwicklung von bakteriologischen Waffen zugespielt haben.

VI. Konversion in den Wissenschaftsstädten bei Moskau

1. Technoparks hinter Stacheldraht

Es gibt ungefähr 70 Wissenschaftsstädte in Rußland, die Hälfte liegt im Gebiet um Moskau. In diesen Städten lebte es sich weitaus besser als sonst irgendwo in der UdSSR. Dort gab es keine Gemeinschaftswohnungen, keine Slums, kein Schlangestehen und keinen Schmutz. Ende der achtziger Jahre gab die Regierung ungefähr 25 bis 50 Milliarden Rubel für wissenschaftliche Forschung aus. Bis 1990 stand der Wechselkurs von Dollar und Rubel 1:1, der Rubel notierte sogar ab und zu höher. Millionen russischer Wissenschaftler und Ingenieure erkennen nun, wie wahr der Ausspruch unseres großen sowjetischen Physikers Landau ist, der 1957 sagte: »Wenn unser System vernichtet wird, dann wird es überhaupt keinen Krieg mehr geben. Ohne Faschismus gibt es keinen Krieg.« Und auf die Frage nach den Absatzmöglichkeiten unseres weltraumtechnischen Know-hows befragt, antwortete der Kosmonaut Oleg Makarow vor kurzem: »Was sein würde, wenn wir unser Know-how verkauften, um von diesem Geld unser Land zu retten? Erstens kauft keiner was, zweitens verstehen wir nichts vom Verkaufen, drittens haben die Amerikaner auch kein Geld mehr für uns übrig. Sie haben die Russen im Weltall besiegt und sofort das Interesse an Weltraumprojekten verloren.«

Im folgenden wird die Situation in den verschiedenen Städten in der Umgebung von Moskau, die militärische Anlagen beherbergen, analysiert. In den Städten Schukowski, Kaliningrad, Puschschino, Obninsk, Protwino, Dubna, Dolgoprudny, Klimowsk, Frjasino, Dserschinsk, Schelesnodoroschny, Selenograd, Krasnoarmeisk, Reutow und Turaewo (Lytkarino-1) sowie den

Siedlungen Obolensk, Tschernogolowka, Bolschewo-2, Golizyno-2, Dmitrow-2 und Mendelejewo hat ein enormes Heer von Wissenschaftlern und Ingenieuren jahrzehntelang für den Krieg gearbeitet. Die Konstruktionsbüros, die zwei Drittel jenes Budgets, das früher für militärische Projekte zur Verfügung stand, eingebüßt haben, lernen nun ein normales Leben kennen und beginnen, ihre Produktion den Bedürfnissen des zivilen Marktes anzupassen.

Die Wissenschaftsstädte, die in der Mehrheit ihre Existenz Beschlüssen von Stalin und Berija verdanken, sind künstliche Gebilde ohne eine gewachsene Stadtstruktur und eigene Geschichte. In jeder Stadt gibt es einen großen Rüstungsbetrieb mit einer Forschungsabteilung, von dem Wohl und Wehe der Bevölkerung abhängt. Unter Jelzin kam es zum Erdbeben. Die Subventionen für die Rüstungsbetriebe wurden gekürzt, und es wurde unmöglich, vom kalten Krieg zu schmarotzen. Die elitären militärischen Wissenschaftsstädte verelendeten innerhalb weniger Monate. Die Enkel der Erstbewohner dieser Städte sind ohne Studienplatz, ohne Arbeit und ohne Bleibe. In einigen dieser Städte hat fast die Hälfte der Bevölkerung keine eigene Wohnung.

Das Potential an Wissenschaftlern in der Moskauer Umgebung ist riesig. Es handelt sich um die einzige Region in Rußland, wo auf tausend Einwohner ungefähr 140 Ingenieure, Wissenschaftler und Einwohner mit höherer Bildung kommen. Der militärisch-industrielle Komplex (MiK) hat 90 Prozent der sowjetischen Wissenschaft beschäftigt und unterhalten. Im Umkreis von Moskau gibt es etwa 20 Städte mit 1,5 Millionen Arbeitnehmern, die fast alle im Dienste der Wissenschaft und der damit verbundenen militärischen Produktion stehen. Die meisten dieser Städte sind in der Nähe von Moskau; sie konzentrieren sich in einem Radius von 100 Kilometern rund um die Hauptstadt. Architektonisch werden sie allen Reisenden schnell auffallen: Die für unsere Verhältnisse luxuriösen Hochhäuser aus rotem oder gelbem Ziegel werden im Moskauer Raum und den angrenzenden Gebieten nur vom MiK gebaut. In Moskau wohnt in derartigen Gebäuden die obere Nomenklatura. In den Wissenschaftsstädten sind Häuser in Plattenbauweise, wie sie in der Chruschtschow-Ära in Moskau entstanden sind, niemals gebaut worden.

Heutzutage richtet die unvollkommene Steuerpolitik die Wirtschaft zugrunde. In den Wissenschaftsstädten sind die Direktoren nicht besonders daran interessiert, stürmische Aktivitäten bei der Akquisition von Bestellungen für zivile Produkte zu entwickeln. Denn das Grundübel besteht darin, daß der Direktor eines Betriebes bis zu 85 Prozent des Gewinns in Rubeln oder Devisen als Steuern an den Staat abführen muß. Wenn er die Rohstoffe dagegen im Lager läßt und neben-dran noch eine Halle baut, dann braucht er auf diese Ressourcen und das Anlagevermögen nur 15 Prozent Steuern zu zahlen. Um das meiste herauszuholen, besteht also seine Hauptaufgabe nicht so sehr darin, viel zu arbeiten, sondern mehr Ressourcen, Grund und Boden sowie Immobilien an sich zu bringen und darauf zu warten, daß er damit spekulieren kann. Und dieses haarsträubende System gilt für die gesamte russische Wirtschaft. Jeder Produzent muß, um zu überleben, still und leise die Steuergesetze umgehen, was sich für die Beamten aller Ränge recht günstig auswirkt. Wenn sie die Augen zumachen und Steuerverpflichtungen übersehen, dann fallen für sie größere Schmiegelder ab. Die sowjetische Wirtschaft von Chruschtschow bis Gorbatschow beruhte auf diesen Bestechungsgeldern (Diensten etc.). Unter Lenin und Stalin hatte die Angst, im Gulag zu verschwinden, Diebstahl und Bestechung noch eingedämmt.

Die Forschung zu militärischen Zwecken und die Militärproduktion waren Anfang der neunziger Jahre Rußlands feste Basis. Ein kleinerer, der sichtbare Teil des Eisberges waren die Prestigeinstitute der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, für die am 1. Januar 1991 65000 Wissenschaftler arbeiteten. Dazu zählten 337 Akademiemitglieder, 651 korrespondierende Mitglieder und 6531 wissenschaftliche Doktoren (*Nesawissimaja gaseta* vom 10. 8. 1993). Die Zahl der Spezialisten der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und Konstruktionsbüros belief sich auf mehr als eine Million. Das Budget der Akademie der Wissenschaften der UdSSR betrug im letzten Jahr der Existenz der Sowjetunion einige Milliarden Rubel; auf die verschiedenen Wissenschaftszweige entfielen 25 bis 30 Milliarden Rubel (wobei ein Rubel damals einem Dollar entsprach). Formal hieß es, daß die Akademie sich mit Grundlagenforschung zu befassen habe und die wissenschaftlichen Zweiginstitute mit technologischer Anwendung. Von

kleineren Ausnahmen abgesehen, gibt es bei uns keine Hochschulwissenschaft. Die Akademie der Wissenschaften bildete — mit Befugnissen eines Ministeriums — das eigentliche wissenschaftliche Potential, von dem die Projekte und Planungen des MiK zehrten.

Erforderlich war auch eine organisatorische Abstimmung mit der Regierung und den Planungsorganen, mit der Materialversorgung und den Finanzgremien, mit den Nachrichtendiensten auf verschiedenen Ebenen und mit den diplomatischen Diensten (die auf der ganzen Welt für den »wissenschaftlichen Stab« Augen und Ohren offenhielten). Bis 1992 war das staatliche Komitee für Wissenschaft und Technik für diese komplexen Fragen zuständig. Die gesamte Hierarchie dieses Systems der Wissenschaftsorganisation im Dienste des MiK ist bis auf den heutigen Tag unangetastet geblieben. Nur die Bezeichnungen haben sich geändert. Und die Subventionen sind gestrichen worden.

Ganz erstaunlich ist, daß sich eine ähnliche hierarchische Führungsstruktur der Wissenschaft nicht nur in den ehemaligen »sozialistischen Bruderländern« gehalten hat, sondern auch in Frankreich. Dort nennt sich die Akademie der Wissenschaften CNRS. Dank der Bemühungen von Lawrenti Pawlowitsch Berija, der rechten Hand Stalins und des Chefs des damaligen KGB und GULags, sind Moskau und seine Umgebung ein beispielloser Ort der Konzentration von militärischem, wissenschaftlich-technischem Denken und dessen Umsetzung. Alle diese wissenschaftlich-technischen Institute und wissenschaftlichen Produktionsbetriebe haben ihre Türen schon lange Ausländern sperangelweit geöffnet. Und wenn diese Institute mit ihrem wissenschaftlichen Potential schon nicht die wirtschaftliche Lage in Rußland verbessern können, so können sie wenigstens den Konkurrenzkampf auf technologischem Gebiet zwischen Europa, Japan und den USA ernsthaft beeinflussen.

Natürlich ist jeder ausländische Manager, der nach Rußland kommt, in erster Linie auf seinen eigenen Vorteil bedacht. Unsere Wissenschaftler, die in den geheimgehaltenen Forschungsstätten der Militärbehörden katzbuckelten und in den akademischen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten keinerlei Kenntnisse in Marketing, in den juristischen Feinheiten der Handelsgesetze und in der

Patentgesetzgebung erwerben konnten, müssen hungern und sind deshalb bereit, ihre wissenschaftlichen Ergebnisse dem erstbesten, der danach fragt, weiterzugeben. Umsomehr, da nach dem Niedergang des MiK in Rußland niemand mehr die Wissenschaft zu brauchen scheint. Und so besuchen uns nun statt der ehemaligen CIA-Agenten, die Mitarbeiter des Lawrence-Livermore-Laboratoriums für Kernforschung, die insgesamt 19 russische und ein ukrainisches Wissenschaftszentrum aufgesucht und in jedem 10000 bis 20 000 Dollar gespendet haben. Im Gegenzug haben sie dann einen Bericht über die neuesten, gestern noch strenggeheimen Forschungsergebnisse im Werte von vielen Hunderten von Millionen Dollar mitgenommen. Auf diese Weise wird diese Summe dann im amerikanischen Haushalt eingespart (*Iswestija* vom 2. 11. 1992).

Als ausländische Journalisten noch nicht einmal das Recht bekommen hatten, die meisten der zehn strenggeheimen Städte des Kernwaffenkomplexes zu betreten, da hatten die Norweger es im Sommer 1992 schon fertiggebracht, aus diesen besonders streng reglementierten Städten des Atomministeriums die dort arbeitenden Kernphysiker für eine Woche nach Stavanger zu Verhandlungen einzuladen.

Die erste sowjetische Atombombe, die am 29. August 1949 auf dem Versuchsgelände zur Explosion gebracht wurde, war eine genaue Kopie der amerikanischen. Die Wasserstoffbombe haben wir jedoch nicht gestohlen. Sie wurde von Andrei Sacharow vor den Amerikanern erfunden. Am 12. August 1953 wurde sie auf dem Versuchsgelände bei Semipalatinsk gezündet. Sacharow hat vom Kreml alle erdenklichen Auszeichnungen bekommen und wurde hinsichtlich der Rechte und Privilegien den Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU gleichgestellt. Aber er hat sich nie an die Mächtigen verkauft und sich immer bemüht, im Sinne der Vernunft auf sie einzuwirken. Sacharow war ein großer Mensch, der uns auf dem Wege zur Beendigung des kalten Krieges mit dem Westen ein Stück weiter gebracht hat. Und er hatte einen nicht weniger eindrucksvollen Gleichgesinnten unter den sowjetischen Physikern — Lew Landau, der sich im Unterschied zu Sacharow niemals Illusionen über die Natur der Sowjetmacht gemacht hatte.

Die Zeitung *Komsomolskaja prawda* veröffentlichte am 8.8. 1992 den fast vollständigen Text der geheimen Ermittlungen des KGB vom 19. Dezember 1957 mit den Aussagen Landaus während der Gespräche mit seinen Freunden und Kollegen, die den großen Physiker denunziert hatten. »Die Wissenschaft wird bei uns nicht verstanden und nicht geliebt, was nicht verwunderlich ist. Denn ihr stehen Schlosser, Zimmerleute und Tischler vor. Es gibt keinen Raum für wissenschaftliche Individualität. Die Richtung der Arbeit wird von oben diktiert.« Früher wurde Landau zu sehr wichtigen Arbeiten herangezogen, aber schon 1952 hatte er die Absicht, so wenig wie möglich zu machen, schrieb der KGB-Mitarbeiter und zitierte die Worte des Nobelpreisträgers: »Ein vernünftiger Mensch muß versuchen, sich so weit wie möglich von einer praktischen Tätigkeit dieser Art fernzuhalten. Man muß mit aller Kraft versuchen, nicht in die atomaren Verwicklungen zu geraten. Gleichzeitig muß eine Distanzierung von diesen Dingen sehr vorsichtig angegangen werden.« Ähnliche Gedanken Landaus wurden von den Agenten ständig notiert, besonders im Januar 1953, als der Wissenschaftler einem engen Freund mitteilte: »Wenn nicht der fünfte Punkt (die Volkszugehörigkeit) wäre, dann würde ich mich nicht mit dieser speziellen Arbeit befassen, sondern nur mit wissenschaftlicher Arbeit, die ich derzeit vernachlässige. Die Arbeit, die ich jetzt mache, gibt mir eine gewisse Macht in die Hand ... Aber ich bin weit davon entfernt, für das Wohl Rußlands und so weiter zu arbeiten, was in Deinen Briefen durchklang. Solche Briefe kannst Du an das ZK schreiben, mich verschone aber bitte damit. Du weißt, daß es mir gleichgültig ist, welchen Platz die sowjetische Physik einnimmt, den ersten oder den zehnten. Ich bin auf das Niveau eines wissenschaftlichen Sklaven< herabgesunken, und das bestimmt alles...« Landau nannte das sowjetische System ein faschistisches und die Regierungsmitglieder Henker, die bis zum Gürtel in Blut wateten; Lenin selbst hielt er für den ersten Faschisten.

In der Sowjetunion hat man uns bis zum letzten Tag ihres Bestehens weisgemacht, daß die atomare Überlegenheit der UdSSR einen dritten Weltkrieg verhindert habe. Paradoxerweise haben die Deutschen die subversive Tätigkeit Lenins und seine Machtergreifung bezahlt, und Stalin hat sich aktiv am Aufbau des Militarismus Hitlers in den

dreißiger Jahren beteiligt. Alle Bemühungen der UdSSR, die atomare Schlagkraft und die Aufrüstung in den vierziger bis achtziger Jahren zu erhöhen, waren vollkommen unsinnig und eine sinnlose Geldverschwendung. Wenn man das heute einem Vertreter des russischen Militärs oder einem russischen Politiker sagt, dann wird er beleidigt sein. Der Stalinismus lebt noch in uns weiter. Am 1. Dezember 1956 sagte Landau: »Wenn unser System nicht auf friedliche Weise zugrunde gehen kann, dann ist ein dritter Weltkrieg mit all seinen Schrecken unvermeidlich. Die Frage der friedlichen Vernichtung unseres Systems ist im wesentlichen eine Schicksalsfrage der Menschheit«. Am 4. Dezember 1956 führte er den Gedanken in einem Gespräch mit dem korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Schkolnikow weiter aus: »Ich glaube, wenn unser System ohne Krieg beseitigt wird – ob durch Revolution oder Evolution, das spielt keine Rolle —, dann wird es überhaupt keinen Krieg geben. Ohne Faschismus gibt es keinen Krieg«.

Das sowjetische System hat alles getan, um das Leben von Landau und Sacharow zu verkürzen. Die Tragödie Rußlands im 20. Jahrhundert besteht darin, daß es entweder von Halbgebildeten oder Verrückten, manchmal auch von Personen, die beides vereinigten, regiert wurde. Die Amerikaner haben wundersamerweise immer offiziellen oder illegalen Zugang zu praktisch allen unseren geheimen Dokumenten gehabt. Was sie wollten, haben sie sich bei uns geholt, wobei sie auf allen Etagen der Macht mit dem Kopf durch die Wand gegangen sind, berichtete unser Kosmonaut, der Flieger Oleg Makarow. Auf unserer Raumstation *Mir* gibt es nichts, was die Amerikaner gerne stehlen würden, bemerkte Makarow. Sie haben alles, und irgendwelche technischen Kleinigkeiten, für deren Entwicklung wir Jahrzehnte gebraucht haben, bekommen sie ohnehin von uns — umsonst. Makarow regt sich darüber auf, daß unser armes Land sich den Luxus erlaubt, einen amerikanischen Astronauten als Ausgleich für die völlig nutzlose Teilnahme eines russischen Kosmonauten am amerikanischen Shuttle-Programm auf die Raumstation *Mir* mitzunehmen (*Moskowskije nowosti* vom 25. 4. 1993). Möglich, daß die NASA sich herabläßt, die Installation von in Rußland ausgearbeiteten Solarbatterien, Bioreaktoren und Wärmeaggregaten für Halbleiter auf ihrer eigenen zukünftigen Raumstation *Freedom* zu

genehmigen. Unsere Wissenschaftler, die von den Amerikanern selbst ausgewählt worden sind, arbeiten schon an der University of Maryland an NASA-Aufträgen. Rußland wird möglicherweise für die Mitarbeit am Projekt der Raumstation *Freedom* einige hundert Millionen Dollar kassieren, die Amerikaner sparen durch uns sieben bis acht Milliarden Dollar.

Die Direktoren unserer Wissenschaftsstädte, die zu ewigen Verlierern bei den Geschäften mit dem Westen verdammt sind, müssen sich dem normalen Wirtschaftsdenken anpassen. Am besten für Rußland wäre ein völliges Einfrieren der Tätigkeit dieser Technikstädte oder eine enge Abstimmung ihrer Arbeit mit den entsprechenden westlichen Partnern. In den glanzvollen Tagen ihrer Vergangenheit hat unsere wissenschaftliche Verteidigungsindustrie soviel Rohstoffe, Erzeugnisse und Know-how gehortet und angehäuft, daß sie es heute an ausländische Firmen für einen Spottpreis abgeben können und dabei noch alle davon überzeugen, daß unsere passablen Sachen sogar recht billig sind.

Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn in den unten genannten Wissenschaftsstädten und gigantischen wissenschaftlichen Produktionsbetrieben von morgens bis abends Handlungsreisende aus dem Ausland auftauchen, die davon überzeugt sind, daß sich in unserem Klondike ihre Mühen bezahlt machen werden.

Der wissenschaftliche Produktionsbetrieb in der Stadt *Reutowo* bei Moskau. Der Generaldirektor Herbert Jefremow gibt gern darüber Auskunft, daß der Funkmeßsatellit *Almas* ihn 50 Millionen Dollar kostet, im Westen hingegen eine derartige Station für 800 Millionen Dollar gebaut wird. Man kann nachweisen, daß die Produktion einer *Almas*-Station für Rußland ein Defizit von mindestens 200 Millionen Dollar mit sich bringt. Weder Jefremow noch sein Vorgänger, der berühmte Chefkonstrukteur W. Tschelomei, tragen auch nur ein Zehntel der Kosten und Abgaben anderer Unternehmen. Beim Bau der SS-11 und SS-19 hat Jefremow die Satellitenabwehrsysteme, die Funkmeßstationen, Abwehrraketen und Nachrichtensatelliten vom Staat für ein paar Kopeken, sozusagen umsonst bekommen. Beim Übergang zur Produktion ziviler Erzeugnisse ist Jefremow bei der Herstellung kleiner Partien von sehr nützlichen Dingen steckengeblieben. Formal

macht Jefremow das, was ihm die Regierung aufgetragen hat: Er arbeitet an den technischen Verfahren und der Ausrüstung für die Öl- und Fettindustrie, für die Aufbewahrung von Nahrungsmitteln (*Delowoi mir vom 25. 3. 1993*). Jefremow baut dabei auf die Langwierigkeit dieses tendenziell unendlichen Prozesses. Wenn er es wagen würde, eine große Serie derartiger ziviler Anlagen auf den Markt zu bringen, dann wäre er unweigerlich ruiniert. Wer würde denn sein sauer verdientes Geld für etwas anlegen, das offensichtlich sogar einem minderwertigen ausländischen Fabrikat weder preislich noch qualitativ, noch im Service entsprechen wird?

Die Stadt *Dserschinsk*, 350 km östlich von Moskau, galt einst als Hauptstadt der Chemie in Rußland und wurde seinerzeit hochsubventioniert. Der Produktionsanteil, der von Privatunternehmern erzielt wurde, schwankt zwischen einem und anderthalb Prozent... Die Behörden beklagen sich, daß Moskau sich von vielen föderativen Sozialprogrammen zurückgezogen und damit den Regionen Verantwortung aufgebürdet und auch noch die Steuern erhöht hat. Bis zu 57 Prozent Steuern vom Gewinn der Unternehmen fließen der Föderation zu. Dem Produzenten und den lokalen Behörden bleiben nur ein paar Krumen.

In *Podlipki* bei Moskau gibt es ein berühmtes wissenschaftliches Forschungsinstitut mit einem Zentrum für Weltraumflüge und anderen gewaltigen Gebäuden auf 50 Hektar, das zur führenden wissenschaftlichen Organisation der russischen Weltraumagentur geworden ist. Deren Kapazitäten sind auf ein Drittel heruntergefahren (*Krasnaja swesda vom 27. 3. 1993*). Aber niemand will so schnell von dort weg. Um sich den neuen Bedingungen anzupassen, braucht es Zeit, meint der Generaldirektor des Instituts, das Akademiemitglied Wladimir Utkin. Diese gigantischen Aufbauten für die Erprobung der Weltraumfähren und -raketen sollten sich Touristen und Schulkinder ansehen. Ihr Anblick ist ebenso lehrreich und beeindruckend wie die Cheops-Pyramiden.

In der Stadt *Protwino* in der Umgebung von Moskau wurde im Institut für Hochenergiephysik 1992 ein 22 Kilometer langer Ringbeschleuniger für Protonen fertiggestellt. Die Amerikaner kommen scharenweise hierher und überlegen sich, ob sie uns nicht ein paar hun-

dert Millionen Dollar für die Fertigstellung des Beschleunigers geben sollen, um die acht Milliarden Dollar für den Bau ihres eigenen Supercolliders in Texas zu sparen. 1984, als man in Protwino mit der Grundlagenforschung für den Beschleuniger begann, wurden die Kosten auf nicht mehr als zwei Kernkraftwerkblocks geschätzt. Dann stellte sich natürlich heraus, daß dieser Kostenvoranschlag nur einen Bruchteil der realen Kosten abdecken konnte. Ein Beschleuniger darf nicht wie ein Kernkraftwerk gebaut werden, sondern auf dem Niveau von internationalen Standards. Heute stellt sich heraus, daß wir dazu nicht in der Lage sind. »Wir werden keine Superprojekte aus Prestige Gründen angehen und durchziehen«, erklärte der Minister für Wissenschaft, Hochschulwesen und technische Politik Rußlands, Boris Satykwow, vor Journalisten.

Im Sommer 1993 wurde in *Obninsk* bei Moskau eines der wenigen onkologischen Zentren in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aus Kostengründen geschlossen, was von allen ehemaligen Sowjetrepubliken als Schreckensnachricht empfunden wurde. Denn das dortige Institut für physikalische Energie ist nicht schlecht ausgerüstet, es verfügt über 260 Tonnen spaltbaren Materials, darunter 10 Tonnen angereichertes Uran und eine Tonne Plutonium. In diesem Institut wird am *Topas*, einem Kernfusionsreaktor für Weltraumapparate gearbeitet. Diese Kernenergiequelle verfügt nur über Ressourcen für ein Jahr, gebraucht werden jedoch Ressourcen für sechs Jahre. Man hofft auf amerikanische Gelder. Irgendwann haben die Wissenschaftler des Instituts für physikalische Energie das erste Kernkraftwerk im Land in Betrieb genommen. Mittlerweile sind die Vorentwicklungen für einen Nuklearlaser fast abgeschlossen, und die Forscher wenden sich wieder den Grundproblemen der Thermonukleartechnik zu. Der Ausstoß von Radioisotopen für die Medizin scheint 50 Prozent der Bedürfnisse der russischen Medizin zu befriedigen. Der Absatzmarkt dieser Ware ist praktisch unbegrenzt. Die USA sind auch bereit, uns radioaktives Material für solche Zwecke abzukaufen. Das Institut kann aber nur einen Bruchteil des radioaktiven Inventars derartiger Isotope liefern, für eine Ausweitung der Produktion gibt es keine Mittel. Der Direktor des Instituts für physikalische Energie, Wiktor Murogow, klagt, wie es im MiK üblich

ist, über fehlende Mittel für die industrielle Fertigung einer Reihe von lohnenden und gefragten Artikeln: feinkörnige Filter für die Reinigung von flüssigen Nahrungsmitteln (Milch, die auf diese Weise gefiltert wird, wird in die erste Handelsklasse eingestuft), hochreine und leichtschmelzbare Metalle und Legierungen (hochreines Gallium, Cäsium und Natrium), Filteranlagen, die für Zimmer-Luftfilter- und Befeuchtergeräte, die elektronische, pharmazeutische, Nahrungsmittel- und Kosmetikindustrie unentbehrlich sind (*Moskowskije nowosti* vom 9. 5. 1993). Alle kommerziellen Projekte sind jedoch nur ein Lockmittel für den reichen westlichen Investor, der Geld gibt, auf die Qualität achtet und Käufer findet ...

Das wissenschaftliche Forschungsinstitut für Präzisionsgeräte und die Firma *Sillena* in *Lytkarino* bei Moskau möchten auf dem Weltmarkt superreines multikristallines Silizium anbieten. Dabei ist die russische Mikroelektronik um gut 20 Jahre hinter der Entwicklung her, und es wird schwierig werden, Käufer zu finden. Einzig mit einer deutschen Firma war es möglich, einen Vertrag über die Durchführung einer Neutronenlegierung von Siliziumbarren abzuschließen (*Delowoi mir* vom 17. 8. 1993).

Das staatliche Unternehmen für wissenschaftliche Geräte *Istok* in der Stadt *Frjasino* ist eines der wichtigsten Zentren des MiK in der Nähe von Moskau und beging sein 50 jähriges Bestehen. *Istok* ist spezialisiert auf die Produktion von allen möglichen russischen Hochfrequenz-Elektronikgeräten. Diese Hochfrequenzgeräte können auch für zivile Zwecke hergestellt werden, z. B. für die Medizin, für das Nachrichtenwesen und für Laseranlagen. Der Generaldirektor des Unternehmens *Istok*, A. N. Koroljow berichtete Journalisten (*Narodnaja gaseta* vom 26. 8. 1993), daß die Militäraufträge stark zurückgegangen seien, daß aber von einer Freisetzung oder Neuorientierung der Produktionskapazitäten, die bislang auf Militärprodukte ausgerichtet seien, noch nicht die Rede sein könne. Koroljow ist überzeugt, daß seiner Firma kein Bankrott drohe. Niemand sonst in Rußland stelle solche Geräte her, die als Grundlage aller modernen Waffengattungen dienen. Die Firma *Istok* läßt ihre Geräte bereits in den Rüstungsbetrieben in China montieren. Aber die entwickelten Länder nehmen die Produktion von *Istok* nicht, sondern

schlagen Koroljow vor, sich entweder mit der Produktion irgendwelcher »schmutziger Produkte«, etwa Druckplatten, oder einzelnen Bauteilen zu befassen. Selbstverständlich zum Niedrigstpreis. Koroljow geht einstweilen nicht darauf ein. Doch was die Chancen der zivilen Produktion angeht, so ist er ehrlich und macht sich nichts vor. Ein Jahr lang verkaufte er ein Hörgerät für 25 000 Rubel (22 Dollar), das sich einer grenzenlosen Nachfrage bei der Bevölkerung erfreute. Im August 1993 mußte das Hörgerät wegen der Preiserhöhung für Energieträger schon 100 000 Rubel kosten. Zu diesem Preis kann ein Armer dieses Gerät jedoch nicht mehr kaufen, und ein etwas betuchterer Pensionär kauft sich stattdessen ein importiertes Gerät, bei dem die Qualität des Kunststoffes und das Design besser sind... Die derzeit sich ausbreitende Variante der Privatisierung behagt Koroljow nicht, da eine neugegründete »Privatfirma« gezwungen sein wird, die Hälfte des Gewinns zur Ausschüttung von Dividenden an diejenigen zu verwenden, die gar nicht im Unternehmen gearbeitet, sondern nur die Aktien erworben haben. Auch der Erlös aus dem Verkauf der Aktien kommt nicht in den Fonds von *Istok*, sondern geht an das Staatliche Komitee für Vermögensverwaltung.

Das russische Institut für Leichtmetalllegierungen befindet sich in der Siedlung *Setun* bei Moskau. Auch dieses Städtchen feiert ein Jubiläum, und zwar sein sechzigjähriges Bestehen. Dort werden hochwiderstandsfähige Titan-, feuerfeste Nickel- und Aluminium-Lithiumlegierungen, Magnesiumlegierungen von hoher Reinheit, Skandiumlegierungen etc. hergestellt. Boris Bondarew, der Generaldirektor dieses Institutes und führender russischer Metallurg auf dem Gebiet der Luftfahrt, ist ein gesuchter Partner für Indien und China und alle führenden westlichen Industrienationen. Die mit Hilfe westlicher Ausrüstung hervorragend eingerichtete metallurgische Produktion erzielt fast ihren gesamten Gewinn aus dem Geschäft mit dem Ausland (*Delowoi mir* vom 25. 12. 1992 und 24. 8. 1993).

In der an Moskau angrenzenden Stadt *Chimki* befindet sich die größte russische Firma zum Bau, zur Montage und Erprobung von Luftabwehrraketen. Der Chefkonstrukteur von *Fackel*, Wladimir Swetlow, ist stolz darauf, daß seine mobilen Raketen SA-2 oder S-75 3000 Jagdbomber, Kampfflugzeuge und Zerstörer in den Kämpfen in

Vietnam, im Nahen Osten und in Afrika zerstört haben. In diesem Betrieb wurden B-1000 Raketen produziert, um ballistische Raketen in den höheren Schichten der Atmosphäre abzufangen, sowie die Rakete S-300 (die russische *Patriot*) für die Luftabwehr (PWO) und für unsere atomgetriebenen Raketenkreuzer *Admiral Uschakow*, *Admiral Nachimow* und *Marschall Ustinow*. Swetlow berichtete, daß er mit dem Absatz der Militärproduktion an den Staat im bestehenden Umfang keine Probleme habe. (*We/My*, Juni 1993). Um der Mode Tribut zu zollen, hat die Firma eine ganze Modellpalette von Werkbänken zur Holzbearbeitung gebaut sowie Webmaschinen und stomatologi-sche Behandlungsstühle. Diese Raritäten werden auf Ausstellungen gezeigt. Weder die Beamten noch die Unternehmer beeilen sich, Gelder für die Serienherstellung zu riskieren. Auch die Firma selbst investiert ihr Kapital nicht in zivile Serienproduktion.

In Chimki gibt es auch noch das Unternehmen *Energomasch*. In diesem wissenschaftlichen Produktionsbetrieb werden Raketentriebwerke für die erste und zweite Stufe hergestellt, wobei angenommen wird, daß man die Amerikaner überholt hat. Die Amerikaner erwerben hier jedoch Einzelteile und Komponenten für ihre Raketen. Auch China und Brasilien geben kleine Bestellungen auf. Und die Jugoslawen kaufen Erdgasanlagen, die *Energomasch* derzeit zu bauen beginnt. Unter den Ausstellungsstücken für die zivile Produktion hat die Raketenfirma einige wirklich interessante und nützliche Sachen für die Serienproduktion anzubieten: zum Beispiel einen nicht sehr großen 500 kg schweren automatischen Gasbrenner, der heißes Wasser aufbereitet und ein Haus von 100 qm Wohnfläche beheizt. Dann gibt es noch ein ebenfalls recht kompaktes, mobiles Wärmekraftwerk mit 2500 Kilowatt Leistung, das 50mal weniger kostet als ihr westdeutsches Pendant. Aber sogar für so hervorragende Dinge gibt es in unserem katastrophal verarmenden Land keine Mittel. Die russische Regierung wird hoffentlich bald begreifen, daß es keinen Sinn hat, die breite Bevölkerung bis aufs Hemd zu schröpfen, da sie dann nichts kaufen kann, und die Wirtschaft wegen fehlender Kaufkraft und Inlandsnachfrage zugrunde gerichtet wird.

Der wissenschaftliche Produktionsbetrieb *Lutsch* in der Stadt *Podolsk* (ebenfalls bei Moskau) stellt die raffiniertesten technologis-

chen Bestandteile für Kernkraftwerke her. Doch wenn es berühmt geworden ist, dann dank der Tatsache, daß ein Mitarbeiter dieses Unternehmens drei Container mit 1200 Gramm Uran-235 mitgenommen und sich damit in die Vorortbahn gesetzt hat. Die Zeitung *Kommersant daily* (21. 10. 1993) findet daran zweierlei interessant: Es ist merkwürdig, daß man den Übeltäter gefunden hat, und erstaunlich, daß niemand im Betrieb das Verschwinden der drei Behälter bemerkt hat. Der Generaldirektor des Unternehmens *Lutsch*, Rewmir Fraischtut, hat nach dem Scheitern der Baupläne für ein Kernkraftwerk auf Grund der Tschernobyl-Katastrophe drei Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Eines mit den Japanern, um dem Westen unser russisches Know-how zu verkaufen, eines mit den Deutschen (zur Endmontage von Fernsehgeräten mit westlichen Teilen) und eines mit den Schweden für die Produktion von Abfüllanlagen für Milch, Saft und Wasser mit dem entsprechenden Service.

In Podolsk gibt es einen gewaltigen Kabelhersteller, dessen Produkte man noch vor fünf Jahren nicht erwerben konnte, weil alles vom MiK gebraucht wurde. 20 Prozent des Erdöls, das in der UdSSR gefördert wird, wurde mit Hilfe der Erdölpumpen und der entstörten Kabel aus diesem Produktionbetrieb gewonnen. Dafür bekam jeder, der in eine neue Wohnung umgezogen war und ein neues Telefon beantragte, von den Behörden über Jahre hinweg die Standardantwort zu hören: Wir haben keine Kabel. Jetzt ist der MiK verstimmt, Kabel kann man bekommen, aber niemand kann Kabel kaufen: Weder das Ministerium für Kommunikation noch der einzelne Fernmeldeteilnehmer haben Geld.

Noch vor kurzem war das Symbol der großen Supermacht das vereinigte Institut für Kernforschung (VJKF) in Dubna. Diese luxuriöse Stadt für Physiker wurde 1956 in 100 Kilometer Entfernung von Moskau gebaut. Hier konnten die theoretischen Physiker und die Experimentalphysiker aus den »sozialistischen Bruderländern« auf Kosten der Sowjetunion ihre Neugier befriedigen. Zwei Beschleuniger arbeiteten hier dreißig Jahre lang, ein weiterer wurde in Serpuchow gebaut, und, wie oben erwähnt, kann der gigantischen Beschleuniger in Protwino nicht zu Ende gebaut werden. Dennoch wurde 1992 die

Entscheidung gefaßt, in Dubna den Grundstein für zwei Beschleuniger und einen Reaktor zu legen. Was sich *VJKF* nannte, war in Wirklichkeit ein Zusammenschluß von auf umliegende Wälder und Sümpfe verteilte Großlabors und Betriebe, worin jeweils Tausende von Mitarbeitern und Spezialisten beschäftigt waren. Dubna war für die dort beschäftigten Atomwissenschaftler, die in einzelstehenden Häusern wohnten, wirklich ein Paradies. Die Spezialisten mittleren Niveaus lebten in luxuriösen Ziegelsteintürmen. Das Arbeitervolk wurde mit Bussen aus den umliegenden Dörfern und Siedlungen zur Arbeit nach Dubna herangekarrt. Zwischen diesen Siedlungen und Dubna, das auf höchstem internationalem Standard brillierte, lagen Welten. Heute unterstützt die Regierung der USA die Entwicklung der Medizin in Dubna mit großen Subventionen, vor kurzem spendeten die Amerikaner eine halbe Million Dollar (*Narodnaja gaseta* vom 14. 7. 1993). In Dubna träumt man davon, etwas Nützliches für die Amerikaner zu tun. Das, was man dem sowjetischen Volk weggenommen hat, reicht für alle, meint die russische Regierung. Und hat damit in gewisser Weise recht. Und was soll mit den vielen Physikern geschehen? Wenn man ihnen ein hohes Arbeitslosengeld zahlen würde, käme es den Steuerzahler hundertmal billiger, als wenn man neue Beschleuniger (für unser Geld, aber zum Nutzen der amerikanischen Wissenschaft) bauen würde.

Die Tragödie unserer Wissenschaft besteht darin, daß sie den realen Bedürfnissen der Gesellschaft, in der wir leben, überhaupt nicht entspricht, erklärte der Direktor des Zentrums für biologische Forschung der Russischen Akademie der Wissenschaften in *Puschtschino*, das Akademiemitglied Jewgeni Golowlew dem Korrespondenten der Zeitung *Moskowskije nowosti* am 15. 11. 1992. Wie viele seiner Kollegen schlägt er zur Freude der westlichen wissenschaftlichen Gemeinschaft vor, das Niveau des Unterrichts in unseren Hochschulen im Verein mit den russischen Zentren anzuheben. Golowlew schlägt noch eine andere Variante vor: Wenn die USA weiterhin so knauserig sind, dann müssen die wissenschaftlichen Kollektive Verträge mit den Ländern der Dritten Welt abschließen, wo sie noch wirklich gebraucht werden. Golowlew meint, daß gerade im Hinblick auf die Dritte Welt Rußland den Westen dazu

zwingen kann, einen gerechteren Preis für unsere unersetzlichen Bodenschätze und letztendlich auch für die Zerstörung unserer Urwelt zu zahlen. Nach Ansicht Go-lowlews wird Rußland die ungleiche Partnerschaft mit dem Westen, der uns für unsere Rohstoffe eine mittelmäßige und ökologisch bedenkliche Technologie unterjubelt, immer schwer belasten. Dieser Standpunkt ist tröstlich für das Selbstbewußtsein und kommt denjenigen entgegen, die es fertiggebracht haben, in Rußland alles zu ruinieren. Die Hälfte der führenden Wissenschaftler von Puschschino ist schon emigriert, doch der bekannte russische Ökologe und Politiker Golowlew hat dort eine Universität gegründet.

Moskau, die Hauptstadt Rußlands, ist die größte Technopolis der Welt. In den Abteilungen des wissenschaftlichen Produktionszentrums *Technomasch* und der Maschinenbaufabrik in Tuschina, einem Vorort Moskaus, wurde die berühmte Trägerrakete *Energija* montiert und die an die Rakete angeklinte Raumfähre *Buran*. Drei Fahren vom Typ *Buran* wurden dort produziert. Eine flog ins All und kehrte wohlbehalten zurück, die andere wurde zu einem Restaurant umgerüstet und steht jetzt im Moskauer Gorki-Park. Der Generaldirektor der *Technomasch*-Fabrik, Wjatscheslaw Bulawkin, ist nicht sehr engagiert und sagte, daß er sich auf das vorhandene Know-how verläßt. Wie auch seine Direktorenkollegen kann Bulawkin den Journalisten mehrstündige Vorlesungen über die Anwendung seiner Raumfahrttechnologie in verschiedenen zivilen Bereichen halten. In der Fabrik könnte man viel mehr machen. Aber wie sollte man es verkaufen... Dem Staat zur Last fallen ist viel einfacher. Früher wurden am Tag 20000 Bein- und Armprothesen aus allermodernsten Materialien hergestellt (was unsere Prothesenbetriebe anbieten, ist im übrigen vorsintflutlich), die von ungefähr drei Millionen Bewohnern aus den GUS-Ländern benötigt werden. Da es aber mit dem Verkauf haperte, wurde die Produktion eingestellt. In den 70 Jahren Sowjetmacht hat der MiK es immer verhindert, daß neue Techniken im zivilen Alltagsleben Fuß faßten: Es wurde immer für günstiger gehalten, im Sinne der jahrzehntelangen Geheimhaltungspolitik technische Errungenschaften zu vernichten oder unter Verschuß zu halten, als sie zu veröffentlichen.

Der Generaldirektor des wissenschaftlichen Produktionsbetriebes *Almas* (Ausarbeitung und Produktion von Luftabwehrsystemen),

Nikolai Poljaschew, meint, daß die Militärbetriebe in den seltensten Fällen an serienmäßiger Massenproduktion interessiert seien und daß die Diskussion über eine Umrüstung auf zivile Produktion müßig sei (*Rossija* vom 26. 5. 1993). Es sei Gaidars Verdienst, daß er 1992 versucht habe, durch eine starke Kürzung der Haushaltsmittel für den MiK die Direktoren zur Einleitung der Konversion zu zwingen. Poljaschew erläutert, daß man in Rußland für die Produktion eines Farbfernsehers acht Stunden braucht, während ein ausländisches Gerät auf Grund der besseren Konstruktion und der besseren Ausrüstung in 40 Minuten hergestellt wird. Die Personalkosten sind bei uns zwölfmal höher. Doch wir verkaufen unseren Fernsehapparat halb so teuer wie den ausländischen. Es gibt keine Preisgestaltung. In unseren Werksabteilungen sind zwei bis dreimal so viele Beschäftigte wie in den entsprechenden Werken im Ausland. Eine Multiplikation der oben genannten Indices zeigt, daß wir 70mal schlechter arbeiten. Dabei bleibt noch das Qualitätsniveau (etwa Zuverlässigkeit, Lebensdauer, Design und Ausstattung) unberücksichtigt. Es ist wohl kein Zufall, daß es im Westen kaum eine Firma gibt, die ganz und gar fürs Militär arbeitet. In der Regel befassen sich 80 Prozent mit der zivilen Produktion. Die Massenproduktion ist schwieriger und riskanter als der Absatz in Handarbeit hergestellter, vorausbezahlter Einzelstücke. Poljaschew stehen innerhalb seiner Anlage mehrere Werksabteilungen zur Verfügung. Für die Entwicklung eines Farbfernsehergehäuses brauchte er dennoch drei (!) Jahre, um eine annehmbare Qualität zu bekommen.

Die Konversion ist in Rußland noch nicht unwiderruflich. Deshalb meint der Generaldirektor des Moskauer *Saljut*-Werkes, W. P. Olewanow, daß er von der Regierung die Erlaubnis bekommen werde, seine allerneuesten Funkmeßstationen für die Marine nach China zu verkaufen (*Komsomolskaja prawda* vom 20. 8. 1993). Die Chinesen hatten vorgeschlagen, die gesamten Anlagen aufzukaufen und die Produktion dieser Radargeräte in der Volksrepublik China aufzunehmen. Wird der Staatsbeamte Olewanow angesichts dieses himmlischen Mannas ernstlich darum bemüht sein, Küchengeräte zu produzieren, für die es in Rußland keinen Markt gibt?

Etwas anders sieht es aus bei Pumpen zur Erdölförderung, Platten für Gasherde, Samowaren, Feuerlöschern oder Heizkörpern. Alle diese Erzeugnisse werden in Serie zu Hunderttausenden in dem gewaltigen Militärbetrieb *Schtamp* in Tula gefertigt. Unter Preis kann dort kein Ausländer einkaufen. Lieber wartet man ein paar Jahre, erforscht den Binnenmarkt und erwirbt ein ausländisches Qualitätszertifikat für die einheimische Produktion. Dann werde auch der richtige Preis erzielt, meint der Direktor von *Schtamp*, Walentin Mitin. Die Stadt *Tula*, die zum Moskauer Militärbezirk gehört (dazu gehört fast der ganze europäische Teil Rußlands), ist berühmt für ihre vielen Waffenfabriken und Konstruktionsbüros. Hier werden Millionen von Schußwaffen und Munition, aber auch Lebkuchen und Samoware hergestellt. Im kochenden Wasser der Samoware gibt es keine Rückstände (sie lagern sich an den Innenwänden ab), deswegen kaufen die Deutschen und Engländer Samoware aus Tula. Und von allen Kriegsschauplätzen Rußlands und der GUS kommen Großhändler nach Tula, um Flinten, Maschinengewehre, Revolver etc. zu kaufen.

Die 15 000 Mitarbeiter der wissenschaftlichen Produktionsvereinigung *Tulatschermet* haben ihre Produktion vollkommen auf zivile Erzeugnisse umgestellt. Sie selbst sind in der Lage, vieles herzustellen und auch zu verkaufen. Vor westeuropäischen und japanischen Auftraggebern können sie sich kaum retten. In Tula ist die Privatisierung (die Beteiligung in Aktienform) der MiK-Betriebe gut gelaufen, und der Bevölkerung geht es nicht schlecht. Die Firma *Polema*, eine ehemalige Werksabteilung des *Tulatschermet*, hat sich verselbständigt und produziert jetzt zusammen mit einem australischen Konzern auf der Basis russischer Rohmaterialien und westlicher Maschinen Turnschuhe. Die Tulaer werden zwei Jahre lang alle Arten von Schuhen aus importiertem Material herstellen und dann auf inländisches Material überzugehen versuchen. Die Direktoren von Tula haben den Reformen von Gaidar Glauben geschenkt und begonnen, sie in die Tat umzusetzen. 1993 wurde jedes dritte Unternehmen dieses Gebietes, darunter einige der größten, in Aktiengesellschaften umgewandelt. Und die ausländischen Unternehmer gewannen zugleich Vertrauen in die Absichten der Verwaltung des Tulaer Bezirks.

2. Das MiK-Monster wird keine Wiederauferstehung erleben

Die Denkmuster der Leitung der Russischen Akademie der Wissenschaften, der Hochschulen und der wissenschaftlichen Forschungsinstitute des Militärs sind nach wie vor vom Stolz auf die eigene Wissenschaft geprägt. In diesem Geiste will man weitermachen. Nur einem einzigen führenden Vertreter des dem Militär unterstehenden Wissenschaftsbereichs, Welichow, ist es gelungen, das zu tun, was wirklich nötig ist. Er hat solide amerikanische Firmen gefunden und die Bemühungen einer Reihe führender russischer Ministerien und Behörden koordiniert, um hochwertige Technologie aus Rußland zu marktgerechten und nicht zu Dumpingpreisen unter Beachtung der Urheberrechte auf zeitgemäße Weise ins Ausland zu verkaufen.

Die besten Technischen Universitäten und Hochschulen Rußlands bilden im Grunde Wissenschaftler für die USA aus, weil die besten Absolventen sofort nach dem Abschluß dorthin emigrieren. Imfolgenden wird der Strom der auswandernden russischen Spezialisten nach Ländern und Berufen aufgeschlüsselt.

Die Direktoren der Militärbetriebe warten ab, welchen Weg die russische Politik einschlagen wird. Ihnen ist es gleichgültig, was sie produzieren sollen, ob die Demontage der Militärkapazitäten erlaubt wird, ob das Geld für deren Konservierung gedacht ist oder sogar wieder neue Partien von Kanonen hergestellt werden sollen. Die Direktoren sind mit der Konversion einverstanden, wenn sie irgendwie bezahlt wird. Sie hoffen natürlich darauf, sich bei der Privatisierung ein fettes Stück aus dem Kuchen abschneiden zu können. Am aufgeregtesten und beleidigtsten sind im MiK die Wissenschaftler, Konstrukteure und Theoretiker. Je höher ihr wissenschaftlicher Rang und je größer die damit verbundenen Privilegien, desto stärker ist ihr Widerstand gegen die Entmilitarisierung der Wissenschaft und gegen die Kürzung der nicht produktionsbezogenen Ausgaben. Es ist paradox: Die Gesellschaft will vom Licht der Vernunft unserer Akademie der Wissenschaften herzlich wenig wissen. Der neue Minister für Wissenschaft und Technologiepolitik der Russischen Föderation, Boris Saltykow, machte

keinen Hehl aus seinen Absichten hinsichtlich der Russischen Akademie der Wissenschaften: »Die Wissenschaft ist eines der konservativsten Institute der Gesellschaft. Sie zu zerstören ist unmöglich. Deshalb muß eine neue Wissenschaft entwickelt werden.« Nach einem Jahr waren diese Anwandlungen des Ministers verflogen und seine Äußerungen klangen schon vernünftiger und präziser: »Der konservativste Teil unserer Intelligenz besteht heute aus den Wissenschaftlern (im Unterschied zu der kreativen Intelligenz). Diese Meinung wird jedenfalls in der Öffentlichkeit vertreten« (*Nesawissimaja gaseta* vom 20. 7. 1993).

Das Drama Rußlands besteht darin, daß dieses Land heute weder eine militärische Wissenschaft noch Grundlagenforschung, ja überhaupt keine Wissenschaft braucht, schreibt in der oben genannten Ausgabe der Zeitung *Nesawissimaja gaseta* der Wissenschaftsredakteur Andrei Waganow. Seiner Meinung nach leben wir in einem Staat der ungenutzten Wissenschaften, denn die russische Bevölkerung benutzt in ihrem Alltagsleben die Kenntnisse aus den ersten drei Jahren Grundschule. Daher sind die Bemühungen, die revolutionären Entdeckungen der russischen Wissenschaft in den technischen Alltag einzubringen, völlig fruchtlos. Unsere Wissenschaftler sind schon vor langer Zeit zu Beamten geworden. Unsere Bürokraten und Nomenklatura-Apparatschiks haben allesamt akademische Grade, während die meisten Arbeiter Brecheisen, Vorschlaghämmer und unflätiges Fluchen für die Grundausstattung im Alltag halten.

Unter Jelzin hat die Wissenschaft aufgehört, für die Mehrheit der Forscher angenehme fette Pfründen zu bieten, und viele haben sich aus ihr zurückgezogen. Dieser Zustand der Wissenschaft entspricht vollkommen dem Zustand der Gesellschaft. Mit unseren Generälen, die gleichzeitig auch Mitglied der Akademie waren, und anderen Generälen, die als Konstrukteure arbeiteten, mit dem ungebildeten Geheimbund der *Kuratoren der Wissenschaft* aus KGB und dem ZK der KPdSU haben wir drei wissenschaftlich-technische Revolutionen herrlich verschlafen. Deswegen gibt es in unserer Gesellschaft aber auch keine Nachfrage nach den Ideen, der Technologie und dem Wissen, das in all den Jahren vom MiK ausschließlich für die eigenen Zwecke angehäuft wurde.

Die Welt lernt unvermindert weiter; Professionalität ist schon lange zum ersten und vorrangigen Gebot für jeden Bürger einer entwickelten Gesellschaft geworden. Bei uns aber wird heute wie schon vor 10 bis 20 Jahren voller Mitleid mit dem Finger auf einen Ingenieur oder Lehrer gezeigt, weil das alles arme Leute sind. Hochschulen sind in Rußland erst fünf bis sechs Jahrhunderte später als in Europa aufgekommen. Wir haben nur mit allergrößter Mühe einige Punkte gesammelt, dem Volk etwas beigebracht und im 19. Jahrhundert beeindruckende, man könnte sogar sagen, blühende Erfolge erzielt. Sogar nach Lenin und seinem Bürgerkrieg, den Konzentrationslagern und der Ausweisung von Wissenschaftlern ins Ausland ist bei uns noch einiges an Substanz geblieben, woraus der KGB unter Stalin in den Baracken hinter dem Stacheldrahtzaun den Kernwaffenkomplex geschaffen hat. Die Schüler derjenigen Professoren, die bis 1917 ihre Ausbildung in Rußland oder im Ausland erhalten haben, führten in den sechziger und siebziger Jahren das Wettrüsten im Weltraum an, bauten Kernkraftwerke und gigantische Erdölpipelines. In den achtziger Jahren wurde diese Generation pensioniert, sie wurde abgelöst vom Mob der Kinder und Enkel der bolschewistischen Kommissare. Und damit begann die Serie der tragischen Unfälle auf Passagierschiffen und mit Flugzeugen, in den Kernkraftwerken und bei Gasleitungen sowie die lange Reihe der ökologischen Katastrophen.

Die Geschichte hat gezeigt, daß eine Nation dem bolschewistischen Völkermord in der ersten und zweiten Generation (vor 40 Jahren im Baltikum, in den Ländern Osteuropas, in der VR China und in Vietnam) noch verkraften kann, daß jedoch in der dritten Generation der Kollaps eintritt. Die Kräfte der Nation sind verbraucht, die Reserven an Menschen fast hoffnungslos zugrunde gerichtet. Das ist in Rußland der Fall. In keinem einzigen Tätigkeitsbereich findet ein westlicher Unternehmer auch nur hundert Leute, von denen er nicht bald enttäuscht sein wird. Gelöst werden kann dieses Problem nur, wenn man das russische Erziehungssystem, einschließlich der Grundschule, mit Hilfe westlicher Lehrer neu aufbaut. Leider wird die Hilfe ausländischer Wohltätigkeitsorganisationen von der russischen Gesetzgebung jedoch mit einer vierzigprozentigen Steuer belegt.

Wir haben gegenwärtig in Rußland 640 Hochschulen, einschließlich der Militärakademien. Hinsichtlich der Zahl der Absolventen mit Hochschulbildung auf 10 000 Einwohner nehmen wir nach den USA, Kanada und Japan den vierten Platz ein. Aber die meisten dieser Absolventen arbeiten nicht in ihrem Fachgebiet. Sie haben sich ihr Diplom erkaufte, in Abend- oder Fernkursen gelernt, Hochschulen mit einem äußerst niedrigen pädagogischen Niveau besucht und schon lange keine Fortbildungskurse mehr belegt. Noch mehr Skepsis ist angebracht beim System der Verleihung von akademischen Graden, die bei uns nach genau den gleichen Kriterien verteilt wurden wie die Chefesseln für die Nomenklatura — erst wurden die eigenen Leute bedacht, dann wurde Gehorsam belohnt, Bestechungsgelder oder besondere Dienste wurden honoriert, oder das Aussehen, alles mögliche jedenfalls, nur nicht Begabung und eigenständige neue wissenschaftliche Ideen, die die aufgeblasenen Autoritäten ins Wanken bringen könnten.

So wechseln unsere jungen Leute aus der Wissenschaft entweder ins inländische Geschäftsleben mit Schutzgelderpressung, was in erster Linie die weniger Begabten reizt, oder sie gehen wie die Klügeren und Begabteren ins Ausland. In den USA sprechen fast alle Mathematiker miteinander in ihrer russischen Muttersprache. Das 1992 verabschiedete Gesetz über die Auslandsspionage erklärte offiziell den wissenschaftlich-technischen Bereich zur Interessensphäre der Organe der russischen Auslandsspionage. Das bedeutet, daß unter dem Strom der in den Westen auswandernden Wissenschaftler auf gesetzlicher Grundlage Agenten für den sich schnell regenerierenden KGB angeworben werden (*Natschalo* Nr. 34, 1992). Die Mentalität unseres Staates hat sich ja kaum geändert. Wir bitten flehentlich darum, unseren russischen Bürokraten mehr westliche Kredite zu geben und schimpfen dann fürchterlich, wenn abgerechnet werden muß. Aber der MiK wird nicht wiedererstehen — weder mit Hilfe gestohlener westlicher Geheimnisse noch mit Hilfe westlicher Gelder.

Wir sparen im Gesundheitswesen bei den Kindern, bei der Hilfe für die Strahlenopfer, bei den Veteranen, den Invaliden und Pensionären. Wir haben unsere Menschlichkeit eingebüßt, dafür aber 500 technologische Verfahren gewonnen, die über dem Weltniveau liegen. Will der

Westen sie von uns kaufen und riskieren, mit seinen Dollars unsere Rüstungsindustrie zu unterstützen? Wenn wir unsere Erfindungen patentieren, dann werden sie dann und wann gekauft. Wenn wir aufhören, Gebühren für die uns bereits erteilten ausländischen Patente zu bezahlen, dann verlieren wir drei bis vier Milliarden Dollar im Jahr. Unsere sowjetische Regierung hat in den neunziger Jahren die Devisenkonten so nützlicher Organisationen wie *Sojuspatent* (Patente) und *Lizensitorg* (Lizenzen), die 1991 die Zahlung kleinerer Jahresbeiträge für 12 000 unserer Patente ausgeschüttet haben, blockiert. Insgesamt gab es in der UdSSR 1990 ungefähr 15 000 Patente (*Ekonomitscheskaja gaseta* vom 9. 3. 1993). Und es ist fast alles verloren. Jeder im Ausland kann unsere Erfindungen ungestraft und kostenlos benutzen. Sowohl unter Gorbatschow als auch unter Jelzin geizte man wegen einem Dollar und verlor dadurch Tausende. Die meisten russischen Erfinder erhalten keine Devisen für die Patentanmeldung, die früher vom Staat eingetrieben wurden, da er ja auch beim Verkauf des Know-hows eines russischen Erfinders einen Gutteil kassierte. 1992 bekamen die russischen Erfinder insgesamt sechs Millionen Dollar für ihre Patente, eine verschwindend kleine Summe im Vergleich zum internationalen Verkauf von Know-how in Höhe von 20 Milliarden Dollar im selben Jahr (*Delowoi mir* vom 23. 7.1993).

Bei dem unvermittelten Übergang von totaler Geheimhaltung zu allgemeiner Offenheit in den letzten ein bis zwei Jahren und bei dem allgemeinen Geldmangel der Russen erscheint der Zugang zu russischen Technologien den amerikanischen Patentfachleuten wie die Entdeckung von Atlantis (*Moskowskije nowosti* vom 22. 8. 1993). Aber die Gesellschaft insgesamt wird wenig davon profitieren. Für die meisten unserer Spezialisten bedeutet der Verkauf ihrer Erfindungen in das eine oder andere anständige Land die Chance, dort eine Arbeit zu finden. Die Preise fallen jedoch aus verschiedenen Gründen (Vereinbarungen hinter den Kulissen, Tauschgeschäfte: etwa veraltete westliche Ausrüstung gegen unser Wissen, Unerfahrenheit auf russischer Seite oder einfach Dummheit etc.). Die westlichen Juristen erklären dann etwa, daß eine bestimmte russische Erfindung keine guten Marktchancen hat oder etwas Ähnliches auf dem Markt schon vorhanden sei.

Asse auf dem Gebiet der Vermittlertätigkeit sind Jewgeni Welichow und George Soros. Der erste hat als gerngesehener Gesprächspartner von Staatsoberhäuptern im Sommer 1993 zusammen mit Amerikanern ein Gemeinschaftsunternehmen für den Handel mit Patenten und Lizenzen aus Rußland gegründet (die Firma nennt sich WDM, Chef ist der ehemalige Verteidigungsminister Frank Carlucci). Der zweite ist einer der reichsten Männer der Welt und ein genialer Finanzfachmann. Er hat 100 Millionen Dollar aus seinem eigenen Vermögen für die Wissenschaftler aus den GUS-Staaten zur Verfügung gestellt. Böse Zungen behaupten, daß sein Programm der individuellen Stipendien zur Unterstützung derjenigen gedacht ist, die auf dem Gebiet der Grundlagenforschung arbeiten. Es geht eigentlich nicht darum, daß diese Einstellung Herrn Soros erlauben würde, über eine Datenbank mit den Angaben über die besten Köpfe unseres Landes zu verfügen, meint Professor Vitali Syrikin (*Nesavissimaja gaseta*, 6. 4. 93). Wenn die russischen Wissenschaftler eine, wenn auch geringe, jährliche Unterstützung bekommen, werden sie sich nicht mit Arbeiten aus dem Bereich der angewandten Wissenschaften befassen, was für Rußland wichtig wäre, sondern mit Grundlagenforschung zum Wohl der Menschheit. Die *Prawda* (17. 2. 93) ist dagegen davon überzeugt, daß Soros heimlich Rußland die besten Köpfe wegnehmen will.

Soros hat noch ein anderes Projekt zur Stimulierung der Reformen in Rußland ins Leben gerufen: Alle Unternehmen, deren Rentabilität unter 50 Prozent liegt, sollen geschlossen werden, wodurch das Budget gesundgeschrumpft und eine Unmenge Rohstoffe und Energie eingespart würden. Die Arbeitslosen sollen im Monat sechs Dollar bekommen (so hoch war 1993 der Minimallohn und lag damit bei einem Zehntel der offiziellen Armutsgrenze), und zwar auf Kosten einer nicht rückzahlbaren Finanzierung und Kreditierung durch den Internationalen Währungsfonds. Für die gesamte ehemalige UdSSR hätten 10 Milliarden Dollar gereicht, sagte Soros (*Nowoje wremja*, Nr. 2—3, 1993). Der IWF hätte dieses Programm auch getragen, wenn die Regierungen der GUS-Länder einverstanden gewesen wären, das gesamte Projekt zu koordinieren und versprochen hätten, die Menschenrechte zu achten und einen gemeinsamen Markt auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR zu schaffen. Nach den Worten von George Soros habe er das

Einverständnis der russischen Führer bekommen. Die westlichen Staaten hätten jedoch Schwierigkeiten gemacht, obwohl es offensichtlich ist, daß die Finanzierung nach dem Soros-Plan Rußland viel eher auf die Beine helfen würde als Container mit humanitärer Hilfe, Spenden oder schnell aufgebrauchte Kredite.

Bislang sind sich alle unsere führenden Köpfe darin einig, daß wissenschaftliche Arbeit in Rußland ohne westliche Finanzierung praktisch unmöglich ist. Die besten Technischen Hochschulen Rußlands haben sich praktisch auf eine kostenlose Auslandsvorbereitung der Kader umgestellt. Ein russischer Student beendet zum Beispiel eine angesehene Moskauer Hochschule und fährt in die USA, um dort zu arbeiten. Spezialisten, die älter als vierzig sind, hoffen, ein UNESCO-Stipendium zu bekommen (1992 wurden 300 000 Dollar für die Unterstützung der Wissenschaft vergeben) oder irgendein Geheimnis ins Ausland verkaufen zu können und in irgendein anderes Land zum Arbeiten auszureisen. Es gibt heute auf der Welt kein Eckchen, mit Ausnahme der allerärmsten Länder, wo nicht russische Spezialisten arbeiten, die aus ihren Konstruktionsbüros oder wissenschaftlichen Produktionsbetrieben, Hochschulen oder Fabriken geflüchtet sind. Südkorea, Brasilien, Mexico und andere Länder sind von dieser »Zusammenarbeit« hellauf begeistert. Die Anwerber treiben skrupellos in Osteuropa und in den GUS-Ländern ihr Unwesen auf der Suche nach jenen Genies oder hervorragenden Wissenschaftlern (idealerweise noch mit einem Team von hochqualifizierten Spezialisten), die, nachdem sie in den Westen gelangt sind, einen technologischen Durchbruch bewirken könnten. Die gesamte Russische Akademie der Wissenschaften ist nicht so viel wert wie ein einziger Erfinder, zum Beispiel der 65jährige japanische Bürger Jesiro Nakamazu, der 2400 patentierte Erfindungen und Entdeckungen (zweimal so viel wie Edison) gemacht hat, die ihm zu einem Privatvermögen von zwei Milliarden Dollar verholfen haben.

Wenn Soros sein Leben in Rußland verbracht hätte, wäre er entweder Berater (Ghostwriter) eines Sekretärs eines Gebietskomitees geworden oder Fabrikleiter oder Bandenkrininner. Unser russischer Nakamazu wäre, wenn er sich nicht völlig dem Trunk ergeben hätte, nicht über den Status eines mittleren Ingenieurs hinausgekommen. Den sowjetischen

Ökonomen und Nobelpreisträger Kantorowitsch hielten die Behörden für einen schrulligen Clown, führten ihn ausländischen Besuchern vor, wollten ihn aber selbst nicht anhören. Ein ungeschriebenes sowjetisches Gesetz der negativen Auswahl von Kadern sondert unerbittlich und mit ganz seltenen Ausnahmen profilierte Persönlichkeiten aus jedem Tätigkeitsbereich aus. Nur so konnte die Nomenklatura 70 Jahre lang in dieser totalitären Gesellschaft herrschen. Und die meisten unserer Akademiemitglieder in den schwarzen Limousinen sind gar keine Wissenschaftler, sondern Angehörige der hohen Kaste von Beamten. Mitglied der Akademie wurde man schließlich nur mit dem Segen des ZK der KPdSU. Heute wird es derjenige, der dafür bezahlt. Wir sehen doch, wieviel tausend neue Akademiemitglieder es auf einmal im demokratischen Rußland gibt.

3. Selbst den Moskauern gehen inzwischen das Umweltdesaster und die katastrophalen Verhältnisse im Gesundheitswesen an die Nieren

Auch im Krieg gegen die Natur haben wir eine Niederlage erlitten. Die Generalsekretäre im Kreml hatten keine Ahnung, daß es eine Wissenschaft von der Ökologie gibt. Die medizinische Versorgung wurde von ihnen auf dem Niveau von ländlichen Sanitätsstationen gehalten. Grob gesagt, entsprach die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler der UdSSR nicht den allgemein anerkannten Kriterien, die wissenschaftliche Tätigkeit wurde eher als Sinekure angesehen, als Möglichkeit, sorglos zu leben, wobei der Eindruck eifriger Forschungstätigkeit erweckt werden mußte. Das Ende der Geheimhaltung und die veränderten Prinzipien der Finanzierung der Wissenschaften werden zweifellos von Nutzen sein. Schon heute ist der MiK genötigt, mehr und mehr den Wünschen der Ökologen und Mediziner entgegenzukommen. Was sind das schon für große Errungenschaften der russischen Wissenschaft, wenn die derzeit hungernden Wissenschaftler jahrzehntelang die Zerstörung der Umwelt tatenlos mitangesehen haben?

Im ersten Halbjahr 1993 wurden von den russischen Unternehmen 13,6 Millionen Tonnen Schadstoffe ausgestoßen; das sind immerhin 12 Prozent weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres, was allerdings auf einen Rückgang der Produktion zurückzuführen ist (*Rabotschaja tribuna* vom 24. 7. 1993). Der Krasnojarsker Kreis war mit 10, 1 Prozent am stärksten betroffen, dann folgten Tjumen mit 8,1 Prozent, Swerdlowsk mit 7,4 Prozent, Tscheljabinsk mit 6,4 Prozent und das Kemerower Gebiet mit 3,6 Prozent. Dabei sind Autoabgase nicht mitgerechnet. Wieviele Millionen Tonnen ungereinigten Abwassers gelangt in unsere Wasserreservoirs? Ein Zehntel des Wassers der Wolga ist Abwasser.

In einigen Gebieten haben die lokalen Behörden die Strafen für Umweltverschmutzung erhöht. Für die Industriellen wäre es, wenn sie nicht bankrott sind, günstiger, Geld für die Reinigungsanlagen auszugeben, als Strafen zu zahlen. Aber mit gesundem Menschenverstand kommt man in Rußland nur in der Theorie weiter. In der Praxis lebt jeder Direktor von der Hand in den Mund. Er stellt dem entsprechenden Beamten eine Flasche Cognac in den Schrank, und dann wird er weder eine Strafe erhalten, noch müssen die Anlagen gereinigt werden. Wenn es zur Katastrophe oder zum Skandal kommt, dann wird entweder der Direktor ausgewechselt, oder der Staat kommt für die Schäden auf, und alles bleibt beim alten. Nicht von ungefähr kann jeder einflußreiche Direktor, besonders derjenige, der mit dem MiK in Verbindung steht, in aller Ruhe alle Umweltgesetze ignorieren (er ist es ja, der die örtlichen Machthaber unterstützt und deren Haushalt auffüllt, und nicht umgekehrt). Wenn dieser Mensch dann pensioniert ist, zieht er mit seiner Familie in eine angenehmere Gegend, weit weg von jenem Ort, den er durch seine Tätigkeit versucht hat.

Doch die Gewissenlosigkeit und Ignoranz aller Direktoren hat letztendlich auch eine so privilegierte und von allen GUS-Bewohnern bevorzugte Gegend wie Moskau unbewohnbar gemacht. In dieser Megapolis gibt es neben den Arbeiterbezirken auch privilegierte Bezirke für die Reichen und die Nomenklatura. Jedermann weiß, daß es um die Umwelt in den »armen« Bezirken schlecht bestellt und daß es in den Prestigebezirken nur wenig besser ist. Immerhin hat man auf

dem gesamten Gebiet der Stadt Moskau 18 offene Abladeplätze mit einigen hundert Tonnen radioaktiver Abfälle gefunden (*Wetscherni klub* vom 31. 8. 1993). Insgesamt wurden in Moskau innerhalb der letzten zehn Jahre 700 Stellen mit radioaktiver Verseuchung festgestellt. Die himmelschreiende Amoralität unserer Direktoren hat sogar ihren Selbsterhaltungstrieb abgestumpft. Nach Schätzungen des russischen Umweltministeriums übertrifft der durch Umweltzerstörung entstandene Schaden den Wert der gesamten Produktion um ein Vielfaches.

Die Wohngebiete nehmen 24 Prozent des Areal der Stadt Moskau ein, die Grünanlagen und Wasserreservoirs noch einmal 18 Prozent. Über die verbleibende Restfläche erstrecken sich Produktionsbetriebe, Brachland und nicht genehmigte wilde Müllkippen, von denen es in Moskau 111 mit einer Gesamtfläche von 225 Hektar gibt. Nur die Hälfte der Industrieabfälle und 10 Prozent des Haushaltsmülls werden wiederverwertet, was eine Unmenge wohlgenährter Ratten hervorgebracht hat. Die Moskauer haben es schwerer, sich Nahrungsmittel zu beschaffen. Einem Bericht des Moskauer Bürgermeisteramtes zufolge (*Nesawissimaja gaseta* vom 1. 8. 1993) entspricht ein Drittel der Kontrollproben der Nahrungsmittel, die über das Moskauer Einzelhandelsnetz vertrieben werden, nicht den medizinisch-biologischen Anforderungen. Immerhin hat die UdSSR ungefähr ein Drittel der Weltproduktion an Pestiziden hergestellt. Mineraldünger haben wir 1991 soviel produziert wie die USA, Deutschland, Frankreich und Japan zusammen. Wenn man dann noch die fehlerhafte Anwendung der Technologien dieser Chemikalien hinzunimmt, dann wird deutlich, woher der hohe Gehalt an Giftstoffen in den Nahrungsmitteln kommt. Die Direktoren der Kolchosen und Sowchosen haben immer in erster Linie ihren Plan vor Augen gehabt. Daß ein Drittel des mit Chemie vollgepumpten Gemüses und der Früchte verdirbt, noch bevor es zum Verkauf kommt, hat die Direktoren nie gekümmert.

Auch die Milch entspricht nicht den Vorschriften, schon allein deshalb nicht, weil sie über Hunderte von Kilometern herangekarrt wird. Es ist wohl kein Zufall, daß die in Moskau lebenden Ausländer auf finnische Milch und auf Mineralwasser aus Westeuropa zurückgreifen. Das

Wasser aus der Moskauer Wasserleitung gehört zum schlechtesten in Europa: Die Schadstoffe liegen aber noch unterhalb der Grenzwerte, stellen die Beauftragten des Bürgermeisters in ihrem Bericht fest. Nach Angaben der staatlichen Gesundheitsbehörde ist die Hälfte der russischen Bevölkerung gezwungen, Wasser zu trinken, das kein Trinkwasser ist (*Moskowskaja prawda* vom 29. 7. 1993). Dem Programm der Russischen Föderation »Sauberes Wasser für Rußland« entsprechend müßten sieben Wasseraufbereitungsanlagen gebaut werden mit einer Jahresproduktion von bis zu einer Milliarde Plastikflaschen mit ökologisch reinem Wasser. Aber das sind einstweilen Träume.

Unser einstmals reiches Land hat die Menschen in einem Maß zur Verschwendung erzogen, daß Ausländer nur staunen. In Moskau wird mehr Trinkwasser verbraucht als in ausländischen Großstädten, weil es bei uns weder Wasserzähler gibt noch separate Nutzwasserleitungen für technische und industrielle Zwecke.

Der im Oktober 1993 aufgelöste Oberste Sowjet Rußlands hat in den neunziger Jahren eine Reihe von Gesetzen zum Umweltschutz, zu den Bodenschätzen, zur örtlichen Selbstverwaltung, zur Forstwirtschaft sowie verschiedene Ausführungsbestimmungen verabschiedet, die einander widersprechen und abweichende Interpretationen zulassen. Der Minister für Umwelt und Bodenschätze, Danilow-Daniljan, meint, die gesamte Umweltschutzgesetzgebung müsse erneut überprüft werden (*Nesawissimaja gaseta* vom 12. 8. 1993). Das kommt vielen sehr gelegen, denn die Gesetze brauchen einstweilen nicht befolgt zu werden. Immerhin haben die Grünen 1992 von 6000 Prozessen nur 15 verloren. Die Klagen betrafen fast ausschließlich ausstehende Zahlungen an die Staatskasse für Umweltvergehen. Recht und Ordnung triumphieren, aber die Umweltbehörden haben die allergrößten Schwierigkeiten, die Geldbußen von den Umweltsündern einzutreiben, da das Bankensystem nicht funktioniert und die Unternehmen zahlungsunfähig sind. Bis die Gerichte soweit sind, hat die Inflation das ihrige getan, und die Geldbuße deckt dann noch nicht einmal mehr die Gerichtskosten.

Die Regierung betrachtet die gerichtliche Auseinandersetzung zwischen Umweltschützern und Direktoren mit geradezu stoischer Ruhe. Bis zur Privatisierung waren alle Gelder staatlich. Bislang haben die

Behörden jedoch noch keinen gerichtlichen Präzedenzfall für Schadenersatzklagen wegen gesundheitsschädigender Umweltverschmutzung durchfechten können. Die russischen Gerichte sind noch nicht an solche Fälle gewöhnt, auch wenn der Umweltbeauftragte des Präsidenten, Alexei Jablow, versprochen hat, eine Broschüre mit einer Erläuterung der Rechte der russischen Bürger in ökologischen Streitfragen herauszugeben (*Komsomolskaja prawda* vom 5. 6. 1993). In der UdSSR wurden 1991 eine Million Fälle von chemischer Vergiftung, darunter 50 000 mit tödlichem Ausgang, registriert. Die Menschen sind nicht nur durch eigene Schuld zu Schaden gekommen, auch die Behörden tragen dafür Verantwortung. Denn es wird Kinderspielzeug mit giftigem Klebematerial verkauft, niemand stellt nach Unfällen in Chemiebetrieben ernsthafte Analysen an, Nahrungsmittelvergiftungen aufgrund verdorbener Lebensmittel führen nicht dazu, daß eine wirk-same Lebensmittelkontrolle eingeführt wird.

4. Wirtschaftliche Prioritäten

In Rußland gibt es kein intaktes Straßen- oder gar Autobahnnetz, und unsere Eisenbahnstrecken stammen noch aus der Zarenzeit. Die Experten der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau empfehlen uns, die bestehenden Straßen zu reparieren anstatt neue anzulegen. Bei uns herrscht jedoch eine verschwenderische Ausgabenpolitik und Gigantomanie: Wir wollen Trassen für Hochgeschwindigkeitszüge von Polen bis nach Alaska und eine Autobahn von Petersburg nach Südkorea bauen. Aber wir haben noch nicht einmal etwas, was wir über die Baikal-Amur-Magistrale (BAM) transportieren könnten. Und an der Autobahn von Moskau nach Petersburg gibt es noch nicht einmal eine Toilette.

Die Leute aus dem Westen wollen uns helfen, statt der Atomenergie Solar-, Bio- und Windenergien zu nutzen und kleinere Wasserkraftwerke zu bauen. Aber von einer kleinen Baustelle, sagen sich die Ministerialbürokraten, läßt sich nur wenig entwenden, verglichen etwa mit der Verlegung des Flußbettes der sibirischen Flüsse Richtung Süden oder der Trassierung von Tausenden von Kilometern von Kanälen und der Melioration des Bodens! Wir werden

erst nach einer allgemeinen Privatisierung zu sparen beginnen. Einstweilen lohnt es sich noch nicht. Wenn Rußland Energieträger zu Weltmarktpreisen an die ehemaligen Republiken der UdSSR liefern würde, dann könnte es überleben. Dafür müßte freilich der Kreml darauf verzichten, die Rolle des »großen Bruders« spielen zu wollen.

Die Privatisierung, ein Konkursgesetz und Weltmarktpreise für die Verbraucher von russischen Energieträgern und Rohstoffen würden die russische Wirtschaft sanieren. Die Betriebe, die nicht das produzieren, was benötigt wird, müßten in eigener Verantwortung arbeiten. Und die Geschäftemacher vom MiK würden aufhören, sich zu bereichern, indem sie im Ausland unsere Waren zu Schleuderpreisen verkaufen und unsere Bodenschätze plündern. In den zivilen Produktionszweigen würden die Anbieter von qualitativ minderwertiger und nicht konkurrenzfähiger Ware Bankrott machen.

25 Jahre lang wurden der Bevölkerung zu Wahnsinnspreisen verschiedene Modelle des *Lada* und *Schiguli* verkauft, die nach einem veralteten italienischen *Fiat*-Modell aus den 60er Jahren gebaut worden waren. Im Herbst 1993 hat der Autogigant in Togliatti noch einmal die Preise für seinen *Schiguli* angehoben und sie sogar höher angesetzt als für vergleichbare, jedoch modernere und sparsamere westliche Modelle in einer Sonderausführung für den Norden. Nach ein oder zwei Jahren, wenn die Preise für Elektroenergie und Erdöl, Gas und Metall endgültig Weltmarktniveau erlangt haben, und man den Arbeitern des Werkes *AutoWAS* nicht mehr nur hundert Dollar Lohn im Monat zahlen muß, wird die Direktion dieser Automarke ihre Fließbänder anhalten. Und dann werden die ausländischen Manager zu Hilfe geholt.

In Moskau sind die Straßenbauunternehmer schon heute soweit und komplett auf den Einsatz von ungefähr hundert Modellen von Straßenbaumaschinen deutscher Herkunft umgestiegen. Unsere Panzer und Raketen brauchten ja nicht unbedingt Straßen. In bezug auf Autounfälle führt Rußland weltweit die Unfallstatistik an. Die meisten russischen Überlandstraßen haben keine durchgezogene Linie, und es gibt keine phosphoreszierenden Warnpfosten an den Straßenrändern und kein Netz von Restaurants, Motels, Reparaturwerkstätten oder Telefonen. Es gibt nur eine Unmenge von

Lkw — doppelt so viel wie Pkw. Die Lastwagen sind in der Regel alt und klapprig, um sie zu überholen, muß man auf die Gegenfahrbahn. Jedes Überholmanöver auf den dicht befahrenen Trassen in der Nähe der Großstädte ist ein Spiel mit dem Tod. Nachts ist jede Fahrt auf diesen engen, nicht beleuchteten Straßen wegen der blinden Scheinwerfer der entgegenkommenden Fahrzeuge eine Mutprobe oder ein Fall für den erfahrenen Profi. Die schlechte Qualität des Asphalts, der durch Schnee, Frost und Salz sofort Löcher und Risse bekommt, ist allgemein bekannt.

Eine Ansammlung von Städten ist sogar im europäischen Teil Rußlands selten, und die Straßen sind manchmal wie ausgestorben. Im Norden, in Sibirien und im Fernen Osten gibt es fast keine asphaltierten Wege, es gibt nur die Winterwege für die Durchfahrt von Autokarawanen. Mit dem Auto von Moskau nach Wladiwostok zu fahren, ist gleichbedeutend mit einer Fahrt durch die Sahara oder den Amazonas-Dschungel. Die Chancen, ans Ziel zu gelangen, sind gleich schlecht. Die Straßendichte erreicht in Rußland nur ungefähr den ein- bis zweihundertsten Teil derjenigen der USA. Die Vorstellung von Rußland als einem Land ohne Wege ist also nicht übertrieben oder gehässig. Die Straßen sind bei uns wirklich nur für Lkw gedacht, die mit 30 Stundenkilometer vorankriechen, aber doch letztendlich ihr Ziel erreichen. Normale mehrspurige Autobahnen gibt es in Rußland nur im Nordkaukasus, wohin die Kremlführung gern zur Erholung fuhr, oder auf der Krim, wo sie bis August 1991 gerne Ferien machte.

Einige russische Fachleute meinen, die Föderation solle ihr Straßennetz verdoppeln. Führende Baufirmen können es kaum abwarten, mit dem neuen Bauwerk des Jahrhunderts, der Transsibirischen Autobahn, zu beginnen und dabei wahre Goldminen im Budget der öffentlichen Hand anzubohren und private Zuwendungen zu kassieren.

Spezialisten der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBW) haben den russischen Transportsektor untersucht und empfohlen, keine neuen Eisenbahnlinien oder Autobahnen bauen zu lassen, sondern die bestehenden zu erneuern und zu reparieren. Nach ihren Schätzungen wird die Erneuerung des bestehenden

Autobahnnetzes allein schon 4,5 Milliarden Dollar kosten. Wenn aber die Straßen, die eine neue Straßendecke brauchen, nicht sofort erneuert werden, dann wird eine Verzögerung um mehr als ein Jahr die Kosten für die Erneuerung noch einmal um 50 Prozent in die Höhe treiben.

Die Weltbank und die EBW meinen, daß sogar das verhältnismäßig wenig ausgedehnte russische Straßennetz von Staats- und Regionalstraßen (ungefähr eine Million Kilometer) an westlichen Maßstäben gemessen wenig ausgelastet ist. Die Reparatur und Erneuerung des bestehenden Straßennetzes ist deshalb notwendig, weil ein Drittel lediglich für eine Höchsttonnage von sechs Tonnen geeignet ist und nicht für die vorgesehene Norm von zehn Tonnen ausgelegt ist. Die zunehmende Nutzung schwerer Lkw führt in Rußland auf diese Weise zu einer beschleunigten Abnutzung der Straßendecke, schreibt Anatoli Tkatschenko in den *Moskowskije nowosti* am 4. 7. 1993.

Güter werden bei uns im wesentlichen mit der Bahn transportiert. Das dauert allerdings ziemlich lange, und es geht viel durch Diebstahl verloren. 1992 wurden per Eisenbahn in Rußland 1,5 Milliarden Tonnen Güter und 2,4 Milliarden Fahrgäste befördert. Dieses entspricht 35 bzw. 15 Prozent des internationalen Transportvolumens, auch wenn das russische Streckennetz (87 000 km) nur sieben Prozent des Weltstreckennetzes ausmacht (*Ekonomija i schisn*, Nr. 20, Mai 1993). In diesem Bereich führen die Vereinigten Staaten mit 280 000 Kilometern.

Mit dem Verlust der Ostsee- und Schwarzmeerhäfen hat Rußland von der UdSSR die kläglichen Überreste des Seefrachtverkehrs geerbt, der sich noch nie besonders rentiert hatte. Infolgedessen muß Rußland, obwohl es die größte Seekriegsflotte der Welt hat, bis zu zwei Milliarden Dollar jährlich für das Chartern von ausländischen Frachtschiffen ausgeben.

Aber die höchste wirtschaftliche Priorität Rußlands hat die Einführung von neuen energie- und rohstoffsparenden Technologien. Auf Grund des Preisanstiegs für Kohle und Gas, für Holz und Elektroenergie hat sich der Ankauf von Sonnenkollektoren für die Wärme- und Heißwasserversorgung im Süden Rußlands schon jetzt

gelohnt. Sie werden von dem wissenschaftlichen Produktionsbetrieb *Maschinostroenie* (Maschinenbau) und der Firma *Bion-Energoterm* hergestellt. Eine verlässliche Windmaschine aus holländischen Bauteilen wird von dem Gemeinschaftsunternehmen *Kompanija LMW Wetroenergetika* produziert, aber fast die gesamte Produktion wird im Ausland verkauft. Gute Aussichten hat die Hydroenergetik. Bis in die 60er Jahre existierten in der UdSSR einige Tausend kleiner Wasserkraftwerke. Man könnte sicher auch Mikro-Wasserkraftwerke verkaufen, doch so etwas wurde bei uns niemals produziert (*Moskowskije nowosti* vom 4. 7. 1993).

Rußland gehört zu den Ländern mit dem höchsten Energieverbrauch. Bei uns ist der Energieanteil am Bruttosozialprodukt zweimal höher als in den USA und dreieinhalb mal höher als in Westeuropa (*Delowoi mir* vom 31. 8. 1993). Es ist seltsam und traurig, daß das starke Absinken der Industrieproduktion um 20 Prozent 1992 nur zu einer geringen Abnahme des Energieverbrauchs, und zwar nur um ganze sieben Prozent, geführt hat. Die Reorganisation des russischen Brennstoff- und Energiehaushaltes erfordert die Einführung neuer fortschrittlicher Technologien in einer Größenordnung von einer halben Billion Dollar, meint die UNO-Wirtschaftskommission für Europa. Natürlich ist dabei an westliche energiesparende Technologien gedacht sowie an die Unterstützung der in Moskau und Petersburg (und bald auch in anderen Städten) entstehenden Energiezentren der EG und an die Errichtung eines Moskauer Zentrums der amerikanischen Agentur für internationale Entwicklung auf dem Gebiet der Energiewirtschaft und Ökologie.

In Rußland überholte 1993 der Preisanstieg für Erdölprodukte sogar die Inflation. Auf der Moskauer Warenbörse wurde im April zum erstenmal Benzin für 173 Dollar pro Tonne bei einem Weltmarktpreis von 175 Dollar verkauft (die solventen Klienten kaufen natürlich beim Staat viel billiger), aber trotzdem sinkt die Erdölförderung in unserem Land. Viele meinen, daß Rußland 1995 keine einzige Tonne Erdöl wird exportieren können, daß die Erdölförderung also gerade noch für die Bedürfnisse des russischen Binnenmarktes reichen wird. Wovon werden wir dann Medikamente und Ersatzteile und Korn kaufen? Wie werden wir

dem Westen die Schulden zurückzahlen? Und werden die Ukraine und Weißrußland nicht unsere Gasleitungen nach Europa abdrehen, wenn wir ihnen kein Öl mehr liefern? Wer wird uns dann überhaupt noch helfen?

Der energiewirtschaftliche Kollaps Rußlands könnte 1995 eintreten (*Megapolis-express* vom 19. 5. 1993). Zur Zeit wird das russische Erdöl noch in großem Umfang gestohlen. Der Schmuggel von Erdöl ins Ausland hat nicht erst unter den Demokraten begonnen. 1991 wurden bei einem geplanten Exportvolumen von 61 Millionen Tonnen Exportlizenzen für die Ausfuhr von 150 Millionen Tonnen erteilt. Die Vermittler haben dabei pro Tonne Erdöl eine Gebühr von 130 Dollar kassiert. Heutzutage fließt ein Großteil des für den Erdölexport erzielten Geldes auf ausländische Bankkonten. Auf der Basis der künstlich gesenkten Erdölpreise (auf Kosten eines Elendslohns für die Arbeiter, der Raubbaumethoden bei der Ölförderung und der barbarischen Ausbeutung der Natur und der Bevölkerung vor Ort) hat die KPdSU ein Schmarotzerleben geführt. Und in den achtziger und neunziger Jahren wurden die Erdölgeneräle und höheren Moskauer Beamten durch die Differenz zwischen dem Weltpreis und unserem staatlich festgelegten Preis von Erdöl aus Sibirien beim Verkauf an westliche Kunden zu Dollarmillionären. Ganz zu schweigen davon, daß ein großer Teil des Erdöls einfach unterschlagen und mit gefälschten Dokumenten ausgeführt wurde. »Wir stehlen nicht, sondern führen einen Krieg mit der Regierung«, erklärte einer der Erdölgeneräle unverhohlen (*Nesawissimaja gaseta* vom 11. 11. 1992), wobei er die Taktik des Exports von Erdöl über Schmuggel und ohne Lizenzen mit der Notwendigkeit der finanziellen Sicherung des Landes rechtfertigte. Daß ein Teil der Dollars in seinen Händen hängenblieb, ist sozusagen die Belohnung für die Arbeit und das Risiko.

Und es geht eigentlich nicht um die Unterschlagungen: Die russische Technologie der Erdölförderung hinkt hinter dem Weltniveau weit zurück. Dadurch kann nur ein Drittel der Erdölvorräte Westsibiriens gefördert werden. Die Anlagen für die Erdölgewinnung kommen aus der aserbaidchanischen Stadt Baku und sind von der Zuverlässigkeit und Qualität her vergleichbar mit Mähdreschern aus Rostow, die nicht einmal zwei Tage lang problemlos funktionieren.

Doch wäre schon alles gut, wenn wir endlich aufhören würden, nur Erdöl ins Ausland zu schaffen. Wenn wir das Erdöl wenigstens verarbeiten und dann mit den Erdölprodukten handeln würden! Unter Breschnew betrug der Rohölexport zu Dumpingpreisen 150 Millionen Tonnen jährlich: 30 Rubel pro Tonne für die RGW-Mitgliedsstaaten und ungefähr 100 Dollar für die kapitalistischen Länder. Die leicht abzubauenen Vorkommen sind nun aber erschöpft, infolgedessen wird die Erdölförderung von Jahr zu Jahr teurer. Außerdem beläuft sich die Abschreibung des Anlagevermögens der Erdölförderung und -Verarbeitung inzwischen schon auf fast 100 Prozent.

Seit 1993 wollen die Erdölmanager dem Staat kein Erdöl mehr liefern, weil er ihnen fast nichts zahlt. Sie sind auch nicht zu Modernisierungsmaßnahmen bereit, da sie vor der Privatisierung die Ausgaben für das Anlagevermögen nicht erhöhen wollen. Die auf den Konten ihrer Unternehmen angehäuften Gelder werden für den fiktiven Ankauf von Erdölförderanlagen verwendet, die jedoch nie nach Rußland gelangen. Das Geld wird dann auf Grund des vorliegenden — fiktiven — Kaufvertrages auf ein Konto im Ausland überwiesen. So scheffeln die Erdölbosse Geld und horten es auf westlichen Bankkonten. Sie umgehen dadurch die Regierung und deren, wie sie meinen, räuberische Steuerpolitik.

Auch 1993 ist in Rußland die Privatisierung noch nicht eingeführt worden; die sozialistische, sowjetische Wirtschaftsform mit ihrer unsinnigen Verschwendungssucht ist geblieben. Nach Schätzungen des Direktors des *Hermes*-Konzerns, Waleri Newerow, ist erstens der Regierungsapparat in Moskau und in den örtlichen Regierungen im Augenblick 18mal größer als 1985. Zweitens ist die Anzahl der Sowjets auf allen Ebenen, der Mitarbeiter von Parteien, Verbänden, Assoziationen aller sogenannten Organe der Selbstverwaltung im Vergleich zum Jahr 1985 um 47 Prozent angewachsen. All diese Herrschaften, besonders aus dem Obersten Sowjet, haben der Wirtschaft gewaltig geschadet. Drittens beträgt der Anteil der Unternehmen, die vom Staat mehr nehmen, als sie von ihm bekommen 91 Prozent; noch ein Jahr davor waren es nur 40 Prozent. Viertens verhöckern kleine ausländische Firmen abenteuerlichen Zuschnitts über eine Unmenge von Vermittlern minderwertige Ware und reißen unbe-

merkt 20 Prozent unseres Bruttosozialprodukts an sich (*Argumenty ifakty*, Nr. 34, 1993). Vielleicht täuscht sich Newerow in Einzelheiten, aber seine Einschätzung, »Rußland ist eine Lagerhalle ohne Verwalter«, ist im wesentlichen richtig. Die Rolle des Wachpersonals wird von geschmierten Beamten übernommen, die nur ihre eigenen Interessen im Auge haben. In Rußland sind noch immer dieselben Bolschewiki an der Macht, deren Prinzip es ist, zu nehmen und zu teilen.

Natürlich ist die Gewinnspanne für Erdöl unter den Demokraten im Kreml geringer geworden. Die Weltmarktpreise für Öl sind wegen des »wildem« Öls der kleinen Lieferanten um sieben Prozent gefallen. Und dennoch ist der Erdöllexport aus Rußland für die Händler aller Nationalitäten gewinnbringend. Dabei wird dem russischen Staat enormer Schaden zugefügt. Unter dem Vorwand der »Hilfeleistung an die ehemaligen Partner der UdSSR und des RGW« liefert der Kreml praktisch alle Erdölprodukte an diese Länder zu einem Fünftel des angemessenen Preises. Als Folge werden jährlich Millionen Tonnen russischen Erdöls aus den unabhängigen neuen Staaten Ukraine, Weißrußland, aus dem Baltikum und dem Transkaukasus nach Westeuropa reexportiert.

Ein Beispiel: Der bulgarische Tanker *Ossam* nimmt von Tuapse aus mit einer Fracht von 50 Tonnen Erdöl Kurs auf Batumi. Nachdem er im georgischen Hafen einen Teil der Ladung gelöscht und die Papiere umgeschrieben hat, steuert er Griechenland an (*Megapolis-Express* vom 7. 7. 1993). Die Ukraine beispielsweise exportiert die Hälfte des Erdöls, das sie aus Rußland importiert, weiter in den Westen.

Das offizielle Moskau, das seine eigenen Bürger ausbeutet, versucht mit Hilfe des Erdöls die von ihm abgefallenen Republiken wieder in ein russisches Imperium einzubinden. Die neuen Staaten zahlen fast gar nichts mehr für Brennstoffe aus Rußland, da diese Rohstoffe »an die Freunde« zu Schleuderpreisen abgegeben werden. Die Ukraine hat sich herabgelassen, Rußland die Schwarzmeerflotte für die Dollarschulden in Milliardenhöhe aus Lieferungen von Energieträgern zu überlassen. Als Gegenleistung für Erdöl- und Gaslieferungen sitzen die Stellvertreter des Kreml nun in den Staaten des Transkaukasus. Aber warum sollen die Russen Millionen von ukrainischen Seeleuten und kaukasischen Bürgern ernähren?

Die Regierenden im Kreml nehmen ihre Landsleute noch kräftiger aus als die habgierigsten Beamten. Ein Dummkopf an den Schalthebeln der Macht ist hundertmal gefährlicher als ein Dieb. Die Epoche der Kolonialreiche ist zu Ende, und Rußland kann keine Belastungen durch feindlich gesinnte Satellitenstaaten brauchen. Es bedarf nur einiger unbedachter Aktionen gegenüber der Ukraine, und Kiew behält seine Atomsprenköpfe und droht damit, die Gasleitungen, die von Rußland nach Westeuropa führen, zu sperren. Im Gegenzug verständigt sich Rußland mit Weißrußland und Polen und stellt zehn Milliarden Dollar für den Bau einer anderen Gas-Pipeline bereit, — nicht gerechnet die fast ebenso großen Summen für den Gastransit durch die genannten Länder.

Das schwarze Gold Rußlands hatte die Agonie des Kommunismus verlängert. Heutzutage destabilisiert es die Weltwirtschaft und korrumpiert die jungen unabhängigen Staaten der ehemaligen UdSSR. Es wirkt sich auch auf das Land selbst verheerend aus, denn unsere Ölbosse sind schlimmer als Wilderer: 12 Milliarden Kubikmeter Gas werden jährlich abgefackelt. Die Bohrlöcher sind von riesigen Erdölseen umgeben; in der Nähe der Ölfelder gehen Flora und Fauna zugrunde. In Westsibirien bekommen die Gasarbeiter 1,5 Dollar für 1000 Kubikmeter Gas, wohingegen dieselbe Menge in Europa 85 Dollar kostet. Rußland wird ein anderes Land werden, wenn der MiK und die ganze Funktionärsclique von den Öl- und Gaspipelines >abgeschaltet< werden. Der Petrodollar hat nur Rußland keinen Wohlstand gebracht.

Für Rußland ist es nicht von Vorteil, an Deutschland Gas zu einem dreimal niedrigeren Preis zu verkaufen, als ihn der deutsche Verbraucher zahlt.

Es ist für Rußland ebensowenig vorteilhaft, einen Ministerpräsidenten zu haben, der am zweiten Tag nach seiner Amtsübernahme einige Milliarden Dollar aus dem Haushalt dem Konzernmonopolisten »Gazprom«, dem er selbst noch vor kurzem vorstand, zukommen läßt.

Im Westen beträgt der Anteil der Energie am Selbstkostenpreis der Produktion 25 bis 30 Prozent, in Rußland 7 bis 9 Prozent. Hätten wir Weltpreise für Öl, Gas und Kohle, würde den russischen Arien, dass bei

uns Traktoren, Panzer und Raketen billig zu haben sind, endlich ein Ende gesetzt.

Die russischen Erdölgesellschaften müßten — ähnlich wie unser »Lukoil« — die Ölförderung außerhalb Rußlands forcieren und den gesamten Produktionsprozeß und den Absatz von der Förderung bis zur Tankstelle in der Stadt kontrollieren. Nicht von ungefähr gehört der russische Konzern »Lukoil« zu den drei größten Erdölgesellschaften der Welt. Ende 1993 erhielt er sogar von der japanischen Bank »Mitsui« einen Kredit von siebenhundert Millionen Dollar. Das gab es noch nie.

Eine echte Privatisierung einiger Erdölgesellschaften (und nicht so eine Scheinprivatisierung, wenn zum Beispiel das Ministerium bestimmt, wem wieviel Aktien verkauft werden sollen) würde dem »Business auf sowjetisch« ein Ende setzen. Letzteres lief immer darauf hinaus, daß ein Funktionär für ein Videogerät und eine Tour durch das Pariser Nachtleben bereit war, einen für unseren Staat ungünstigen Vertrag mit einer »großzügigen« westlichen Firma zu unterschreiben.

Statt die Natur zu verschandeln und die arbeitenden Menschen im Norden Rußlands als Arbeitstiere zu behandeln, könnte ein internationaler Wettbewerb für den Verkauf von 396 000 unfertigen Bauprojekten ausgeschrieben werden (*Rossiiskie vesti*, Nr. 223, 1993). Die Bauruinen sind zu einem Drama der sozialistischen Wirtschaft geworden, als das Eigentum der Union oder Rußlands unter die volle Jurisdiktion der unteren lokalen Administration fiel. Die Hälfte der halbfertigen Wohnblocks und Rohbauten ist schon verfallen. Ein Großteil der 840 000 Werkbänke und Geräte, die in den Lagern dieser Baustellen aufbewahrt werden, ist entweder gestohlen oder verrottet. In diesen Bauruinen stecken schätzungsweise dreihundert Milliarden Dollar. Die phantastische Summe könnte hundertfach zurückgewonnen werden, wenn die Regierung sich entschließen könnte, Ausländern oder den eigenen Landsleuten die Grundstücke mit den unvollendeten Objekten und den Lagerhallen samt Inhalt zu verkaufen. Das wird aber niemals geschehen, da die Diebe vor Ort dann viel zu verlieren hätten.

Zwei Jahre schon bekommt »Rosschlebprodukt« vom Staat sechs

Milliarden Dollar für den Ankauf von Mehl bei den Kolchosen und Sowchosen, wobei alles unternommen wird, daß die Dorfbewohner das Mehl nicht abgeben (das Silo ist zu klein, es fehlt an Darren oder an Benzin für die Lkw), oder die versprochenen hohen Preise werden nicht gezahlt (bis zu 70 000 Rubel für die Tonne, während der Preis auf dem russischen Markt nicht über 35 Rubel liegt). Den staatlichen Dieben gelingt es dabei, mehr als die Hälfte der ihnen vom Staat zugeteilten zinslosen Darlehen »einzusparen« (10 Prozent Jahreszins bei einer Inflationsrate von 500 Prozent). Sie legen diese Milliarden Dollar bei Banken an, die sie wieder in Umlauf bringen. Dadurch wird das Zehnfache an Wert eines jeden Rubels erwirtschaftet, wobei die staatlichen Diebe vom »Rosschleppprodukt« dem Staat nur wenig mehr als einen Rubel abgeben (*Moskovski komsomolez* vom 16. 9. 1993). Und noch keiner von denen hat gegessen. Im Gegenteil, Vertreter des starken Agrarverbandes, angeführt von V. Starodubzev, gelangten nach den Parlamentswahlen am 12. Dezember 1993 in die Staatsduma.

Der schwedische Professor Anders Aslund, der die russische Regierung seit 1991 in Wirtschaftsfragen berät, schätzt das Gesamtvolumen der Subventionen für die russische Landwirtschaft im Jahre 1993 auf 15 Trillionen Rubel, davon entfielen 200 Milliarden Rubel auf Mehlsubventionen für die ärmsten Bevölkerungsschichten (*Isvestija* vom 21. 9. 1993). Aus diesen 15 Milliarden Dollar, die praktisch nicht zurückgezahlt werden müssen (sie werden einfach abgeschrieben) zogen den größten Nutzen diejenigen, die sie bei der Regierung lockergemacht hatten: die ehemaligen Magnaten der sowjetischen Landwirtschaft und die Funktionäre im agrar-industriellen Komplex (APK), die auch heute gegen eine Privatisierung von Grund und Boden sind. Im Herbst 1993 wurde der Vorsitzende der russischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank (Rosselchosbank) ermordet, der die genannten 15 Trillionen Rubel verteilt hatte...

Der Kreml hat ja Aufgaben, für die er Geld ausgeben muß. Bis zum Jahre 1995 müssen bis zu sieben Millionen Umsiedler aus den GUS-Ländern in russischen Gebieten untergebracht werden. Jedes Jahr, seit dem Zerfall der UdSSR, gelangen 1,5 Millionen Migranten, genauer gesagt, Flüchtlinge nach Rußland. Von diesen erhielten nur sieben-tausend Familien ein Darlehen für den Bau von Wohnraum. Der

Haushalt des russischen Föderativen Migrationsdienstes beträgt nicht einmal ein Zwanzigstel dessen, was sich die »Mehlzaren« vom »Rosschleibprodukt« in die eigene Tasche gesteckt haben.

Der kalte Bürgerkrieg in Rußland, bei dem jeder Mächtige mit den Kollegen wetteifert, wie man den Nächsten (den einfachen Homo sovieticus) am besten übers Ohr hauen kann, hat zu einer vollkommenen Verachtung der Natur und des sozialen Milieus geführt. Auch heute noch ist Rußland ein sehr reiches Land. Wenn die Militärs und die Politiker ein wenig klüger und gebildeter wären (es muß weniger getrunken werden; mal haben wir einen Paranoiker, dort einen Alkoholiker oder Quartalssäufer oder einen einfachen Trinker, einen vierten, der nicht trinkt, dafür aber Drogen nimmt), dann würde Rußland nicht zu der Gemeinschaft der sich bekämpfenden Staaten (GUS) gehören. Und die russischen Kinder, Invaliden, Pensionäre, Gefangene, Soldaten, Obdachlose, Flüchtlinge, Bauern und andere Schichten der Bevölkerung könnten menschenwürdig leben. In den russischen Dörfern würde es asphaltierte Straßen und Telefon, Medikamente und ökologisch einwandfreie Lebensmittel geben.

VII. Die SS-Trupps des Systems

1. Die fünfte Macht

Dieses Kapitel befaßt sich mit den russischen Banken, die – ob groß oder klein – unzuverlässig sind. Es geht im einzelnen um die Großbanken, die die Gelder der KPdSU und der Drogenmafia waschen, um die Außenwirtschaftsbank der UdSSR, die alle Einlagen auf Jahrzehnte eingefroren hat, und um die russische Zentralbank, die den Geldumlauf in Rußland künstlich gebremst und zugelassen hat, daß sich Diebesgesindel mit gefälschten Dokumenten Millionen und Abermillionen ergaunerte. Sowohl Gorbatschow als auch Jelzin haben Geldreformen durchgeführt, die Konfiszierungen gleichkamen. Im Zuge der ersten Reform wurden sämtliche Goldreserven Rußlands geplündert. Bei der zweiten konnten weder das Gold noch die Gelder der KPdSU gefunden werden. Russische Geschäftsleute sorgen ohnehin dafür, daß ihre Devisen nicht auf russische Konten gelangen, sondern auf ausländischen landen. Die Banken sind zu den bedeutendsten Kapitaleignern in Rußland geworden.

In Rußland verblaßt vor der Macht des Geldes die Wirkung der Legislative, der Exekutive und der Jukidative — die vierte Macht, die Presse, eingeschlossen. Die russischen Banken und ihre Herren haben derzeit mehr Macht als der Präsident, die Regierung, das alte, aufgelöste und das neue Parlament zusammen.

Die russische Nation muß schwer für den Irrsinn des Bolschewismus, dem sie sich verschrieben hatte, büßen. Die Kommunisten haben das Land zweimal ausgeplündert, einmal in den zwanziger Jahren, und dann noch einmal in den achtzigern. Als sie die Macht ergriffen, brachten sie

Reichtümer, für die sie nicht einen Finger krumm gemacht hatten, an sich und teilten sie unter sich auf. Nach 74 Jahren der Verhöhnung und der erbarmungslosen Ausbeutung der Völker der UdSSR hat sich die kommunistische Nomenklatura dann formal von der Macht zurückgezogen. Vorher hat sie jedoch noch ungeheure Summen, die das sowjetische Nationaleinkommen auf Jahrzehnte übersteigen, auf private Devisenkonten ins Ausland geschafft.

Nicht nur, daß die kommunistischen Spitzenfunktionäre sich stets streng an das ungeschriebene Gesetz gehalten haben, das Volk sei kurz zu halten und habe sich mit dem Existenzminimum zu begnügen. Der schleppende und schrittweise Abschied der KPdSU von der Macht zwischen 1985 und 1991 hat es ermöglicht, die kompliziertesten Winkelzüge bis in die kleinsten Einzelheiten zu planen und in die Tat umzusetzen. Die gesamten Goldreserven (2500 Tonnen im Jahre 1985) und unermessliche Vorräte an seltenen Metallen und Rohmaterialien verschwanden spurlos im Ausland. Ein Teil des Geldes und der Immobilien wurde auf Hunderte von Scheinfirmen und -unternehmen innerhalb der UdSSR überschrieben. Kein Parteioder Wirtschaftsfunktionär wurde übergangen. Aus einstigen Parteifunktionären wurden Parlamentsabgeordnete und Geschäftsleute, die kräftig Devisengewinne machten. Wann sie nur wollten, bekamen sie die Möglichkeit, Rohstoffe zu exportieren oder auf dem Binnenmarkt auf Hunderten sogenannter Börsen jene Waren, die aus dem staatlichen Vertriebsnetz stammten, weiterzuverkaufen. Der Ausverkauf von staatlichen Warenreserven zu Dumpingpreisen wurde zur Lieblingsbeschäftigung von drei bis fünf Millionen Familien, die den verschiedenen Schichten der Nomenklatura in der UdSSR angehören.

Unter Gorbatschow stiegen Diebstahl und Korruption auf das Zehnfache an. Nach seinem Rücktritt schnellte die Zahl solcher Delikte noch einmal hoch. Nach dem Scheitern des Putsches im August 1991 nahm sich der Geschäftsführer (und wichtigste Verwalter der Finanzen) des ZK der KPdSU, Krutschin, das Leben. Es wird vermutet, daß der Putsch von Ministerpräsident Pawlow, einem ausgefuchsten Finanzprofi, unterstützt wurde, nur um damit die Plünderung der Staatskasse zu vertuschen. Denn Pawlow, von dem das Militär astronomische Summen für den Unterhalt des MiK und die sechs

Millionen Mann starke Armee gefordert hatte, hat sowohl die Preise angehoben als auch den Geldumtausch inszeniert und die Zahlen des Jahreshaushaltes gefälscht. Doch seine Bemühungen waren vergeblich. Die letzten 400 Tonnen Gold, die noch in der Verfügungsgewalt des Ministerrats der UdSSR lagen, waren schon 1990 ins Ausland verkauft worden.

Ungeachtet der offiziellen Abrüstungspolitik ist der Militärhaushalt bei uns noch nicht zurückgeschraubt worden. Im Jahre 1993 entfiel auf die Armee ein Sechstel des russischen Staatshaushaltes. Faktisch jedoch machen die Militärausgaben die Hälfte des Budgets aus, wenn man nämlich auch die Rechtsschutzorgane und die Sozialleistungen für die Offiziere und die Ausgaben für die Konversion und die Wiederherstellung von Wohnraum für das Militär sowie die Aufrechterhaltung des MiK und die strategischen Reserven berücksichtigt... Welche Leitlinien läßt unser Staatshaushalt erkennen? Wir haben 1992 für Hilfeleistung an ausländische Staaten mehr als die USA und Deutschland zusammen ausgegeben (*Komsomolskaja prawda* vom 24. 7. 1993). Rußland hat 17 Milliarden Dollar (22,1 Prozent vom Bruttosozialprodukt), Amerika 9,91 Milliarden (0,17 Prozent vom BSP) und Deutschland 7,6 Milliarden (0,39 Prozent vom BSP) hierfür aufgewendet. Und wieviel Rohstoffe und Energiequellen sind für Niedrigstpreise an die neuen Republiken verkauft worden! Die unausgeglichene Handelsbilanz zwischen Rußland und den übrigen GUS-Staaten und dem Westen (die Gelder fließen, wie gesagt, nicht wieder nach Rußland zurück, sondern bleiben auf Auslandskonten) unterminieren den Staatshaushalt und schrauben die Inflationsspirale hoch.

Gemessen an den Einkommensverhältnissen werden nirgendwo auf der Welt höhere Preise für Konsumgüter und höhere Steuern bezahlt als in Rußland und den GUS-Staaten. Das war schon immer so. Die sowjetischen Preise sind wegen aller möglichen Steuern um ein Fünffaches zu hoch. Der Kreml lenkt fast alle Steuereinnahmen nach Moskau und verteilt sie in Form von Subventionen — 300 Rubel im Jahr pro Einwohner des Smolensker Gebietes und 155 000 Rubel pro Kopf der Bevölkerung im Korjaker Polarkreis. Den lokalen Größen der reichen Territorien gefällt diese philanthropische Haltung gegenüber den Armen

nicht. Deshalb bekräftigen sie immer wieder ihre Souveränität und weigern sich einfach, einen Großteil ihrer Steuereinnahmen an Moskau abzuführen. Ein normaler Staat fördert üblicherweise auch durch verschiedene Formen der Besteuerung bestimmte Produzenten und bremst auf anderen Gebieten ein zu stürmisches Wachstum. Die russischen Steuern sind rein fiskalisch. Das zahlen die Bürger der Regierung mit gleicher Münze heim.

Ungeachtet aller vollmundigen Bekundungen der Regierung, die Devisen russischer Organisationen auf Inlandskonten bei russischen Banken zu transferieren, betrogen Ende 1993 die Aktiva russischer Organisationen im Ausland immer noch ungefähr 18 Milliarden Dollar. Auch das Ministerium für außenwirtschaftliche Zusammenarbeit hat diese Summe bestätigt. Nach anderen, westlichen Schätzungen befinden sich noch weit größere Summen russischer Unternehmen, und zwar ca. 60 Milliarden Dollar, illegal auf Konten westlicher Banken. Das entspricht wohl eher der Wahrheit. Denn noch 1993 verfügte der russische Zoll weder über ein Computernetz, noch hatte er Zugang zu Datenbanken. Unter Tschernomyrdin gelang es der Lobby der rohstoff-exportierenden russischen Geschäftsleute schließlich, ihre Machtfülle voll auszuschöpfen. Neben den durch nichts gerechtfertigten Devisen-, Export-, Zoll-, Steuer- und anderen Vergünstigungen nutzen die russischen Produzenten von Buntmetallen, Erdöl, Gas und Holz ungeniert alle zu Gebote stehenden Möglichkeiten zu offenem Diebstahl und Schmuggel. So konnte zum Beispiel im Norden ein Lastkahn mit Erdöl gefüllt werden und unbehelligt bis nach Schweden oder Norwegen gelangen.

An jedes der 137 russischen Ministerien (Komitees oder Abteilungen) haben sich »hauseigene« Wohltätigkeitsfonds und gesellschaftliche und halbstaatliche kommerzielle Unternehmen angeschlossen, die sich mit dem Export von Rohstoffen und staatlichen Warenvorräten befassen und die Devisenerlöse im Ausland »vergraben«. M. Camdessus, Executive Director des IWF, machte folgende Erklärung für den zögerlichen Transfer von sechs Milliarden Dollar, die in den Fonds zur Stabilisierung des Rubels nach Rußland fließen sollten: »Wenn dieses Geld verteilt worden wäre, wäre es auf Konten in London, Paris, Genf oder Zürich geflossen, das heißt dorthin, wo sich

bereits ein großer Teil der Devisenreserven Rußlands befindet« (*Prawda* vom 18. 3. 1993).

Während sich in der russischen Staatskasse kein roter Heller für eine kostenlose Kohlsuppe für die Obdachlosen oder für Nachtasyle findet, streicht Ministerpräsident Tschernomyrdin mit einem Federstrich die Verbindlichkeiten der *Promstroibank* (Industrie- und Baugewerbebank) aus früher gewährten Krediten in Höhe von 2,6 Milliarden Rubel und räumt dieser Handelsbank einen neuen Vorzugskredit von 15 Milliarden Rubel zu einem Jahreszins von 20 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren ein (*Ekonomitscheskaja gaseta*, Nr. 25 vom Juni 1993). Zu diesem Zeitpunkt betrug der Zinssatz der Zentralbank für einen Kredit an Handelsbanken üblicherweise keine 20, sondern 110 Prozent. Bekanntlich waren aber Ministerpräsident Tschernomyrdin und der Direktor der *Promstroibank*, Ja. Dubenezki, einst Kollegen im Ministerium für den Bau von Erdöl- und Gasanlagen der UdSSR. Und so hat nun Dubenezki auch seine 15 Milliarden »für die Entwicklung der Bank« sowie Vergünstigungen beim Ankauf des Bankgebäudes und Steuererleichterungen erhalten. Obendrein bekam er noch den alten Kredit geschenkt.

Auch wenn das System unter Stalin und Breschnew ein System von Banditen war, die Autorität des Staates hat es gewahrt. Unter Gorbatschow und Jelzin ist die moralische Autorität der Regierenden auf den Nullpunkt gesunken. Die höchste Macht im Staate hat begonnen, ihre Mitbürger systematisch zugrunde zu richten. Die Bevölkerung hat in den drei Jahren der künstlich erzeugten Inflation (die Preise sind um das Tausendfache gestiegen) ihre Versicherungen, Spareinlagen, Wertpapiere und Aktien verloren.

Unter Jelzins Präsidentschaft haben es die Behörden kategorisch abgelehnt, die Spareinlagen der Bevölkerung zu indexieren, das heißt entsprechend der Inflationsrate aufzustocken. So reicht das Geld, das für den Kauf eines *Lada* angespart worden ist, heute gerade noch für ein Kilogramm billiger Wurst. Mit schöner Regelmäßigkeit entfachen vor jeder Wahl, bevor das vertrauensselige russische Volk zum Urnengang geschickt wird, Regierung und Opposition in der Presse stürmische Diskussionen darüber, wie der Bevölkerung dieses Geld wieder zurückzugeben sei.

Um die Menge der Unzufriedenen irgendwie zu beschwichtigen, schlägt dann entweder das Finanzministerium, das Parlament oder irgendeine einflußreiche Zeitung vor, diese Einlagen um das Dreifache — statt, wie es richtig wäre, um das Tausendfache — zu erhöhen, jedem Sparer seine Spareinlage in Form von Aktien für zu privatisierendes Staatseigentum auszuhändigen oder die Goldreserven zu verteilen etc. Und bei diesen Überlegungen bleibt es dann bis zu den nächsten Wahlen.

Allerdings betrügt sich der Staat, das heißt die Regierung, in erster Linie selbst. Niemand von den gewöhnlichen Arbeitern und Angestellten wird sein Geld noch einer staatlichen Bank anvertrauen. Und auf eine Privatbank trägt ein Armer (in Rußland zählen 90 Prozent der Bevölkerung zu den Armen) seine Einkünfte erst recht nicht. Ende 1991 verfügte die Bevölkerung über Bargeld in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar (entsprechend dem damaligen Rubelkurs). Ein Jahr später, nach dem Sparkassenschwindel (die Gehälter, Pensionszahlungen und Preise wurden angehoben, gleichzeitig wurden die Spareinlagen wertlos, man durfte sie noch nicht einmal vom Sparkonto abheben), wurde der Barbestand der Bevölkerung in Rubel auf umgerechnet vier Milliarden Dollar geschätzt, ohne die erarbeiteten oder privat eingeführten Devisen, die in vielen Haushalten unter der Matratze lagen.

Die russischen Bürger, die Unternehmer gar nicht gerechnet, könnten jährlich in die eigene Wirtschaft bis zu zehn Milliarden Dollar investieren. Aber niemand kann garantieren, daß der Staat diese Gelder nicht annektiert. Außerdem sind die Zinsen für Rubel- oder Deviseneinlagen in Rußland so lächerlich gering, daß sie nicht einmal die Inflationsverluste ausgleichen.

Weder die staatlichen noch die kommerziellen Banken wollen sich bei uns mit den Kleinanlegern abgeben. 1993 gab es drei Millionen Russen, die Inhaber von Schuldverschreibungen der Regierung waren. Hierzu gehörten auch die Inhaber von Anrechtscheinen für den Erwerb eines Kraftfahrzeuges (die Inhaber dieses Papiers hatten seinerzeit die gesamte Kaufsumme für das Auto bezahlt und jahrelang gewartet), die Inhaber von »Ernte-90-Anrechtscheinen« (Landwirte, denen man von den Tribünen hinunter feierlich versprochen hatte, daß man ihnen dringend benötigte Geräte im Austausch für die bereits abgelieferte

Ernte zur Verfügung stellen würde) und die Inhaber von Obligationen eines zinslosen staatlichen Darlehens aus dem Jahre 1990 (über vier Milliarden noch nicht inflationsgeschädigter Rubel mit auslaufender Tilgungsfrist). Alle Verpflichtungen des Kreml erwiesen sich als Bluff. Die Behörden drückten einzig und allein ihre Bereitschaft aus (*Kommersant daily* vom 7. 7. 1993), in den nächsten Monaten mit Millionen von Inhabern von Anrechtscheinen und Obligationen abzurechnen und den Rubelwert um das Fünfzigfache heraufzusetzen, obwohl die Preise innerhalb von drei Jahren um das Tausendfache gestiegen sind.

Ahnliche Tröstungen wurden jenen Kunden der ehemaligen Außenwirtschaftsbank zuteil, die dort Devisenkonten unterhielten. Den privaten Devisenkonteninhabern gab man schließlich doch etwas, aber mit allen nur denkbaren Einschränkungen. Die Devisenguthaben der Unternehmer der GUS-Staaten dagegen wurden einfach auf Null gestellt, schließlich — so wurde ihnen erklärt — habe Rußland die Schulden der ehemaligen UdSSR übernommen. Den russischen Unternehmen und Institutionen wurde ebenfalls die Verfügungsgewalt über die eigenen eingefrorenen Devisenguthaben genommen mit dem Versprechen, diese in Obligationen in einer Gesamthöhe von 7,8 Milliarden Dollar bei 3 Prozent Jahreszins, zahlbar in Dollar mit einer Tilgungsfrist von einem Jahr bis zu 15 Jahren, entsprechend der Höhe der Einlage umzuwandeln.

Im Juli 1993, zwei Jahre nach der vorangegangenen Pawlowschen Reform, führte Jelzin eine weitere Geldreform mit konfiskatorischem Charakter durch, wobei alte Rubelscheine gegen neue ausgetauscht werden sollten. Diese Geldumtauschaktion hat den Bürgern Rußlands und der GUS-Staaten in höchstem Maße geschadet (in den GUS-Staaten konnte man die Banknoten mit Lenins Konterfei überhaupt nirgendwo tauschen, man konnte nur noch die Wände damit tapezieren). Nach dieser Aktion des Kreml brach die Rubelzone auseinander, und alle ehemaligen Republiken der UdSSR führten ihre eigene Währung ein. Wochenlang stand die russische Bevölkerung vor den Sparkassen Schlange, und die Schwarzmarkthändler wurden märchenhaft reich. Niemand konnte zur Arbeit gehen.

Innerhalb von drei Jahren hat die Bevölkerung Rußlands durch die

oben aufgeführten staatlichen Maßnahmen bis zu 100 Milliarden Dollar verloren. Nicht gerechnet die betrügerischen Manipulationen bei der Ausfuhr von Bodenschätzen und der Schaden, der juristischen Personen zugefügt wurde. Die russische Regierung hat dabei nach Meinung ausländischer Finanzexperten und Politiker alles Vertrauen verspielt. Hätte sich die Kremlführung unter Jelzin anständig verhalten und einigermaßen akzeptable gesetzgeberische Normen auf dem Finanzsektor durchgesetzt, hätte sie problemlos mit ausländischen Investitionen in Höhe von bis zu 60 Milliarden Dollar im Jahr rechnen können (*Delowoi mir* vom 6. 7. 1993). 1992 betrugen sie dann allerdings nicht mehr als eine Milliarde Dollar. Doch allein in die Stabilisierung der Erdöl- und Gasproduktion müßten in Rußland unverzüglich nicht weniger als acht Milliarden Dollar investiert werden.

Wir haben immer über große Geldmengen verfügt. Anfangs, unter Breschnew, waren es Hunderte von Milliarden Petrodollars. Unter Gorbatschow verfügte die UdSSR vor der Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Territorium der ehemaligen DDR über 60 Milliarden Dollar Anlagevermögen (nach Schätzungen deutscher Experten); diese Summe überstieg die Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik um ein Vielfaches. Wir haben damals den Deutschen alles überlassen und dafür ein Almosen »für den Wohnraum für Offiziere« akzeptiert, das zehnmal weniger wert war als die überlassenen Objekte, und sind abgezogen. Der amerikanischen Regierung lagen im November 1992 Anträge im Wert von 15 Milliarden Dollar vor, die von denjenigen gestellt worden waren, die mit vollen Garantien und einer günstigen Kreditfinanzierung im Namen der amerikanischen Export-Import-Bank bereit waren, nach Rußland zu gehen und dort Gemeinschaftsunternehmen zu gründen. Die Amerikaner stellten nur eine Bedingung: Alle diese Gemeinschaftsunternehmen, die von den USA finanziert werden sollten, müßten Konten bei amerikanischen Banken eröffnen. Die Vertreter Rußlands erklärten sich mit allem einverstanden. Als dann die Regierungsdelegation aus Washington nach Moskau kam, um diese Dokumente endgültig zu unterschreiben, nahmen unsere Leute alles zurück und forderten den Transfer aller Gelder aus den USA auf Konten der Außenwirtschaftsbank. Die amerikanische Delegation

machte auf dem Absatz kehrt und flog nach Hause. Artjom Tarassow, ein russischer Geschäftsmann und Politiker, glaubt (*Delowye ljudi* vom Juni 1993), daß die Bankleute die reichste Schicht in Rußland bilden und daß sie alles tun, um ihre Monopolstellung zu verteidigen, und daß sie deshalb kein funktionsfähiges westliches Bankensystem auf dem russischen Markt zulassen wollen. Wenn auch nur eine einzige solide westliche Bank in Moskau eine Filiale eröffnen würde und bereit wäre, mit den verschiedenen Anlegern zu kooperieren, dann würde sich vor dieser Bank eine kilometerlange Schlange bilden. Auch den Amerikanern ist schließlich klar geworden, daß man mit Dollaranlagen in einer unserer Banken eine große Dummheit begehen würde.

Rußland hat immer noch die Möglichkeit, das Gold der russischen Krone, das seit dem Bürgerkrieg in westlichen Banksafes deponiert ist, zurückzufordern. Die Empfangsbestätigungen der japanischen Militärbehörden liegen vor. Auch eine Inventarliste mit Angaben der genauen Summen und der ausländischen Finanzbehörden existiert, die von Walerian Morawski, dem Finanzminister der letzten »Weißen Regierung« (1922) in Wladiwostock aufgestellt worden ist; darüber ist auch häufig in der Presse berichtet worden. Einer der Experten der *Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* schätzte den Wert der aufgelisteten Bestände unter Berücksichtigung der Zinsen für einen Zeitraum von 70 Jahren auf 2,4 Trillionen Dollar (*Nesawissimaja gaset*a vom 14. 11. 1992). Mit dieser Summe könnten wir nicht nur die Schulden der UdSSR zurückzahlen, sondern auch jene des Zarenreiches bei Frankreich für »russische Aktien« inklusive der aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 48 Milliarden Dollar. Es bliebe immer noch viel Geld für eine Reorganisation Rußlands übrig. Litauen und Albanien haben mittlerweile ihre Goldreserven vom Westen bekommen. Warum soll es uns schlechter gehen? Wir sind allerdings insofern schlechter dran, als die russische Regierung weder den Wunsch hat, sich mit dieser Sache zu befassen, noch den entsprechenden Organisationen einen Auftrag für eine juristische Auseinandersetzung erteilt hat.

Das zaristische Rußland war Anfang des Jahrhunderts keineswegs arm. Die russische Wirtschaft hatte die Wachstumsraten Westeuropas

überflügelt, und die von Graf Witte durchgeführte Finanzreform verstärkte das Vertrauen in den Rubel. Als der Rubel schließlich eine der stabilsten Währungen der Welt geworden war, stieg auch der Wert der Aktien der führenden russischen Unternehmen. In Frankreich ist die nationale Gesellschaft der Inhaber russischer Aktien, der 250 000 bis 300 000 Menschen angehören, zu einer aktiven politischen Kraft geworden.

1993 zeigte sich die kommunistische Renaissance in Rußland darin, daß viele Demokraten das Parlament schon Monate vor dem Putsch im Oktober verließen, Chasbulatow persönlich die Banken im Namen des Obersten Sowjet jedoch auf seine Seite ziehen konnte. So war die Parlamentsmehrheit in der Lage, die verhaßte Regierung wirksam zu bekämpfen. Der Abgeordnete Wiktor Mironow berichtete der *Iswestija* am 17. März 1993, wie vorteilhaft es für die Banken gewesen sei, die Verrechnungszahlungen der Unternehmen und die Barauszahlungen der Gehälter zurückzuhalten oder Konkurse von Privatunternehmen durch bewußt verzögerte Finanzoperationen herbeizuführen oder die Initiatoren des »Jahrhundertschwindels« mit Konfiszierungen von 900 Milliarden Rubel aufgrund gefälschter Dokumente zu überziehen. Unter Chasbulatow unterstanden die Banken offiziell dem Parlament. Als die Empörung über ihre betrügerische Manipulation in der Öffentlichkeit immer lauter wurde, unterstellte man die wichtigsten Banken dem Parlament und der Regierung.

1993 wurde mit dem Segen des Verfassungsgerichts der Handlungsspielraum der KPdSU nahezu im alten Umfang wiederhergestellt. Die ehemalige kommunistische Nomenklatura hielt jetzt die gesamte Machtfülle des Obersten Sowjet in ihren Händen. Neben dem Parlament besitzt unsere kommunistische Oligarchie sehr viel Geld, das eigentlich dem Volk gehört. Denn Tausende von Gemeinschaftsunternehmen und Handelsbanken wurden von der Nomenklatura schlicht durch Entnahme riesiger Summen aus den Konten der Staatsbank gegründet. Diesen »Lieblingskindern« wurden die Devisen zu einem Zehntel oder Zwanzigstel des Marktpreises verkauft. Zehntausenden von Kleinunternehmen, Konzernen, Gesellschaften, Wirtschafts- und Finanzunternehmen wurden praktisch zur ewigen kostenlosen Nutzung Immobilien, Transportmittel,

Rohstoffe und Produktionskapazitäten zur Verfügung gestellt. Aber niemand braucht diesen Wust von Fabriken und Unternehmen. Die Nomenklatura hat die Banken, das Geld und damit das Wichtigste für sich behalten. Und der eher zufällige Zusammenbruch der parlamentarischen Maschinerie im Oktober 1993 hat daran im wesentlichen nichts geändert.

Weder Jelzin noch die Regierung der Demokraten waren in der Lage, die Geschäfte des Finanzimperiums der russischen Zentralbank zu kontrollieren. Anfangs schaltete und waltete der KGB-Kaderoffizier Matjuchin auf dem Präsidentenposten. Er wurde von Wiktor Geraschtschenko, dem ehemaligen Chef der Staatsbank der UdSSR, abgelöst. Während Geraschtschenkos Amtszeit flößen sämtliche russischen Goldreserven ins Ausland. Die Gelder der KPdSU haben sich unter seiner Ägide in Nichts aufgelöst, und für die Elite der ehemals sowjetischen Nomenklatura sind gleichzeitig kleine Inseln persönlichen finanziellen Wohlergehens gebildet worden. Krutschin ist tot. Geraschtschenko hat überlebt. Von dem Moment an, als dieser »Herakles« in die Zentralbank einzog, wurde die Suche nach dem Gold der Partei eingestellt: Auf vielen Dokumenten, die den Transfer von Gold und Devisen ins Ausland betreffen, steht seine Unterschrift.

Mit dem Amtsantritt Geraschtschenkos als Präsident der russischen Zentralbank begann der erdrutschartige Sturz des Rubels und die großzügige Vergabe von nahezu geschenkten technischen Krediten an die GUS-Länder sowie von günstigen Subventionen an freundlich gesinnte, sprich: prokommunistische, russische Organisationen. »Wissen Sie, daß bei uns 70 bis 80 Prozent der von Moskau vergebenen Kredite nicht zurückgezahlt werden?! Und wenn man alle Vergünstigungen dazu rechnet, die außerhalb des Budgets gewährt werden (zum Beispiel Steuer-, Export- und Zollerleichterungen), sowie die Kredite, die von der Zentralbank ohne Rückversicherung durch die Regierung oder den Obersten Sowjet gewährt werden, dann haben wir es nicht nur mit einem einzigen Budget, sondern mit zwei zusätzlichen Budgets zu tun«, äußerte Finanzminister Boris Fjodorow in einem Interview mit der Zeitung *Komsomolskaja prawda* am 13. April 1993. Der Finanzminister beschuldigte den Chef der Zentralbank, nicht nur die Inflation

absichtlich herbeigeführt zu haben, sondern gleichermaßen auch das Chaos im russischen Bankensystem auszuweiten. Eines jedoch scheint deutlich geworden zu sein: Das Banken-System müßte auf Computer- und Satellitenkommunikation umgestellt werden. Das könnte sogar die russische Industrie leisten. Dann könnte ein großer Teil des Mißbrauchs und der vorsintflutlichen Schwierigkeiten überwunden werden. Fjodorow ist der Ansicht, Ge-raschtschenko verschleppe dies absichtlich.

Das Rezept für eine Genesung der russischen Wirtschaft ist nach Fjodorows Meinung sehr einfach: Der willkürlichen Verteilung der Gelder muß ein Ende gesetzt werden. Die Direktoren der 200 000 russischen Unternehmen müßten begreifen, daß sie der russischen Regierung nicht mehr auf der Tasche liegen können. Außerdem müsse das Konkursgesetz strenger gehandhabt werden. Es sei besser, statt der zehn Millionen verdeckter Arbeitsloser dieselbe Anzahl von Menschen offen als Empfänger von Arbeitslosenunterstützung zu beziffern. Wieviel Subventionen können noch weiter gezahlt werden, fragt Fjodorow, und ruft einige Daten aus den letzten dreißig Jahren unserer wirtschaftlichen Entwicklung ins Gedächtnis: 1960 verfügte Rußland über eine recht passable Industriestruktur (20 Prozent entsprachen dem Weltniveau, 50 Prozent waren mittelmäßig und 30 Prozent schlecht). 1993 entsprachen jedoch nur noch 5 Prozent der in Rußland produzierten Waren dem Weltstandard (35 Prozent waren mittelmäßig und 60 Prozent sehr schlecht). Ein altes Flugzeugmodell frißt eben zweimal so viel Treibstoff wie ein modernes. Dagegen helfen auch keine Subventionen. Fjodorow zitiert als Beispiel die absurde Forderung der Bergleute (40 Prozent unserer Kohlegruben sind unwirtschaftlich) auf Vergabe von Subventionen in Höhe von 30 Prozent des Staatshaushalts.

Fjodorow setzt sich für eine beschleunigte Privatisierung ein, welche die Eigentümer dazu zwingen würde, mehr Eigeninitiative zu entwickeln, was einen heilsamen Effekt hätte. Seiner Meinung nach könnte der Staat bei 20 bis 30 Prozent der Unternehmen mit Rationalisierungskonzepten zur Rettung beitragen. 50 Prozent der Unternehmen müßten allerdings in eigener Regie zurechtkommen, der Rest müßte schließen. Derjenige, der um einen Kredit nachsucht, müßte als Sicherheit Grundbesitz,

Wohnung, Unternehmen oder seine Produktion verpfänden. Dann würde es nicht mehr zu astronomischen Zahlungsrückständen bei staatlichen Unternehmen kommen: Im März 1993 waren es 5,6 Billionen Rubel, mehr als die Hälfte des russischen Jahresbudgets (*Literaturnaja gaseta*, 26. 5. 1995).

1993 betrug die durchschnittliche Laufzeit für eine Banküberweisung anderthalb Monate, und das war schon bedeutend schneller als im Jahr davor. Wieviel wirtschaftet die Bank dabei in die eigene Tasche, wenn die Inflationsrate bis zu drei Prozent am Tag beträgt? Wenn die Banken wollten, könnten sie den Transfer innerhalb von zwei Tagen abwickeln. Aber genausogut können es drei Monate sein, und dann ist der Importeur ausländischer Waren ganz bestimmt ruiniert, da er wegen der absurden Dollarschwankungen Unsummen verloren hat. Gewinner sind schließlich die Betriebsdirektoren, die die Preise für ihre im Vergleich zur Importware nicht konkurrenzfähigen Produkte um das Doppelte erhöhen, meint Grigori Koschkarow von der Zeitung *Kuranty* (12. September 1992) und erinnert daran, daß in dem Moment, als der Preis für den Moskauer Wodka den Preis für Importwodka überstieg, der russische Zoll und die Zentralbank im Handumdrehen einander zuarbeiteten.

Nach Schätzungen von EG-Experten sind unter dem Schutz der gigantischen russischen Zentralbank viele Organisationen, die sich Banken nennen, aus dem Boden gestampft worden: Davon gehören 1325 zu den kleinen und 336 zu den mittleren Banken und Großbanken (*Finansowye iswestija* — Finanznachrichten — Nr. 30, 1993). Doch nur ungefähr hundert russische Banken arbeiten nach westlichen Gepflogenheiten und Regeln. Der Erfolg vieler Banken beruht eher auf der mangelnden Effektivität jener Unternehmen, die sie unterhalten. Allein in Moskau sind 500 Banken registriert. Einhundert verfügen über einen eigenen Sicherheitsdienst, der sich aus Mitarbeitern des ehemaligen KGB rekrutiert (*Kommersant daily* vom 28. 7. 1993). Die personellen und organisatorischen Verflechtungen der Banken in Moskau und andersorts sowie der Aktiengesellschaften mit der Zentralbank, dem russischen Innenministerium und dem Sicherheitsministerium sind so eng, daß dieses Konglomerat in einer einzigen großen Familie aufgeht, deren Spitze eindeutig von Mafiosi beherrscht wird.

Nach Angaben der Experten der Zeitung *Kommersant* ist fast jede Handelsbank Rußlands mit kriminellen Elementen im Bunde. Häufig werden Banken eröffnet, nur um Gelder auf Grund von gefälschten Bankdokumenten, zum Beispiel einem Avis oder einem Garantiebrief, zu bekommen. Durch ihre großen Anteile am Stammkapital bekommen die kriminellen Verbindungen faktisch das Recht, die Bank zu leiten. Folglich existieren in Rußland keine vertrauenswürdigen Bankpapiere, auch wenn man in der Presse immer wieder wohlklingende Anzeigen liest. In dieser Hinsicht eifern die Banken der Regierung nach. Und mit den Börsen verhält es sich ganz genauso. Besonders in den letzten Amtsjahren Gorbatschows wurden Tausende von Börsen noch vor den Handelsbanken gegründet, um besser mit den staatlichen Rohstoffressourcen und Waren spekulieren zu können. Die große Stunde dieser Börsen war jedoch in dem Augenblick vorbei, als die staatlichen Unternehmen selbst ihre Preise hochtrieben und versuchten, ohne Zwischenhändler auszukommen.

Es gibt in Rußland ungefähr 40 Banken, die eine Lizenz für Devisengeschäfte aller Art besitzen. Was die Zahl der Überfälle auf Banken und deren Mitarbeiter anbetrifft, so nimmt Rußland den zweiten Platz nach den USA ein. Dreitausend Bankmitarbeiter begleiteten am 7. Dezember 1993 den von gekauften Killern ermordeten Präsidenten der *Roselchosbank* (russische Landwirtschaftsbank), Nikolai Lichatschew, auf seinem letzten Weg. Das gleiche traurige Schicksal teilten im post-sowjetischen Rußland viele hundert Bankmitarbeiter und Geschäftsleute. Die Bankleute üben heutzutage den gefährlichsten Beruf in Rußland aus. Das Rechtswesen ist wie gelähmt, weil es keine den neuen Zeiten angepaßten Strafgesetze und Bürgerlichen Gesetze oder Verwaltungsbestimmungen zum Privateigentum gibt. Die Rückgabe von Krediten oder auch die Gewinnverteilung ist bei uns nur auf der Basis einer gütlichen Einigung zu erreichen. Die kleinste zeitliche Verzögerung bei der Auszahlung von Geldern führt wegen der galoppierenden Inflation zu fühlbaren Verlusten für den einen und zu sagenhaften Gewinnen für den anderen. Niemand will deshalb eine gerichtliche Klärung abwarten, bei der der Beklagte zur Rückzahlung einer Riesenschuld in kleinen Raten über einen Zeitraum von Jahrzehnten verurteilt würde. Also werden gedungene Killer auch weiterhin mit

Maschinenpistolen Selbstjustiz üben. Und die Miliz verspürt nicht die geringste Lust, sich in diese Auseinandersetzungen einzumischen — ungeachtet der ständigen Appelle der Mitarbeiter der Banken an Präsident Jelzin.

Die russischen Bankleute und die russische Regierung mit dem Präsidenten an der Spitze standen schon seit langem auf den entgegengesetzten Seiten der Barrikaden — auch wenn sie es selbst nicht wollten. Der Widerstand begann in den Jahren 1990, 1991, als die Kommunistische Partei Milliardensummen auf Hunderte speziell zu diesem Zweck gegründete Banken und kommerzielle Einrichtungen verteilte und mit Hilfe des KGB Gold und Devisen außer Landes schaffte. Aufgrund einer Verfügung von Präsident Jelzin wurden deshalb alle KPdSU-Guthaben bei russischen Banken gesperrt. Sie sollten den Waisen und Invaliden zugute kommen. In den beiden Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR fanden vor dem Verfassungsgericht Anhörungen in Sachen KPdSU statt, doch der Urteilsspruch bestätigte die Rechtmäßigkeit von Jelzins Verfügung nicht. Nach dem Putsch vom Oktober 1993 haben die Kommunisten nun wieder Oberwasser bekommen und die Rückgabe ihres Eigentums und ihrer Geldmittel gefordert. Die Zeitungen veröffentlichten eine Liste der Personen, deren Geschäft aufgrund von KPdSU-Geldern floriert: die *Awtobank*, *Sojusprofbank*, *Molodjoschny kommertscheski bank*, *Stankinbank* und so weiter. Der Platz reicht nicht, um sie alle aufzuzählen. Natürlich hat das ZK der KPdSU sein Geld nicht irgendwelchen, sondern nur treu ergebenen Leuten gegeben. Michail Chodorkowski, der Vorsitzende der äußerst erfolgreichen Moskauer Handelsbank *Mena-tep* äußerte, ihm selbst seien gut hundert Russen bekannt, die mehr als zehn Millionen Dollar besäßen. Er schätzt die Zahl der Dollarmillionäre in Moskau auf tausend, weitere tausend wohnen seiner Meinung nach in anderen Regionen Rußlands. Und gewiß wird der Tag kommen, an dem die Richter in der tiefsten russischen Provinz einträchtig beschließen, der KPdSU die Partei-Rubel mit Zinseszins und die entsprechenden Immobilien zurückgeben.

Gerade weil es in Rußland noch keine juristische Grundlage für die vollständige Enteignung des KP-Besitzes gibt, läßt es sich die KPdSU —

das heißt ihre politischen Aktivisten und Vertrauensleute — mit den in der Schweiz liegenden Geldern gut gehen und hält das gesamte Finanz- und Geldwesen Rußlands im Zaum (besser gesagt, sie terrorisiert und desorganisiert es). An der Spitze der russischen Zentralbank standen zwei Leute: der KGB-Offizier Matjuchin (der die Arbeit dermaßen umstrukturierte, daß zum ersten Mal innerhalb von 70 Jahren massenhafte Unterschlagungen von Geldern aufgrund von gefälschten Dokumenten möglich wurden) und der ehemalige Chef der Staatsbank der UdSSR, Geraschtschenko, (der in den 18 Monaten seiner Amtszeit den kommunistischen Elementen im MiK, im agrar-industriellen Komplex und der GUS Hunderte Milliarden Dollars nicht rückzahlbarer Kredite hat zukommen lassen).

Im Vergleich dazu sind die übrigen schmutzigen Geschäfte, die von den KGB-Offizieren, wie M. Boldyrew, A. Sumskoj, I. Tschuchlanzew und W. Awdejew persönlich durchgeführt wurden, kleine Fische (alle gehören der Allrussischen Börsenbank an, berichtete am 25. September 1993 die Zeitung *Trud*). 20 Moskauer Banken bedienten sich kräftig, indem sie so viele Kredite wie möglich bei den Kollegen sowie Einlagen von Privatkunden und Organisationen zusammenrafften, um sich dann alsbald für Bankrott zu erklären, wobei alle, auch die Regierung, leer ausgingen und geschädigt wurden. Zu diesen Banken gehören die *Planeta bank*, die *Rusinvestbank*, die *EKA-Bank*, die *NIKE-Bank*, die *Karjobank* und andere. Diese Angaben beziehen sich nur auf Moskau und den Zeitraum von lediglich einem Monat (*Moskowski komsomolez* vom 7. 12. 1993).

Andere Handelsbanken lassen ganz bewußt die elementaren Grundsätze des Bankwesens außer acht; sich Staatsgelder und Vermögenswerte von Körperschaften und Firmen anzueignen, werde gezielt und von langer Hand geplant, meinen die maßgeblichen Leute der Hauptabteilung für den Kampf gegen Wirtschaftskriminalität im Innenministerium (*Segodnja* vom 3. 12. 1993). Dort ist man der Ansicht, daß die Instabilität und die Schutzlosigkeit des Bankensystems Rußlands verwundbarste Stelle sei: Die Zahl der Übergriffe auf staatliche und private Finanzmittel nehme mit atemberaubender Geschwindigkeit zu. Dabei bediene man sich der ganzen Palette von Bankoperationen. Und wenn Bankunterlagen direkt und eindeutig gefälscht werden, bleibe auch

das meistens ungestraft. Die russische Zentralbank will dennoch trotz der Appelle der Miliz nicht die weltweit übliche Bankenkontrolle ausüben. Sie fordert weder die Schließung dieser Banken noch die Beschlagnahme des Vermögens oder die Sperrung von Auslandskonten und das Aussetzen der Lizenzen für Devisengeschäfte.

Die Miliz fängt, eher zum Zeitvertreib, kleine Gauner, die die Banken mit gefälschten russischen Schecks um einige Millionen Rubel (umgerechnet einige Tausend Dollar) bringen. Bei einer solchen Transaktion steckt ein korrupter Mitarbeiter der Bank oft selbst ein Drittel in die eigene Tasche. Und wenn dieser Mitarbeiter ein Darlehen vergibt, von dem er weiß, daß es nicht zurückgezahlt werden kann, dann nimmt er als Bestechung die Hälfte des ungedeckten Kredits. Wenn dagegen alles mit rechten Dingen zugeht, dann gelten halbamtliche Tarife: Für die Vergabe eines Kredits zahlt man 10 bis 15 Prozent der Kreditsumme in bar.

Der stellvertretende Leiter der Untersuchungsbehörde der Moskauer Miliz, Waleri Zyzyn, erklärte vor Journalisten, daß Rußland ohne ausländische Anleihen auskommen könnte, wenn die üblen Machenschaften im russischen Bankenwesen nicht wären (*Kommersant daily* vom 17. 6. 1993). Wenn in der nächsten Zeit nicht mehr Mittel für Maßnahmen zum Schutz des Bankensystems bereitgestellt würden, werde die russische Wirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert werden.

Nach Angaben des russischen Innenministeriums wurden um die Jahreswende 1992/93 allein 2900 falsche Bankdokumente aufgedeckt (*Kommersant daily* vom 27. 12. 1993). Nach der Flut falscher Avise im Jahre 1992 ergoß sich eine Flut fiktiver Garantiebriefe über die Handelsbanken. Die habgierigen Bankangestellten spekulieren jedoch nicht nur mit staatlichen Krediten, sondern sind auch am Raub der Mittel staatlicher Unternehmen beteiligt. Letztere sind genötigt, Kredite zu tilgen, die sie gar nicht aufgenommen haben, weil die Betrüger bei den Banken mit falschen Garantiebriefen große Geldbeträge von Staatsunternehmen erschlichen haben. Häufig werden dabei auch falsche Angaben über die Bonität des Garanten gemacht.

Die Kriminalität der »White collar workers« in Rußland ist beispiellos. Trotz dieser jahrelangen Gaunereien mit gefälschten Dokumenten, mit deren Hilfe Gelder auf fiktive Konten transferiert und Riesensummen

in Form von Krediten verschleudert wurden, ist niemals einer der Beteiligten vor Gericht verurteilt worden. Die Namen der Hauptdrahtzieher des »Jahrhundertraubes« werden wir niemals erfahren.

In der ersten Hälfte des Jahres 1993 registrierte die Behörde für Wirtschaftskriminalität (GUEP) 1540 Vergehen im Bereich des Bankwesens – darunter 940 besonders schwerwiegende. Nach Schätzungen von Spezialisten beläuft sich der Schaden, den sie verursacht haben, auf 5,6 Billionen Rubel; soviel wie die Einnahmen des Landeshaushaltes in der ersten Hälfte des Jahres 1993 (*Iswestija* vom 24. 9. 1993). Vielleicht hat sich das russische Parlament deshalb drei Jahre lang in Schweigen gehüllt, die Banken von Chasbulatow mit starker Hand führen lassen und ihm erst Matjuchin und dann Geraschtschenko unterstellt? In den Strafgesetzen der europäischen Länder gibt es ganze Kapitel, die der Strafverfolgung von Bankvergehen gewidmet sind. In Rußland gibt es sie nicht, also sind sie auch nicht strafbar. Entscheidend ist aber, daß überhaupt niemand die Diebe dingfest machen will.

In Rußland wurde immer schon viel gestohlen. Allerdings ist die Beute jahrhundertlang im Lande geblieben. Der scharfsinnige Alexander Minkin von der Zeitung *Moskowski komsomolez* schreibt am 1. 9. 1993: »Nicht der Umstand ist zu beklagen, daß gestohlen wurde, sondern zu beklagen ist, daß für den Export gestohlen wird.« Geld, Waren, Rohstoffe, Wertgegenstände, schöne Frauen, Wissenschaftler, Künstler, eigene Kinder und nahe Verwandte werden ins Ausland geschafft und bleiben dort. Dieser Flucht von Kapital und Menschen liegt das mangelnde Vertrauen in das russische Bankensystem zugrunde und der fehlende Glaube an die Versprechungen der Politiker und an die Garantien des Staates. Da noch viel bei uns zu holen ist, und dies unter wachsender, sogar unter aktiver Teilnahme des »Polittandems« aus Parlamentspräsident und Zentralbankvorsitzendem geschieht, schrieb Finanzminister Boris Fjodorow in einem Memorandum für Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin, daß die Legislative »einen Plan zur Vernichtung der Regierung durch finanzielles Ersticken durchführen würde« (*Moskowskije nowosti* vom 19. 9. 1993). Der Anlaß für den Vorstoß Fjodorows waren die Beschlüsse der Behörden der Gebiete von

Wolgograd, Jaroslawl, Samara sowie der Kreise von Krasnojarsk und Altai, in die Fußstapfen von Tschetschnja, Tatarstan, Baschkortostan und Jakutien zu treten und keine Steuern mehr an die Steuerbehörde der Föderation abführen zu wollen. Das Parlament wurde daraufhin durch einen Erlaß von Präsident Jelzin am 21. September 1993 aufgelöst, so wie es Finanzminister Fjodorow einige Wochen zuvor schon vorgeschlagen hatte. Er schlug dabei die Einführung des Ausnahmezustandes im Bereich der Wirtschaft vor, um dem Obersten Sowjet den Einfluß auf den Bereich der Finanzen zu nehmen.

Konstantin Borowoi hatte schon lange empfohlen, jene Kanäle dichtzumachen, über die Subventionen (persönlich abgesehen von Chasbulatow, von Geraschtschenko, vom Obersten Sowjet, von Jelzin und von der Regierung) in die Regionen zur Unterstützung der Konversion, genauer gesagt zur Unterstützung des MiK, fließen und den Kolchosen und Sowchosen zugute kommen (*Kuranty* vom 13. 10. 1993).

Die permanente russische Krise verblüffte bislang durch einen schnellen Anstieg der Einnahmen bei starkem Produktionsrückgang und äußerst niedriger Arbeitslosenzahl von etwa 1 Prozent (*Segodnja* vom 2. 11. 1993). Der Rohstoffexport ist nicht zurückgegangen. Rußland muß wirklich sehr reich sein, wenn es so grandiose Wirtschaftsexperimente wie die von Lenin bis zu Jelzin — großangelegte Ausplünderungen und einen verheerenden »Voluntarismus« der Macht — übersteht. Erst bewilligte das russische Parlament den Jahreshaushalt, dann verteilte es mit der Regierung in zweifacher Höhe des Haushalts um die Wette Mittel. Und es störte nicht, daß das zu erwartende Haushaltsdefizit wegen außergewöhnlicher Vorhaben des Parlaments im Jahre 1993 20 Billionen Rubel (das sind 20 Milliarden Dollar) betrug. Die russische Zentralbank hat die Rolle eines Staates im Staat gleich in den ersten Tagen nach dem Präsidentenerlaß zu spielen begonnen, der die Auflösung des Parlaments und die Übergabe seines Eigentums, seiner Geldmittel und seiner Vollmachten an die Regierung verfügte. Noch am 22. und am 27. September 1993 erhielt das ehemalige Parlament von der Zentralbank unter Umgehung des Finanzministeriums 600 Millionen Rubel in bar. Und es waren die beiden Stellvertreter des

Präsidenten der Zentralbank, die an der Vorbereitung jener Verfügung des Obersten Sowjet der Russischen Föderation vom 21. September teilgenommen hatten, welche eine Einstellung der Finanzierung der Exekutive zum Inhalt hatte. Es scheint, als verfüge die Zentralbank über eigene Billionen aus Zinsen (*Segodnja* vom 30. 10. 1993), die die Bank beim Transfer fremder Gelder durch verzögerte Auszahlung etc. »verdient« hat. Das wäre genauso unsinnig, als würden die Druckereien, in denen das Geld gedruckt wird, Inkassobüros oder die Steuerfahndung Bankgeschäfte tätigen. Die russische Presse hat bereits darüber berichtet, daß die westliche Firma *Coopers & Lybrand* die Zentralbank über viele Monate einer Revision unterzogen und »einen hohen Prozentsatz an ungeklärten Posten« aufgedeckt habe.

Die Zentralbank sollte kein gewinnorientiertes Unternehmen sein. Dann entfielen die Notwendigkeit, 1400 Geschäftsstellen zu kontrollieren. Die Zentralbank torpediert die Umstellung auf ein internationales Abrechnungssystem. Jahrelang hat sie niemandem Rechenschaft über ihre Geschäfte und über ihre Bilanzen abgelegt. Der Berater des Regierungschefs A. Illarionow gab der Presse eine gewisse Vorstellung von den Größenordnungen jener Bargeldsummen, die von der Statistik unberücksichtigt geblieben sind, und stellte exakte Berechnungen an, nach denen die Zahl der eingezogenen alten Rubel (zusammen mit den in den Ländern der ehemaligen UdSSR verbliebenen) infolge der Geldreform vom 26. Juli 1993 die Zahl der von der Staatsbank der UdSSR und der russischen Zentralbank von 1961 bis zum Juli 1993 ermittelten Noten um 2,6 bis 2,8 Billionen übersteigt. Diese unregistrierten, nicht gefälschten, von der Staatsbank emittierten Rubel mit dem Staatswappen bezeichnete A. Illarionow als die »schwarze Kasse«, aus der die Zentralbank die eine oder andere geheime Maßnahme finanziert habe. Es wäre interessant zu erfahren, wohin diese Gelder geflossen sind.

Im Sommer 1993 hatte Geraschtschenko den Geldumtausch mit großem Aufwand durchgezogen. Bedingt durch die zwanzigprozentige Inflationsrate, durch die Lähmung des Wirtschaftslebens während der Umtauschaktion, durch den Preisanstieg aufgrund der überhitzten Nachfrage nach allen Waren und durch die Schwemme alter Rubelnoten in Höhe von 1,2 Billionen aus den GUS-Ländern, die

gegen neue Scheine umgetauscht werden sollten, gingen der russischen Volkswirtschaft viele Billionen Rubel verloren. »Weihnachten steht vor der Tür, und die Moskauer Zufahrtsstraßen sind mit Lastwagen verstopft, die mit Bündeln alter Geldscheine beladen sind«, schreibt das Mitglied der Geschäftsführung der Tokobank, Boris Ser-gejew, in der Zeitung *Rossija* (Rußland) am 8. 12. 1993. Nach und nach wurden die alten Geldscheine gegen neue eingetauscht. Nicht alle hatten dabei so geschickt vorgesorgt wie die Chinesen, die bereits im Sommer ein Transportflugzeug mit alten Rubelscheinen nach Rußland geschickt hatten. Durch diese Maßnahme der Zentralbank ist die GUS-Rubelzone jedenfalls auf einen Schlag auseinandergebrochen. Die Geschwindigkeit, mit der dann Ende 1993 die nationalen Währungen eingeführt wurden, hing einzig und allein von den technischen Möglichkeiten beim Drucken neuer Banknoten ab. Dutzende von Flugzeugen, Güterzügen und Lastwagen, beladen mit alten sowjetischen Geldscheinen wurden ungeachtet der Zollschränken nach Rußland geschickt. Militärangehörige aus den entlegensten Garnisonen kamen, um alte Scheine umzutauschen. Die GUS-Staaten bestanden außerdem darauf, mit ihrem alten Geld Waren und Rohstoffe bezahlen zu können.

Die Zentralbank könnte, wenn sie wollte, mit ihren Milliarden Dollar-Reserven den Rubelkurs stützen, statt den Devisenspekulanten zuliebe den Kurs zu manipulieren und der Regierung damit in den Rücken zu fallen. Seit dem 1. Januar 1994 ist es in Rußland verboten, mit Dollars zu bezahlen. Weil aber der Rubelkurs jeden Tag schwankt und das Risiko, Geld zu verlieren, ungeheuer groß ist, stimuliert diese Maßnahme nur die Kapitalflucht ins Ausland.

Angesichts des Tohuwabohus, das in den Moskauer Zentren der Macht herrscht, meint die Nomenklatura außerhalb der Hauptstadt, sie könne sich alles erlauben. In Rußland ist es Mode geworden, die Rechnungen für Waren und Dienstleistungen nicht mehr zu begleichen (natürlich nicht an der Ladenkasse, wo erwischte Diebe gleich Prügel beziehen). Am 1. Oktober 1993 beliefen sich solche überfälligen Zahlungsrückstände aus Darlehen auf sieben Billionen Rubel (umgerechnet sieben Milliarden Dollar). Weder das Parlament noch die Zentralbank, noch die Regierung haben sich um die Schaffung eines

effektiven Clearing-Systems innerhalb Rußlands oder zusammen mit den GUS-Ländern bemüht. Der Anteil dieser nicht eingehaltenen Zahlungsverpflichtungen betrug 1992 fast 45 Prozent des Bruttosozialprodukts, 1993 waren es immerhin noch 18 bis 20 Prozent. Im Jahre 1994 wird es endlich möglich sein, überfällige Zahlungsverpflichtungen in Wechsel umzuwandeln (*Segodnja* vom 23. 10. 1993).

Im Herbst 1993 stellte sich auch heraus, daß die Regierung säumige Steuern und Zahlungen von Unternehmen und Unternehmern in Höhe von mindestens drei Billionen Rubel zu bekommen hatte (*Kommersant daily* vom 29. 10. 1993). Die Verbraucher schuldeten darüber hinaus den Heiz- und Energieversorgungsanlagen vier Billionen Rubel. Von dieser Summe war eine Billion für Bergleute vorgesehen. Der Staat hat allerdings den Bergleuten bis zum 1. Dezember 1993 die versprochene halbe Billion Subventionen nicht gezahlt. Im Dezember 1993 warteten auch die streikenden Gasversorgungswerke *Gasprom* vergeblich auf die Zahlung einer Billion für Gaslieferungen an die Ukraine sowie auf eine Billion Rubel aus der Republik Weißrußland.

Bis zur Einführung von eigenen nationalen Währungen waren die GUS-Staaten von Rußland ohne Gegenleistung mit Bargeld versorgt worden. Ein Drittel aller Banknoten und Münzen hatte Rußland für die GUS-Länder vorgesehen (d. h. ungefähr 1,5 Billionen Rubel in bar allein in den ersten sieben Monaten des Jahres 1993). Gleichzeitig versuchte Rußland, von Alma-Ata und Taschkent Goldreserven oder Kredite zu einem marktgerechten Jahreszinssatz von 200 Prozent als Sicherheit für das gelieferte Bargeld zu erhalten. Die Usbeken und Kasachen führten daraufhin entrüstet ihre eigenen Währungen ein. Bei der russischen Zentralbank verblieben nur noch die Armenier (mit alten Rubeln) und die Tadschiken (mit neuen Rubeln). Hinzu kam, daß der Kreml die Regierungen der Länder Mittelasiens und Kasachstans immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt hatte. Als die UdSSR auseinanderfiel, waren diese Republiken nicht konsultiert worden. Als in Rußland der Rubelumtausch vorgenommen wurde und die Rubelzone entsprechend den Wünschen Moskaus geschaffen werden sollte, wurden sie ebenfalls nicht nach ihrer Meinung gefragt. Der Anteil der Schuld von Parlamentspräsident Chasbulatow und dem

Banker Geraschtschenko am Auseinanderbrechen der GUS wird deshalb noch zu klären sein. Es ist sicherlich richtig, daß die russische Wirtschaft den anderen GUS-Ländern zwei Jahre voraus ist — ungeachtet der Tatsache, daß die wenig durchdachte Politik gegenüber den neuen Staaten und die Machtinstinkte Rußlands das Land astronomische Summen gekostet haben.

Die russische Politik rechtfertigt sich damit, daß in den GUS-Ländern, in denen 25 Millionen russischer Landsleute »ihrem Schicksal überlassen sind«, Druck ausgeübt werde. Es scheint nicht mehr viel zu fehlen, bis die Russen massenweise nicht nur Tschetschenien, sondern auch Tatarstan verlassen. In Ermangelung von Bargeld hat Tatarstan bereits Wechsel als Ersatz für russische Banknoten eingeführt — was den Interessen der russischen Zentralbank zuwiderläuft (*Kommersant daily* vom 10. 9. 1993). Der oben bereits erwähnte Berater A. Illarionow (Leiter der Gruppe für Analysen und Planung des Vorsitzenden des Ministerrats der Russischen Föderation) schätzt, daß die »brüderliche« Hilfe der Zentralbank an die ehemaligen sowjetischen Republiken 1992 umgerechnet sieben Milliarden Dollar betragen habe — der realen Kaufkraft nach sogar 74 Milliarden Dollar (*Iswestija* vom 16. 9. 1993). Die Kreditvergabe an die Republiken hat in Rußland zu einer Inflationsrate von 25 Prozent geführt, glaubt Illarionow. Für das Geld, das Rußland in die GUS-Länder gepumpt hat, hätte man den Umzug aller russischen Landsleute in die Russische Föderation finanzieren können.

Zu den unbestrittenen Favoriten der Führungsetage der Zentralbank gehören, wie Illarionow schreibt, Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan. Die gesamte unentgeltliche Hilfeleistung Rußlands an diese Staaten beträgt 45 bis 70 Prozent des nationalen Bruttosozialprodukts; das ist eine weltweit einmalige Größenordnung. Sie entspricht ungefähr der Summe aller Gehälter in diesen Republiken, die von starken kommunistischen Führern regiert werden. Nach Illarionows Berechnungen wurden in den ersten sieben Monaten des Jahres 1993 2,3 Billionen Rubel von der Zentralbank aus Rußland in die neuen Republiken gepumpt. Das entspricht 3 Milliarden Dollar nach dem offiziellen Kurs oder 21 Milliarden Dollar entsprechend der Kaufkraft für geliefertes Holz, Erdöl und Elektroenergie.

»Wir sind einfach verrückt geworden«, umriß der russische Vizepremier und Finanzminister Fjodorow die Außenpolitik der Russischen Föderation (*Literaturnaja gaseta* vom 8. 9. 1993). Sogar wenn wir die Berechnungen Illarionows beiseite lassen, zeichnet sich ein unerfreuliches Bild ab. Zwei Jahre lang kam das unabhängige Rußland — genau wie die sanft entschlafene Sowjetunion — für alle Staatsausgaben auf, allerdings mit dem Unterschied, daß Moskau aus den ehemaligen Republiken keine Steuergelder mehr erhält. Das Ende des kalten Krieges hat außerdem zu einem kalten Bürgerkrieg nicht nur in der GUS, sondern auch innerhalb Rußlands geführt. Der Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Obersten Sowjet hat zu unkontrollierter Veruntreuung der Staatskasse geführt. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die Zentralbank zweifach Buch führt und der Chef höchstpersönlich Kredite und Subventionen verteilt — Billionen Rubel (das sind Milliarden Dollar) des Volksvermögens versickern ohne jeden Nutzen für Rußland. Der russische Finanzminister B. Fjodorow war außer sich. Doch allmählich ist allen klargeworden, daß der Oberste Sowjet, die Regierung und der Präsident zusammen nicht mehr Einfluß haben als dieser »Herkules« an der Spitze (wie Geraschtschenko intern genannt wird), der darauf bedacht ist, die Interessen der wahren Kapitaleigner, der obersten Führungsetage von KPdSU und KGB, wahrzunehmen.

Das Unglück des heutigen Rußlands und der ehemaligen UdSSR sind nicht fehlende Finanzmittel, sondern die vorsätzliche und systematische Verletzung von Gesetz und Moral. In den Zeiten von Stalin bis Gorbatschow wurden der Skrupellosigkeit der Behörden durch eine gewisse »kommunistische Moral« Zügel angelegt. 1992 und 1993 wurde das rechtliche und ideologische Vakuum schnell durch eine ungeheure Maßlosigkeit aufgefüllt. Das wurde auch jenseits der russischen Grenzen ruchbar. Iran und Libyen haben folglich erklärt, daß sie Rußland nicht als Nachfolger der Sowjetunion anerkennen und deshalb ihre Schulden nicht zurückzahlen würden.

Wer traut unserem Staat noch, nachdem er eine Goldanleihe über eine Billion Rubel aufgelegt hat, dafür aber nur 100 Tonnen Gold als Deckung hinterlegen kann. Wer würde auch nur einen einzigen Dollar einer Regierung anvertrauen, die im September 1993 erklärt, daß sie

für die von ihr 1991 eingefrorenen, frei konvertierbaren Devisen auf den Konten der Außenwirtschaftsbank drei Prozent Jahreszins zahlen werde? Dieses Angebot spottet jeder Beschreibung, da alle wissen, daß man 1991 für einen Dollar eine Hotelübernachtung mit Vollpension erhielt, 1993 aber nur noch ein Glas Bier. Und wie wird es in 15 Jahren um die Kaufkraft des Dollars bestellt sein, wenn jene Milliarden Dollar, die der Staat sich widerrechtlich angeeignet hat, endlich freigegeben werden?

Was geht in den Köpfen der Verantwortlichen vor, wenn sie im Dezember 1993 Millionen von potentiellen Sparern empfehlen, ihre Rubelersparnisse zu 180 Prozent Jahreszins anzulegen, wohl wissend, daß die Inflationsrate 500 Prozent im Jahr beträgt? Faktisch haben die Sparer am 1. Januar 1992 ihre Spareinlagen verloren. Man könnte diesen Geschädigten Grundstücke mit zeitlich unbegrenzter Nutzung und Verkaufsrecht geben! Stattdessen wurde unter Jelzin beschlossen, das Volk mit den sogenannten »Vouchern«, den Privatisierungscoupons, zu besänftigen. Jeder russische Bürger, einschließlich der Säuglinge, erhielt unentgeltlich einen Voucher, für den er Unternehmensaktien erwerben konnte. Viele kauften im Vertrauen auf diese Möglichkeiten noch weitere Voucher dazu (der Marktpreis schwankte zwischen 10 bis 20 Dollar) und erwarben Aktien von zu privatisierenden Unternehmen. Sie wurden Aktionäre und Eigentümer des vom Staat erworbenen Anteils eines Unternehmens, einer Kolchose oder einer Erdölraffinerie. Doch Mitte 1993, als mehr als die Hälfte der Russen ihre Voucher schon in Umlauf gebracht und Aktien erworben hatten, hieß es im Parlament, in der Regierung und im Moskauer Bürgermeisteramt immer häufiger, daß das gesamte Privatisierungssystem geändert werden müsse: Die falschen Leute hätten zu den falschen Preisen alles aufgekauft et cetera. Bedeutet dies, daß der Staat schon wieder einmal plant, alles umzukrempeln und alle hinters Licht zu führen?

Es kommt hinzu, daß sich die Gerichte in Moskau, in Wolgograd und andernorts (die Kampagne beginnt ja gerade erst) der Klagen von Millionen Inhabern von Privatisierungscoupons kaum erwehren können, die von Maklern der sogenannten *Investmentfonds* übers Ohr gehauen wurden. Das russische *Selling House*, gegen dessen Chef viele Bürger

schon gerichtlich vorgegangen sind und der sich längst aus dem Staub gemacht hat, wird allabendlich in einem Fernsehclip angepriesen. Diese Ausbeutung vertrauensseliger Bürger läuft vor den Augen und unter Vorschubleistung der Banken, der Miliz und der lokalen Behörden nach einem einfachen Muster ab: Die Geschäftsleute versprechen in der Presse und im Fernsehen hohe Dividenden und angeblich solide Garantien, und die schlichten Gemüter überlassen ihnen dann im Vertrauen auf Zeitungen und Fernsehen die Voucher.

Dann arbeitet ein Investmentboß etwa ein Jahr, zahlt den neuen Aktieninhabern den ihnen zustehenden Gewinn pünktlich aus, kassiert daneben so viele Voucher wie möglich ein und erklärt sich dann für bankrott. Die Verantwortlichen zerstreuen sich in alle Winde, und die Miliz, die ihren Anteil heimlich bekommen hat, ringt erstaunt die Hände. In einer solchen Situation ist es sinnlos, vor Gericht zu ziehen. Dreihunderttausend Moskauer haben am 17. November 1993 an einer Protestdemonstration vor dem Gebäude des (ehemaligen) Mos-sowjets teilgenommen. (Dort befindet sich jetzt der Amtssitz des Bürgermeister.) Sie waren von fünf Mitarbeitern der Aktiengesellschaft *Technitscheski progress* (Technischer Fortschritt) betrogen worden. Aber wie hätte der Staat den Inhabern der verlorenen Voucher helfen können?

Auf welche Art und Weise profitieren Voucherinhaber von der Privatisierung? Der Couponinhaber wird Mitglied einer Art Kolchose, in der 40 Prozent der Aktien des Unternehmens dem Arbeitskollektiv, 40 Prozent dem Staat und 20 Prozent dem Direktor gehören. Natürlich trägt — genau wie in einer ehemaligen Kolchose — in einem solchen Unternehmen niemand die Verantwortung, und Investitionen für die Modernisierung des Unternehmens sind nicht möglich.

Der unglaubliche Zynismus der gegenwärtigen Politik des Kreml besteht darin, daß in erster Linie unrentable Kolchosen und Unternehmen des MiK privatisiert werden sollen, die den Aktionären nichts als Verluste einbringen werden. Von der derzeitigen Privatisierung profitieren die Direktoren und ihre engsten Mitarbeiter, doch die Mehrheit der Bevölkerung (Soldaten, Rentner, Pensionäre und die einfachen Angestellten) geht leer aus und steht ohne Sparguthaben da. Aus

diesem Grunde wurde Schirinowski gewählt — einfach um dem Kreml eins auszuwischen. Als Politclown ist er ganz interessant. Er bringt seine Zuhörer sogar zum Lachen. Immerhin ist er bislang noch nie mit den Fingern in der Ladenkasse erwischt worden.

Warum hat die Partei dieses Marktschreiers (sie bekam 24 Prozent der Wählerstimmen bei den Parlamentswahlen im Dezember 1993) die Partei der Demokraten (14 Prozent) so vernichtend geschlagen? Man muß sich nur daran erinnern, daß 300 Milliarden Rubel auf den Sparbüchern der UdSSR verlorengegangen waren und nie wieder auftauchten oder zurückerstattet wurden. Die betrogenen Sparer haben lange gewartet, daß man ihnen, wenn schon nicht Bargeld, Waren oder Grundstücke, vielleicht Aktien von privatisierten Unternehmen als Ausgleich anbieten würde. Stattdessen erfuhren sie aus der Zeitung (*Iswestija* vom 29. 10. 1993), daß im Ausland 300 Milliarden Dollar aus russischen Quellen versteckt sind.

Im Herbst 1993 haben die Handelsbanken in Rußland das Monopol auf die Durchführung von Finanzoperationen auf dem Territorium unseres Landes verloren. Die *BNP* (Frankreich), *Dresdner Bank* (Deutschland) und die *Credit Lyonnais* (Frankreich) nahmen den Dienst am russischen Anleger in ihren prächtig ausgestatteten Filialen auf. Ein paar Dutzend weiterer westlicher Banken, die durch den Ukas von Präsident Jelzin vom 7. Oktober 1993 neuen Mut gefaßt hatten, mieteten Räume für ihre Filialen, öffneten Schalterhallen und stellten Personal ein. Doch am 17. November ließ derselbe Präsident die bereits von der Zentralbank vergebenen Lizenzen wieder für zwei Jahre einfrieren, nachdem die ausländischen Banken am 17. November gerade mit ihren Dienstleistungen für russische Kunden in ihren Filialen begonnen hatten. Drei der genannten ausländischen Banken hielten durch, die anderen hatten das Nachsehen und enorme Verluste. Daran zeigt sich deutlich, daß unsere Regierung nicht weiß, was sie sagt: Heute gibt sie ein Versprechen, um es morgen zurückzunehmen. Wer wird uns danach noch etwas glauben?

So oder so — das Hin und Her um die Zulassung ausländischer Banken hat gezeigt, welche politische Macht die Handelsbanken in Rußland haben. »Wirtschaftliche Dummheit ist schlimmer als jeder

Panzer«, so lautete die Überschrift eines Artikels, den das Mitglied der Geschäftsführung der *Tokobank*, Boris Sergejew, in der Zeitung *Ros-sija* am 13. 10. 1993 veröffentlichte. Sergejew glaubt, die Zulassung ausländischer Banken sei der Beginn der Sanierung des russischen Bankensystems, das mit der Mafia in Verbindung stehe. Er ist der Ansicht, daß die Erfahrung und das korrekte Auftreten von soliden westlichen Banken in Rußland der Regenerierung des russischen Bankensystems dienen könnten — die Behörden würden endlich die eingefrorenen Konten freigeben und ihre Machenschaften bei der Kreditvergabe, beim Haushaltsplan und beim Rubelkurs beenden.

2. Ehemalige KGB-Leute an der Spitze neuer Joint ventures

Unter Gorbatschow suchten sich die Parteifunktionäre Posten im Verwaltungsapparat der Exekutive oder in der Wirtschaft. Zehntausende von Offizieren nutzten die Abschaffung des staatlichen Banken- und Außenwirtschaftsmonopols und übernahmen leitende Posten in Gemeinschaftsunternehmen und damit die Kontrolle über den Transfer von Rohstoffen, Waffen und Drogen ins Ausland. Der KGB hat immer schon alle Beziehungen mit dem Ausland kontrolliert. Ende der achtziger Jahre, als das Erbe der KPdSU aufgeteilt wurde, bekam auch der KGB — natürlich unter der Hand — einen ordentlichen Bissen. Die mittleren und höheren Ränge des KGB eigneten sich nicht nur das Gold der Partei an, sondern transferierten astronomisch hohe Gewinne, die sie bei Exportgeschäften auf die Seite gebracht hatten, auf ihre Schweizer Nummernkonten.

Jedes bedeutendere politische Ereignis auf unserem Planeten wird unverzüglich auf eine mögliche Mitwirkung des russischen Sicherheitsministeriums untersucht. Das geschieht deshalb, weil der ehemalige KGB die ganze Erde als sein Arbeitsgebiet angesehen hat. Die

heutigen Aktivisten des Sicherheitsministeriums verfügen über ein Dossier, ein »Who is Who in Politik und Wirtschaft in Rußland«. Sie unterhalten persönliche Beziehungen zur ehemaligen (und neuen) Nomenklatura und verfügen über unbegrenzte finanzielle Quellen (Geld ist schließlich immer noch das effektivste Mittel und wirksamer als jede Waffe).

Nach dem Putsch im August 1991 ist der KGB umbenannt und in verschiedene Ressorts aufgeteilt worden. Jetzt gibt es das *SWP* (die Auslandsabwehr), *FAPSI* (die Nachrichtendienste der Regierung), die *Grenzgruppen*, den *Sicherheitsdienst für hohe Staatsbeamte*, Spezialtruppen und das *Ministerium für Sicherheit*. Nach der Meuterei vom Oktober 1993 wurde das Ministerium noch einmal in mehrere Unterabteilungen für den Kampf gegen Schmuggel und Korruption, gegen den Terrorismus und gegen Spionage aufgeteilt. Die militärische Spionageabwehr wurde dem Verteidigungsministerium unterstellt, das in unmittelbarer Nähe zum GRU liegt (*Moskowski komsomolez* vom 14. 10. 1993). Aber auch wenn eine derartige Reorganisation zu Ende geführt werden würde, wird doch beim derzeitigen Stand der Dinge in Rußland, da die gesamte ehemalige kommunistische Nomenklatura weiterhin Schlüsselpositionen im politischen Leben einnimmt (ausgetauscht wurden nur ein paar hundert Personen, die im Rampenlicht standen), das Verhältnis zwischen Zehntausenden ehemaliger KGB-Offiziere, Hunderttausenden ehemaliger Untersuchungshäftlinge und Denunzianten das politische Klima in Rußland bestimmen. Wieviele Denunzianten gab es in der ehemaligen DDR? Jeder dritte Erwachsene zählte dazu. Weniger werden es bei uns auch nicht gewesen sein.

Die Nomenklatura aller Ränge und Schattierungen hat sich schon so sehr an Spitzeldienste gewöhnt, daß sie sich ein Leben ohne sie gar nicht mehr vorstellen kann. Die Ergebnisse des Oktoberputsches hätten die russische Gesellschaft davon überzeugen müssen, daß es sinnlos ist, Gegner mit öffentlichen Beschuldigungen, die sich auf Lauschangriffe, Überwachung und Denunziation gründen, zu überschütten. Nichts ist wirkungsvoller als ein Gerichtsverfahren oder eine Zeitungskampagne.

Das wahre russische Schattenestablishment hat im Oktober 1993 den verschlafenen Langfingern unter den Ministern einen empfindlichen

Schlag versetzt und den überforderten Parlamentspräsidenten sowie seinen unbedarften Stellvertreter durch die starke Mannschaft von Wladimir Schirinowski ersetzt. Die Minister Krjutschkow (KGB) und Barannikow, derer man überdrüssig geworden war, ereilte dasselbe Schicksal. 1991 haben Gorbatschow und zwei Jahre später Jelzin »ihre« Minister aus der Staatssicherheit nach demselben Schema fallen gelassen, und zwar nachdem sie sie zusammen mit allen mißliebigen Generälen und Bürokraten zum Putsch aufgestachelt hatten. Nur so können die ehemaligen Sekretäre der Gebietskomitees mit dem KGB abrechnen, auf eine andere Weise gelingt es ihnen nicht. So ein barbarisches Land ist unser Rußland.

Nachdem die Nomenklatura den Sieg der Partei Schirinowskis bei den Parlamentswahlen im Dezember 1993 finanziert hatte, warnte sie die Russen eindringlich: Wenn Ihr Euch quer stellt, wird es Euch wie den Kaukasusvölkern gehen. Ihr werdet wie jene mit einem Dollar im Monat auskommen müssen, und die Jahre der kommunistischen Herrschaft werden Euch wie das Goldene Zeitalter ohne Kriege vorkommen, als es noch warm und von allem genug vorhanden war. Schirinowski hat übrigens schon in der Zeit der Perestroika von Tribünen Reden gehalten, zu denen man ohne Einwilligung des allmächtigen KGB gar nicht zugelassen wurde. Die russischen Banken haben ein großes Interesse an der antiwestlichen Politik Schirinowskis, da sie die Hoffnung haben, durch die Vergabe von Dollarkrediten zu einem Zinssatz von 50 Prozent im Monat (im Westen einfach undenkbar) weiterhin gut zu verdienen.

Nachdem klar war, daß die Führung des Obersten Sowjet nicht in der Lage sein würde, die Republiken, Kreise und Gebiete davon abzuhalten, eigene unabhängige Staaten zu gründen, wurde er in die Wüste geschickt. Das geschah ganz bewußt auf brutale Art und mit vielen Opfern. Man hätte ohne weiteres durch den Einsatz von Tränengas den Tod von einigen hundert Menschen verhindern können. Der Kreml aber hat es im Oktober 1993 vorgezogen, den potentiellen Rebellen eine blutige Lehre zu erteilen, genauso wie den Aufständischen in Moldawien, Tadschikistan, Georgien, Aserbaidschan, Lettland und Litauen.

Chasbulatow und Ruzkoi wurden von ihren eigenen Beratern aus dem allgegenwärtigen KGB über das Ausmaß der Unterstützung in Moskau und in den Regionen nicht gut informiert. Diese Berater hatten faschistoide Jugendliche aus verschiedenen Städten und kampferprobte Kämpfer aus dem Dnjestrgebiet und Abchasien zum Weißen Haus geschickt. Der Parlamentspräsident und sein Stellvertreter hätten noch an dem Tag, als das Parlament offiziell von Präsident Jelzin aufgelöst wurde, ihren Sieg feiern können. Wenn diese beiden so einsichtig gewesen wären, das Weiße Haus ohne großes Blutvergießen friedlich zu verlassen und in aller Ruhe irgendwo in Rußland ihre Zelte aufgeschlagen hätten, dann hätten sie im Namen der regionalen Regierungen dem Kreml ihre Bedingungen diktieren können. Jelzin hat für seinen Sieg über das Parlament einen (relativ) hohen Blutzoll zahlen müssen. Er verdankt ihn der Neutralität (oder der Untätigkeit) des Sicherheits- und Innenministeriums.

Von den entsprechenden Ministerien bekam der Präsident kilowise geheime Informationen von so geringer Aussagekraft, daß nach dem Oktoberputsch von 1993 der Leiter des Informationsdienstes und Chefanalytiker Jelzins, Professor Anatoli Rakitow, sich daran machte, ein »System der analytischen Dienste beim Präsidenten« für alle Regionen Rußlands zu schaffen (*Megapolis-Express* vom 3. 11. 1993). Wir brauchen jedoch mindestens 90 solcher Informationsdienste, die nicht in Abhängigkeit von den örtlichen Behörden stehen dürfen und mit der allermodernsten Technik ausgestattet sein müssen, um einen Bürgerkrieg abzuwenden und wahrheitsgetreue Informationen zu bekommen. In 43 Kreisen und Gebieten ist allerdings schon eine derartige Unterabteilung eingerichtet worden.

Das hilft aber kaum weiter. Die gegenwärtig in Rußland herrschende Kriminalität ist noch in der alten totalitären Gesellschaft entstanden. Das betrifft auch die kriminellen Elemente aus der Provinz, die ebenso korrupt wie mächtig waren. Nach Stalin ist es noch niemandem gelungen, von den örtlichen Behörden, über welche Kanäle auch immer, objektive Informationen zu erhalten. Presse, KGB, Armee und KPdSU versorgten aus reinem Selbsterhaltungstrieb das Zentrum in Moskau mit verschiedenen Varianten ein und derselben Falschmeldung der örtlichen Behörden. Was wir brauchen, sind unabhängige

Massenmedien, die über eigene Finanzmittel verfügen, überregionale russische Zeitungen und Fernsehstationen. Wir brauchen einen Team-Journalismus. Das heißt, ein Artikel wird vom Lokalreporter, den Korrespondenten der Außenredaktionen, dem Redakteur und dem Archivar in der Moskauer Redaktion gemeinsam angefertigt. Wir brauchen weder staatliche Fernsehgesellschaften noch staatliche Zeitungen, da sie uns nicht vor Unbildung, Lüge und Korruption bewahren.

Nach Ansicht des für Moskau und Umgebung zuständigen Leiters des russischen Sicherheitsministeriums, Jewgeni Sewostjanow, »sind 60 Prozent der Zeitungsartikel und Fernsehübertragungen Auftragsarbeiten (aus der Verbrecherwelt, G. W.), und wehe dem, der da nicht mitmacht!« (*Megapolis-Express* vom 8. 9. 1993). In der Zeitung *Nesawissimaja gaseta* vom 31. 7. 1993 erschien ein ausführlicher Artikel unter der Überschrift »Die staatlichen Fernsehgesellschaften Rußlands sind heutzutage von Mafiaelementen durchsetzt«. Darin wurde Jegor Jakowlew zitiert, der häufig beklagt hatte, daß in der von ihm geleiteten Fernsehstation *Ostankino* 80 Prozent der Mittel gestohlen würden. Das staatliche Fernsehen sei schon vor langer Zeit klammheimlich von Unternehmen aufgekauft worden, schreibt A. Minkin von der Zeitung *Moskowski kom-somolez* am 30. 10. 1993. Das russische Fernsehen ist von Schmiergeldern, versteckter und direkter Werbung völlig erdrückt worden. Daher ist es besser, wenn nicht der Steuerzahler diese geistige Verkrüppelung auf dem Bildschirm finanziert. Die Banken selber, zum Beispiel *Most*, *Stolitschny* und *Nazionalny kredit*, haben sich zusammengeschlossen, um den Kauf und den Betrieb des vierten russischen Kanals, der bislang ein armseliges Dasein fristet, zu forcieren. Die Leitung dieser unabhängigen TV-Station der Banken erwartet keine Schmiergelder für Nahrung und Kleidung von den Auftraggebern für Werbesendungen. Sie wird einem regulären Arbeitgeber und nicht dem KGB unterstehen, der das Zentrale Fernsehen immer als seine Filiale betrachtet hat.

In Rußland ist das Zeitalter der Presse zu Ende gegangen. Nur 1 bis 1,5 Prozent der Russen (statt 80 Prozent vor fünf Jahren) halten sich noch eine Zeitung oder Zeitschrift, da diese unerschwinglich teuer geworden sind. Die Fernsehprogramme sind mit ein bis zwei Kanälen für das ganze

Land dünn gesät. Bücher werden wegen der allgemeinen Teuerung kaum gekauft. Wie in alten Zeiten greift man wieder auf die kostenlosen Programme westlicher Radiosender zurück. Der russischsprachige Radiosender *Swoboda* (Radio Liberty), *BBC*, die *Deutsche Welle* und *Voice of America*. Die Amerikaner haben uns die unschätzbare Möglichkeit gegeben, auf russisch die Zeitung *My/we* und die *New York Times* zu lesen. Könnten die Deutschen und die Franzosen nicht etwas Ähnliches aufziehen?

Auch die Journalisten der zentralen Moskauer Verlage haben am eigenen Leibe die massive Bevormundung durch den KGB erfahren. Sie mußten feststellen, daß es auch heute noch einfach unmöglich ist, bestimmte Informationen zu veröffentlichen.

Memoiren Dutzender Mitglieder des Politbüros und führender KGB-Mitarbeiter erscheinen auf dem Büchermarkt, aber die *Autobiographie* von Andrei Sacharow oder andere seiner Arbeiten werden totgeschwiegen. Da die Journalisten sich nicht mit dem MiK anlegen wollen, hört man in Rußland beispielsweise nichts darüber, daß die USA den Bau von Kernkraftwerken (zu gefährlich) und eines gigantischen Elementarteilchenbeschleunigers (zu teuer) abgeblasen haben. Und deshalb können eine Reihe vom Ministerium für Atomenergie bezahlte Moskauer Journalisten die Öffentlichkeit leicht davon überzeugen, daß wir unsere Rubel für einige Atommeiler vom Typ Tschernobyl und für neue Beschleuniger lockermachen müssen.

Es ist auch kein Zufall, daß während des Oktoberputsches 1993 soviele Journalisten ums Leben kamen und Dutzende von der Miliz oder den OMON-Kräften verprügelt worden sind. Die Russen haben tatsächlich keinerlei Information darüber, was sich in den Regionen Rußlands, in den neuen angrenzenden Republiken und in den Ländern Osteuropas tut. Bei uns gibt es noch keine Zeitung, die dem *Figaro*, der *Times* oder der *Washington Post* vergleichbar wäre, auch wenn die *Iswestija* keine schlechte Zeitung ist. Erst nach dem Putsch vom Oktober erfuhren wir, daß der KGB vor unserer Nase in Moskau und in Krasnojarsk Trupps aus Hunderten junger Kämpfer mit Hakenkreuzen auf schwarzen Hemden herangezogen hat und daß irgendwer die Kosaken im Süden Rußlands und in Sibirien ständig mit Waffen versorgt (*Trud* vom 12. 12. 1993). Die »braune« Bewegung aus

Krasnojarsk wurde 1992 ganz offen von KGB-General Sterlingow unterstützt. Nach seinem Besuch vermittelte die lokale Parteiorganisation der *Russischen Nationalen Einheit* gegen gute Bezahlung die Vergabe eines Bankkredits an einen Unternehmer. Anschließend widmete sie sich der Aufgabe, ihn vor Schutzgelderpressern und der Steuerfahndung (die sich fast vollständig aus Tschekisten zusammensetzt) zu beschützen. Dieses Engagement der *Russischen Nationalen Einheit* (RNE) wurde im Kreis Krasnojarsk wohlwollend von der Presse und dem regionalen staatlichen Fernsehen kommentiert. Die RNE erwarb Zeitungen und gründete in verschiedenen Städten Untergruppen und Zentren für die Ausbildung von Kämpfern, die von der RNE eine Vergütung erhalten, die sich sehen lassen kann. Die RNE hat soviel Zulauf bekommen, daß sie bereits ethnische Säuberungen mit der Parole »Nicht-russen raus aus Sibirien!« oder Protestkampagnen gegen den »Zionisten« Jelzin und die »Okkupationsregierung« der Demokraten im Kreml und dergleichen mehr durchzuführen beginnt. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Miliz und das Ministerium für Sicherheit ignorieren diese Aktivitäten der RNE und zeigen keinerlei Reaktion.

Und wie sieht es mit der *Front der nationalen Rettung* aus, die aus einstigen KGB-Funktionären, ehemaligen armenischen Politarbeitern und alten und neuen kommunistischen Führern besteht? Während des Afghanistankrieges wurde bei uns eine besondere Spezies professioneller Killer ausgebildet. Deren Rolle haben inzwischen die Verbrecherwelt, die *Front der Nationalen Rettung* und die *Russische Nationale Einheit* sowie die Armee mit ihren Marodeuren und Söldnern, Waffen- und Drogenhändlern übernommen. Ruzkoi, der seinen Orden *Held der Sowjetunion* für die Bombardierung von afghanischen Dörfern bekommen hat, verbündete sich mit Barkaschow von der RNE und Terechow vom Offiziersverband. Hunderte von Kämpfern der beiden letztgenannten Verbände haben im Oktober 1993 eine Reihe von Menschen vor dem Weißen Haus und an anderen Plätzen in Moskau erschossen und das Gebäude der militärischen Abwehr, das Stabsquartier der vereinigten GUS-Streitkräfte, drei Telefonämter, das Fernsehzentrum *Ostankino*, den Amtssitz des Bürgermeisters von Moskau, das Gebäude der Nachrichtenagentur TASS und das Zollamt gestürmt.

VII. Die SS-Trupps des Systems

Das Sicherheitsministerium sieht das alles und wahrt Stillschweigen. Hunderte von Mitarbeitern der »aktiven Reserve« sitzen in allen Behördenkorridoren Moskaus und der Regionen. Wenn man sie nach den Gründen für ihre Duldsamkeit gegenüber den »Braunen« fragt, beginnen sie, langatmig zu erklären, daß die Behörden nichts »Negatives« hören wollen, daß man ihnen neuerdings ohnehin politische Spitzeldienste verboten hätte, daß sie gegenwärtig von allen verleumdet würden und so weiter. Die Mitarbeiter der Sicherheitsdienste haben immer für gutes Geld gearbeitet. Und auch heute arbeiten sie nicht für eine Idee, sondern für denjenigen, der am meisten zahlt.

Heute weiß man, wer Geld hat. Es gibt keine staatliche Organisation, keine Aktiengesellschaft oder Privatfirma in Rußland, die bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter den Posten des Stellvertreters der betreffenden Organisation oder Firma nicht erst einmal wenigstens einem KGB-Oberst (denn die Zahl der Generale reicht nicht für alle Unternehmen aus) anbietet. Für alle findet sich ein Arbeitsplatz, sogar für Fähnriche und einfache Soldaten, die ihren Dienst bei den Grenztruppen oder bei den Sondereinheiten der Armee geleistet haben. Keine Zollbehörde oder Steuerfahndung kann der russischen Erdölgesellschaft *Jukos*, der sechstgrößten der Welt, etwas anhaben, denn als Vizepräsident fungiert dort der ehemalige KGB-Vorsitzende der RSFSR, Wiktor Iwanenko, der später Direktor der Agentur für Sicherheit der Russischen Föderation wurde (aus dem später das Ministerium für Sicherheit hervorging).

Geraschtschenko geizte bekanntlich nicht mit Bargeld für die Putschisten aus den Reihen der Parlamentsabgeordneten. Auf welche Weise aber hat die heldenhafte Tscheka der Regierung den Demokraten zur Seite gestanden? Die einzige Hilfestellung bestand darin, daß J. Sawostjanow, der Leiter der Moskauer Abteilung des Sicherheitsministeriums, den Vertretern der Bewegung *Demokratisches Rußland* den Rat übermitteln ließ, in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1993 ihre Familien besser bei Verwandten zu verstecken (*Iswestija* vom 3. 12. 1993). Das Sicherheitsministerium hatte jedoch die im souveränen Rußland einmalige offizielle Erlaubnis erhalten (in der Praxis hatte sie diese Vollmachten schon immer), ohne Einwilligung

des Staatsanwaltes Abhörmaßnahmen und Observationen durchzuführen. Das Sicherheitsministerium hat in eigener Regie das Gesetz über Staatsgeheimnisse sowie das Archivgesetz konzipiert und im Parlament und im Präsidentenapparat durchgesetzt. Die Kontrolle aller Informationen in Rußland soll also wieder einmal in die Hände der Tschekisten übergehen. Auch die Kontrolle über die gesamte Wirtschaft gehört dazu, genauer, die Kontrolle über die fettesten Pfründe, das Bankgeschäft, den Zoll, das Export-Import-Geschäft, die Steuern, Wirtschaftsvergehen, Waffen- und Drogenhandel. Wieder einmal wird das Land mit eiserner Faust von den gleichen Leuten regiert, auch wenn die ehemaligen KGB-Mitarbeiter nun offiziell im Dienst wichtiger Organisationen in Rußland stehen. Wir haben es mit der Mafia zu tun, Leute, die einander erkennen, auch wenn sie nicht persönlich miteinander bekannt sind und zusammenhalten wie Pech und Schwefel.

Wenn ein Russe einem anderen stolz verkündet: »Ich war Mitglied der KPdSU«, dann hält man ihn für nicht normal. Wenn derselbe ehemalige Sowjetmensch seinem Gesprächspartner aber zu verstehen gibt, daß er Mitarbeiter des KGB, des Innenministeriums oder der GPU gewesen ist, wird sein Gegenüber verstummen und sich auf die Zunge beißen. Jedermann weiß, daß sich in den Sicherheitsorganen nur der risikobereite Abschaum halten konnte. Denunzianten hat keiner gemocht.

General A. Sterlingow wurde Vorsitzender des Exekutivkomitees der *Duma*, der russischen Nationalversammlung (zusätzlich zu seiner Mitgliedschaft in der Front der Nationalen Rettung); er ist das typische Beispiel eines Mitarbeiters der Staatssicherheit, den es zur politischen Macht drängt.

Die »russische« Idee wird von Sterlingow auf eine sehr eigene Weise vertreten, indem er den MiK überschwenglich preist: »Wir verstehen unter der berechtigten Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen unserer russischen Produzenten in erster Linie die Wahrnehmung der Interessen des militärisch-industriellen Komplexes« (*Prawda* vom 8. 9. 1933). Der MiK lebt und schmarotzt auf Kosten des Landes. Und wer kontrolliert, ob die Generaldirektoren der Fabriken des MiK freiwillig von ihren ehemals umfangreichen wirtschaftlichen Vollmachten Abschied nehmen werden? Diese Direktoren werden sowohl

Sterlingow als auch den Kämpfern von der *Russischen Nationalen Einheit* in Krasnojarsk, Petersburg und Moskau jeden Wunsch finanzieren. Schirinowski hat nicht von ungefähr den zentralen Slogan seines Wahlkampfes (»Ich werde die Demontage des MiK nicht zulassen.«) ständig wiederholt und ist daraufhin mit seiner Abgeordnetenliste unter Hurrageschrei ins russische Parlament eingezogen.

Der charmante Generalleutnant Leonid Schebarschin arbeitete nicht wie Sterlingow in der Intendantur, sondern für die Abwehr. Seine anti-westlichen Positionen formuliert er folgendermaßen: Der Westen überschüttet uns mit Krediten und humanitärer Hilfe, kauft unsere Energieressourcen, sperrt uns aber von seinen Märkten aus und lehnt gemeinsame große Wirtschaftsprojekte ab.

Darüber ließe sich streiten. Die Worte Scherbarschins werden von den russischen Patrioten als eisernes Postulat angesehen, mit dem sie auf die Demokraten einschlagen. Wenn man diese starken Worte hört (*Komsomolskaja prawda* vom 9. 9. 1993), muß man annehmen, daß der KGB zusammen mit dem MiK bereit wäre, hundert Milliarden Dollar jährlich auszugeben, um die Weltherrschaft zu erringen (zum Wohle des »großen Rußland«, im Namen der »historischen Mission Rußlands« etc.).

Nach dem Oktoberputsch gab der russische Sicherheitsminister Nikolai Goluschko (ehemals Chef der fünften Abteilung des KGB der UdSSR, die für politische Spitzeldienste und Dissidenten zuständig war) die Besiegten preis, indem er erklärte, er habe Materialien über alle Wirtschaftsunternehmen, die Ruzkoi im September und Oktober 1993 geholfen hätten. Wofür hat Goluschko den Orden für »persönliche Tapferkeit« von Jelzin bekommen? Dafür, daß er sich nicht auf die Seite der Putschisten im Parlament geschlagen hat? Die Leitung des Sicherheitsministeriums hat bekanntlich den Dingen ihren Lauf gelassen, sich überhaupt nicht eingemischt, die Ereignisse beobachtet und abgewartet, wer die Oberhand gewinnen würde, um sich dann dem Sieger anzuschließen!

In Rußland ist die Position der Staatssicherheit mit derjenigen der russisch-orthodoxen Kirche zu allen Zeiten und unter allen Regierungen vergleichbar. Es ist offensichtlich kein Zufall, daß die

obersten Chargen sich aus Personen gleichen Schlages zusammensetzen. Nicht von ungefähr verhielten sich sowohl die Vertreter der Staatssicherheit als auch Patriarch Alexis II. während des Putsches 1993 neutral, zeigten aber offensichtlich keinerlei Sympathie für den Präsidenten. Wenn diese beiden einflußreichen politischen Kräfte in Rußland nicht still und heimlich aufgewiegelt hätten, hätte es überhaupt keinen Putsch gegeben.

Die Organe der Staatssicherheit sind nicht nur in Rußland, sondern in allen GUS-Staaten Herr im Haus. Die Mitarbeiter des KGB aus Mittelasien, Kasachstan, dem Transkaukasus, der Ukraine oder Belorußlands fühlen sich in Rußland zu Hause. Sie gehen mit denjenigen, die in den Republiken zur Opposition gehörten und nach Rußland geflüchtet sind, brutal ins Gericht. Die politische Bespitzelung durch den KGB hat sich also auch im neuen Staatenbund nicht geändert.

Wer hätte gedacht, daß eine ehemalige Sowjetrepublik den Kreml auf Knien bitten würde, in die Gemeinschaft unabhängiger Staaten aufgenommen zu werden? Doch genau das geschieht, wenn die Führung des russischen Sicherheitsministeriums nach der »Arbeit« mit den Aktiven des Sicherheitsdienstes des jungen Staates (Tadschikistan, Georgien, Aserbaidshan etc.) ein abschließendes Urteil gefällt und zugestimmt hat. Selbstverständlich setzen sich die »Aktiven« aus denjenigen zusammen, die die Schule des KGB durchlaufen haben und denen die Leute von der Lubjanka vertrauen. Noch nie waren in unserem Parlament auf den verschiedenen Ebenen so viele leitende Mitarbeiter aus dem Innenministerium, dem KGB und der Staatsanwaltschaft vertreten, berichtete Mitte 1991 Oleg Popzow, der Leiter des russischen Fernsehens und russischer Parlamentsabgeordneter. Das trifft auch noch 1994 zu, und zwar für alle GUS-Staaten. Die KGB-Leute sind so rührig auf Grund ihrer engen Verbindungen zu jenen, die Geld haben: der Nomenklatura, den Geschäftsleuten und den Kriminellen.

Alexander Jakowlew, ehemaliges Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Chefdenker der Perestroika, meinte, die gründliche Untersuchung der Vorgänge um die Abzweigung riesiger volkseigener Geldsummen durch den KGB stünde erst noch bevor (*Trud* vom 23. 2. 1993). Der KGB, sagt er, habe wie ein SS-Stoßtrupp Berge von Leichen

auf dem Gewissen, er habe ein Geheimdossier des ganzen sowjetischen Volkes angefertigt. Eine Auflösung der politischen Polizei ist in Rußland jedoch noch nicht erfolgt. Statt der ehemaligen 16 KGB-Abteilungen gibt es gegenwärtig sogar 20 Abteilungen im neuen Sicherheitsministerium. Allein für die Gehälter der Mitarbeiter des Sicherheitsministeriums forderte Minister Barannikow ab Januar 1992 8,5 Milliarden Rubel zu den damals gültigen Preisen (in den geschlossenen Genossenschaftsläden des Verbraucherimperiums des KGB war der Rubel mehr als ein Dollar wert).

Der KGB ist keine Organisation, die man verbessern oder verschlechtern könnte, schreibt der bekannte Menschenrechtler Lew Timofejew (*Natschalo*, Nr. 32, 1992). Seiner Meinung nach ist der KGB ein gesellschaftlicher Zustand, eine Erkrankung des gesellschaftlichen Bewußtseins. Die Gesellschaft wird erst genesen, wenn der KGB vernichtet ist. Aber der KGB ist am Leben. Nach einer turbulenten Pressekonferenz am 4. Februar 1993, bei welcher der bekannte russische Journalist Sergei Grigorjanz den russischen Geheimdienst schwer beschuldigte, wurde das Telefon in seiner Privatwohnung abgeschaltet. Unter Breschnew und Gorbatschow saß Grigorjanz als politischer Gefangener im Gefängnis, unter Jelzin wurden seine Redaktionsräume kurz und klein geschlagen.

Grigorjanz glaubt, daß Rußland vom Geist des KGB durchdrungen ist. Er hatte im Obersten Sowjet immer das Sagen und setzte die Verabschiedung von Gesetzen mit ihm genehmen Formulierungen durch. Die Vertreter dieser Organisation, sogenannte aktive Reserveoffiziere, sind zu Hunderten auf allen Schlüsselpositionen der Wirtschaft, des Bankwesens, der Behörden, der Presse und des Fernsehens verteilt.

Grigorjanz ist ein äußerst erfahrener Menschenrechtler, und die jahrelange Gefangenschaft hat ihn nicht zu einem verbitterten Kritiker werden lassen. Er hat eine Reihe internationaler Konferenzen zum Thema »Der KGB — gestern, heute und morgen« organisiert und Konferenzbeiträge der besten unter unseren liberalen Vordenkern veröffentlicht. Diese aufrichtigen und mutigen Leute fordern (1) das Verbot der gegen das eigene Volk gerichteten Maßnahmen des Sicherheitsministeriums innerhalb der Grenzen Rußlands, (2) eine gerichtliche Verurteilung

strafrechtlicher Vergehen der Mitarbeiter der Staatssicherheit, (3) ein Verbot für die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, staatliche oder gewählte Ämter zu bekleiden, und (4) die Rückgabe des Archivmaterials über Dissidenten oder Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben an deren Besitzer oder Erben. Grigorjanz hatte den KGB nach erfolglosen langjährigen Versuchen, das ihn betreffende, gesammelte Archivmaterial einschließlich der Manuskripte seines Mitgefangenen in Kolyma, des Schriftstellers Warlam Schalamow, zu bekommen, auf Herausgabe verklagt. Larissa Bogoras hat nicht einmal ein Zehntel des über ihren Mann Anatoli Martschenko gesammelten Materials wiederbekommen. Jelena Bonner wurde eröffnet, daß 500 Bände ihrer Akte mit den Dokumenten, die Andrei Sacharow betrafen, vernichtet worden seien. Das Archivmaterial über Wiktor Nekrassow und tausende anderer sowjetischer Schriftsteller und Künstler ist niemals zurückgegeben worden.

Der Staat wird schwächer, meint Grigorjanz, und die Sicherheitsorgane werden stärker, autonomer und lassen sich immer schlechter lenken (*Rossiskie westi* Nr. 12, 1993). Hunderttausend Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, die über kolossale finanzielle und organisatorische Möglichkeiten verfügen, verließen diese Einrichtungen und organisierten eigene, völlig unkontrollierbare Unternehmungen, meint Grigorjanz. In Rußland sitzen Führungskräfte der Sicherheitsdienste an den Schalthebeln der politischen Macht; im Westen hingegen wäre es undenkbar, daß sie in Regierung oder Parlament ähnlich einflußreiche Positionen einnehmen könnten. Das macht den Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und einem Polizeistaat aus, in dem die Sicherheitsorgane übermächtig sind und alle Bereiche der Gesellschaft durchdringen.

Der KGB hat niemals auch nur ein Jota seines Einflusses auf sämtliche Behörden und Unternehmen Rußlands aufgeben wollen. Überall, wo es um die Kontrolle über Informationen »für dienstliche Zwecke« oder um »Geheiminformationen« ging, waren die Sicherheitsorgane in ihrem Element. Noch der letzte, kaum des Lesens und Schreibens kundige Bürobote irgendeiner KGB-Abteilung konnte mehr Einfluß auf den Lauf der Dinge nehmen als ein Betriebsdirektor oder ein einfacher Ingenieur, da er diese im Prinzip, einen nach dem anderen, hinter Gitter schicken konnte. Für Geheimhaltung wurde

VII. Die SS-Trupps des Systems

gezahlt. Deshalb versuchte jeder Direktor ein militarisches Projekt für seinen Betrieb zu ergattern. Mit einem Geheimhaltungsstempel wurde bisweilen das Projekt nur deshalb versehen, um der Kontrolle der Vorgesetzten oder des Kollektivs zu entgehen. Die Geheimhaltung erlaubte, alles mögliche so abzuschirmen, daß nur ganz wenige Leute Zugang zu den Dienstgeheimnissen der Direktion hatten. Mit Ausnahme des KGB natürlich, mit dessen Mitarbeitern dann jeden Tag konferiert werden mußte.

Durch die Abschirmung unserer nationalen Forschungsinstitute und Unternehmen entstand Rußland ein Schaden in Höhe von 60 Milliarden Rubel jährlich (*Moskowskie nowosti* vom 9. 5. 1993). Hinzu kommen noch 10 Milliarden Rubel, die die UdSSR für die Tätigkeit jener vier Millionen Mitarbeiter ausgeben mußte, die mit der Geheimhaltung von nicht existenten Geheimnissen beschäftigt waren. Wieviele Millionen Menschen sind bei den Geheimdiensten in allen möglichen Sparten beschäftigt! Und unter Jelzin ist nicht ein einziger entlassen worden.

Der russische Geheimdienst ist eine Krebsgeschwulst, an der die Militärindustrie und die Wissenschaft schon jahrzehntelang kranken und die sie erdrückt. 99 Prozent der Staatsgeheimnisse Rußlands sind bloße Fiktion. Sie werden für Nichtstuer und Müßiggänger in den Diensten der Stabsquartiere des KGB in jeder Stadt Rußlands mit großem Aufwand gehütet. Das Dossier über jeden einzelnen Mitarbeiter eines Betriebes wurde mit Hilfe einer Armee von Denunzianten zusammengestellt, die von den Organen mit Reisespesen, Prämien und Beförderungen unterstützt wurden — all das zu Lasten des Unternehmens, bei dem sie beschäftigt waren. Unter dem wachsamen Auge des russischen Geheimdienstes wurden Doktorarbeiten verteidigt, die später niemand mehr gesehen hat; und es wurden echte und fiktive Erfindungen gemacht, von denen niemand etwas wissen durfte und nie etwas an die Öffentlichkeit drang. Und sogar jenes eine Prozent an wirklich geheimen Informationen konnte gegen das übliche geringe Schmiergeld aus »der Schublade« entwendet werden, wie die Zeitschrift *Stoliza* (Nr. 21, 1992) berichtet.

Je mehr Geheimnisse es gibt, desto mehr Geld kosten sie, und desto teurer wird der russische Geheimdienst. Und die Militärbetriebe ziehen

die Konversion in die Länge, da der Generalstab für einen Auftrag fünfmal mehr als ein ziviler Auftraggeber zahlt. Die Militärindustrie wird nur wegen des dichten Schleiers der Geheimhaltung und der Größenordnung der zu erwartenden Zuschüsse für so mächtig gehalten. Der größte Teil aller technischen Neuerungen wird akribisch genau nach westlichem Vorbild kopiert und dann geheimgehalten. Jetzt aber wollen wir all diese Neuerungen an den Westen möglichst billig verkaufen. Der russische Geheimdienst ist eben auch auf dem Gebiet der Außenwirtschaft mit der den Tschekisten eigenen Kompetenz und Gründlichkeit tätig.

Die Redaktion der Zeitschrift *Stoliza* (Nr. 21, 1992) ist nach der Veröffentlichung einer Reihe eigener Untersuchungen über den russischen Geheimdienst davon überzeugt, daß sie einem schrecklichen Staatsgeheimnis auf die Spur gekommen ist: In unserem militärisch-industriellen Komplex gibt es kein qualifiziertes Personal und keine hellen Köpfe, keine Technologien und Ideen, die in der Lage wären, die Wirtschaft Rußlands aus dem Sumpf zu ziehen.

So wie die humanitäre Hilfe nicht ausreicht, um Rußland zu ernähren, so kann man auch nicht mit unter Verschuß gehaltenen Geheimdokumenten eine funktionierende Wirtschaft aufbauen. Das scheitert allein schon am menschlichen Faktor. In den Betrieben der Tschekisten gibt es kaum verlässliche Leute; dort wird nur hektische Betriebsamkeit simuliert.

Das ganze Land ist durch den russischen Geheimdienst in ein einziges umfassendes Geheimarchiv verwandelt worden. Es ähnelt in etwa der ehemaligen Lenin-Bibliothek, der größten Bibliothek der UdSSR und nun auch Rußlands, dessen Hauptkatalog einen unschätzbaren Bücherfundus erschließt, den aber die Leser nicht benutzen dürfen; für sie gibt es einen anderen, in dem jedoch nur jedes zweite Buch aufgeführt ist.

Im Jahr 1993 gibt es bei der russischen Abwehr noch immer eine Abteilung für Desinformation und einen »illegalen« Spionagedienst sowie eine Abteilung für Operationen im Ausland. Hinzugekommen ist der Verkauf von Archivmaterial der Abwehr an den Westen.

Die Zahl der Überläufer aus unseren Sicherheitsorganen, die in die USA abwandern, werden von den amerikanischen Einwander-

ungsbehörden nur noch mit ihren Verordnungen in Schach gehalten. Alles, was unsere Spionageabwehr leistet, hält unter professionellen Gesichtspunkten keiner Prüfung stand. Für uns wäre es im allgemeinen besser, weder eine Armee noch den MiK noch den KGB zu haben. Das würde unsere Verteidigungsfähigkeit in keiner Weise mindern. Über die Effektivität wenigstens eines Gliedes dieses Dreiergespanns in unserer Geschichte zu sprechen, wäre vergebliche Mühe. Millionen von russischen Beamten mit Schulterstücken versuchen zu beweisen, daß sie dem Volk nicht nutzlos auf der Tasche liegen. Dieses Trio verübt jedenfalls mehr Wirtschaftsverbrechen, als es solche aufdeckt. Und machtgerig, wie es ist, wird es keine freiwillig räumen. Im russischen Außenministerium arbeiten zwischen 6000 und 8000 Menschen; für die Spionageabwehr noch einmal doppelt so viele. Zu den »freiwilligen Helfern« der russischen Abwehr gehört darüber hinaus der Personalbestand der offiziellen russischen Kolonien im Ausland. Unsere Dienstreisenden, vom Chauffeur bis zum Journalisten, brauchen nicht nur das Wohlwollen des Botschafters, sondern eher das des im Ausland ansässigen Mitarbeiters der Abwehr, des »Residenten«, wenn sie weiterhin auf Staatskosten ins Ausland fahren wollen.

1993 erlangte das Sicherheitsministerium wieder die Verfügungsgewalt über die Grenztruppen. Das ist eine große Belastung für den Staatshaushalt Rußlands; 62 000 Kilometer der GUS-Grenze müssen gesichert und im Süden und Westen muß eine neue Grenzlinie gezogen werden. Vielleicht werden unsere Leute in beiden Hinsichten großzügig verfahren, denn es wird sich lohnen, etwas zu bauen, und dann die einen durchzulassen und die anderen wieder nicht. Milliarden Dollar der Steuerzahler werden vergeudet werden, Tausende von Soldaten werden ihr Leben lassen, damit unsere Verantwortlichen sich die Taschen vollstopfen können.

Schon über siebzig Jahre lang breiten sich im Zentrum von Moskau die Tscheka, der NKWD, das MGB, der KGB und das jetzige Sicherheitsministerium fast über ein ganzes Stadtviertel aus. Dieses »Tschikago« fordert jetzt weitere 10 000 bis 12 000 Quadratmeter Bürogebäude zusätzlich, obwohl es über die Stadt verteilt fast fünfzig solcher »Tschikago«-Viertel gibt (*Argumenty i fakty*, Nr. 2, 1993). Jelzin hat sich seinen eigenen KGB geschaffen, in dem 20 000 Personen arbeit-

en, und zwar die ehemalige 9. Abteilung des KGB und heutige Hauptabteilung des Grenzschutzes der Russischen Föderation, die von niemandem kontrolliert wird und sich offensichtlich des Vertrauens des Präsidenten erfreut. Allerdings war in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1993 von deren Hunderten rotbrauner Kämpfer keiner zu sehen, um den Kreml und Moskau zu verteidigen, und das Schicksal Jelzins hing am seidenen Faden.

Die Zeitung *Megapolis-Express* schreibt am 3. 2. 1993, die alte Macht sei in die Lubjanka zurückgekehrt. Sie befaßt sich mit dem Kampf gegen den Schmuggel und die Korruption, mit der Abschirmung vor Wirtschaftsspionage sowie der militärischen Abwehr. 1992 wurden 20 ausländische Spione gefaßt und 200 höhergestellte Beamte wegen Bestechlichkeit verhaftet. Mehr als die Hälfte der Angestellten (!) der Führungsetagen einiger demokratischer gesellschaftlicher Organisationen bestehen augenblicklich aus Informanten der Staatssicherheit (*Golos* Nr. 23, 1993). Das Sicherheitsministerium hat den Hauptmann der Miliz von Saratow, Igor Lykow, verhaftet, weil er der Presse von der Arbeit der Organe der Staatssicherheit mit Informanten berichtet hatte.

Die heutige Gesetzgebung läßt eine parlamentarische Kontrolle der Tätigkeit von Sicherheitsministerium, GRU und Abwehr nicht zu. Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Komitees für Menschenrechte, Nikolai Arschannikow, bemerkte, daß die Spezialdienste genauso beobachtet werden sollten wie die Unternehmen des Atomwaffen-Komplexes. Die allerschlimmsten Teufeleien, führt Arschannikow weiter aus, werden von den Organen im finanziellen Bereich verübt. Wofür die vom Finanzministerium dem Sicherheitsministerium zugeteilten Gelder verwendet werden, sei nicht festzustellen (*Megapolis-Express* vom 9. 6. 1993).

Das Sicherheitsministerium kontrolliert die Armee (im Einvernehmen mit dem GRU), handelt mit Waffen (wie etwa im Fall von Dima Jakubowski), sammelt kompromittierendes Material (»17 Koffer« Ruzkois mit wenig beweiskräftigen Korruptionsvorwürfen an die Adresse der Regierungsmitglieder), organisiert Putschversuche (im Oktober 1993 sind die russischen Tschekisten im Wettstreit mit ihren Kontrahenten vom Innenministerium, Außenministerium und der

Armee unterlegen) und führt Durchsuchungen durch, von denen beinahe auch der Präsident betroffen gewesen wäre (Sicherheitsminister Barannikow wurde von Jelzin entlassen, nachdem die Tschekisten am helllichten Tage das Arbeitszimmer von Michail Poltoranin, einem engen Vertrauten und Weggefährten Jelzins, auf den Kopf gestellt hatten). Weiterhin wurde versucht, den stellvertretenden Ministerpräsidenten auf die Anklagebank zu bringen (Schumeiko ist nur durch ein Wunder mit heiler Haut davongekommen); er schmeichelt sich bei den Gegnern Jelzins ein und hat ein Schattenkabinett aufgestellt (mit Juri Skokowoi an der Spitze, den Jelzin mit größter Mühe losgeworden ist).

Der Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen in Prag, Jerzy Walenta, erinnert sich daran, daß Jelzin ihm von zwei Autounfällen erzählt hatte, von seinem eigenen und von einem mit Sergei Schachrai (*Komsomolskaja prawda* vom 14. 11. 1992). Der ehemalige polnische Ministerpräsident Jaroschewitsch und der ehemalige Generalsekretär der tschechischen KP, Dubcek, verstarben beide ziemlich plötzlich (der letztere bei einem fingierten Autounfall, der erste wurde zusammen mit seiner Frau im eigenen Haus umgebracht), als sie sich bereit erklärt hatten, vor dem russischen Verfassungsgericht als Zeugen im Prozeß in Sachen KPdSU-Verbot auszusagen (Sergei Grigor-janz in der Zeitung *Iswestija* vom 12. 1. 1993).

Auch wenn man diese bislang unbewiesenen Terrorakte außer acht läßt, so kommt einem die Breschnew-Ära wie eine vergleichsweise ruhige Zeit vor. Dissidenten wurden verfolgt, verhaftet, aber sie wurden nicht reihenweise umgebracht — unerwünschte Personen wurden eher des Landes verwiesen und ausgebürgert. Wenn man es genau betrachtet, ist es um die Sache der Menschenrechte in den letzten fünf bis sieben Jahren in der UdSSR (GUS) schlechter bestellt. Unter Gorbatschow und Jelzin kam und kommt niemand mehr aus politischen Gründen ins Gefängnis, aber die besonders Ungestümen bekommen in dunklen Hauseingängen einfach eins mit dem Ziegel über den Kopf oder werden zusammengeschlagen und ausgezogen. Das wird häufig von gewöhnlichen Kriminellen im Auftrag besorgt, die gar nicht wissen, wen sie warum zusammenschlagen oder umbringen.

Es kommt auch vor, daß die Opfer einfach ausgeraubt oder finanziell ruiniert werden. In Rußland gibt es noch kein System, das Computerdaten vor Zugriffen schützt. Doch es gibt eine ganze Reihe von Schlaumeiern, die in der Lage sind, das EDV-Netz der Bank trotz der ständig wechselnden Paßworte und Codes telefonisch zu knacken. Vor allem die ehemaligen und die gegenwärtigen Mitarbeiter des KGB verfügen über die Mittel, in Computernetze einzudringen (*Stoliza* Nr. 44, 1992). Auf diese Weise sammeln sie die notwendigen Wirtschaftsinformation für ihre Erpressungsversuche. Dann verkaufen sie die Informationen an Schutzgeldeintreiber, an Mitarbeiter der »Organe« und an Geschäftsleute. Um die Informationsquellen zu verschleiern, befassen sich die Computerdiebe nicht mit direktem Diebstahl, das heißt mit dem Transfer fremden Geldes auf ein Scheinkonto. Sie handeln ganz einfach mit Informationen.

Andere, technisch nicht weniger versierte Tschekisten befassen sich mit Auftrags-Lauschgriffen. Sie machen Geld und sammeln Informationen für die eigenen Banken, wobei sie mit ihrer eigenen großen Organisation, die die Augen vor der außerdienstlichen Tätigkeit schließt, brüderlich teilen. Industriespionage besteht in Rußland immer noch im Sammeln von kompromittierendem Material — nicht für die Miliz, sondern für die Unterwelt. Eine gezielte Desorganisation des EDV-Netzes der Banken kann zum Beispiel nicht nur eine Störung der Bankabrechnungen herbeiführen, sondern auch den Transport großer Bargeldsummen notwendig machen, was für Bankräuber sehr nützlich zu wissen ist. Ein einziger Bank-Clou bedeutet in seiner ruinösen Auswirkung auf die Bevölkerung so viel wie viele kleinere kriminelle Delikte. Aus diesem Grunde halten die Kriminellen, die von habgierigen KGB-Mitarbeitern unterwandert sind, die Hand so eisern über das Bankwesen, dessen Kontrolle die russische Regierung schon aufgegeben hat.

Das Sicherheitsministerium verfügt über die besten russischen Computerfachleute, die im EDV-Bereich Grundlagenforschung betreiben. Unsere Tschekisten haben unermesslich viel Geld. Sie berufen sich auf den Jahreshaushalt ihres amerikanischen Pendants, des CIA, Abteilung »Elektronische Spionage«, dessen Etatobergrenze bei 15 Milliarden Dollar liegt. Bei uns gehören auch die Institute für

Kryptographie, für Kommunikation und Informatik zur Akademie für Sicherheit. Am 24. August 1993 wurde zum erstenmal eine Werbung mit einem Foto der Tschekisten-Kaderschmiede veröffentlicht. Die *Iswestija* zeigte eine marschierende junge Frau, die Zeitung *Krasnaja swesda* eine Blondine, die einen militärischen Eid leistet und der offensichtlich kein einziger feindlicher Spion widerstehen wird können.

In der föderalen Agentur für Regierungskommunikation und Information arbeiten derzeit mehr als 300 Doktoren und wissenschaftliche Kandidaten an einem integrierten staatlichen System der vertraulichen Kommunikation in Rußland (Telefon, Computer-Netz, Datenbanken, E-mail, Fax etc.). Alles wird chiffriert, Tausende von Kryptographen werden ins Brot gesetzt. Warum sollen wir soviele Milliarden Dollar für einen solchen Irrsinn ausgeben, wenn das Telefonnetz nicht besser ist als das in Somalia oder Äthiopien? Wir hüten Geheimnisse, an denen weder unsere noch amerikanische Spione irgendein Interesse haben. Die amerikanischen Spione haben im übrigen von 1980 bis 1990 die russischen Codes wie einen Zeitungsartikel lesen können. Einer der Hauptdechiffrierer des KGB der UdSSR hat 1980 alle Codes den Amerikanern im Austausch übergeben für seine Flucht mit der Familie von Moskau in die USA. Die Vorgesetzten des Majors Wiktor Scheimow haben zehn Jahre lang hin und her überlegt und es dann um ihrer eigenen Karriere willen vorgezogen, den Kreml davon zu überzeugen, daß der Dechiffrierer zusammen mit seiner Frau und seiner fünfjährigen Tochter auf dem Weg zur Datscha beraubt und umgebracht worden sei. Die Führung des KGB hat alle Vorsichtsmaßnahmen und die »Interessen Rußlands« außer acht gelassen und die Chiffrierkodes nicht geändert (*Moskowskije nowosti* vom 21. 11. 1993).

5. Warum Jelzin Minister Barannikow entlassen hat

KGB und Innenministerium haben stets bis ins kleinste Detail die Unterwelt unter Kontrolle gehabt und sich sirsorglich um deren einflußreichste Köpfe gekümmert. Dieses Kapitel berichtet von den

3. Warum Jelzin Minister Barannikow entlassen hat

Konkurrenzkämpfen verschiedener Clans der allmächtigen Staatssicherheit, die einerseits den »Atomknopf« Präsident Jelzins kontrollierte, den Präsidenten schützt und informiert, andererseits aber auch Schutzgelder kassiert, vor Gewaltanwendung nicht zurückschreckt und an Unternehmungen der Schattenwirtschaft beteiligt ist. Minister Barannikow wurde nicht von Jelzin abgesetzt, sondern von den Konkurrenten des Ministers, weil er die Spielregeln verletzt hatte – er hat nicht das gesagt, was er hätte sagen sollen, und nicht gegen diesen oder jenen die Hand erhoben.

Die Verwaltungen von 88 russischen Republiken, Kreisen und Gebieten haben sich der Reihe nach geweigert, Steuern an Moskau zu zahlen. Weder der Präsident, noch die Armee, das Parlament oder die Regierung verfügen über einen vergleichbaren Einfluß wie unsere Sicherheitsorgane. Denn die Leute vom KGB und des dem KGB unterstehenden Innenministeriums verkörpern die Schattenwirtschaft. Sie geben den Zollbehörden und den Grenztruppen Anweisungen und kontrollieren die Verbindung zur Regierung sowie zu Geheimdienst und Abwehr.

Die russischen Parvenüs von heute haben ihren Dollarreichtum nur mit dem Segen von oben anhäufen können.

»Das Sicherheitsministerium wird verkauft. Klebrige Finger, ein leeres Herz und ein dummer Kopf«, war die Überschrift von A. Minkin in der Zeitung *Moskowski komsomolez* am 21. 9. 1993, die eine unumstößliche Regel des sowjetischen Lebens erneut bestätigt: Auf dem besiegten Feind trampelt man mit Vergnügen herum, um so mehr als Miliz und Staatssicherheit in Rußland immer schon gefürchtet und verhaßt waren. W. Barannikow, der im Sommer 1993 von seinem Posten als Minister des Sicherheitsministeriums (KGB) entlassen worden war, war kurz davor noch Chef des Innenministeriums gewesen. Da der Präsidentenstab den wahren Sachverhalt nicht preisgeben wollte, wurde der Presse als Grund für die Entlassung die Parteinahme verschiedener Demokraten, wie Ruzkoi, Dunajew (Innenministerium), Stepankow (Generalstaatsanwalt) und Barannikow, für Chasbulatow genannt.

Jelzin hatte nach dem Oktoberputsch erklärt, er habe aus der Hand des Präsidenten die höchste Auszeichnung für »exakte und professionelle Arbeit« erhalten (*Podmoskownye iswestija* vom 10. 11. 1993). Der

Staatsanwalt von Moskau, Gennadi Ponomarew, meint im Gegensatz dazu, daß die Moskauer Miliz am 3. und 4. Oktober eine sträfliche Untätigkeit an den Tag gelegt und ihre Aufgaben nicht erfüllt habe. Die nach Moskau aus allen Teilen Rußlands zusammengezogenen OMON-Truppen hätten mit den örtlichen Kräften der Miliz zusammen die Stadt mit Feuer und Schwert niedergemacht. Die Miliz hätte sich mit ihrer systematischen Verletzung der Menschenrechte zu einem destabilisierenden Faktor der Gesellschaft gewandelt. Miliz und Staatssicherheit haben am 3. Oktober 1993 in jeder erdenklichen Weise den Putschisten die Steine aus dem Weg geräumt. »Plötzlich« hatten sie weder Tränengasvorräte noch Gewehre mit Gummikugeln, Wasserwerfer oder ähnliche Waffen. Die OMON-Truppen haben dem Druck der Menge nachgegeben und gehorsam Schilde und Schlagstöcke, Busse und Lkws abgegeben und sich davongemacht. Vom 3. Oktober mittags bis 4. Oktober mittags war die Miliz in ihren Kasernen und Revieren und kam erst auf die Straße, als die regulären Truppen anrückten und das Weiße Haus stürmten.

Dazu muß man wissen, daß die Miliz nicht so einfach funktioniert. Wenn die gewöhnlichen Milizionäre mit einer Situation nicht fertig werden, fordern sie bei den OMON-Truppen Verstärkung an. Wenn auch das nicht ausreicht, werden die regulären Einheiten des Innenministeriums geholt. Und dann gibt es noch die Elite der Eliten, die Sondereinheiten. Aber die Führung des Innenministeriums hatte sich auf dem Höhepunkt des Putsches für ganze 24 Stunden von ihrem Posten entfernt. »Diese Hundesöhne haben uns schon wieder verraten — sie haben uns vorgeschickt, und selbst liegen sie im Hinterhalt und warten ab, wer gewinnt«, sagte ein Offizier der Miliz dem Korrespondenten der Zeitschrift *Stoliza* (Nr. 47, 1993).

Die bewaffneten Kämpfer des Faschisten Barkaschow und ein Dutzend Offiziere der Armee der Dnjestr-Republik konnten sich verdrücken, aber Tausende völlig unschuldiger Menschen füllten un bemerkt während des Ausnahmezustandes die Moskauer Gefängnisse. Es versteht sich, daß die Eingesperrten nach 24 Stunden mit geleerten Taschen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, um durch ein neues Kontingent »Betuchter« ersetzt zu werden, die nach der Durchsuchung blitzschnell arm gemacht wurden. Wer gegen die »Konfiszierung« des

Geldes protestierte, wurde zusammengeschlagen; Frauen wurden vergewaltigt. Dann, als in Moskau darüber allgemeine Empörung laut wurde, berief sich die Miliz auf die Disziplinlosigkeit der auswärtigen OMON-Truppen. Die Autorität der Staatsmacht war wieder einmal um eine Stufe gesunken. Alle begriffen, daß Goluschko und Jerin im Kreml für die Nichterfüllung ihrer Aufgabe ausgezeichnet worden waren, oder weil man ihre Gunst erwerben wollte.

Die Moskauer Zeitungen, nicht das Fernsehen, forderten, daß Jelzin endlich in der Armee und im Innenministerium, in den Organen der Staatssicherheit, den Gerichten und der Staatsanwaltschaft aufräumen solle (*Moskowski komsomolez* vom 16. 10. 1993, *Segodnja* vom 23. 10. 1993).

Barannikow kann nichts dafür, daß seine Frau mit Dunajews Ehefrau zusammen in die Schweiz gefahren ist und für Gelder von Jakubowski 21 Koffer mit »Geschenken« für hunderttausend Dollar mitgebracht hat. Das Elend dabei ist weniger, daß er aus Kaliningrad mit einer Militärmaschine tonnenweise Bernsteinschmuck zum Wiederverkauf angekarrt hat und er seinerzeit als Chef des Sicherheitsministeriums all seine Beförderungen für die Verfolgung von Dissidenten bekommen hatte, sondern daß diese Offiziere Schuld daran sind, daß das Wort »Mafia« zu einem Synonym für Rußland geworden ist -so wie »Wodka«, der »russische Bär« oder die »Balalaika«.

Wir haben eigentlich angenommen, daß der Gulag abgeschafft sei und die schrecklichen Zeiten vorbei sind. Leider ist das nicht so. Nichts ist besser geworden. Das MWD und der KGB haben alles so geschickt arrangiert, daß die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten insgesamt zur »Zone«, zum Sperrgebiet geworden ist. Wie zur Zeit des Gulag erinnern die Spielregeln im heutigen Rußland an die »Dedowschtschina« (Terrorregime der Vorgesetzten über die Rangniedereren) in der Armee und an die Gesetzlosigkeit in den Gefängnissen und Lagern. Die Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher (die Lager-Mafia aus Kriminellen) mit ihrem Heer von Gefolgsleuten geben überall den Ton an. Bei einer derartigen Organisation bleibt der Verwaltung (der Miliz und der Staatssicherheit) nichts anderes übrig als die Ereignisse im Blick zu behalten, Instruktionen weiterzureichen und einen Zehnten zu kassieren.

Folglich wird der Steuerzahler zweimal zur Kasse gebeten. Er muß die Rechtsschutzorgane unterhalten und die Kriminellen noch dazu. Die russischen Massenmedien verdienen sich ihre Rubel gern dadurch, daß sie die Werbetrommel für die Mächtigen schlagen. Sie würden es nie wagen, die Staatssicherheit und das MWD als Organisatoren der Kriminalität in Rußland anzuprangern. Bekannte Mafiosi werden in der Presse nur nach ihrem Tode oder bei außergewöhnlichen politischen Ereignissen namhaft gemacht.

Um die Öffentlichkeit in Schrecken zu versetzen und dem Kreml noch mehr Haushaltsmittel abzupressen, wird die Miliz nicht müde, die enorme Zunahme der Kriminalität zu betonen. Da sie Wert auf Publicity legen, zahlen die Kriminellen gerne für eine farbenprächtige Darstellung ihres Einflusses in Filmen und Zeitungen. So erklärt ein Mitarbeiter der Miliz einem Journalisten zum Beispiel das System, nach dem verschiedene Geschäftemacher ihre Einkünfte erzielen, nennt aber keine Namen und Adressen. Das Schlimme daran ist, daß der Staat (inoffiziell natürlich) der Unterwelt und Schattenwirtschaft die Last des Unterhalts der »Rechtsschutz«-Organe auferlegt hat. Miliz und Gerichte, Staatssicherheit und Staatsanwaltschaft können also gar nicht mehr an der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung interessiert sein, sondern nur noch an der Kontrolle einer funktionierenden Unterwelt: Von einem ehrlichen Menschen, dessen Taschen leer sind, ist schließlich nichts zu holen.

Es ist erwiesen, daß unter Gorbatschow und Jelzin weniger Menschen ins Gefängnis kamen — was kann man im Gefängnis auch schon verdienen? In Freiheit und unter guter Aufsicht kann ein Dieb so viel anschaffen, daß er auch noch seine Kontrolleure satt machen kann. In Rußland ist im Augenblick eine Umverteilung des Eigentums in vollem Gange, ohne daß es dafür entsprechende gerichtliche oder gesetzliche Strukturen gibt. Alle Richter, Staatsanwälte, Offiziere der Miliz und der Staatssicherheit bekommen automatisch ihren inoffiziellen Anteil von allen Eigentumstransaktionen. Ein junger Schutz-geldeintreiber kann in aller Ruhe bei einem Kioskbesitzer den Tribut einsammeln, denn die Miliz interessiert sich nur für größere Transaktionen und zieht es deshalb vor, unter Einschaltung von kriminellen Elementen zu agieren.

Das System der Schattenwirtschaft wurde in Rußland Ende der fünfziger Jahre auf eine so umfassende und vorteilhafte Weise angelegt, daß viele der Ansicht waren, daß ein mit ihren Praktiken nicht vertrauter ehrlicher Mensch gar nicht erst versuchen sollte, einen hohen Verwaltungsposten zu bekleiden. Das führt nur zu Dummheiten — siehe Dudajew, Eltschibeï oder Gamsachurdia. In Rußland brauchen wir einen Schlaukopf wie Robin Hood. Warum haben in Moldawien die Kriegshandlungen aufgehört? Weil unser ehemaliger Landsmann, der Schweizer Roris Birstein die Intourist-Hotels in Kischinow gekauft und wegen des Krieges pleite gemacht hat. Also setzte er Ruz-koi und Barannikow in sein Flugzeug und brachte sie nach Kischinow und Tiraspol zu Verhandlungen — im Dnjestr-Gebiet wurde es sofort ruhig, und die Gewinne Birsteins waren gerettet.

Auch das aufständische, »unabhängige« Tschetschenien wird von irgend jemandem in Rußland gebraucht, aber für andere Zwecke. »Im Herbst 1991 haben die Tschetschenen Waffen an verschiedene Gruppierungen im ehemaligen Jugoslawien geliefert«, heißt es in einem Vortrag vor dem US-Kongreß (*Literaturnaja gaseta* vom 20. 10. 1993). Die Experten führten weiter aus, der sich unter der Kontrolle krimineller Gruppen befindende Markt der Stadt Grosny habe sich in ein Zentrum und eine Börse für den Umschlag von gewaltigen Waffenpartien für den Export verwandelt. In Tschetschenien wird die Maschinenpistole »Uzzi« hergestellt (als Lizenz eines israelischen Modells), die immer wieder auch bei Verbrecherbanden in Deutschland oder in Bosnien und Herzegowina auftaucht. Grosny ist der einzige Ort in Rußland, wohin man schon seit drei Jahren ohne Visum (oder sogar ohne Paß) aus Moskau und Istanbul fliegen kann.

General Dudajew überwachte die illegale Ausfuhr von großen Mengen an Kernmaterial in die radikalen Länder des Nahen Ostens, schreiben amerikanische Experten. Die Türken unterhalten freundschaftliche Beziehungen mit den Dudajew-Leuten, ebenso der Iran, Sudan, Afghanistan, Pakistan, Libyen und ... Tatarstan. Die Tschetschenen werben Tataren und Baschkiren in den entsprechenden Republiken und in Kasachstan für schmutzige Bankgeschäfte an sowie auch für »Militäroperationen« in Tadschikistan. Manche Kreise des

Militärs und des KGB in Rußland haben sich mit Tatarstan verbündet (Waffenarsenale von der Armee für subversive Zwecke), mit den Vertretern des Atomwaffenkomplexes und der lokalen Behörden, mit Tschetschenien (das einen ungehinderten zollfreien Luftkorridor in den Nahen Osten, in die Türkei und auf den Balkan durch Georgien oder Abchasien bietet), mit Bulgarien (wo sich viele ehemalige Mitarbeiter der »Sonderdienste« befinden) und mit jugoslawischen und italienischen Kriminellenkreisen. In Kroatien und an anderen Orten Westeuropas befinden sich nach Angaben amerikanischer Experten Lager für Kernwaffen, die aus GUS-Ländern stammen. Nach Deutschland werden Muster und technische Dokumente gebracht und unter der Kontrolle der italienischen Mafia in den dortigen Finanzzentren Geschäfte abgewickelt. Die radikalen islamischen Staaten bezahlen die italienischen Vermittler für das Kernmaterial mit Drogen und gefälschten Dollars.

Die Tschetschenien-Balkan-Connection wurde parallel zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland und Polen geschaffen. 1992 haben polnische Agenten »ständig versucht«, heißt es in einem Vortragstext, »die Atomsprengköpfe hinter der Liegnitzer Grenze, dem Hauptstützpunkt der Sowjetunion im Südwesten von Polen« abzufangen. »Anfang 1993«, führen die Experten weiter aus, »hat die Mafia den Ländern im Nahen Osten neun Atombomben angeboten«. All das scheint wahr zu sein, da ein mittelmäßiger KGB- oder GRU-»Spezialist« ohne weiteres hundert Tonnen irgendeiner Ware durch die russischen Militärflughäfen in Polen, Deutschland und Rußland und ohne Einmischung irgendwelcher Zollbehörden schleusen konnte. Dasselbe gilt für die Militärstaffeln. Der Journalist Juri Schtschekotschichin, der in seiner Zeitung den zitierten Vortrag veröffentlicht hatte, den die beiden Experten Josef Bodanski und Vaughan S. Forrest am 7. Juli 1993 vor dem amerikanischen Kongreß gehalten haben, schreibt, daß das Kernmaterial heute zu den Haupteinnahmequellen der Unterwelt gehört. Darüber schweigt sich die russische Presse in der Regel aus, da unsere offiziellen Stellen (Atomministerium, Zoll und Sicherheitsministerium) sich empören und diese Meldungen in der westlichen Presse als antirussische Propaganda abtun.

Die arbeitslosen Mitarbeiter der Geheimdienste Bulgariens und der ehemaligen DDR, Jugoslawiens und der UdSSR sind potentiell gefährlich, da sie die Kombinationen von Safeschlössern konstruiert haben, die Technik der Banknotenherstellung kennen, klassische Boxer und Karatekämpfer sind, sich mit Giften und militärischen Geheimcodes auskennen etc. Von solchen Spezialisten gibt es viel zu viele; sie dürfen auf keinen Fall in die Opposition oder in den Untergrund gedrängt oder als Parias aus der Gesellschaft ausgestoßen werden. In den genannten Ländern haben die meisten ehemaligen KGB-Leute aus der UdSSR ihr Know-how, ihre Geheimverbindungen und -informationen in den Dienst der Unterwelt und der rotbraunen Opposition gestellt. In Deutschland hat die Polizei Anfang 1993 mehr als 120 Fälle von Schmuggel radioaktiven Materials aus den GUS-Ländern aufgedeckt. In Rußland kommen auf einen aufgedeckten Schmuggelfall zehn unaufgedeckte.

Hat etwa ein neuer Krieg gegen den Westen angefangen? Kaum war die UdSSR auseinandergebrochen, begann die Welle der geheimen Kernwaffenexporte. Der Eiserner Vorhang war gefallen, und die im Umgang mit Ausländern geübten KGB-Mitarbeiter begannen, die russische Mafia zu instruieren, die sich nun auf die ausländischen Märkte stürzen mit ihren billigen Drogen aus Mittelasien und Afghanistan und ihren gestohlenen Kernwaffen zu Tiefstpreisen.

»Eine neue Art des Transfers von afghanischem Opium ist die militärische Flugverbindung der russischen Truppen, die in Tadschikistan stationiert sind«, schreiben die *Moskowskije nowosti* am 12. 9. 1993. Die Zeitung verweist auf eine interessante Prallele, die das internationale Zentrum für den Kampf gegen Drogen festgestellt hat: Auf dem Höhepunkt des Krieges in Afghanistan wurden dort 1988 etwa 750 Tonnen Opium produziert, 1989—1990 hingegen, nach dem Abzug der sowjetischen Truppen, fiel die Produktion auf 415 Tonnen im Jahr. Mit der Verschärfung des Tadschikistan-Konfliktes stiegen die Zahlen wieder: Von 570 Tonnen (1991) stieg die Produktion auf 640 Tonnen (1992). Wir können stolz sein — die Preise für Drogen in Tadschikistan, Kirgisien und Usbekistan gehören zu den niedrigsten der Welt. Und Mohn für die Herstellung von Opium wird ganz offiziell angebaut. Sonst würde die Hälfte der Bevölkerung verhungern. In

Rußland befassen sich in erster Linie die Aserbajdschaner unter dem Deckmantel des Obst- und Gemüsehandels mit dem Verkauf von Drogen. Ihre Preise sind deshalb so unverschämt hoch, weil sie gar nicht daran interessiert sind, Ananas und Tomaten zu verkaufen, sondern ganz andere Dinge.

Womit wird sonst noch in den GUS-Staaten gehandelt? Mit Pässen! Die Zeitung *Wek* schreibt (Nr. 34, 1993), die Zahl der Pässe, die in Adscharien ausgegeben worden sei, übersteige die Bevölkerungszahl der Republik um ein Vielfaches. Ausländer erwerben in den Städten des Transkaukasus und des Kaukasus bei der Miliz Pässe mit dem Staatswappen der UdSSR (ein russisches Staatswappen gibt es noch nicht) und fahren damit ungestört in der ganzen GUS herum. Mit russischen Visa wird überall gehandelt. Allein in Moskau leben illegal ungefähr 100 000 Ausländer, von denen die Hälfte Chinesen sind, die Geschäfte machen. Die übrigen sind im wesentlichen Flüchtlinge, viele Afrikaner oder Iraker, die mit falschen Papieren nach Rußland gekommen sind und davon träumen, von hier aus weiter in den Westen zu gelangen.

Jetzt ist leicht zu erraten, weshalb Journalisten in Rußland noch häufiger erschossen werden als Bankleute. Einige englische Journalisten hatten sich in Tschetschenien mit ihrem Kollegen Dmitri Grigorjanz getroffen, der für die Moskauer Zeitung *Express-chronika* schreibt. Sie hatten eine Stunde lang ohne Zeugen konferiert, und am Morgen nach der Abreise der Engländer wurde Dmitri Grigorjanz vor den Augen seiner Mutter erschossen (*Komsomolskaja prawda* vom 1. 10. 1993). Natürlich hat der ermordete Journalist den Reportern nicht nur berichtet, daß die meisten Pkws in Tschetschenien aus Diebstählen in den anderen GUS-Staaten oder Europa stammen.

Moskau und Grosny lieben einander offiziell nicht sehr. Dudajew, der erste Tschetschene, der in der sowjetischen Armee zum General befördert wurde, meint heute, daß »Rußland der Grund aller Kriege sei und mit seinen Soldaten zuerst Armenien, dann Aserbajdschan unterstützt; daß es ein genauso schmutziges Spiel im georgisch-abchasischen Konflikt spiele, die Osseten und Inguschen gegeneinander aufhetze und die Tadschiken und die Bewohner von Bosnien und Herzegowina mit Bürgerkriegen in die Falle locken würde« (aus einem Interview der türkischen Zeitung

Milliet, zitiert nach der russischen Zeitung *Trud* am 1. 10. 1993). Dudajew antwortet weiter auf die Frage, ob es wahr sei, daß die Zügel der Moskauer Wirtschaft in den Händen der Tschetschenen liegen: »Wir haben tatsächlich enormen Einfluß. Dennoch muß man auch berücksichtigen, daß die Russen ziemlich grobe, ungeschlachte Menschen sind. Die Geschäftserfolge der Tschetschenen kommen auch den Russen gelegen. Jetzt haben sich in Moskau nicht nur die Tschetschenen, sondern die Mafia aus der ganzen Welt versammelt. In Moskau hat sich das ganze Gesindel, Diebe, Spekulanten und Glücksritter aus den ehemaligen Sowjetrepubliken versammelt. Nichts unterscheidet sie von der Moskauer Prominenz. Sie befassen sich mit Ankauf, Diebstahl und Handel. Vor diesem Hintergrund heben sich die Tschetschenen vorteilhaft ab. Und das kommt den Russen zupaß. Ihre eigenen Verfehlungen wälzen sie auf die tschetschenische Mafia ab. Im Prinzip ist unsere Mafia in Ordnung!« Dudajew meint auch: »Wenn die islamischen Staaten nicht mit vereinten Kräften dieser Schlange den Kopf abschlagen (dem imperialen Rußland, G. W.), dann wird es weder für uns (für die Tschetschenen, G.W.) noch für die anderen islamischen Staaten eine Zukunft geben.«

Der Präsident des Nachbarstaates von Tschetschenien, Kalmykien, der begüterte Kirsan Iljumschinow, der sich bemüht hat, mit allen, sogar mit Ruzkoi, gut Freund zu sein, meint, daß die mafiosen Strukturen in unserem ehemaligen Sowjetreich nicht nur auf Grund von kriminellen Neigungen entstanden sind, sondern aus existentieller Not — um in Bedingungen zu überleben, die eigentlich für ein Dasein ungeeignet sind. Besagter Kirsan hat gleich im ersten Monat nach seinem Amtsantritt die Sowjets, das Parlament und die Staatssicherheit aufgelöst und es verstanden, sich dabei keine Feinde zu machen, da er sich mit allen hat einigen können. Hätte doch unser Jelzin sein Talent!

Waleri Newerow (der Chef des Erdölkonzerns *Hermes*) meint ebenfalls, daß nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Demokraten dazu beigetragen hätten, daß das Schlimmste passiert sei, denn ein bedeutender Teil der russischen Wirtschaft wäre mit dunklen Geschäften befaßt (*Rossija* vom 13. 10. 1993). Newerow fügt noch hinzu, daß die russische Wirtschaft unter anderem deshalb noch nicht

ins Gras gebissen hätte, weil sie im Alleingang, weit weg von den Direktiven der Regierung existiere. Das sei nur vorteilhaft für die Staatssicherheit und das MWD, die auf eigene Initiative oder auf Empfehlung der Nomenklatura jeden beliebigen Menschen hinter Gitter bringen oder ihn einfach beim Schlafittchen packen könnten. In Rußland wurden noch Anfang 1994 Urteile nach dem Strafgesetz von 1961 gesprochen. So veraltet sind die Strafprozeßordnung und die Ausführungsbestimmungen.

1993 büßten in russischen Gefängnissen Tausende von Gefangenen Strafen für Wirtschaftsvergehen ab (Spekulation, Devisengeschäfte etc.), für die gegenwärtig niemand mehr belangt wird. Nicht nur kleine Gauner saßen einige Jahre ab, sondern auch Bauleute, Gewerbetreibende und Kleingärtner, Unternehmer, Betriebsleiter, Lieferanten, Vermittler, ganz zu schweigen von denen, die etwa Dinge aus den Betrieben mitgehen ließen, die ansonsten verdorben und verbrannt worden wären. Kein einziger Unternehmer kann heute in Rußland ohne außervertragliche Abmachungen auskommen, das bedeutet aber, daß man jeden unbequemen oder aufmüpfigen Geschäftsmann wegen »Bestechung« verurteilen könnte.

In Rußland gibt es nicht nur die *Gesellschaft zum Schutz der wegen Wirtschaftsvergehen Verurteilten*, sondern auch eine religiöse Wohltätigkeitsorganisation, *Die Gemeinschaft der Häftlinge*, die sicherlich von 30 Millionen ehemaligen Häftlingen bei politischen Wahlen gewählt werden würde, gar nicht gerechnet die derzeit ein-sitzende Million Häftlinge. Jeder dritte gegenwärtig lebende erwachsene Russe hat bereits einmal im Gefängnis gesessen oder wurde gerichtlich belangt. Die größte politische Partei in Rußland sind die ehemaligen politischen Häftlinge. Jedes Jahr werden eine Million Menschen aus der Haft entlassen, genauso viele werden jährlich wieder verurteilt und in Haftanstalten gesteckt. Die meisten Menschen werden zu Unrecht verurteilt. Aber noch mehr Menschen sind nach der Haftentlassung einfach obdachlos. Wenn sie alleinstehend waren oder die Familie sich von ihnen losgesagt hat, dann haben sie für immer ihre Bleibe verloren und damit auch ihr Aufenthaltsrecht an einem bestimmten Ort, ihre Arbeit, ihr Anrecht auf medizinische Versorgung etc. Wenn jemand länger als ein Jahr in

Gefangenschaft war, dann ist er für immer aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen. All das geschieht im Rahmen der bestehenden Gesetze, nicht eine einzige offizielle Instanz hilft einem solchen Menschen. Er wird wieder in den GULag geschickt, wo man angeblich Arbeiter braucht, obwohl seit 1993 auch unter den Häftlingen in den Lagern Massenarbeitslosigkeit herrscht.

Unsere Gesetze sind befremdlich: Jener Dieb, der im Alleingang in Moskau mehr als hundert Wohnungen innerhalb von vier Jahren ausgeraubt hat, bekommt drei bis fünf Jahre — soviel hätte er auch bekommen, wenn er beim ersten Mal erwischt worden wäre. Der Bauer, der in seinem eigenen Auto eine Konservenbüchse mit einem selbstgebastelten Messer öffnet, wird von der Miliz weggeschleppt und erst einige Monate später, nach der Verkündung des Gerichtsurteils — dreieinhalb Monate auf Bewährung und Strafaussetzung —, im Gerichtsgebäude wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie sich herausgestellt hat, braucht man für bestimmte Messer eine Sondergenehmigung. Ein Betrunkener prügelt sich in der Metro. Ein Milizionär versucht, die Streitenden zu trennen, und der Betrunkene reißt ihm dabei die Dienstmütze vom Kopf. Das war's. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt gibt es eine lange Haftstrafe. 90 Prozent der Häftlinge sind im eigentlichen Sinn keine Verbrecher. Experten schätzen sogar, daß bis zu 20 Prozent der Verurteilten buchstäblich für nichts verurteilt worden sind (aus dem Interview des ehemaligen stellvertretenden Leiters der Hauptstelle für Besserungsmaßnahmen des MWD der Russischen Föderation, Jewgeni Schurawlow, in der Zeitschrift *Ogonjok* Nr. 39, September 1993).

Die Existenzbedingungen der Häftlinge in den Lagern sind hart. Gesund kommt keiner von dort wieder. Im russischen GULag liegt die Zahl der Todesfälle durch Tuberkuloseerkrankungen im Schnitt zehnmal und die Sterblichkeit insgesamt sogar 17mal höher als in ganz Rußland. Das sind amtliche Zahlen (*Rossiskie westi*, Nr. 225, 1993). Ein Recht des Häftlings auf medizinische Betreuung gibt es faktisch nicht. Es gibt keine Ärzte und keine Medizin, nur entsetzliche Verpflegung, kein Gemüse, d. h. keine Vitamine, und ruinöse äußere Bedingungen. Es ist richtig, daß das MWD wegen des allgemeinen Rückgangs der Produktion weniger Geld zur Verfügung hat. Wenn aber nicht der

größte Teil dieser Gefängnisse und Strafkolonien geschlossen wird (und das ist nicht vorgesehen), dann werden weitere Millionen Invaliden und Rezidivisten aus ihnen hervorgehen. Die Haftanstalten und Lager bringen nur denen Segen, die sie bewachen. Noch zu Stalins Zeiten haben die »Zonen« das ganze Land ernährt, und zu Chruschtschows und Gorbatschows Zeiten sind die großen Bauvorhaben mit ihrer Hilfe verwirklicht worden.

Das medizinische Personal in den Lagern sollte nicht dem MWD unterstehen. Und es muß auch aufhören, daß die Menschen wegen der kleinsten Vergehen gleich eingesperrt werden. Es wäre sinnvoller, an den Staat eine Geldstrafe zu entrichten, und nicht die Bonzen des MWD durch Sklavenarbeit und auf Kosten der eigenen Gesundheit durchzufüttern. Die Zeit des Kommunismus scheint vorbei zu sein, aber die leiseste Erwähnung jener Orte, wo Menschen eingesperrt werden, ruft bei uns Schauern und Scham hervor. Wir leben nicht menschenwürdig. So darf man Menschen nicht vegetieren lassen.

Angenommen, ein Hebekran ist umgestürzt, dann wird der Kranführer leicht bestraft; wenn dabei jemand zu Schaden gekommen ist, dann wird er für lange Zeit ins Gefängnis gesteckt. Warum läßt man ihn nicht in Freiheit und verurteilt ihn zu lebenslanger Zahlung? Auch ein Dieb wandert ins Gefängnis, ohne daß sein Eigentum konfisziert wird. In Rußland wächst eine Generation heran, die fähig ist, das eigene Kind für eine Flasche Alkohol zu verkaufen. Bei uns verüben mehr als zweitausend Kinder jedes Jahr Selbstmord. 50000 kleiner Russen verlassen ihre Familien. Wegen der zunehmenden Armut der Massen wächst auch die Zahl der ausgesetzten Kinder. Fachleute glauben, daß in fünf oder sieben Jahren, wenn diese entwurzelten Kinder herangewachsen sind, die Kriminalitätsrate noch einmal hochschnellen wird. Wie wollen wir es vermeiden, Waisenhäuser zu bauen, in denen herumlungernde Kinder erschossen werden — wie es die Tscheka unter Lenin gemacht hat oder die Polizei in Brasilien?

Der niedrige und weiter sinkende Lebensstandard der Miliz selbst verleitet den Mann in Uniform zu größeren Übertretungen. Der Untersuchungsrichter für besondere Fälle bei der Staatsanwaltschaft der

UdSSR, Wladimir Kalinitshenko (heute stellvertretender Vorsitzender der Moskauer überregionalen Handelsbank), berichtete in der Zeitung *Megapolis-Express* (18. 8. 1993), was er bei der Untersuchung eines Mordes auf der Metrostation *Schdanowskaja*, den ein KGB-Mitarbeiter verübt hatte, feststellen mußte: »Das Ergebnis meiner Untersuchungen war erschütternd. Es stellte sich heraus, daß Milizangehörige in der Moskauer Metro gemordet, vergewaltigt und gestohlen hatten. Verbrechen dieser Art sind von fast allen Mitarbeitern der Miliz verübt worden.«

Das MWD ist schon lange eine kriminelle Vereinigung mit mancherlei Schattierungen. Unserer Miliz käme es wie ein schlechter Traum vor, wenn die Korruption (die Schmiergelder) und Mafia-Machenschaften plötzlich ein Ende hätten. Wovon soll der Milizionär seine Familie dann ernähren? Werden die Diebe aufhören, täglich 120 neue Autos in Moskau zu stehlen, wenn das Parlament beschließt, die Haftstrafe auf Autodiebstahl auf zehn bis fünfzehn Jahre (und nicht wie bislang ein Jahr) heraufzusetzen oder das Vermögen des Diebes zu beschlagnahmen? Autoversicherungen gibt es bei uns praktisch nicht. Dafür hat jede Bande ihren eigenen Verbindungsmann unter den Inspektoren der russischen Verkehrspolizei (GAI), der innerhalb kürzester Zeit für den gestohlenen Wagen neue Papiere besorgt. Und schon geht es weiter zum Automarkt. Dort wird der Wagen verkauft und der neue Besitzer anschließend abserviert. Dann wird der Wagen erneut gestohlen, die Wagenpapiere werden auf irgendeinen Rentner umgeschrieben, und das Spiel beginnt von neuem: Im Namen des alten Herrn wird weiterverkauft. (In einem Fall ist ein Wagen auf diese Weise schon neunmal hintereinander verkauft worden. Und da der Zweitschlüssel immer in einer Hand bleibt, braucht man nicht einmal ein neues Zündschloß.) Ein Inspektor von der 36. Abteilung der GAI, ein gewisser Tschurkin, hat allein im Oktober 1993 50 gestohlene ausländische Markenautos umgeschrieben, jeweils für 300 Dollar pro Wagen. Mit seinen Vorgesetzten scheint er nicht gerecht geteilt zu haben, sonst wäre die Sache wohl kaum aufgefliegen.

Unsere Gesetze sind so unzureichend und ihre Anwendung so wenig durchdacht, daß ein kleiner Beamter in der Hausverwaltung im

Handumdrehen eine eben erst privatisierte Wohnung auf einen anderen Namen umschreiben kann. Ein Gauner, der eine Wohnung gemietet und dem Besitzer im voraus bezahlt hat, kann diese Wohnung dann sehr leicht verkaufen, und das nicht nur einmal. Noch vor einem Jahr, als noch alle Wohnungen Staatseigentum waren, war der mit dem Tausch oder der Zuteilung der Wohnung verbundene Vorgang sinnvoll, auch wenn er lang und schwierig war. Nach der Umstellung auf Privateigentum verloren Hunderttausende alte Menschen, Kranke und Alkoholiker für immer ihre Bleibe, weil sie entweder nicht das richtige Dokument unterschrieben hatten oder ihre Unterschrift gefälscht worden war. Wird ein Alleinstehender für eine Woche ins Krankenhaus eingewiesen (oder fährt er auf seine Datscha oder auf Dienstreise), kann es vorkommen, daß er zurückkommt und in seiner Wohnung völlig fremde Menschen sind. Weder die Miliz noch ein Gericht kann dem armen Kerl helfen, denn es ist alles ordnungsgemäß abgewickelt worden. Die Privatisierung von Wohnraum ist in Rußland zu einer sehr heiklen, für die Miliz aber zu einer sehr einträglichen Sache geworden, denn die Paßabteilung handelt mit Daten über alleinstehende Menschen.

Unsere Miliz gewährt Dieben auch gerne Zutritt zu den von ihr bewachten Objekten, etwa Lager, Posten, Flughäfen und Eisenbahnen. Das sichert geschäftstüchtigen Kriminellen große Gewinne. Im entfernten Tschetschenien werden Transporte mit Importware von der Einwohnerschaft ganzer Dörfer gestoppt (vorneweg marschieren Frauen und Kinder, damit die Wachen nicht zur Waffe greifen, ihnen folgen bewaffnete Reiter) — ein gefundenes Fressen für die Journalisten. Die meisten Diebstähle beim Eisenbahntransport werden aber von Eisenbahnern selbst verübt. Im Verbund mit der Miliz natürlich. Am häufigsten werden Züge im Moskauer Raum überfallen (20 Prozent der Einbußen aller Eisenbahntransporte gehen auf das Konto von Überfällen in der Nähe der Hauptstadt) oder Transporte auf Umschlagplätzen, wo den Dieben alle technischen Hilfs- und Transportmittel zur Verfügung stehen.

Die Bevölkerung wird immer krimineller. Alle Menschen sind arm und nehmen deshalb Schmiergelder. Das gilt für Verkehrspolizisten wie

für Minister. Die Schüler, die während der Schulzeit noch Autos waschen, schließen sich nach Beendigung der Schule zu Banden zusammen, kaufen sich vom Wehrdienst frei und steigen in irgendein krummes Geschäft ein, befassen sich mit Erpressung, arbeiten als Bodyguards oder bezahlte Schläger. Die Miliz schaltet sich prinzipiell nicht ein. In den Zeitungen lesen wir dann lediglich, daß »ein gewisser Chripaty einen gewissen Kopyto totgeschlagen hat«. Der Mörder läuft frei herum. Das stört niemanden, und es wird auch noch offiziell bekanntgegeben. In Moskau hören die Menschen abends beim Spaziergehen Schüsse auf der Straße. Die einen sind zu Tode erschrocken, aber für die Jüngeren ist das schon normal. In den Städten der GUS erstirbt das Leben mit Einbruch der Dunkelheit, und um 10 Uhr abends fahren keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr, weil die Fahrer einfach Angst haben.

In der Öffentlichkeit wird ein Sündenbock für diese chaotische Lage gesucht und diese ganze Situation den »Personen nicht russischer Volkszugehörigkeit« in die Schuhe geschoben. Unsere Miliz hat immer einen Grund, der sie daran hindert, Ordnung zu machen: Die Gesetze taugen nichts, das MWD hat zu wenig Rechte, die Ausrüstung ist schlecht, die Arbeit ist zu umfangreich, der Lohn zu gering und so weiter. Mittlerweile wälzt die Miliz die Schuld auch gerne auf die »Schwarzen« ab. Niemand wundert sich mehr, wenn ein Russe ein Dieb und Mafiosi ist. Hingegen haben die Presseberichte über Akop Jusbaschew aus der Stadt Puschkino bei Moskau die Gemüter erregt: Ein schöner Dieb, ein erfolgreicher junger Geschäftsmann, der alle örtlichen Behörden in der Hand hatte. Das war eine Sensation. Akop wurde der Presse zum Fraß vorgeworfen. Dabei versuchte man mit dem Hinweis auf seinen Nachnamen auch noch Ruzkoi eins auszuwischen. Ob die beiden überhaupt miteinander bekannt waren, war gleichgültig. Das wichtigste an der Sache war, daß wir die Saga von den Auseinandersetzungen der Mafiosi in einer einzelnen russischen Stadt lesen konnten, wo man Dutzende von Beamten aus dem Rathaus, der Miliz, Händler und Unternehmer braucht, also die ganze örtliche Elite, um jemanden wegen systematischer Steuerhinterziehung oder wegen Rowdytums vor Gericht zu stellen. Akop setzte sich ins Ausland ab, den anderen wurde kein Haar

gekrümmt. Bald darauf kam Ruzkoi ohnehin ins Gefängnis von Lefortowo. Nach dem Oktoberputsch griff die Miliz in Moskau alle Menschen mit dunkler Hautfarbe auf und stellte sie vor die Wahl, entweder auf der Stelle bis zu 20 Dollar zu zahlen oder auf dem Revier bis aufs Hemd ausgeplündert zu werden.

In den letzten 30 Jahren haben wir uns daran gewöhnt, daß »an allem die Juden schuld sind«. Inzwischen sind sie fast alle ausgewandert. Im Kaukasus ist Krieg, und die Kaukasier überfluten Moskau. Aber das Unglück kommt nicht von ihnen. Sie sind es ja schließlich nicht, die Millionen russischer Frauen auf die Straße schicken. Allein in Moskau gibt es mehr als 300 Sexfirmen, über die regelmäßig in den Zeitungen berichtet wird. Was macht die Miliz? Sie fährt den Straßenstrich ab und kassiert ihren Anteil bei den Zuhältern. Die Paßbehörde (OWIR) erledigt die Formalitäten für Zehntausende von Prostituierten für die Arbeitsaufnahme im Ausland.

Ende 1993 konnte sich das MWD eine neue Quelle märchenhafter Einnahmen sichern — die Kontrolle und den Verkauf von Schuß- und Gaswaffen für den privaten Gebrauch. Die Zahl der Ermordeten und Invaliden ist in Rußland seitdem erheblich angestiegen. Sie wächst allerdings auch deshalb, weil die Miliz in keiner Weise auf die Flut minderwertiger und falsch deklarerter Importwaren und -lebensmittel aus Westeuropa und aus den Ländern der »Dritten Welt« reagiert. Fast der gesamte Import wird entweder in Polen oder in der Nähe von Moskau als westliche Markenfabrikate deklariert und nachgemacht. Oder bekannte ausländische Firmen stellen für die armen Länder (auch für die GUS-Staaten) spezielle Produkte her, die sie in ihren Heimatländern der Bevölkerung nicht anzubieten wagen würden.

Die Chinesen haben in den nördlichen Provinzen ihres Landes den Rubel als Zahlungsmittel zugelassen. Die chinesischen Behörden unterstützen auf jede nur erdenkliche Weise die Übersiedlung ihrer Landsleute, und sei sie auch nur befristet, nach Rußland. Die Chinesen haben eine eigene Mafia, die berühmte *Triade*, die Millionen Dollar nicht nur am Handel mit Drogen, sondern auch durch den Export ihrer Landsleute ins Ausland verdient. Die chinesischen Flüchtlinge werden über die ganze Welt verteilt, und eben auch in Rußland. Sie erhalten Wohnraum im Fernen Osten und eine

Arbeitsstelle; tagelange Touren durch die Taiga zur Ginseng-Suche werden für sie organisiert. Sie kaufen Immobilien und Schiffe und treiben Handel und Landwirtschaft; sie sind genauso fleißig wie die Koreaner, die ebenfalls jahrzehntelang in Rußland gelebt haben, oder wie die Wolgadeutschen.

Wenn wir den Japanern versprechen würden, ihnen die von uns besetzten Kurilen zurückzugeben, würden sie dann Primorje unter ihre ökonomischen Fittiche nehmen? Die Japaner sind schließlich sogar mit ihrer Mafia fertig geworden, was sonst kaum irgendwo gelungen ist. Sie können viel für Rußland tun. Die Chinesen dagegen haben uns heute Massenbedarfsartikel beschert und werden morgen russische Arbeiter in ihren »Chinatowns« als billige, schlecht qualifizierte Arbeitskräfte einstellen. So gesehen sollte Rußland lieber ein Rohstofflieferant von Japan als von China sein.

Doch eine geheime Kraft zieht uns zu den Kommunisten. Wir konnten gerade rechtzeitig zum 1. Januar 1994 das Territorium des Fernen Ostens Rußlands von Tausenden von Zwangsarbeitern säubern, die zum Holzfällen eingeteilt waren und in den Arbeitslagern hausten, die von Nordkorea (mit Wachtürmen, Stacheldraht, Wachhunden, MP-Schützen und KGB-Leuten aus der KNDR) eingerichtet worden waren. Die koreanischen Holzgewinnungsbetriebe, die über eigene Gefängnisse verfügen, kamen den Behörden des Chabarowsker Kreises und des Amur-Gebietes gelegen, die keine Ahnung von der Zahl der koreanischen Zwangsarbeiter oder von der Zahl der dort zu Tode gekommenen hatten. Alles wurde von der nordkoreanischen Seite verwaltet. Erst nach Aufhebung der Zensur im Jahre 1990 konnte die Presse in aller Ausführlichkeit über diese Enklave des Faschismus berichten.

Rußland muß versuchen, Freunde zu gewinnen, und zwar Wirtschaftspartner aus seriösen Ländern. Rußland ist ungeachtet seines zerrütteten Zustandes immer noch attraktiv, da es über 60 Prozent aller Weltvorkommen an Rohstoffen verfügt. Wir sollten, wenn wir Institutionen schaffen, die für Recht und Ordnung sorgen sollen, uns darauf konzentrieren, daß Verhältnisse entstehen, die ausländische Investoren ins Land ziehen. Wenn sie zu uns kommen würden, um ihr Geld in kleinere und mittlere Unternehmen zu investieren und ihre Geschäftsführer und Berater mitbringen würden, dann könnten wir das

Land erhalten. Nachdem Präsident Jelzin den Obersten Sowjet aufgelöst hatte, erließ er einen Ukas, nach dem alle in Rußland bestehenden Joint ventures drei Jahre lang von den angekündigten Gesetzen und Erlassen ausgenommen bleiben sollen, die ihrer Tätigkeit schaden könnten. Jedermann weiß aber, daß es nicht die juristischen Bedingungen sind, die sich negativ auf ausländische Investitionen in Rußland auswirken, sondern die Tatsache, daß sich die Spielregeln ständig ändern. In den nächsten drei Jahren mag sich die Situation für Gemeinschaftsunternehmen verbessern oder auch nicht — der Staat jedenfalls hat versprochen, sich nicht einzumischen.

Die Gemeinschaftsunternehmen konnten in den letzten sechs Jahren nicht mehr als sechs Milliarden Dollar an Investitionen anlocken; westliche Experten meinen aber, daß in den nächsten fünf bis sieben Jahren für die Normalisierung der russischen Wirtschaft nicht weniger als 300 Milliarden Dollar notwendig sein werden. Realistische Schätzungen bescheiden sich mit 100 Millionen Dollar — allerdings bei stabilen Verhältnissen und entsprechenden Garantien. Der Präsident des Verbandes der Gemeinschaftsunternehmen in Rußland, Lew Weinberg (*Iswestija* vom 5. 11. 1993) glaubt beispielsweise auch, daß die Investition von insgesamt 50 Millionen Dollar in den Wiederaufbau von russischen Tabakfabriken die völlige Unabhängigkeit von Zigarettenimporten aus dem Westen ermöglichen würde.

Im Dezember 1993 hat der russische Präsident endlich beschlossen, im Sicherheitsministerium kräftig durchzugreifen; daraufhin wurden die meisten Funktionen zur politischen Bespitzelung abgeschafft. Heißt das nun aber, daß es bei uns keinen rotbraunen Putsch und keine Parteien mehr geben wird, die von den im Untergrund arbeitenden KGB-Leuten organisiert werden? Weit gefehlt! Der talentierte Schirinowski kann mit kräftiger Unterstützung der Lubjanka 1994 leicht Präsident Rußlands werden, und dazu noch völlig legal.

Eine Legion ehemaliger Kader und KGB-Beamter sind inzwischen in Gemeinschaftsunternehmen, in Banken, in Kooperative, in politische und administrative Organisationen, zu Zollbehörden, in Wachdienste, in den Handel und sogar in die Produktion abgewandert. Dazu muß gesagt werden, daß nicht nur ihr guter Spürsinn ihnen geholfen hat, sich umzuorientieren und in das früher von ihnen kontrollierte

Geschäftsleben einzusteigen. Der KGB hat schon vor fünf Jahren auf den einträglichsten Chefsesseln Platz genommen, als die meisten noch Angst hatten, ins Geschäftsleben einzutreten.

KGBler waren die ersten im Geschäft mit ausländischem Kapital, im Waffenhandel und privaten Wachdiensten sowie im Transfer von Partei- und Staatsgeldern in den privaten Sektor. Der Personalbestand wurde durch aktive Reserveoffiziere aufgebläht, die auf Schlüsselpositionen in den Behörden der Föderation und der Gebiets- und Rayonverwaltungen verteilt wurden. Die KGB-Leute sammeln bis heute außerordentliche Schmiergelder ein, weil sie sich gegenwärtig vor nichts mehr fürchten. Die KPdSU gehört der Vergangenheit an, aber der KGB ist am Leben und allgegenwärtig. Er arbeitet heute wie eine Art Geheimorden.

Der Chef des KGB, Krjutschkow, gab nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis der Zeitung *Prawda* (22. 4. 1993) ein Interview, in dem er sagte, daß seit Ende 1991 auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bei bewaffneten Konflikten ungefähr 150000 Tote zu beklagen gewesen seien. Hinzu kämen noch eine halbe Million Verwundete und einige Millionen Flüchtlinge, denen Rußland weder mit Wohnung, Arbeit oder sonstigen normalen Unterstützungsleistungen helfen könne. Krjutschkow hat sein ganzes Leben lang immer nur die halbe Wahrheit gesagt. Und in diesem Fall hat er sogar tüchtig gelogen, da er nicht zugegeben hat, daß das von ihm geleitete Büro einen großen Teil der Schuld für das von KGB und GRU angezettelte Blutbad im Transkaukasus und in Mittelasien trägt. Im Baltikum war das nicht zu machen, und im Nordkaukasus befürchteten sie, die Tschetschenen würden ihre Drohung wahr machen und unverzüglich ein zweites Beirut in Moskau und in anderen großen Städten Rußlands inszenieren.

Wahrscheinlich ist es immer noch besser, wenn sich die Mitarbeiter des KGB mit Geschäften befassen statt mit der Ausbildung proiranischer islamischer Kämpfer im Libanon, mit der Ermordung tschetschenischer Neureicher in England oder der Organisation von Verbrecherbanden in Deutschland und Amerika. Es ist unseren Staatsorganen zu verdanken, daß in der GUS kriminelle Staaten entstanden sind, in denen die Mafia an der Macht ist oder hinter den Regierenden steht. Rußland hat der Welt nicht seine wölfische ideologische Zivilisation aufzwingen können, sondern eine kriminelle Zivilisation, eine Zivilisation der Ratten, die alles

unter, über und um sich herum auffressen, um sich am Ende selbst zu vertilgen. Diese Bemerkung machte der Politiker Wladimir Bukowski, ein außerordentlich kluger Mann (*Komsomolskaja prawda* vom 15. 7. 1993).

Die Sicherheitsorgane und deren Vertreter haben einen großen Anteil daran, daß so enorm viel deutsches Geld ins Land fließt, aber auch am massenhaften Export unserer Mädchen und am Frauenhandel, an der systematischen Ausfuhr von gedungenen Killern, am illegalen Waffenhandel mit Osteuropa, an Drogenlieferungen nach Europa aus den GUS-Staaten und am inoffiziellen Export von radioaktiven Materialien, seltenen Metallen und hochwertigen Edelmetallen aus den GUS-Staaten. Der KGB hat nicht nur die naiven provinziellen Nationalisten in Aserbaidshan und Tadschikistan zu blutigen Auseinandersetzungen aufgehetzt, die Zehntausende von Opfern forderten. Er hat auch großangelegte internationale Gaunereien, wie den Transfer von Staatsgeldern aus der GUS in Schweizer Safes über die Firma *Siabeko* zu verantworten. Das Schema war wie immer recht einfach: Mit Hilfe des Geschäftsführers des ZK der KPdSU, Krutschin, des Finanzministers der UdSSR, W. Orlow, des Vizepräsidenten der UdSSR, Janajew, und des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Ryschkow, wurden für die ins Ausland zu exportierenden Ressourcen Preise festgesetzt, die nur der Hälfte der Weltmarktpreise entsprachen. Auf irgendwelchen Konten blieb der durch diese Preisdifferenz erzielte Gewinn hängen. Die einflußreichen Vertreter von KGB und MWD (Barannikow, die Offiziere L. Weselowski und D. Jakubowski) sicherten dabei die Interessen der Firma *Siabeko*) und die Beziehungen zu dem inzwischen abgelösten russischen Vizepräsidenten Ruzkoi und zu Generalstaatsanwalt Stepankow.

Das einzig Erfreuliche an dem ganzen Finanz-Tohuwabohu ist der himmelschreiende Dilettantismus der Geschäftsleute in Uniform, der meist auch zu ihrem Ruin führt. Unter Gorbatschow war der Blitzstart der KGB-Leute noch möglich, weil sie Zugang zu staatlichen Beständen mit billigen Waren und Rohstoffen hatten. 1993 haben die Geschäftsleute der ersten großen Welle aus dem Komsomol und den »Organen« begriffen, daß die schönen Zeiten des Einheimens und der

Spekulationen, der Vermittlerdienste und des Wiederverkaufs von Importwaren zu Ende gegangen ist. Allgemeine Kriminalität und Wirtschaftskriminalität sind nicht mehr zu trennen. Die Leute, die mit Diebstählen und Schmuggel das große Geld gemacht haben, sehen sich gezwungen, sich entweder mit dem kriminellen Volk, das im heutigen Rußland die Funktion des Finanzamtes, der Zollbehörde, der Polizei, der Richterschaft, der Gefängnisaufseher und der Henker gleichzeitig übernommen hat, zusammenzutun oder aber es kurz zu halten. Dabei geht der Staat natürlich leer aus.

Seit der überraschenden Unabhängigkeit der GUS-Staaten Anfang 1992 hat Rußland keine Wirtschafts- oder Zollschranken mehr. Die neuen Staaten haben sofort ihre Steuerzahlungen an den Kreml eingestellt und gleichzeitig die volle Kontrolle über die offiziellen Grenzübergänge übernommen. Die sozialistischen Länder Osteuropas, von der DDR bis zu Bulgarien, haben jahrzehntelang harte Devisen durch verdeckte Reexporte von Energieträgern erwirtschaftet, die sie zu Niedrigpreisen aus der Sowjetunion bezogen. Seit Ende 1991 sind die ehemaligen Sowjetrepubliken in dieses Geschäft eingestiegen. In den GUS-Ländern unterstehen die Grenzkontrollen immer noch Moskau, die Zollhoheit ist jedoch auf die örtlichen Behörden übergegangen. Und welch ein Glück! Mit dem gleichen Eifer wie schon nach Georgien wurde Kupfer, Erdöl und Holz aus Rußland nun auch nach Estland geschafft. So wurden die Georgier und Esten zu »soliden Exporteuren« und Konkurrenten der Wirtschaft Skandinaviens und derjenigen der Mittelmeerländer.

Ganz objektiv gesehen, muß man eingestehen, daß die Zollbehörden in Georgien und Estland schon Anfang 1989 die Möglichkeit hatten, die Wirtschaftsinteressen des Kremls völlig außer acht zu lassen. Sowohl unter kommunistischer Herrschaft als auch unter den nationalistischen Regierungen haben die gewieften Geschäftsleute (nicht nur jene aus den genannten Republiken, sondern auch aus Tschetschenien und dem gesamten Baltikum) alles mögliche und in jeder beliebigen Menge über die Häfen des Schwarzen Meeres und der Ostsee oder per Lkw über Batumi nach Westen geschleust. Welcher Geschäftsmann träumt nicht von solchen Gewinnen: Für eine Tonne Benzin zu 100 US-Dollar (einschließlich der Anlieferung bis zur

Staatsgrenze) gibt es schon an der ersten türkischen Tankstelle oder in einem Hafen der Türkei oder Griechenland fünfmal so viel. Anfang 1994 fanden diese Spielchen mit dem Re-Export russischer Güter aus Georgien und Estland aus verschiedenen Gründen ein Ende. Die Russen drehten der Mafia der beiden Länder endgültig den Hahn zu. Die Ukraine und Belorußland hatten es im Winter 1993/94 noch viel schwerer als die Russen. Armenien, Georgien und Tadschikistan befanden sich am Rande des Hunger- und Kältetodes. Und in Rußland selbst hatten in den neunziger Jahren diejenigen, die nur die geringsten Beziehungen zu den Zoll- und Außenhandelsorganisationen in Moskau und andernorts in der Russischen Föderation unterhielten, volle Exportfreiheit. In allen russischen Republiken, Kreisen und Gebieten gibt es nun eigene Brigaden von Zöllnern und Unterabteilungen des Sicherheitsministeriums und des MWD, die sowohl den örtlichen Behörden als auch dem Kreml unterstehen. Seit 1987 hatte Moskau faktisch nicht mehr die Möglichkeit, sich in die Angelegenheiten der örtlichen Zaren einzumischen und mußte sich mit der Kontrolle der Steuereintreibung für die allgemeine Staatskasse begnügen. Die Loyalität der örtlichen Behörden dem Kreml gegenüber wurde mit Exportlizenzen erkaufte oder mit einer Senkung der an den Kreml abzuführenden Steuerlasten.

1992 war geplant, daß die Russische Föderation nicht mehr als 59 Millionen Tonnen Erdölprodukte verkaufen sollte, da für die Russen selbst nicht mehr genug da war. Im selben Jahr stellt das Außenwirtschaftsministerium Lizenzen über 100 Millionen Tonnen aus, und tatsächlich wurden nicht 59, sondern 68 Millionen Tonnen Erdölprodukte verkauft (*Delowoi mir* vom 6. Juli 1993). Wahrscheinlich ist zusätzlich noch einmal so viel illegal aus Rußland ausgeführt worden, d. h. ohne Lizenz, mit gefälschten Papieren als Abfall deklariert oder als Transittransport durch Litauen für das Kaliningrader Gebiet (wo natürlich alle Waggons und Container für immer steckenbleiben). Häufig wird versucht, gestohlene Ware über die russische Grenze zu schaffen: Der eine führt schwarzes Erdöl aus, der andere verlädt in Moskau gestohlene, neue ausländische Luxuswagen in Militärflugzeuge und verfrachtet sie in andere GUS-Länder.

Für Rußland hat die Durchlässigkeit der Grenzen zur Ausplünderung des Landes durch die ehemaligen Sowjetrepubliken geführt. Nach vorsichtigen Schätzungen belauft sich der Schaden auf 250 Milliarden Dollar, meint Michail Chazankow von der Zeitung *Den* (Nr. 31, 1993). Allein das winzige Estland hat über unbewachte Grenzen Rohstoffe und Waren im Wert von acht Milliarden Dollar aus Rußland ausgeführt. Auch wenn diese Zahlen nicht ganz glaubwürdig erscheinen, stimmt es doch, daß Rußland großen Schaden nimmt. Nach Angaben des Instituts für Systemanalysen (*Rossiskaja gaseta* am 13. 7. 1993) wurden 1992 aus Rußland Rohstoffe und Waren im Wert von 80 Milliarden Dollar ohne formelle Gegenleistungen ausgeführt (das heißt 1000 Dollar im Jahr auf jeden arbeitenden Russen gerechnet). Waren im Wert von 45 Milliarden Dollar wurden allein in die Länder der GUS exportiert. Das ist alles amtlich, das Ganze nennt sich »technischer Kredit«, der praktisch nicht rückzahlbar ist, es sind also kostenlose Warenlieferungen aus Rußland, eigentlich Geschenke. Auf diese Weise haben wir 1992 einigen Ländern 35 Milliarden Dollar geschenkt, die wir unseren eigenen hungrigen Kindern vorenthalten haben. 72 Prozent der Inflation in Rußland, schätzt das Institut für Systemanalysen, sind auf die direkte Ausplünderung der russischen Reichtümer zurückzuführen.

Die Ausplünderung des Landes ging zu Gorbatschows und Jelzins Zeiten mit einem (im Verhältnis zum Dollar) bewußt provozierten ständig sinkenden Rubelkurs einher; das war für die russischen Exporteure von illegaler Ware bei den verhältnismäßig stabilen und im Vergleich zum Westen niedrigen staatlichen Preisen äußerst günstig. Erst 1993 erreichten die Preise für russische Waren und Rohstoffe Weltmarktniveau. Zwischen 1987 und 1992 herrschte eine paradoxe Situation. Es bildete sich ein Treibhaus für die Aufzucht von Millionären, als von Monat zu Monat die Dollarpreise für russische Produkte fielen. Wer aus Rußland waggonweise Ware in den Westen schaffte, kehrte mit Dollars zurück, tauschte sie in Rubel um und führte die gleiche Operation erneut durch; der Profit stieg dabei fast mit geometrischer Progression an.

Wenn nicht ein bestimmter Teil des Führungsapparates der Generalstaatsanwaltschaft, des Sicherheitsministeriums und des MWD

durch und durch korrumpiert wäre, dann würden die Dinge deutlicher zur Sprache gebracht werden, sagte Alexander Kotenkov (*Megapolis-Express* vom 25. 8. 1993). Dieses Mitglied der Kommission für Beziehungen zwischen den Behörden im Kampf gegen die Korruption (MWK) erklärte offen, daß die MWK einen Staat im Staate aufgedeckt habe, ein ausgeklügeltes Ausfuhrsystem für Exportwaren, das auf der Basis von Schmiergeldern funktioniert und in dem Dutzende hoher Beamter aus dem Regierungsapparat mitmischten. Die Minister, ihre Stellvertreter, die Behördenchefs und höhere Bankangestellte teilen sich die Exportlizenzen und verteilen Kredite, berichtete Kotenkov. Natürlich war bei der namentlichen Nennung der Schuldigen keiner dabei, der zur Mannschaft des Präsidenten gehört. Die »Sache mit Usbekistan«, an die der Kreml so gerne erinnert, spielte sich zu Gorbatschows Zeiten ab. Damals kamen aus allen Ecken der UdSSB Tausende von Untersuchungsrichtern nach Usbekistan und brachten Tausende von usbekischen Beamten, die Schlüsselpositionen bekleideten, hinter Gitter. Wie unter Stalin erwischte es ausnahmslos alle, den ersten Sekretär des ZK, die ersten Sekretäre der Gebietskomitees und die Vorsitzenden der Kolchosen und die Direktoren. Gorbatschow hat die UdSSB auch deshalb verloren, weil viele Bepubliken so etwas nicht erleben wollten.

Das Muster in den frisierten Berichten war häufig das gleiche, in Usbekistan (das auf Baumwollproduktion ausgerichtet war) wie in Georgien (das in erster Linie Tee und Wein produziert). Jedes Jahr schworen Raschidow und Schewardnadse auf den Parteitribünen in Moskau, den Ernteertrag der ihnen anvertrauten Plantagen zu erhöhen. Das Plansoll war jedoch nur übererfüllbar, wenn unter die Baumwolle Blätter und Abfall und unter die zarten Teeblätter Stiele gemengt wurden. Die Pflücker und die Vorsitzenden der Kolchosen wurden vom Staat für das abgelieferte Rohmaterial mit klingender Münze entlohnt. So hatten die Parteifunktionäre ihren Anteil am Gewinn vor Ort und ernteten dazu noch Lob und Ehre in Moskau. (Der Wein wurde durch Zuckerzusätze gestreckt. In Georgien wurde deswegen Zucker in großen Mengen eingeführt.) Ein anderes System galt für die mittelasiatischen und transkaukasischen Zitrus- und andere Früchte sowie für Gemüse. Die schnellverderbliche Ware kam nach Rußland. Dort stahlen erst einmal die

Direktoren der staatlichen Großhandelslager die Hälfte — denn »die Früchte faulten ja oder trockneten aus oder verderben anderweitig«. Und so gab es auf den russischen Märkten stets eine Menge privater Händler aus südlichen sowjetischen Landen.

In den Republiken im Süden der UdSSR wurde auf diese Weise Geld angehäuft. Deshalb ging jede Zuteilung von Brennstoff, eines Pkws etc. an die südlichen Republiken durch den Kreml oder eine Moskauer Behörde mit einer nachdrücklichen Forderung nach ordentlichen Schmiergeldern einher. Die sozialistische Wirtschaft wurde von persönlichen Interessen geleitet und konnte nur unter der Androhung der Todesstrafe — wie unter Stalin — funktionieren oder unter den Bedingungen der Schattenwirtschaft — wie unter Stalins Nachfolgern. Rußland war schon unter den Bolschewiken ein krimineller Staat und ist es bis heute. Als 1989 in der Sowjetunion der direkte Handel für staatliche private Firmen rechtlich möglich wurde, verhinderte der russische Zoll den illegalen Export von 2700 Tonnen Metall aus Rußland. 1990 wuchs diese Zahl auf 57 000 Tonnen, 1991 auf 67 000 Tonnen und 1992 auf fünf Millionen Tonnen. Dabei gestehen die Spezialisten der staatlichen Zollbehörde ein, daß ihre Arbeit nur in 30 Prozent der Fälle erfolgreich ist (*Dwadzat tschetyre* vom 16. 2. 1993). Viele Experten aber sind der Meinung, daß diese Angaben noch viel zu hoch gegriffen sind, daß die Zöllner in Wahrheit nicht mehr als 10 bis 15 Prozent der Schmuggelware entdecken.

Der Staat hat, wie es scheint, alles getan, um die Außenhandelsbeziehungen zu kriminalisieren. Mit dem Ausland, das heißt auch mit den GUS-Staaten, offiziell Handel zu treiben, ist ein teurer Spaß. Erst muß für die Lizenz tüchtig geschmiert werden, dazu kommen die hohen Zölle, dann die Versicherungskosten und Steuern. Alle diese unmäßig hohen Abgaben ruinieren sowohl private als auch staatliche Unternehmen und zwingen die Direktoren zu Gaunereien und zum Zusammenschluß mit Kriminellen und — mit dem Militär. Die Armee stellt bewachte Lager und Flughäfen kostenlos zur Verfügung sowie militärische Transportmaschinen, Güterzüge und Fahrzeugkolonnen und organisiert unkontrollierte Grenzübertritte (*Moskowskie nowosti* vom 6. 12. 1993). Die Armee ist praktisch niemandem unterstellt. Das Gesetz ist noch auf der Seite der

Schmuggler, die erfolgreich die widersprüchlichen Bestimmungen und das lasche System geringer Geldstrafen ausnutzen. Die Mitarbeiter des Sicherheitsministeriums und des MWD fordern und bekommen ihren Anteil von den Schmugglern. Auch die russischen Industriedirektoren handeln mit Rohstoffen und Halbfabrikaten, und zwar über kriminelle Vermittler, um sich vor unliebsamen Überraschungen zu schützen. Auf diese Weise kommt es dahin, daß die wirkliche Macht in der Gesellschaft in der Hand von Kriminellen und Verbrechern liegt. Jeder braucht sie, sie einigen sich auch mit jedem über alles, und sorgen so dafür, daß letztendlich alle Beteiligten zufrieden sind.

Früher ging ein Mensch, wenn er einen Fürsprecher brauchte, mit ein paar Scheinen zum Parteiboss, heutzutage wendet er sich an einen Bandenchef. Bei näherem Kennenlernen entpuppt sich dieser als sehr einflußreicher Mensch, als ehemaliger Angehöriger der Sicherheitsorgane (sonst wäre er bereits nach seiner ersten Gaunerei zum Holzfällen in den Gulag geschickt worden).

1992 wurde Estland plötzlich weltweit zu einem der wichtigsten Lieferanten seltener Erdmetalle (in der Republik selbst werden sie nicht abgebaut). Das Sicherheitsministerium der Russischen Föderation hat den Journalisten besorgt mitgeteilt, daß aus Rußland nach Estland 22mal mehr Waren exportiert als importiert werden (24. 8. 1992). Diese Baltikum-Statistik könnte mit Daten anderer ehemaliger Republiken der UdSSR vervollständigt werden.

Wenn man mit einem beliebigen Direktor, der russische Rohstoffe exportiert, unter vier Augen spricht, wird er sich darüber beschweren, daß die eigene Regierung ihm keine Sicherheit für das Geld seines Unternehmens gibt (die Inflation frißt alles auf, und dazu nehmen Staat und Schutzgeldentreiber einen Gutteil davon weg), keine vernünftigen Steuersätze einführt und die Unversehrtheit der seinem Unternehmen gehörenden Güter nicht garantieren kann. (10 Prozent der Schäden durch Überfälle auf Eisenbahnwaggons entfallen auf Tschetschenien, 40 Prozent auf das Baikargebiet an der Grenze zu China. Es heißt, daß entlang der großen Eisenbahnlinien mehr als die Hälfte aller Delikte in Rußland verübt werden.)

Ein russischer Unternehmer, sei er nun Direktor eines Rüstungsbetriebes oder einer Wäscherei, befindet sich immer im Blickfeld einflußreicher krimineller Kräfte. In der Mafia haben sich Beamte aus überregionalen und lokalen Behörden, aus MBR und MWD, mit Elementen der Schattenwirtschaft zusammengeschlossen, um Geschäfte zu machen. Dabei kann fast alles legal ablaufen, auch wenn die Konkurrenten manchmal physisch vernichtet, in den Ruin oder Bankrott getrieben werden und ihnen ihre Immobilien und Waren genommen werden. Die Mitarbeiter des MUR, des russischen *Scotland Yard*, meinen, daß die Mafiagruppen nicht nur das Moskauer Gebiet unter Kontrolle halten, sondern auch Regierungsbeamte (*Moskowski komsomolez* vom 31. 8. 1993). Das wird von ein und denselben Mitarbeitern der »Organe« besorgt, da die Creme de la creme der Miliz und der alten Tscheka-Spitzeldienste schon lange formell entlassen worden sind und ihren eigenen Laden aufgemacht haben. Sie sammeln kompromittierende Informationen über Geschäftsleute, handeln, beraten und erpressen still und leise die geschmierten, korrumpierten Schreiberlinge. Der juristische Chefberater des Moskauer Bürgermeisters, Sergei Konzow, erklärte, daß es für die Miliz sinnlos sei, den Kampf mit den Schutzgelderpressern aufzunehmen, weil es chancenlos sei. Die Mafia solle doch bitte ihre Tätigkeit unter der Kontrolle der Miliz selbst regeln (*Delowoi mir* vom 20. 8. 1993). Der Unternehmer zahlt dabei gleich zweimal, einmal für seine eigene Sicherheit an die Schutzgelderpresser und das andere Mal an die Miliz mit seinen Steuern.

Unsere Miliz ist ganz offensichtlich das Geld nicht wert, das sie den Steuerzahler kostet. Trotz der gigantischen Aufwendungen für die Armee und den Unterhalt des MiK hat der letztere keinen Finger für die technische Ausrüstung der Miliz gerührt. Unser MWD verfügt neben den Gummiknüppeln über keine andere »weiche« Waffe. Die ganze Welt hat mit Entsetzen über CNN miterlebt, wie die im Weißen Haus Eingeschlossenen mit Kugeln beschossen und Panzer am 4. Oktober 1993 gegen sie eingesetzt wurden. Dabei hätte eine Brigade von gut ausgerüsteten und ausgebildeten Leuten das Weiße Haus, ohne daß Blut hätte vergossen werden müssen, erobern können. Daß der Staat absichtlich eine kraftlose und korrupte Miliz heranzüchtet und eine

VII. Die SS-Trupps des Systems

unverschämte Schattenwirtschaft, Kriminalität auf den Straßen, Bestechung und die Plünderung des öffentlichen Vermögens zuläßt, hat wohl nur den einen Grund, das Volk soweit zu bringen, daß es eines schönen Tages einen neuen Diktator vom Typ Stalin, Andropow, Schirinowski oder Sterlingow flehentlich bittet, die Macht zu übernehmen.

Schlußwort

Ein Selbstinterview

Kann man in Rußland überleben?

Kriegsversehrte und Kriegsveteranen haben in den letzten Jahrzehnten davon gelebt, daß sie zusätzlich zu ihrer armseligen Pension das Privileg genossen, in den Geschäften außerhalb der Schlange bedient zu werden. Unter Breschnew hat man den Invaliden sogar kostenlos Autos, eine Art Moped auf vier Rädern zur Verfügung gestellt. Heute gibt es keine Schlangen mehr in Rußland. Statt der Fahrzeuge hat die Regierung den Invaliden im Jahr 1994 20 Dollar pro Person (der Preis für 50 Liter Benzin) für die Fahrt mit öffentlichen Transportmitteln ausbezahlt.

Es gibt weder Prothesen noch Rollstühle, die Straßen sind in einem katastrophalen Zustand, und die öffentlichen Verkehrsmittel platzen aus allen Nähten.

Massenarbeitslosigkeit und lächerlich niedrige Sozialleistungen haben den Invaliden das Leben in der GUS zur Hölle gemacht.

Für die Mehrheit der Russen ist das Leben unter Jelzin schwieriger geworden.

Bei lächerlich niedrigen Löhnen von 30 bis 70 Dollar im Monat sind die meisten Russen gezwungen, Arzt- und Arzneikosten, die mittlerweile so hoch wie im Westen geworden sind, selbst zu tragen. Ausländische Spezialisten der Organisation »Ärzte ohne Grenzen« haben allein in Moskau 150 000 Obdachlose, die auf Bahnhöfen, in irgendwelchen Verschlagen oder Kellern übernachten, gezählt (*Iswestija* 8. 9. 1993).

Öffentliche Bäder, Obdachlosenheime, öffentliche Suppenküchen und medizinische Versorgung gibt es für unsere Obdachlosen nicht, selbst die Miliz lehnt es mittlerweile kategorisch ab, sich um sie zu kümmern.

Die Folgen haben nicht lange auf sich warten lassen: Die Sterbeziffern bei Infektionskrankheiten haben im Jahre 1993 wieder das Niveau der Nachkriegszeit des Jahres 1948 erreicht.

21 Länder stehen vor der Hungerkatastrophe, meldete die Radiostation »Voice of America« in den letzten Tagen des Jahres 1993. Dazu gehören Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Afghanistan und Tadschikistan – all die Länder, in denen Rußland Krieg geführt hat.

In Rußland hinter Gittern zu sitzen, ist kein Zuckerschlecken.

In früheren Zeiten, von Stalin bis Breschnew, war der GULag in erster Linie ein probates Mittel, um die Häftlinge zu kostenloser Arbeit auf den riesigen Baustellen des Landes zu zwingen. In den achtziger Jahren hat das allgemeine Chaos im Justizwesen der UdSSR, beziehungsweise der GUS, ein solches Ausmaß erreicht, daß es völlig sinnlos geworden ist, die Menschen jahrelang bis zur endgültigen Verkündung des Gerichtsurteils hinter Gittern vor sich hinsiechen zu lassen. Die Gefangenen in den Untersuchungsgefängnissen arbeiten nicht, sie sitzen einfach nur herum. In 40 Schlafkojen drängen sich bis zu 100 Insassen.

Die Zeitung *Moskowski Komsomolez* (5. 1. 1994) berichtete von dem Fall einer gewissen Baladajewa, die zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, weil sie 100 Dollar auf der Straße gekauft hatte. Sie hätte bei gleichzeitiger Beschlagnahmung des Eigentums drei bis acht Jahre Gefängnis bekommen können und war glücklicherweise an einen milden Richter geraten. Gleichzeitig gibt es heute Tausende von Wechselstuben und Zehntausende von Straßenhändlern, die ihr Gewerbe ungestört ausüben.

Der merkwürdige Extremismus der Kremlmachthaber zeigte sich auch darin, daß sie die Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, die seit 1987 das erste Mal wieder in unserem Land waren, nicht zu den Anhängern des Obersten Sowjets vorließen, die nach dem Oktoberputsch inhaftiert worden waren.

Ein menschliches Leben war in Rußland nie viel wert.

Die Lebenserwartung ist dramatisch gesunken. Infolge der katastrophalen Verschlechterung der sozioökonomischen Bedingungen und im Zeichen der schweren ökologischen Krisen wird ein 1993 geborener Mensch in Mittelasien nicht viel älter als 59 Jahre werden. Wodka ist billiger als Fleisch, was die Zahl der Alkoholiker in schwindelerregende Höhen getrieben hat.

Im November 1993 stellte sich heraus, daß insgesamt 2000 Tonnen vergällten Alkohols, den man allerdings als unvergällten 96prozentigen Alkohol aus Deutschland ausgegeben hatte, nach Rußland geschmuggelt worden sind. Etiketten und Flaschen sehen ganz normal aus, aber schon ein kleiner Schluck führt zur Erblindung oder zum Tod. Hilflos und ohnmächtig versucht die Miliz zu verhindern, daß dieser Alkohol in illegalen Fabriken verdünnt, in Flaschen mit gefälschten Etiketten abgefüllt und als Wodka in Umlauf gebracht wird. In den ersten elf Monaten des Jahres 1993 verringerte sich die Bevölkerung Rußlands um 670 000 Menschen.

Jeder zehnte arbeitsfähige Russe ist heute de facto oder potentiell arbeitslos. Eine Untersuchung in 43 großen Betrieben in Jekaterinenburg hat ergeben, daß die Hälfte von 110 000 Beschäftigten entweder Kurzarbeit oder Zwangsurlaub macht (*Trud*, 6. 1. 1994).

Die russischen Machthaber haben Hunderttausende von Familien, die unter extremen Bedingungen im hohen Norden arbeiteten und mit einem Schlag verarmten, einfach vergessen. Jahrelang haben sie sich Rubel für Rubel vom Mund abgespart für ein Leben in der Heimat, und jetzt können sie sich nicht einmal ein Ticket für den Heimflug und die Miete für einen Umzugscontainer leisten.

Kann man 18 000 Tonnen Gold ausgeben?

1953 hat die UdSSR für die »Bedürfnisse der Volkswirtschaft« 5,2 Tonnen Gold ausgegeben, 1990 waren es bereits 130 Tonnen. Unbezifferbare Goldmengen sind in den Betrieben des MiK verschwunden, wo es entweder vergeudet oder gestohlen worden ist.

1990 wurden 475 Tonnen für 7 Dollar pro Gramm ins Ausland verkauft. Der Weltmarktpreis liegt aber bei 12 bis 13 Dollar pro Gramm.

1989 wurden 245 Tonnen, 1991 319 Tonnen für einen Spottpreis verkauft.

Allein unter Gorbatschow hat unser Staat beim Verkauf von Gold zu Dumpingpreisen 20 bis 30 Milliarden Dollar verloren. Zur gleichen Zeit stieg die Auslandsverschuldung der UdSSR von 20 auf 80 Milliarden Dollar. In der gesamten Sowjetzeit lagerten insgesamt 18 000 Tonnen Gold in den Kellern der Staatsmacht, das zum großen Teil von Strafgefangenen unter unmenschlichsten Bedingungen aus den Flüssen Lena und Kolyma herausgewaschen worden war. 1991 beliefen sich die Goldvorräte der UdSSR auf ganze 240 Tonnen.

Kann man Wertpapiere in einer Höhe von 150 Milliarden Dollar in Umlauf bringen?

Als dreisten Versuch, die Spuren eines grandiosen Verbrechens zu verwischen, bezeichnete die Zeitung *Obschtschaja gaseta* (24. 12. 1993) eine Reihe von unlängst an russischen Bankiers begangenen Morden.

Als die westlichen Banken in den siebziger Jahren ihren Betrieb auf Computer umstellten, mußten große Mengen von Gutschriften und Zertifikaten vernichtet werden. Da diese Vernichtung aber viel Geld gekostet hätte, wurden die überflüssig gewordenen Wertpapiere zunächst einfach nur in irgendwelchen Schränken gelagert und dann an die italienische Mafia verkauft.

Als in den Jahren 1988 bis 1989 die ersten privaten Banken in der UdSSR gegründet wurden, sind nicht nur riesige Mengen von Geldern der KPdSU in den Westen und in die einheimische Schattenwirtschaft gepumpt worden. Zum selben Zeitpunkt nahm die sizilianische Mafia das »Geschäft des Jahrhunderts« in Angriff und verkaufte gefälschte Wertpapiere in die UdSSR und die Länder Osteuropas.

Offizielle Kreise in Amerika und Kanada verschweigen diese Affäre noch, weil eine Offenlegung der Fakten das gesamte Bankensystem der Jelzin-Administration an den Pranger stellen und Investoren in vielen anderen Ländern abschrecken würde.

Ist es wirklich wahr, daß diejenigen unserer Landsleute, die in Finanzaffären verstrickt sind, sich einen Platz im russischen Parlament kaufen können?

Larissa Kislinskaja von der Nachrichtenagentur »Krim-Press« geht davon aus, daß eine ganze Reihe von Personen mit krimineller Vergangenheit in die Duma gewählt worden ist (*Trud*, 22. 12. 1993).

Von Wadim Belozekrowski stammt der zynische Ausspruch, es wäre überhaupt viel besser gewesen, die Abgeordnetenmandate meist-bietend auf einer Auktion zu versteigern (*Nesawissimaja gaseta*, 7. 9. 1993). Die Wähler aus den Regionen können sich nicht zusammenschließen, um ihre Abgeordneten wirksam zu kontrollieren. Eine derartige Kontrolle übt vielmehr die Mafia oder die Nomenklatura aus. Es wäre deshalb sehr viel sinnvoller gewesen, Kandidaten auf der Basis von Betriebszugehörigkeiten zu nominieren, denn politische Massenparteien gibt es in Rußland bislang nicht, während professionelle Organisationen und Assoziationen durchaus effektiv arbeiten.

Warum wird eigentlich in Rußland der Kult der Armut traditionell so intensiv gepflegt?

Bislang ließen sich arme Bürger einfach sehr viel bequemer beherrschen. Es dürfte allerdings kaum gelingen, den Übergang zur Marktwirtschaft mit Menschen zu bewerkstelligen, die sich vor aller Augen in Lumpenproletarier verwandeln. Die Lager und Magazine quellen über, die Kaufkraft des Rubel ist jedoch dramatisch gesunken.

Ein wichtiger Indikator für das Entwicklungsniveau einer Gesellschaft und das Ausmaß sozialer Spannungen ist das Verhältnis zwischen dem Einkommen des ärmsten und des reichsten Zehntel der Bevölkerung. In den USA liegt dieses Verhältnis bei 1:14, in der BRD bei 1:7, in China bei 1:3, in der UdSSR des Jahres 1989 bei 1:5 und in Rußland des Jahres 1993 bei 1:50 (genau wie in irgendeiner Bananenrepublik).

Den Angaben unabhängiger Experten zufolge ist der Lebensstandard von 120 Millionen Menschen, das heißt von vier Fünftel aller Russen, in der Zeit zwischen 1992 und 1993 um 60 bis 80 Prozent gesunken. (Den Angaben der Regierung zufolge liegen diese

Zahlen hingegen bei 20 bis 30 Prozent.) Für 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung sind Kühlschränke, Fernseher, Möbel, Waschmaschinen, ganz zu schweigen von Videogeräten und Fotoapparaten, unerschwinglich geworden.

Aber bei uns gibt es doch jetzt Privateigentum.

Von der Privatisierung des Staatseigentums haben in Rußland nur Mafiosi und Kriminelle profitiert, die einzigen, die über ausreichend Kapital verfügen. Minister Tschubais hat behauptet, daß es Ende 1993 bei einer erwachsenen Bevölkerung von insgesamt 70 Millionen Menschen in Rußland 50 Millionen Eigentümer gegeben hat (*Komsolskaja prawda*, 9.12. 1993).

Der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Staatseigentum, Dmitri Wassilew, gab die Ergebnisse einer offiziellen Überprüfung von 209 Investitionsfonds bekannt (*Moskowski komsomolez*, 29. 1. 1994). 203 dieser Investitionsfonds waren nicht in der Lage, ihren Aktionären entsprechend der eingezahlten Privatisierungsschecks (Voucher) Dividenden auszuzahlen!

Die Privatisierung hat die Zahl der Privatbetriebe in Rußland nicht erhöht (Geschäfte und Kleinbetriebe waren bei uns schon immer in den Händen von Angehörigen der Schattenwirtschaft), sondern in der Industrie lediglich genau dieselben Kolchosen geschaffen, deren Leistungsfähigkeit auf dem Lande allen hinlänglich bekannt ist. Wie kann man von Privatisierung sprechen, wenn wir für 50 Prozent der Bevölkerung der ehemaligen UdSSR, das heißt für die Bevölkerung des heutigen Rußlands, einen Apparat benötigen, für den nicht einmal die Gebäude der ehemaligen UdSSR, des ehemaligen Rußlands und des ehemaligen ZK der KPdSU ausreichen? Wir haben nur noch die Hälfte der Bevölkerung, aber das riesige Heer von Beamten können wir nirgendwo unterbringen.

Innerhalb von zwei bis vier Jahren wird die russische Wirtschaft zusammenbrechen. Und dann...?

Unsere Waffen will im Ausland niemand kaufen, und der Anteil von Energieträgern am russischen Export hat bereits 80 Prozent erreicht.

Unser Hauptübel aber besteht darin, daß die Verkaufserlöse von Öl und Gas nicht nach Rußland zurückfließen, denn unsere Rohstoffmafia zieht es vor, ihr Kapital bei westlichen Banken anzulegen.

Der militärisch-industrielle Komplex kann und will finanziell nicht mit der Last der Konversion fertig werden. Und genau deshalb stimmen die Menschen für denjenigen, der in seiner Person die Interessen des MiK verkörpert, für Schirinowski. Auch unsere Rohstoffmafia durchlebt schwierige Zeiten. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe sinken, und die Förderung von Öl, Gas und Holz verschlingt immer größere Summen, geht jedoch immer weiter zurück.

Hartnäckig verweigert uns der Westen den Zugang zu seinen Märkten und knöpft uns hohe Einfuhrzölle für unsere Industrieproduktion ab. Auch wir selbst belegen unsere eigenen Exporteure von Fertigprodukten mit hohen Zöllen und Steuern. Infolgedessen werden unsere Arbeiter und Ingenieure in den Straßen- und Kleinhandel abgedrängt.

Unter Lenin und Stalin war es vor allem die menschliche Arbeitskraft, die extremer Ausbeutung ausgesetzt war. Von Chruschtschow bis Jelzin hingegen wurden die Naturressourcen ausgebeutet, so daß sowohl die Nation genetisch als auch die Natur zugrunde gerichtet wurden. Im Interesse der mafiosen Strukturen versuchen die Machthaber von heute um jeden Preis das Niveau ihrer Valuta-Einkünfte aus der Schattenwirtschaft stabil zu halten. Dafür nehmen sie sogar den Untergang der Hälfte der Bevölkerung in Kauf, eine Perspektive, die faktisch im Hinterhof des russischen Imperiums bereits Realität geworden ist.

Ebensowenig wie es der Zentralbank gelungen ist, ihr Buchungssystem auf Computer umzustellen und damit der gigantischen Welle von phantastischen Finanzverbrechen Herr zu werden, gelang es der Regierung nicht, einige zehntausend Dollar für die Schaffung eines einheitlichen Computernetzes zur Kontrolle der Rohstoffexporte aufzubringen. Der Zoll, die Banken und die höheren Chargen der Verwaltung profitieren ganz offensichtlich davon, alles über den Daumen zu peilen und ihre Anstrengungen nicht zu koordinieren, um gewaltige Gewinne in die eigene Tasche stecken zu können.

Spätestens dann, wenn unsere Wirtschaft endgültig am Boden liegt, wird ein Bürgerkrieg beginnen. Ein Liter Benzin für fünf Dollar, ein Laib Brot oder ein Päckchen Zigaretten zu ebenso überhöhten Preisen, sterbende Kinder und dahinsiechende Pensionäre, Millionen von freiwerdenden Wohnungen in den Städten — für Marodeure werden das noch schöne Zeiten.

Kann man überhaupt irgend jemandem in Rußland glauben?

Der russische Ökonom W. Seljunin wurde in aller Welt gerühmt, weil er sich die Frage stellte, warum in den USA der Anstieg der Energieproduktion von 5 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1902 auf 300 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1948 zu einer Versechsfachung des Nationaleinkommen führte, während derselbe Energiezuwachs in der UdSSR zwischen 1928 und 1985 das Nationaleinkommen um das 88fache ansteigen ließ (Golos 44, 1993).

Der politische Stern am Himmel des MiK, Ju. Skokow, berichtete, wie in seiner Anwesenheit die Bilanz für das Jahr 1992 im Sicherheitsrat der Russischen Föderation erörtert wurde. In diesem Jahr belief sich das Bruttosozialprodukt Rußlands auf 15 Trillionen Rubel. Legt man einen Mittelwert von 650 Rubel für den Dollarkurs des Jahres 1992 zugrunde, kommt man auf eine Summe von 23 Milliarden Dollar. Das ist weniger als Pakistan oder Griechenland produziert haben. Im selben Jahr belief sich der russische Export auf 38 Milliarden Dollar. Wenn man allerdings von den tatsächlichen Weltmarktpreisen der exportierten Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas ausgehen würde, käme man auf eine Summe von mehr als 200 Milliarden Dollar.

Das ist die Arithmetik eines Irrenhauses, die dazu führt, daß Diebe sich das Vierfache des offiziell angegebenen Bruttosozialproduktes aneignen. Die russische Wirtschaft wird heute in erster Linie durch den überhöhten und für unser Land verheerenden Kurs des Dollar im Verhältnis zum Rubel ruiniert.

Aber worin besteht denn nun das offizielle Ziel der normalen Ökonomie in Rußland?

In der Angleichung der Binnenpreise an das Weltmarktniveau. Das würde die Blütezeit für die wenig effektiven Betriebe des MiK automa-

tisch beenden. Der massenhafte Billigexport von Rohstoffen würde seinen Sinn verlieren. Und auch der Preis für Arbeitskräfte sollte bei uns ansteigen. In dem Moment, in dem russische Geschäftsleute (Diebe und Mafiosi, ehrliche Händler) anfangen, ihr Geld nicht in westlichen, sondern in russischen Banken anzulegen, werden sich auch ausländische Investoren für uns interessieren.

Stabile Rechtsnormen sind die wichtigsten Voraussetzungen für gut funktionierende Geschäftsbeziehungen. Nicht Korruption und Mafia lassen westliche Geschäftsleute vor Investitionen in Rußland zurückschrecken, sondern das völlige Fehlen einer vorhersagbaren stabilen Gesetzgebung.

Rußland gibt sich mit vier Prozent des Weltmarktes zufrieden...

Hinderlich wirken sich hier vor allem die Sanktionen des Cocom und die lächerlich niedrigen Quoten aus, auf die sich die EU-Staaten für unsere Waren geeinigt haben. Selbst wenn man uns formal grünes Licht gibt, so tut man doch faktisch alles nur Erdenkliche, um den Zustrom russischer Waren auf westliche Märkte zu beschränken. Die Prozedur des Eintritts in das GATT und den Europarat steht uns noch bevor. Wir müssen noch lernen, nach den Regeln des internationalen Handels zu spielen und den Zugang von ausländischen Waren auf unsere Märkte zu regeln.

Irgendwann werden die entwickelten Länder des Westens uns natürlich Zutritt zu ihren Märkten gewähren. Vorher aber werden wir — und das betrifft Rußland ebenso wie die Länder Osteuropas — ökonomisch zusammenbrechen oder aber Schirinowski zu Hilfe rufen.

Allein schon um die Weiterverbreitung von Militärtechnologie zu begrenzen, ist es unabdingbar, die Migration von Bürgern aus den postkommunistischen Ländern in den Westen oder in die Staaten der Dritten Welt zu stoppen.

Es gibt nur einen Ausweg für den Westen: Er darf die Öffnung seiner Märkte nicht hinauszögern und muß sich darüber hinaus an der Konversion unserer Rüstungsindustrie beteiligen. Die Tscheche!, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien haben 1980 bis zu drei Prozent ihres Bruttosozialproduktes mit Exporten in EG-Länder erwirtschaftet; heute fordern sie eine Liberalisierung und sind überzeugt, daß sie bis zu 20

Prozent ihres Bruttosozialproduktes an Westeuropa verkaufen können.

Um einen Bürgerkrieg in Rußland zu verhindern, sollte der Westen 1994 all das aufkaufen, was in den Lagern unserer Betriebe herumliegt. Das betrifft Fertigprodukte aus der Rüstungs- und Zivilindustrie ebenso wie Rohstoffüberschüsse und Produktionsanlagen. Mit dem Erlös sollte der Westen die Konversion unserer Rüstungsbetriebe, die Umschulung unseres Personals, die Anschaffung der nötigen Technik und Kredite für unsere Bauern finanzieren.

All das wäre nicht teurer als die Operation »Wüstensturm«, für die der Westen 600 Milliarden Dollar ausgegeben hat. Schon für ein Zehntel dieser Summe hätten unsere Militärs Hussein überzeugt, Ku-wait freiwillig zu verlassen. Und für die Hälfte dieser Summe hätte unsere Generalität Hussein selber unverzüglich den Krieg erklärt.

Und wie teuer käme dem Westen ein Bürgerkrieg in Rußland oder die Präsidentschaft Schirinowskis zu stehen?

Um vieles teurer als der Golfkrieg oder der Krieg in Jugoslawien. Die Türkei, der Iran, der Kaukasus, der gesamte Nahe Osten, Zentralasien, der indische Subkontinent, China, Korea, der gesamte Ferne Osten würden auflodern wie eine einzige Fackel. Unser MiK, dem im Gegensatz zu der wie die Made im Speck sitzenden Rohstoffmafia die Futtertröge schon entrissen worden sind, führt schon einige Jahre Krieg in Afghanistan, Tadschikistan und auch im Kaukasus. Den nächsten Kriegsschauplatz werden die Militärs in der Ukraine eröffnen — wegen der Krim. Das bedeutet gewaltige Opfer, aber auch Gewinne.

Werden die Amerikaner vor unseren Augen klüger? Sie haben uns Uran abgekauft und zwölf Milliarden Dollar versprochen.

Die eigentliche Aufgabe der Wahlkampfstrategen in den USA ist es, allen alles zu versprechen. Sie haben uns bereits 24 Milliarden Dollar versprochen.

Wir kämpfen zur Zeit mit der EU, der wir 1,2 Millionen Tonnen bereits produziertes Aluminium verkaufen wollen. Sie aber gestehen uns lediglich eine Quote von 230 000 Tonnen zu.

Auch Öl nimmt man uns weniger ab, als wir verkaufen könnten. Die Deutschen waren ganz erpicht darauf, unser Gas weit unter Weltmarktpreis aufzukaufen. Es kam schon fast zu einer Annullierung der Verträge, bis die Deutschen endlich nachgaben. Im Fernen Osten führen wir in den eigenen Gewässern südlich der Kurilen einen Beinahe-Krieg mit der Japanischen Fischfangflotte, die bis zu 8000mal im Jahr unsere Grenzen verletzt. Krabbenfischer und andere erwischen wir, verhaften und verurteilen sie. Wir wollen die japanischen Inseln nicht abgeben, und so »hilft« Japan Rußland. Schirinowski fordert die Rückgabe Alaskas von den Amerikanern, die Jelzin raten, mit einem einzigen Befehl das bäuerliche Hofland um das Zweifache zu vergrößern, und zwar kostenlos, um wenigstens die russischen Bauern ein für alle Mal zu besänftigen. Gleichzeitig soll er das Unternehmertum fördern, die Landreform und die Privatisierung beschleunigen.

1992 und 1993 wurde bei uns massenhaft Vieh abgeschlachtet, in einem Ausmaß, wie das selbst im vergangenen Krieg nicht geschehen ist. Gleichzeitig ist Fleisch in Moskau aus vielerlei Gründen teurer als in den USA (und das bei unseren Löhnen). Wieder einmal stehen wir am Rande des Hungers. Die Mafia der großen Fleischkombinate treibt die Preise künstlich hoch. So ist der Fleischpreis in Moskau im Vergleich zur Provinz um das Fünffache gestiegen.

Der Berater der russischen Regierung, Jeffrey Sachs von der Harvard-Universität, beschwört die westlichen Regierungen, 14 Millionen Dollar für soziale Projekte in Rußland (Wohnungen für Soldaten, Sozialleistungen für Bedürftige, Kompensationszahlungen für Bergarbeiter bei Zechenschließungen und so weiter bereitzustellen. Für die G-7-Staaten wären das nicht einmal 0,1 Prozent ihres gesamten Bruttosozialproduktes.

Die Völker Rußlands betrachten die sie umgebende Welt heutzutage in vielem mit den Augen Schirinowskis, weil sie überzeugt sind, daß der Westen Rußland betrügt. In Verfolgung ihrer eigenen Interessen haben die Kapitalisten Lenin aus Deutschland zu uns geschickt, Stalin unterstützt, mit Breschnew geturtelt und Gorbatschow in den Himmel gelobt. Und jetzt schickt uns der Westen Lebensmittelreste, abgelaufene Medikamente und Hundefutter als humanitäre Hilfe — dazu noch gegen Bezahlung.

Rußland ist zu einer Müllhalde für westliche Abfälle geworden,...

Im Bereich von Greenpeace sind etliche hundert Millionen Tonnen von Industrieabfällen aufgelistet, die der Westen bislang nicht in unser Land transportieren konnte. Im allerletzten Moment, nach der Unterzeichnung aller Verträge, hat sich unser Zoll quergelegt. Aber wieviel Umweltgifte wurden bereits geliefert. Zum Vorteil Moskaus schließt der Westen die Augen vor dem enormen Anstieg der Produktion von Rauschgift in den Republiken Mittelasiens und des Transkaukasus, in Afghanistan und anderen an die GUS angrenzenden Ländern. Gemeinsam mit ihren ausländischen Kollegen haben die Führer der russischen Rauschgiftmafia bereits damit begonnen, ihre Profite in die Privatisierung russischer Betriebe zu investieren.

Clinton und Gore haben versprochen, mit Garantien der amerikanischen Regierung den Bau einer russisch-amerikanischen Fabrik für schwere Lastkraftwagen in der Nähe von Moskau zu unterstützen.

Die Amerikaner führen endlose Diskussionen über Tausende von Projekten mit uns. Die gesamte amerikanische Rußlandhilfe wird für unzählige Reisen amerikanischer Geschäftsleute und alle Arten von Beratern verpulvert, die sich bei uns alles ansehen, nach allem fragen, Notizen machen, Wochen und Monate in speziell angemieteten Büros in diversen russischen Städten sitzen, um die Nomenklatura zu einem Cocktail oder einem Täßchen Kaffee zu bitten. Alles, was wir gerne über unser Land wissen würden, ist den Amerikanern schon seit langem bekannt. Sie haben zwar alles mögliche an Informationen über uns, aber wenig Verständnis für den Kern des Problems und kaum die Neigung, Rußland konkret zu helfen.

Die Zukunft der russisch-amerikanischen Beziehungen sieht bislang besser aus als die Gegenwart. In bezug auf Ausländer haben wir endlich die letzten Illusionen verloren, weil sie kein Geld, sondern nur leere Versprechungen für uns übrig haben. Wir sind bereit, die Reduzierung der russischen Streitkräfte mit Unterstützung der amerikanischen Regierung fortzusetzen, die uns Unterstützung beim Bau von Wohngebieten für demobilisierte Soldaten zwischen Moskau und St. Petersburg versprochen hat.

In der eisfreien Barentssee könnten wir in der Bucht von Ust-Indigo einen Hafen bauen. Das ist nur 200 Kilometer von der Pipeline und der Eisenbahnstrecke nach Workuta entfernt. Für die Reichtümer des nördlichen Urals wäre das kein schlechtes Vorhaben.

Im Prinzip könnte der Westen für Rußland und die anderen GUS-Staaten viel bewirken. Ist denn die japanische Initiative nicht attraktiv: im Austausch für die Kurilen-Inseln zwei oder drei Städte für Flüchtlinge und Obdachlose zu bauen? Ein derartiges Projekt könnte zur Lokomotive für eine Reform der gesamten westlichen Politik in bezug auf Rußland werden (von allen großen russischen Politikern aus dem Jelzin-Lager hat nur einer, der ehemalige Staatssekretär Genadi Burbulis, im Herbst 1993 öffentlich erklärt, daß die umstrittenen Inseln früher oder später unweigerlich an Japan zurückgegeben werden).

Imperiale Politik

Als die westlichen Politiker Jelzin in den Räumen der NATO in Brüssel empfangen, haben sie mit ihm das ganze Paket der Beziehungen zum Westen erörtert. Aber Rußland lehnt doch eine Ausweitung der NATO auf Kosten der Länder des Baltikums und Osteuropas ab?

In den letzten Tagen des Jahres 1993 hat Jelzin mit dem Vorsitzenden der EG-Kommission ein Dokument unterzeichnet, das die Abschaffung von diskriminierenden Handelshindernissen vorsieht. Im Gegenzug versprach Jelzin die Aufhebung seines Erlasses vom 18. November, der die Tätigkeit von ausländischen Banken in Rußland verbietet.

Im Herbst 1993 haben die USA Handelssanktionen gegen China verhängt, aber nicht etwa, weil dort in Gefängnissen und Lagern eine Million politischer Häftlinge sitzen. Formal protestieren die USA gegen den Export von chinesischen Waffen und Militärberatern in den Iran, nach Libyen, Syrien, Irak und ähnliche Länder. Amerikanische Zeitungen klärten ihre Leser allerdings darüber auf, daß dieser Schritt eigentlich als eine ernsthafte Warnung an Rußland zu verstehen sei.

Westliche Banken haben Rußland bereits ein Ultimatum gestellt: Für den Fall, daß wir unseren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen könnten, würde Rußland mit seinem Staatseigentum haftbar gemacht werden. Am 1. Januar 1994 belief sich die Gesamtsumme der russischen Schulden einschließlich der Zinsleistungen auf 85 Milliarden Dollar (darin enthalten ist der russische Anteil an den Schulden der ehemaligen UdSSR in Höhe von insgesamt 79 Milliarden Dollar). Kommerziellen Banken, die im sogenannten Londoner Club zusammengeschlossen sind, schulden wir 27,5 Milliarden, staatlichen Kreditgebern aus dem Pariser Club ca. 38 Milliarden Dollar und westlichen Firmen 14 Milliarden Dollar. Nicht einmal die Zinsen können wir zur Zeit zahlen, und dabei kommen uns die westlichen Kreditgeber sogar noch entgegen.

Unser Hauptvorwurf gegenüber dem Westen besteht darin, daß er diesen Umstand offensichtlich nicht anerkennen will. Ohne westliche Hilfe kommt Rußland nicht auf die Beine.

Den Ausländern die Schuld für unser eigenes Elend in die Schuhe zu schieben, ist in Rußland ein altes Ritual.

Der Westen schweigt öfters, als dies ehrlichen Leuten lieb ist. Solschenizyn erinnert daran, daß die atlantischen Siegermächte Stalin 1945 widerspruchslos hunderttausende von sowjetischen Bürgern gegen ihren Willen ausgeliefert haben. Mit Bajonetten trieb man diese Menschen in sibirische Lager und in den sicheren Tod, obwohl Millionen von Sowjetbürgern für den gemeinsamen Sieg gestorben waren. Und niemand hat den englischen und amerikanischen Generälen je diese Schandtät vorgeworfen.

Im Herbst 1993 wiederholte Solschenizyn in einem Interview gegenüber der westlichen Presse, daß er Gorbatschow nicht für eine bedeutende Figur der russischen Geschichte halte: In den Jahren seiner Regierungszeit habe sich die Auslandsverschuldung vervierfacht, und die Nomenklatura orientiere sich nach ihrem Ausstieg aus der Politik auf eine Tätigkeit in der Wirtschaft. Nach Meinung Solschenizyns hätte Gorbatschow eine Reihe von Reformen von unten beginnen können — die Förderung des privaten Kleinbauerntums, des Kleingewerbes, von Reparaturwerkstätten, Handel und Dienstleistung. Dann, so

Solschenizyn, wären nach ein oder zwei Jahren alle satt gewesen; unter Beibehaltung der zentralen Machtstrukturen wären langsam mittelständische Betriebe entstanden.

Gorbatschow, meint der Schriftsteller, habe es innerhalb von sieben Jahren hingegen nur soweit gebracht, der Nomenklatura bei der Aneignung von Parteigeldern Hilfestellung zu leisten. Nach ihm begann bereits die chaotische Reform, deren Folgen sogar ihr Initiator Gaidar öffentlich bedauert. Aber wozu hat er sie dann in Gang gesetzt, fragt Solschenizyn.

In Rußland droht heute ein neuer Bürgerkrieg.

Der Oktoberputsch in Moskau hat uns dem Bürgerkrieg einen Schritt näher gebracht. Der amerikanische Fernsehsender CNN hat der ganzen Welt und allen Menschen in der GUS anschaulich gezeigt, daß man nicht nur in den Schluchten Tadschikistans oder Abchasiens, sondern auch in der Hauptstadt des Imperiums selbst kämpfen kann. Das ist kein Problem. Man gibt in der Presse den Termin bekannt und aus der Dnjestr-Republik, dem Nordkaukasus und Krasnojarsk eilen kampferprobte Freischärler herbei. Nachdem dies einmal geschehen ist, kann es sich immer wieder wiederholen.

Wir wissen einfach nicht, wohin mit den Millionen von Jugendlichen und Menschen mittleren Alters, die völlig verarmt sind, aber hervorragend mit Waffen umgehen können und an ihren Gebrauch gewöhnt sind. Der GULag, Afghanistan, die Kämpfe im Kaukasus und in Moldawien, aber auch die gefährliche Symbiose zwischen Miliz und kriminellen Kleinhändlern haben dazu geführt, daß keinerlei Mangel herrscht an Killern, Abenteurern und allem möglichen Pack.

Der Betrug am Nächsten ist zu einer unseren Alltag bestimmenden Norm, zu einer unabdingbaren Bedingung des Überlebens geworden. Das gilt für das Verhältnis zwischen den Ländern der GUS ebenso wie für die Beziehung zwischen den Gebieten und Republiken der Russischen Föderation. Ein Dutzend russischer Gebiete haben 1992 fast 250 Milliarden Rubel an den föderativen Staatshaushalt abgeführt. Zur gleichen Zeit hat Kasachstan die Zahlungen an Moskau nahezu eingestellt, 93 Millionen Rubel in die Staatskasse der Russischen

Föderation gezahlt, aber gleichzeitig 38 Milliarden Rubel an Subventionen kassiert.

Auch viele andere russische Gebiete, wie zum Beispiel das Wologdaer-Gebiet, weigerten sich 1993, Steuern an die Föderation zu zahlen. Die Steuern werden von dem Gebiet erhoben, das dann 82 Prozent der gesamten Summe an Moskau abführt. Davon werden die Armee, die Verwaltung und die Subventionen für die Landwirtschaft finanziert. Den Machthabern der zum Teil riesigen Gebiete bleiben dann nicht mehr als 18 Prozent der insgesamt erhobenen Steuern.

Früher unterhielten die großen Betriebe ein eigenes Sozialversorgungssystem für ihre Arbeiter, sorgten für den Bau von Wohnungen und Schulen, für Kleidung und Nahrungsmittel und für Freizeitangebote. Jetzt ist der MiK bankrott, das Volk lebt in bitterer Armut und vertraut weder Jelzin noch Gaidar. Von Moskau will es schon gar nichts mehr wissen. Es will auf seine eigenen Kosten leben.

Kann man also sagen, daß der Kreml nicht nur daran gescheitert ist, die GUS und die Länder des Baltikums unter seinen Fittichen zu halten, sondern daß auch Rußland auseinanderzufallen droht?

Tschetschenien, Tuwa und das Kaliningrader Gebiet sind entschlossen, sich von Rußland abzuspalten; dasselbe gilt für den nichtrussischen Nordkaukasus und die islamischen Regionen an der unteren Wolga und im Ural. De facto ist dies bereits geschehen. Der russische Staatshaushalt hat schon lange keine Einnahmen aus den genannten Territorien mehr zu sehen bekommen. Vielmehr muß er noch für ihre Zahlungsunfähigkeit und Verluste aufkommen.

Wenn der Kreml nicht endlich zu Verstand kommt und wenn der Westen nicht endlich Hilfe leistet, dann wird Rußland aufhören, als Einheitsstaat zu existieren.

Es gibt schließlich bereits die Ural-Republik, die Region des »Sibirischen Abkommens« und die nahezu selbständigen Regionen des Fernen Ostens. Das ist heute bereits Realität, eine Realität, mit der wir es in den zwanziger Jahren, in der Zeit des von Lenin entfesselten Bürgerkrieges, schon einmal zu tun hatten. Wie aber wird heute das unter Überbevölkerung leidende China auf den Machtzerfall in den dünnbesiedelten Gebieten Rußlands reagieren?

Wenn Jelzin der Bevölkerung Rußlands ein wahrhaft königliches Geschenk machen und die Händler und Handwerker von den Steuern befreien würde, würde er den Beamten das Recht nehmen, das Kleingewerbe zu verbieten! Wenn der Präsident auch den mittelständischen Produzenten die Steuern erlassen würde, würde er ein Aufblühen der Massen erreichen und könnte sich ihrer politischen Loyalität sicher sein! Die Einkünfte aus den Rohstoffexporten würden für das ganze föderative System reichen.

Das ganze Jahr 1991 hindurch waren Gorbatschow und Jelzin vom Kampf um die Macht derartig in Anspruch genommen, daß sie damit gemeinsam den Staat zerstört haben. Aus politischer Blindheit hat Gorbatschow seine engsten Berater zum Augustputsch provoziert und dabei verloren. Einzig und allein um Gorbatschow zum Rücktritt zu zwingen und selbst die Herrschaft im Kreml zu übernehmen, hat Jelzin ohne mit der Wimper zu zucken die Sowjetunion aufgelöst.

Das beginnende ökonomische Chaos hat allen Republiken der ehemaligen UdSSR und in erster Linie Rußland gewaltigen Schaden zugefügt. Die Bruderstaaten stellten ihre Steuerzahlungen an den Kreml ein. Ein ganzes Jahr hindurch machten ihre Zentralbanken allerdings weiterhin von dem Recht Gebrauch, fiktive Rubelkredite zu geben, für die sie zu einem Spottpreis russische Rohstoffe aufkauften, um sie dann selber wieder ins Ausland zu exportieren. Schließlich gab es ein ganzes Jahr lang keinerlei Zollkontrollen an den russischen Grenzen.

Ausländische Schurken aus dem sogenannten »Nahen Ausland« haben sich unter der Losung der Selbständigkeit und Souveränität ein großes Stück vom Kuchen genommen. Aber selbst ehrliche Leute aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion schauen argwöhnisch auf Rußland. Die Russen selbst setzen ihren paranoiden Machtkampf weiter fort.

Jelzin konnte weder mit Gorbatschow, noch mit Chasbulatow und Ruzkoi, noch mit den Militärs eine Absprache treffen.

Außerhalb der Grenzen Moskaus treiben russische Generäle, was sie wollen. Faktisch ordnen sie sich niemandem unter und konnten 1994 sogar ihren zuvor verlorenen Einfluß auf den Kreml wieder vollständig zurückgewinnen.

Achtung, der Faschismus steht vor der Tür!...

So hieß der Artikel des bekannten Historikers German Diligenski in der Zeitung *Segodnja* (16. 10. 1993).

Als einer der wenigen hat Diligenski konstatiert, daß nach dem Oktoberputsch in Moskau der altersschwache und in Agonie verfallene Totalitarismus der Stalin- und Breschnew-Zeit einem neuen roten Faschismus gewichen ist, der ungeniert mit den Muskeln spielt und zu jeder Schandtat bereit ist.

Schon einen Monat nach dem vernichtenden Sieg der Partei Schirinowskis bei den Parlamentswahlen warnte der Wissenschaftler vor der Entstehung einer Massenbasis für den Faschismus, zu der mehr als zehn Prozent der erwachsenen Bevölkerung des Landes zählten.

So deutlich hat sich noch keiner der russischen Soziologen und Politiker zu diesem Phänomen geäußert. Es fehlt ihnen ganz offensichtlich die Kenntnis und die Kompetenz, vielleicht aber auch nur das nötige Maß an Ehrlichkeit und Informiertheit.

Ein Hellsäher — auch solche gibt es mittlerweile bei uns — wurde schon 1993 nicht müde, vor dem heraufziehenden Faschismus zu warnen. Vergeblich versuchte er, Jelzin zu warnen und sprach gegenüber Journalisten (*Kuranty*, 22. 9. 1993) mit Bitterkeit davon, daß niemand ihm, Juri Wassilewitsch Tarassow, glaube. Der bekannte Menschenrechtler Sergej Grigorjan sprach immer schon von »dem entscheidenden Einfluß der Rotbraunen auf die Politik«. Dies ist nicht nur die Folge eines Führermythos, darin spiegelt sich vielmehr der Zustand eines Landes wieder, in dem alljährlich Tausende mit völlig zerstörter Psyche aus den Lagern und Gefängnissen entlassen werden. Rußland ist »ein bettelarmes, von Wut geschütteltes und sich selbst gefährlich gewordenes Land«, meint Grigorjan. Wohin man auch blickt, jeder hat entweder selbst gegessen oder für andere den Komplizen gespielt, war entweder selbst Denunziant oder stammt aus einer Denunziantenfamilie.

Den russischen Patrioten, die faktisch heute bereits an der Macht sind, schlug die Zeitung *Den* (45/1993) vor, Schulden einzufordern: 1. von den Amerikanern für die aus Alaska herausgepumpten Ressourcen. 2. von Deutschland für die Güter, die die Sowjetunion im Zweiten

Weltkrieg in Übereinstimmung mit dem Land-and-lease-Abkommen in den USA kaufte sowie für unsere Truppen seit 1945. 3. von den osteuropäischen Mitgliedsstaaten des RGW für die ihnen zu einem Spottpreis überlassenen Energieträger; sollten sie sich weigern, die Differenz zwischen den Weltmarkt- und den RGW-Preisen zu begleichen, sollten die Lieferungen von Öl und Gas unverzüglich eingestellt werden. 4. von den Osteuropäern und den Balten für die Befreiung vom Faschismus, die um den Preis von Millionen gefallener Sowjetsoldaten schwer erkämpft worden sei.

All das ist sehr ernst zu nehmen. Schirinowski bläst in dasselbe Horn: Er forderte eine Allianz Rußlands mit China, den Austritt aus der UNO, Freundschaft mit dem Irak und den Serben, die Wiederan-gliederung der Krim, Süd-Ossetiens und der Gebiete auf dem linken Dnjestrufer an Rußland, die Verrechnung der von Gorbatschow gegenüber dem Westen eingegangenen Verpflichtungen gegen die alten Schulden der Entwicklungsländer bei der UdSSR in einem Verhältnis von eins zu eins, das Verbot von Rohstoffexporten in Länder, die Rußland Handelsbeschränkungen auferlegen, die Nichtunterzeichnung von Verträgen über atomare Abrüstung.

Der Westen mag ruhig hoffen, daß er es niemals mit Schirinowski zu tun bekommen werde, mit einem Phantasten, der sich absichtlich zur Zielscheibe macht. Der in allen Dingen des Kreml erfahrene Mitstreiter Jelzins, Michail Poltoranin, prophezeit das Auftauchen des Puppenspielers hinter der Marionette Schirinowski: »Sein Gesicht kann ich noch nicht sehen, aber die Generalsabzeichen sind deutlich erkennbar« (*Rossiskaja gaseta*, 21. 12. 1993).

Schirinowski hat einfach nur die Wunschliste der imperialen und industriellen Ziele des MiK studiert. Ist es nicht so?

Die Industriellen haben die Rohstoffmafia ausgetrickst und werden jetzt ihren Willen dem Kreml diktieren. Die KGB-Spezialisten O. Gordijewski und O. Kalugin bestätigen hartnäckig Gerüchte, denen zufolge die Liberaldemokratische Partei Rußlands (LDPR) auf Anregung und Befehl der Lubjanka gegründet worden sei. Ihrer Meinung nach hätte Schirinowski weder sein Studium am Institut für die Länder Asiens und Afrikas an der Lomonossow-Universität absolvieren können, noch

als Übersetzer in die Türkei gehen können, wenn er nicht Informant des KGB gewesen wäre.

Die Administration des Präsidenten und die Regierung »liegen im Koma«, meint Konstantin Borowoi und prophezeit »einen Verzicht auf Reformen, die Militarisierung des Landes und eine krisenhafte Zuspitzung der Beziehungen zwischen Rußland und dem Ausland«.

MiK und KGB, die auch die russische Zentralbank auf ihrer Seite wissen, haben mit ihren Helfershelfern in Gestalt der Liberaldemokratischen Partei Schirinowskis, der Agrarpartei und der Kommunisten nicht nur die Mehrheit im Parlament und in den Streitkräften errungen, sondern beherrschen auch die öffentliche Meinung des Landes. Der »Vizepremier« und »Chef des Geheimdienstes« im Schattenkabinett von Schirinowski, Alexander Wengerowski, ist ein ehemaliger Offizier der Weltraum-Streitkräfte und war Leiter der Abteilung für Spionageabwehr in einem Ministerium des MiK.

»Verteidigungsminister« Michail Musatow war ebenfalls Offizier der Weltraum-Streitkräfte.

»Arbeitsminister« Wiktor Kobelew war früher Prorektor des Institutes für Kaderausbildung am Ministerium für Schwerindustrie und Maschinenbau. »Sicherheitsminister« Sergei Abelzew ist ehemaliger Mitarbeiter des militärischen Abschirmdienstes, in dem es eigentlich keine Ehemaligen, sondern nur Aktive gibt. »Außenminister« Andrei Mitrofanow vertrat das Außenministerium der UdSSR in der Atomenergiebehörde in Wien.

»Innenminister« Sergei Barski arbeitete früher im Innenministerium und ist jetzt in einer privaten Agentur tätig.

Der »Minister für Wissenschaft und Technik«, Wiktor Lyamar, kommt von einem wissenschaftlichen Forschungszentrum der Radioindustrie.

Auch Wladimir Gussew, ehemaliger Vizepremier für Chemie- und Holzindustrie in der Regierung Ryschkow, gehört dem Schattenkabinett an.

»Wirtschaftsminister« Stanislaw Schebrowski, ein Physiker, der lange in Algerien gearbeitet hat, kennt Schirinowski noch aus der gemeinsamen Arbeit in dem riesigen Moskauer Verlag für technische Literatur *Mir*, der für den MiK zuständig war.

Den Posten eines »Ministers für Außenhandelsbeziehungen« bekleidete Wiktor Bogaty, in der Vergangenheit langjähriger Mitarbeiter der Handelsvertretung in Großbritannien, dann stellvertretender Chefredakteur der offiziellen Zeitschrift *Wneschnaja torgowlja* und privater Geschäftemacher (*Segodnja*, 22. 12. 1993).

Die Handschrift des MiK ist also in der Mannschaft von Schirinowski deutlich erkennbar. Aber wie kam er überhaupt in die Politik?

Die LDPR ist nicht von Schirinowski gegründet worden. Er trat der Partei erst Anfang 1990 bei, damals noch ohne Geld in den Taschen und ohne Sponsoren im Rücken. Zum Führer stieg er dank seines rhetorischen Talents auf, und im Sommer 1990 stand er schon an der Spitze des sogenannten Blockes der kleinen »zentristischen« Parteien, die unter Beteiligung des ZK der KPdSU gegründet worden waren. Unter dem Einfluß von Schirinowski schlug dieser Block im Januar 1991 die Bildung eines »Komitees der nationalen Rettung der UdSSR«, die Erklärung des Ausnahmezustandes und die Auflösung aller Parteien vor.

Das Justizministerium der UdSSR registrierte die LDPR bereits im April 1991, das heißt noch vor der KPdSU, und schon im Juni 1991 ging Wladimir Schirinowski als drittstärkster Kandidat aus den russischen Präsidentschaftswahlen hervor.

Anstelle des inhaftierten Chasbulatow kürte der Kreml Schirinowski in seiner Eigenschaft als Gewährsmann des MiK und des ZK der KPdSU zum »Feind der Reformen«. Im Herbst 1993 fehlte es ihm weder an Geld noch an Sendezeit im zentralen Fernsehen.

Mit dem Anwachsen der Zahl der Kleinhändler, in einer Atmosphäre wachsender Kriminalität und zunehmender Ignoranz gegenüber den geltenden Gesetzen werden die reaktionären Ideologien weiter an Einfluß gewinnen.

Nach N. Betanely, einem Moskauer Soziologen, wird der Effekt der »Schirinowskisierung Rußlands« zweifelsohne eines der dramatischsten Ereignisse der Zukunft sein.

Lesen Sie das Programm der LDPR, Schirinowskis Buch »Der Sprung nach Süden« und ein Interview: »Den Hungernden garantieren wir den Lebensstandard der Reichen — Den Reichen werden wir den Verdienst

nicht nehmen — Wir werden einen Mittelstand schaffen — Für geringfügige Vergehen, ja sogar für Diebstahl, werden wir niemanden verhaften, sondern nur mit einer Geldstrafe belegen«. Die wichtigste Aussage verbirgt sich hinter folgendem Statement: »Wir werden die Reduzierung der Armee beenden, und wenn es ein überzähliges Offizierskorps gibt, werden wir es dem Ministerium für Sicherheit unterstellen — Oberste in die Fabriken — Keinerlei Konversion, die Rüstungsindustrie muß unverzüglich wiederaufgebaut und Rüstungsgüter müssen in ausreichender Anzahl produziert und verkauft werden.« Nach dem Sieg bei den Parlamentswahlen machte sich Schirinowski mit seinen Beratern sofort auf den Weg nach Dubai, um sich dort zu erholen und die Lage auf dem potentiellen arabischen Waffenmarkt zu sondieren.

Mit der Ankündigung, ihre Länder wieder an Rußland anzuschließen, versetzte Schirinowski im Dezember 1993 die Bevölkerung des Baltikums, Finnlands und Polens in Angst und Schrecken.

Weiterhin schlug er vor, den bulgarischen Präsidenten abzusetzen und fünf russische Divisionen auf den Balkan zu schicken.

»Von Istanbul bis Kabul wird jeder Russisch sprechen — Russische Soldaten werden bis an die warmen Wasser des Indischen Ozeans vorrücken.« — Vor dem Hintergrund derartiger Äußerungen Schirinowskis kann sich jeder russische General kühn als Demokrat ausgeben und dabei auch noch auf die Anerkennung durch die internationale Weltöffentlichkeit zählen.

Was ist besser: Schirinowski oder ein Bürgerkrieg?

Es ist völlig unerheblich, wie man die Entbehrungen, die uns erwarten, nennen wird: Hunger, Kälte, lokale oder ausländische Potentaten, atomare Bombardierung oder GULag.

Die ersten achtzehn Lebensjahre verbrachte Schirinowski in Kasachstan, dann diente er als Politoffizier im Transkaukasus. Er wird sich an der autochthonen Bevölkerung der ehemaligen Sowjetrepubliken für die Diskriminierung von Millionen von Russen außerhalb Rußlands rächen. Am Westen wird er sich für den verächtlichen Ton, den dieser im Umgang mit unserem »Obervolta mit Raketen« angeschlagen hat,

rächen. Die Russen unterstützen Schirinowski, weil er das ausspricht, was die Mehrheit denkt, weil er allen alles verspricht und mit dem Finger auf diejenigen zeigt, die Schuld sind an unserem Elend — Ausländer, Demokraten, Juden, Georgier, Tschetschenen.

Die Ideologie Schirinowskis weist viele Ähnlichkeiten mit dem Bolschewismus auf und wird Rußland ebensoviel Unglück bringen wie Hitler Deutschland. »Den russischen Bären kann man nicht zähmen«, diese harschen Worte adressierte Lech Walesa unlängst an die Amerikaner und die anderen Westler, denen er Knausrigkeit und eitle Illusionen vorwarf, wenn sie glauben, daß sich die dunklen Wolken über der ehemaligen UdSSR von selbst auflösen würden.

Wenn heute Präsidentschaftswahlen stattfinden würden und die Russen aus dem »Nahen Ausland« daran teilnehmen könnten, würde Schirinowski unzweifelhaft als Sieger aus diesen Wahlen hervorgehen. All unsere Landsleute aus der ehemaligen UdSSR, die heute zu obdachlosen Ausländern geworden sind, die niemand mehr braucht, von denen sich der Kreml ebenso wie die ehemaligen Unionsrepubliken abwendet, sind zweifelsohne für Schirinowski.

Das Schrecklichste aber ist, daß Schirinowski die Präsidentschaftswahlen in Rußland 1996 sogar ohne die Unterstützung der russischen Diaspora gewinnen wird.

Und was für ein Regime haben wir heute in Rußland?

Am 12. Januar 1993 ist die gesetzliche Grundlage für die Formierung eines autoritären Regimes gelegt worden, das vor allem den Interessen des MiK, der Armee und der Bürokratie Rechnung trägt.

Wenn Alexander Prochanow (Herausgeber der Zeitungen *Den* und *Sawtra*) oder Generaldirektor Juri Skokow aus dem MiK (den der Oberste Sowjet als Premierminister vorgeschlagen hatte, einen Vorschlag, den Jelzin mit der Ernennung Tschernomyrdins allerdings ignorierte) an der Stelle von Schirinowski stünden, würden beide unverzüglich mit der Wiederherstellung des russischen Imperiums in den Grenzen von 1917 oder 1945 beginnen.

Genau das wollen die Militärs und Beamten; selbst wenn Jawlinski gewinnen würde, würde auch seine Partei die Steuergelder in erster Linie in die Eroberung des Kosmos und den Bau von Flugzeugen investieren.

Schirinowski unterstützt Jelzin in seiner Entscheidung, die einseitigen Hilfsleistungen an die Länder der GUS einzustellen. Seit dem 1. Januar 1994 geht Rußland auch in seinen Handelsbeziehungen mit dem »Nahen Ausland« von Weltmarktpreisen aus. Der härteste Kampf um die Macht steht Rußland noch bevor. Die Bevölkerung wird auf jeden Fall den küzeren ziehen — unabhängig vom Ausgang des Kampfes zwischen Militaristen (Reste der kommunistischen Opposition, Militärs, Generaldirektoren) und Spekulanten. Der Verlust des staatlichen Exportmonopols für Öl, Gas, Metalle, Kohle und Holzprodukte führte zur Entstehung einer allgewaltigen Lobby von Bankiers und Mittelsmännern, deren Außenhandelsprofite in Krisenoder Kriegszeiten sogar noch ansteigen würden.

Schirinowski und Tschernomyrdin sind zu Feinden geworden, aber davon geht es den einfachen Leuten nicht besser, denn keiner von beiden kann dem Land Wohlstand bringen.

Der Westen setzt schon seit langem auf unsere Rohstoffräuber, die ihm lieber sind als alle anderen, ob sie nun mit Waffen oder Konsumgütern handeln. Der Westen setzt auf Anarchie, auf Gesetzlosigkeit, auf die mittleren und großen Geschäftemacher, auf das schnelle Wachstum des Kapitals der Spekulanten.

Heißt das, daß die Armee für Schirinowski ist?

Wladimir Wolfowitsch Schirinowski kann man im Prinzip jetzt schon als den heimlichen Oberkommandierenden der russischen Armee ansehen, denn 86 Prozent der russischen Wehrpflichtigen und 73 Prozent der Dienstgrade, die an den Wahlen teilgenommen haben, stimmten für die LDPR.

36 Prozent der russischen Offiziere, 80 Prozent der russischen Fähnriche, 65 Prozent der Zeitsoldaten, 35 Prozent der Moskauer Generalität aus dem Verteidigungsministerium und dem Generalstab gaben ihre Stimme Schirinowski (*Nowaja gaseta*, 24. 12. 1993; *Kuranty*, 24. 12. 1993).

Die Schwarzmeerflotte, die Baltische Flotte, die Westgruppe der Streitkräfte in Deutschland, unsere Divisionen und Grenzsoldaten in Tadschikistan — alle sind für Schirinowski.

Die russische Armee ist für einen Umsturz gerüstet. Nicht ohne

Grund forderte der neue Führer immer wieder die Befreiung der Generäle Atschalow, Makaschow und Ruzkoi aus dem Gefängnis.

Und für wen ist das Ministerium für Staatssicherheit?

Wie gewöhnlich für sich selbst. Man hat es wieder einmal umbenannt, und jetzt heißt es Föderale Spionageabwehr. Die Untersuchungsabteilung wurde der Generalstaatsanwaltschaft unterstellt, und außerdem wurde ein eigenständiges Ministerium für Föderale Grenzsicherung ausgegliedert. Der neue russische Geheimdienst für Spionageabwehr darf sich in höchsten und einträglichsten Gefilden tummeln, er soll sich um Korruption in den höchsten Machtetagen, Rauschgifthandel mit dem Ausland, Kontrolle über alle bewaffneten Strukturen, Export, Privatisierung und Bankangelegenheiten kümmern. Die 75 000 Mitarbeiter der geheimen Spionageabwehr werden wie früher in jeder hochrangigen Amtsstube in ganz Rußland ihre Leute sitzen haben.

Jelzin und Schirinowski scheinen bei ihren Erklärungen über die Vorteile des Waffenexportes einige Rechenfehler unterlaufen zu sein.

Unser einheimisches Kupfer ist zweimal so teuer wie das westliche. Dasselbe gilt auch für andere Metalle. Die Produktionskosten für Elektroenergie in Primorje liegen um das Hundertfache höher als in Krasnojarsk.

Die Rüstungsaufträge werden 1994 nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahres liegen. Der Umfang der Rüstungsproduktion entsprach 1993 dem Stand von 1992, während der Ausstoß von zivilen Produkten in den Betrieben des MiK um 16 Prozent zurückging.

Die Exporte des MiK blieben 1993 gegenüber dem Vorjahr stabil und lagen bei 1,9 Milliarden Dollar. Schirinowski verspricht, die Umsätze auf die völlig utopische Zahl von 30 Milliarden Dollar jährlich zu erhöhen.

Michail Malei, ehemaliger Berater Jelzins und jetzt Vorsitzender der behördenübergreifenden Kommission für wissenschaftlich-technische Fragen beim Sicherheitsrat der Russischen Föderation, schlägt vor, den internationalen Markt mit den neuesten russischen Waffen zu beliefern, und erwartet einen Verkaufserlös von bis zu 10 Milliarden Dollar

(*Krasnaja swesda*, 21. 12. 1993). Dabei fordert Malei, 70 Prozent des Erlöses den Rüstungsbetrieben zu überlassen, 20 Prozent für soziale Belange an die lokale Verwaltung und 10 Prozent an den Staatshaushalt der Föderation abzuführen.

Vor der Beschießung des Parlaments und nach dem Sieg Schirinowskis bei den Wahlen unterzeichnete Jelzin eine ganze Reihe von Dokumenten, die der Armee und dem MiK handfeste Privilegien garantieren.

Die Preise für einen Panzer vom Typ T-72 sind zwischen Januar und August 1993 in Rußland um das 12,6fache gestiegen, für den BMP-3 um das 22fache, für einen Bomber vom Typ SU-24M um das 12fache, während der Dollarpreis für den Export stabil geblieben ist. Gleichzeitig hat der Rubel gegenüber dem Dollar nur die Hälfte an Kaufkraft verloren.

Mit der Beendigung des kalten Krieges ist der internationale Waffenmarkt eng geworden — der Verkaufserlös sank von 53 Milliarden Dollar im Jahre 1978 auf 18 Milliarden im Jahre 1992. Gleichwohl ist der Marktanteil der USA von 33 auf 45 Prozent gestiegen, während unser Anteil von 34 auf 11 Prozent sank. Für sich genommen sagen diese Berechnungen allerdings nicht viel aus, da sie nur den realen Weltmarktpreis für die von uns verkauften Jagdflugzeuge berücksichtigen, während wir sie zum Teil gegen pflanzliche Öle getauscht oder auf Kredit ohne Hoffnung auf Rückzahlung verkauft haben.

Zudem bieten wir heute einen Großteil an Waffen und militärischen Dienstleistungen an atomaren Spaltmaterialien und ähnlichem heimlich an, zum Teil werden sie einfach inoffiziell verschoben, das heißt gestohlen. Bislang haben wir weder in Rußland noch in der GUS eine Inventarisierung der atomaren Spaltmaterialien durchführen können — ein jeder, dem es gerade einfällt, entwendet bei uns Uran und Plutonium. Zuverlässige Zahlen über unseren Waffenhandel zu bekommen, ist heute einfach ein Ding der Unmöglichkeit.

Genau weiß man nur, daß Verteidigungsminister Gratschow am 1. Januar 1994 46 Jahre alt geworden ist.

Ja, und an diesem Tag besuchte Präsident Jelzin den Verteidigungsminister mit einem Blumenstrauß in der Hand.

Bekannt ist auch, daß der Präsident der Russischen Föderation im August 1994 in die Bundesrepublik reisen wird, um dort der feierlichen Verabschiedung der Westgruppe der Truppen beizuwohnen.

Bekannt ist weiterhin, daß 2,3 Millionen Soldaten zum Jahresende 93 in der russischen Armee waren. Seit Mai 1992 sind eine halbe Million demobilisiert oder in die Reserve entlassen worden.

Es ist bekannt, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg bereits wieder 106 lokale Kriege und bewaffnete Konflikte in der Welt gegeben hat. Und an fast jedem Scharmützel, so meint der Berater des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Wolkogonow, haben sowjetische Bürger in der einen oder anderen Form nach dem Willen ihrer Regierung teilgenommen.

Die Zahl der in diesen Kriegen und Konflikten Gefallenen oder Verschollenen geht nach Meinung des Generals in die Tausende, wenn nicht gar Zehntausende.

Und trotzdem haben wir ein unstillbares Verlangen danach, unseren Soldaten die blauen Helme der UNO aufzusetzen, damit sie dann in allen GUS-Staaten, in Osteuropa und im Baltikum für Ordnung sorgen können!

Der Generalsekretär der UNO, Buthros Gali, hat im Oktober 1993 erklärt, daß russische Blauhelme auf einem anderen Kontinent eingesetzt werden sollten, in den Transkaukasus hingegen sollten Soldaten beispielsweise aus Lateinamerika entsandt werden.

Die Außenminister der Teilnehmerstaaten der Ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa haben im Dezember 1993 bekräftigt, daß der Westen nicht über die notwendigen Ressourcen für eine Beteiligung an der Regulierung der Konflikte in den postsowjetischen Republiken verfüge. Gleichzeitig, so hieß es auf dem KSZE-Gipfel in Rom, werde der Westen eine russische Beteiligung an der Beilegung von Konflikten in dieser Region nicht unterstützen, wenn nicht sichergestellt sei, daß sich die friedenschaffenden Truppen nicht in Okkupationstruppen verwandeln.

Tausend schöne Worte wurden gemacht, um eine einfache Wahrheit auszusprechen: Der Kreml wird in seinem Revier, das heißt auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR und sogar in allen ehemals sozialis-

tischen Ländern des Warschauer Paktes, keine westlichen Truppen dulden, und der Westen ist bereit, die Länder des ehemaligen RGW auch weiterhin als Moskauer Interessensphäre anzuerkennen. Die Welt hat sich nicht geändert in den letzten fünfzig Jahren, der Geist von Jalta ist lebendig, lediglich die DDR haben wir aufgegeben.

Militärische Abenteuer

Mit der einen Hand lockert die Jelzin-Regierung die Zügel, an der sie die postsowjetischen Republiken hält, und mit der anderen verpaßt sie ihnen einen Faustschlag...

Von allen unseren Unionsrepubliken spannen allein Aserbaidschan und Turkmenistan Rußland ökonomisch nicht ein. Aber als gewiefter General oder als gerissener Geschäftemacher kann man sich auch im völlig ruinierten Georgien oder Tadschikistan bereichern. Eigentlich kann Rußland ganz gut auf diese Republiken verzichten, bis auf den heutigen Tag fahren wir fort, immer größere Summen in ihre Entwicklung zu investieren. Oder umgekehrt, wir haben es ganz und gar nicht nötig, ihre Volkswirtschaften bis zum letzten zu ruinieren, wie der Kreml dies im Transkaukasus oder in Tadschikistan getan hat.

In Afghanistan haben wir offiziell 15 000 Soldaten verloren (tatsächlich waren es viel mehr), die Verluste der Afghanen liegen bei einer Million Menschen, sieben Millionen haben ihr Dach über dem Kopf verloren. Der Afghanistankrieg dauerte ganze neun Jahre. Im benachbarten Tadschikistan werden wir nicht neun, sondern neunzehn Jahre kämpfen müssen, meint die Witwe Andrej Sacharows, Jelena Bonner.

Die Verteidigung der Interessen der russischsprachigen Bevölkerung ist nichts weiter als ein verlogener Vorwand für unsere Einmischung in Tadschikistan. In dieser Republik verlieren wir jährlich Hunderte von Soldaten. Dabei leben dort zur Zeit nur noch 200 000 Russen. Wenn man jedem von ihnen, einschließlich der kleinen Kinder, bis zu 5000 Dollar Umzugshilfe geben würde, könnten sie in jedem Winkel Rußlands in einem Eigenheim leben. Die

russische Staatskasse würde dieses ganze Unternehmen eine Milliarde Dollar kosten. In etwa die gleiche Summe haben wir für die Renovierung des völlig ausgebrannten Parlamentsgebäudes in Moskau und für den Bau eines luxuriösen Gebäudekomplexes für das neue Parlament ausgegeben. Hartnäckig weigert sich der Kreml, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen – für die Moskauer Machthaber ist das gesamte Territorium der UdSSR schon seit Jahrzehnten nichts weiter als ein zweites Afghanistan. Und heute hat sich die Situation noch einmal dramatisch verschlechtert. Um zu den unterkühlten und angespannten Beziehungen zurückzukehren, die in der Epoche der siebziger Jahre für das Verhältnis unter den Republiken charakteristisch waren, brauchte Rußland Unsummen von Geld und mindestens ein halbes Jahrhundert Zeit.

Einer der wichtigsten Berater Jelzins für internationale Beziehungen, Andranik Migrajan, ist der Meinung, daß der mehr als eineinhalb Jahrhunderte dauernde Versuch des russischen Imperiums bzw. der Sowjetunion die zentralasiatische und die kaukasische Region in einen sprachlich und kulturell einheitlichen Raum zu integrieren, endgültig gescheitert sei (*Nesawissimaja gaseta*, 18. 1. 1994).

Migrajan geht davon aus, daß die russische Bevölkerung in den muslimischen postsowjetischen Republiken auf lange Sicht keinerlei Überlebensperspektive habe. Er erinnert daran, daß nicht nur die Muslime, sondern auch die Christen im Kaukasus (die Osseten, Georgier und Armenier) die Massendeportationen kaukasischer Völker, für die es in der gesamten kommunistischen Welt keine Parallele gäbe, niemals vergessen würden.

Aber was ist nun der Kern der Empfehlungen Migrajans?

»Die Weiterentwicklung der ökonomischen Beziehungen, der Aufbau nationaler Armeen und die Lieferung von Waffen, aber auf keinen Fall eine Einmischung in die inneren Auseinandersetzungen in diesen Republiken«, so der Vorschlag des Politologen Migrajan, der die Ansicht vertritt, die Abspaltung der vier mittelasiatischen Republiken von Rußland sei in strategischer Hinsicht von Vorteil.

Die Beziehungen zu dem multinationalen Kasachstan werden komplizierter sein. Migrajan vermutet, daß die brutale Politik der

Verdrängung der Russen aus den nördlichen Gebieten Kasachstans, wie sie zur Zeit in Alma-Ata betrieben wird, sehr bald zu einer zahlenmäßigen Dominanz der Kasachen in der Republik führen werde.

Offene Außengrenzen und freie Preise haben die ökonomische Situation in nahezu allen Republiken der ehemaligen UdSSR verschlechtert.

Die gesamte Wirtschaft Usbekistans basierte auf der Raumwolle, Georgien lebte von Tee, Zitrusfrüchten und Wein. Jetzt stellt sich heraus, daß die zweitklassigen georgischen Waren sich ohne Probleme ersetzen lassen, zum Reispiel durch indischen Tee und türkische Mandarinen. Baumwolle können wir ebenfalls aus anderen Ländern beziehen, und das sogar zu sehr viel niedrigeren Preisen.

Die Russen verlassen den Kaukasus und Mittelasien. Die in die Unabhängigkeit entlassenen Kolonien werden es schwer haben. An Schriftstellern und Regisseuren herrscht dort kein Mangel, es fehlen allerdings qualifizierte Facharbeiter und ausgebildete Techniker.

Die wissenschaftlichen und technischen Hochburgen des MiK befinden sich schließlich alle in Rußland. Die sowjetischen Armeeeinheiten hingegen sind über die Republiken verteilt worden. Und so ist es ganz eindeutig vor allem die sowjetische Armee, die sich hartnäckig gegen den Abzug aus den postsowjetischen Republiken sperrt.

Der Fernsehjournalist Michail Leschtschinski, der selbst viele Jahre in Afghanistan lebte, hat einmal treffend formuliert: »Diesen Krieg haben wir uns doch selbst ins Land geholt, der wie der Schmutz an den Stiefeln der Soldaten klebt.«

Das ferne Afghanistan hat unser Land verändert: Die UdSSR gibt es nicht mehr und in Moskau herrschen Zustände wie in Kabul.

In jeder russischen Stadt kann man jederzeit in einem Kugelhagel sterben. Eine halbe Million junger Menschen ist durch die Hölle des Afghanistankrieges gegangen. Und sie alle leben jetzt mitten unter uns. Sie kämpfen gegen uns und bringen anderen das Töten bei.

Als unsere frisch eingezogenen Soldaten vor zwanzig Jahren in Ägypten in der Sinai-Wüste gegen Israel kämpften, haben sich die

örtlichen KGB-Funktionäre nach ihrer Rückkehr intensiv um sie gekümmert. Arbeite und studiere, wo immer du willst, saufe und treibe dich herum, ja prügle dich sogar, so hieß es. Jeder Veteran mit verdrehter Psyche ist damals noch aus allen Konflikten mit der Miliz ungeschoren davongekommen.

Unter Gorbatschow waren die Afghanistan-Veteranen die ersten, denen man das Recht gewährte, sich privatwirtschaftlich zu engagieren. Unter Jelzin standen die jungen Veteranen und Sportsmänner, die in die Reserve entlassen oder demobilisierten Soldaten und KGB-Mitarbeiter auf einmal ohne festes Einkommen und mit lächerlich niedrigen Pensionen da. Die Mehrheit von ihnen durchlief vor und nach dem Zerfall der UdSSR die Schule des Kolonialkrieges an den Brennpunkten der Nationalitätenkonflikte.

Die öffentliche Meinung in Rußland reagiert gelassen auf die Kampfeinsätze unserer Soldaten im Kaukasus und in Mittelasien, frei nach dem Motto: »Sollen die Kanacken dort doch ruhig verrecken, das ist kein Unglück.« Unter den Millionen von Banditen, Mafiosi und Freischärlern in Rußland gibt es mittlerweile mindestens zwei Millionen junger Männer, von denen jeder mehr als einen Menschen mit eigenen Händen umgebracht, gefoltert, gevierteilt hat.

Erfahren im Blutvergießen, produzierte der Kreml mit leichter Hand Konflikte, deren Opfer unsere Verluste in Afghanistan zahlenmäßig übersteigen. Das Schreckliche aber ist, daß die russische Presse sich gründlich ausschweigt über das reale Ausmaß der beteiligten russischer Truppen an regionalen Konflikten.

Unter Jelzin sind zehnmal mehr Sowjetmensen gestorben als unter Gorbatschow.

Unsere billigste Exportware ist Kanonenfutter. Wofür eigentlich schützen die Russen mit ihren Körpern alle Grenzen der GUS. Selbst die materiellen Kosten tragen die Staaten der GUS nur zum Teil. Die Zeitung *Iswestija* (24. 8. 1993) berichtete, daß der auf Vertragsbasis in den russischen Grenzschutzgruppen in Tadschikistan dienende Feldwebel Iwan Stepanow 90 000 Rubel im Monat verdient (in alten Kupons mit Lenin, das heißt 45 Dollar). Die Mehrheit unserer Soldaten hingegen kämpft unbezahlt.

Für den Kommunismus und die kommunistische Nomenklatura starben unsere Soldaten in Tadschikistan.

Und hundert tadschikische Kämpfer haben auf der Seite der Braunroten am Oktoberputsch in Moskau teilgenommen. Wer hat sie ausgerüstet?

Die usbekischen Machthaber statteten die tadschikischen Kommunisten nach ihrer Niederlage mit Panzern und Flugzeugen aus und schickten ihnen Militärspezialisten. Die russischen Diplomaten und Generäle tun genau dasselbe.

Nachdem es zunächst einen Bürgerkrieg provoziert hat, hält Rußland Tadschikistan faktisch am Leben. Nach Meinung von Moskauer Experten rückte Tadschikistan im Jahre 1992 nach Ausbruch des Bürgerkrieges, der bis zu hunderttausend Opfer forderte, auf einen der ersten Plätze unter den Rauschgiftlieferanten auf dem Weltmarkt. Heroin aus Tadschikistan, dem man einen besonders hohen Reinheitsgrad nachsagt, fließt in gewaltigen Strömen zuerst nach Rußland und von dort nach Europa.

Russische Generäle waren schon vor dem Afghanistankrieg ganz versessen auf das schnelle Geld aus dem Rauschgifthandel. Nach außen hin treten sie natürlich für die Interessen Rußlands ein und werden nicht müde zu wiederholen, daß Tadschikistan früher ein Viertel des sowjetischen Aluminiums und seltene Buntmetalle geliefert habe.

Und was veranlaßt Islam Karimow, seine Fühler über die Grenzen Usbekistans hinaus auszustrecken?

Dieser kommunistische Bonze spielt jetzt in Tadschikistan und sogar in Afghanistan, dessen nördliche Gebiete vollständig unter seiner Kontrolle stehen, die Rolle eines Breschnew. Im Norden Afghanistans leben Usbeken. Über den Fluß Amu-Dar führt eine Eisenbahnbrücke, die die usbekische Stadt Termes mit dem afghanischen Chai-raton verbindet. Der >usbekische Breschnew< erwies sich zudem als überaus erfolgreich. Kabul existiert heute einfach nicht mehr. Im Zuge des an Intensität gewinnenden Bürgerkrieges wurde es in Schutt und Asche gelegt und von der Landkarte ausgeradiert.

Tadschikistan steht vor einer neuen Runde des andauernden Bürgerkrieges, der morgen auf andere Regionen übergreifen kann. Zum Beispiel auf den Norden Kasachstans, wo bis an die Zähne bewaffnete einheimische Kosaken mit den Kasachen aneinandergeraten könnten, die ihr Land nicht verlieren wollen.

Auch die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation Usbekistans gibt uns keinen Anlaß zu Optimismus. Die russischen Gelder sind dort spurlos versickert. Auf der Suche nach einflußreichen ökonomischen Partnern — zum Beispiel die Türkei, der Iran, Pakistan, China und Indien — wendet sich Mittelasien von Rußland ab.

Früher oder später wird Rußland gezwungen sein, seine Truppen aus Mittelasien abzuziehen. Es ist einfach, anzunehmen, daß sich das heutige Usbekistan irgendwelchen Illusionen über ein Bündnis mit Rußland hingäbe. Jeder dort erinnert sich noch allzu gut an die »usbekische Affäre« unter Gorbatschow, als vom Vorsitzenden einer großen Kolchose bis zum Ersten Sekretär des ZK der Partei praktisch die gesamte Nomenklatura der Republik im Gefängnis landete.

In Kasachstan und Mittelasien hat die Anziehungskraft Rußlands als politischer Partner spätestens mit der Einführung eigener Währungen und der Entscheidung, Öl und Gas zu Weltmarktpreisen zu verkaufen, nachgelassen. Die alte Idee einer »Mittelasiatischen Entente« wird heute Realität.

Warum hat die russische Armee soviel Geld nach Aserbaidshchan gepumpt?

Das liegt wahrscheinlich am imperialen Reflex. Anfang des Jahrhunderts war Baku mit seinem Öl von unschätzbarem Wert für Rußland. Damals wußte man noch nichts von den Ölfeldern in Sibirien. Das aserbaidshchanische Öl wurde vor Ort zu Kerosin verarbeitet und für den Export durch eine Pipeline zum georgischen Hafen Batumi geleitet.

Wo auf der ganzen Welt findet sich ein Land, in dem drei Präsidenten gleichzeitig ihre offiziellen und legitimen Ansprüche auf die höchste Macht verteidigen? Schon unter Gorbatschow haben Moskauer Geheimdienste in Baku eine Art Bürgerkrieg mit antiarmenischen Pogromen organisiert.

Die Destabilisierung der Republik begann mit der Abberufung des Ersten Sekretärs des ZK der aserbaidischen KP, G. Alijew, nach Moskau und der Entfaltung des Konfliktes mit Armenien um Nagorny-Karabach. Damals betrat der Präsident Ajas Mutalibow die politische Bühne, der nach einer Reihe von Aufständen von Abufas Eltschibei abgelöst wurde. Dieser wiederum konnte dank großzügiger Dollar- und Rubelinjektionen aus Moskau von G. Aliew gestürzt werden.

1994 leben in Aserbaidischan mittlerweile 1,5 Millionen Flüchtlinge aus dem von armenischen Truppen okkupierten Gebiet, das etwa 20 Prozent des gesamten aserbaidischen Territoriums ausmacht. Zudem hat Aserbaidischan es fertiggebracht, Rußland innerhalb der ersten zehn Monate des Jahres 1993 Waren im Wert von 130 Milliarden Rubel zu liefern, für die es ganze 65 Milliarden Rubel bekommen hat (*Iswestija*, 27. 11. 1993).

Jetzt legt der Kreml seinem Protege Alijew die Daumenschrauben an, um ihn zu zwingen, auf den bereits unterzeichneten Vertrag über den Bau einer Pipeline nach Westen durch den Iran und die Türkei zu verzichten und einer Verlegung durch russisches Territorium zuzustimmen.

Aserbaidischan unterliegt faktisch einer Blockade, weil die Züge mit besonders wertvollen Waren, die aus Rußland nach Baku fahren, auf dem Weg durch Tschetschenien regelmäßig ausgeraubt werden. Die Tschetschenen leben zur Zeit wesentlich besser als die Aserbaidischaner.

Auf Seiten der von Moskau finanzierten aserbaidischen Armee kämpfen Tausende von Afghanistan-Veteranen, türkische und russische Militärberater und Söldner aus der russischen Armee gegen die Armenier.

Die Türken können die Armenier aus ethnischen und historischen Gründen nicht leiden. Zudem sind die Türken aber auch empört darüber, daß Armenien auf seinem Territorium Stützpunkte der kurdischen Arbeiterpartei zuläßt, die auf der ganzen Welt gegen die Türkei kämpft.

Russische Soldaten und Offiziere kämpfen im Kaukasus an allen Fronten und damit gegeneinander.

Unsere Zeitungen berichten über Hunderte von Gefangennahmen und Verurteilungen russischer Söldner in Baku und Stepanakerk. Im Dezember 1993 kursierte ein Bericht über den Start einer russischen Sondermaschine mit russischen Söldnern von Iwanow nach Baku. Rußland lehnt eine Zuständigkeit ab, wenn diese Soldaten von den aserbajdschanischen Machthabern betrogen werden, sie den versprochenen Sold von 300 Dollar im Monat nicht ausbezahlt bekommen (Kampfflieger erhalten entsprechend mehr) und wenn sie fallen (natürlich wird den Familien keinerlei Pension ausbezahlt) oder in Gefangenschaft geraten (sie werden entweder verurteilt oder als Geiseln im Gefangenen austausch benützt). Rußland überschwemmt auch Armenien mit Waffen (Panzern, Flugzeugen). Armenier genießen ebenso wie Aserbajdschaner vollständige Freiheit bei der Anwerbung von Söldnern auf russischem Territorium. Die ganze armenische Diaspora in Rußland engagiert sich bei der Suche nach russischen Militärspezialisten und beim Einkauf von Waffen für Jerewan.

Auch in Georgien begann das Unglück mit der Abberufung Schewardnadses auf den Posten des Außenministers der UdSSR. Die Militärführung lernte Gorbatschow und seinen georgischen Kollegen schnell hassen. Die Geheimdienste waren geübt darin, mit lokalen politischen Größen abzurechnen: Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates kam bei einem Autounfall ums Leben, dem führenden Dissidenten des Landes widerfuhr das gleiche, ein einflußreicher Mann der Kirchenhierarchie wurde verhaftet, in einem Fall wurde die Menge auf der Straße erst provoziert und dann, eingeschlossen von Sondereinheiten für den Einsatz chemischer Waffen, vernichtet.

Die »starken« Moskauer Ministerien sanktionierten die Übergabe der Macht an Swiad Gamsachurdia, schenkten ihm Waffen, bewaffneten und organisierten gleichzeitig die gegen ihn gerichtete Opposition, die sich vor allem aus amnestierten Angehörigen krimineller Straßenbanden in Tbilisi und aus ossetischen Separatisten in Zchin-wali rekrutierte. Ganz plötzlich entschied Süd-Ossetien, aus dem Verband Georgiens auszutreten.

Schon unter Gorbatschow finanzierte der Kreml den bewaffneten Kampf der Georgier gegen die Osseten, hetzte unter Ausnutzung von Stammeskonflikten und der jahrhundertealten Auseinandersetzung zwischen West- und Ostgeorgiern die Anhänger Gamsachurdijas gegeneinander auf.

In den Tagen des Zerfalls der UdSSR Ende 1991 gewann Gamsachurdija eine weitere Runde im Bürgerkrieg um seinen Präsidentenpalast in Tbilisi. Die Moskauer Zeitschrift *Stoliza* (50/1993) wagte es, durch den Abdruck eines Artikels von Jewgeni Krutikow als erste russische Zeitschrift eine für jeden Menschen aus dem Süden augenscheinliche Realität einzugestehen: Die Flucht des vom Volk gewählten Präsidenten Georgiens, Gamsachurdia, aus dem durch Raketenbeschuß zerstörten Zentrum von Tbilisi war nicht das Ergebnis der Meuterei von T. Kitowani und D. Ioseliani, sie war vielmehr das Werk einer Spezialeinheit des militärischen Abschirmdienstes, der Spionageabteilung des transkaukasischen Wehrkreises und eines speziell zu diesem Zweck nach Tbilisi beorderten Kommandos.

Unter Jelzin hat das russische Militär seine Wühlarbeit in Georgien sogar noch verstärkt!

Auf Einladung der untereinander total verfeindeten Berufsverbrecher Kitowani und Ioseliani kehrte Schewardnadse Anfang 1992 in das höchste Amt des Landes nach Georgien zurück. Sowohl Kitowani als auch Ioseliani verfügten über eine eigene Armee, die der transkaukasische Wehrkreis, freilich nicht ganz offiziell, mit Waffen ausgerüstet hat.

Krutikow beweist, daß nach der Ankunft Schewardnadses doppelt so viele Panzer, als Georgien nach dem Abkommen von Taschkent über die Aufteilung der ehemaligen sowjetischen Armee zugestanden worden waren, aus den Einheiten der transkaukasischen Armee abgezogen wurden.

Eben diese Panzer setzte Kitowani in Abchasien ein. In direkter Folge rückten alle bewaffneten georgischen Formationen nach. Schewardnadse hatte weder eine eigene Armee noch Polizei und konnte auch keine unterhalten. Einen Anlaß für den Feldzug gegen Abchasien lieferten wieder einmal Militärs, die diesmal allerdings nicht in Tbilisi

stationiert waren. Verantwortlich waren vielmehr die direkt Moskau unterstehenden Streitkräfte im Hafengebiet der Stadt Gudauta. Offiziell wurden die in Abchasien eingesetzten militärischen Gruppierungen allerdings dem Kommando des transkaukasischen Wehrkreises entzogen.

In Abchasien kämpften 1992 bis 1993 örtliche Separatisten und Söldner aus dem Nordkaukasus, von Rußland trainiert und ausgerüstet (von General Sigutkin, Vertreter des Verteidigungsministeriums in Abchasien, und Oberst Sosnalijew, Kommandeur der nordkaukasischen Freiwilligen), gegen die georgischen Einheiten, die vollständig vom russischen Wehrkreis des Transkaukasus (von General Reut) ausgehalten werden. Wenn der abchasisch-georgische Krieg nicht Zehntausende von Opfern und Hunderttausende von Flüchtlingen hervorgebracht hätte, könnte man den Einsatz der russischen Armee auf beiden Seiten der Front einfach als ein Manöver unter vielen betrachten.

Das Finale, das mit der politischen Krise und den Prügeleien im Parlament zusammenfiel, sah dementsprechend aus. Eine russische Luftlandeeinheit aus siebenhundert ausgesuchten Halsabschneidern landete vom Meer aus in der Stadt Poti und brachte die georgischen und abchasischen Truppeneinheiten auseinander. Nebenbei räumten sie auch noch mit den gegen alle kämpfenden Anhängern Gamsa-churdias auf.

Dank der Bemühungen russischer Kommandeure sind die drei transkaukasischen Republiken zu einer formlosen Masse sich gegenseitig bekriegender Waffenhändler, Söldner, Krimineller und einfach nur hungriger Soldaten geworden, die sich seltsamerweise immer dort als erste einfinden, wo es ans Morden geht. Die Familien der russischen Offiziere leben im Transkaukasus wie im Belagerungszustand und leiden bittere Not.

Armeeführung und Kreml verbreiten unter Jelzin über die eigene Kaukasuspolitik hundertmal mehr Lügen als noch unter Gorbatschow. Russische Generäle nahmen blutige Verluste in Kauf, nur um den kommunistischen Herrschern in Georgien, Aserbaidschan, Tadschikistan und Moldawien die Macht zurückzugeben.

Wofür setzt sich die »Schwarze Geheimkanzlei« des ehemaligen Imperiums ein?

Das ist ein Zitat des tschetschenischen Generals Dschochar Dudajew. Beständig warnt er, daß es der russischen Armee in Tschetschenien nicht besser ergehen werde als in Afghanistan.

Zu recht behauptet Dudajew in einem Interview (*Sewodnja*, 11. 11. 1994), daß es in Rußland keine Schießereien, keine Bitterkeit und keine Tränen gäbe, wenn Rußland sich an eine angemessene Einschätzung und Analyse der Situation und an zivile Positionen halten würde. Das ist die schärfste Waffe der Zeit. Dudajew erinnert daran, daß alle Republiken des Kaukasus unter verschiedenen Vorwänden von Moskau mit Waffen vollgestopft wurden — einzig zur Entfesselung von Kriegen.

Der größte Fehler des Kreml ist nicht seine Ehr- und Gewissenlosigkeit, sondern seine Dummheit. Als der ehemalige Parteichef von Tschetscheno-Inguschetien, Wlassow, Innenminister der UdSSR wurde, brachte er nicht nur Offiziere des tschetschenischen Innenministeriums, sondern auch einflußreiche Persönlichkeiten der einheimischen Kriminellenszene nach Moskau. Durch Protektion wurden letztere schnell zu Herren in der Hauptstadt. Leider machte sich niemand die Mühe, die Anschuldigungen, die Andrej Sacharow öffentlich gegen den in den Kreml aufgestiegenen Paten der nordkaukasischen Mafia erhob, weiter zu verfolgen.

Man kommt allerdings nicht umhin, festzustellen, daß es einfach vorteilhaft ist, sich der Tschetschenen zu bedienen, viele Russen sind in die Reihen der tschetschenischen Mafia aufgenommen, da es einfach nicht genug Tschetschenen in Rußland gibt.

Tschetschenien verübelt Rußland nicht nur die Massendeportationen der Stalinzeit.

Das von Osseten im letzten Jahr verübte Pogrom gegen Hunderte von Inguschen, deren Vertreibung und die anhaltenden Auseinandersetzungen mit den Osseten werden gleichfalls dem Kreml zur Last gelegt.

Nord-Ossetien, ein Aufmarschplatz der russischen Armee im Nord-Kaukasus, hat sowohl im georgischen Süd-Ossetien als auch in dem den

Tschetschenen benachbarten Inguschetien das vom Kreml beabsichtigte Chaos provoziert.

Die herrschende Elite, die in Nord-Ossetien die Macht übernommen hat, gibt für die Abenteuer des eigenen und des russischen Militärs freigiebig phantastische Summen aus, die sie von Moskau bekommen hat. Wie Irina Dementjewa nachwies, kosten die Finanzspritzen für Nord-Ossetien den russischen Steuerzahler mehr als die Subventionen an Tuwa, Tatarstan, Dagestan, Kalmykien, Karelien, Burjakien, Sacha-Jakutien, Mari, Kabardino-Balkarien, Baschkor-stan, Tschetschenien, Inguschetien, Kamtschatka und Irkutsk zusammengerechnet. Wir rüsten die kleine ossetische Republik des Nord-Kaukasus derart freigiebig mit Waffen aus, daß sie zu dem mit Rüstungsgütern am besten ausgestatteten Land der ganzen Welt wird, meint Irina Dementjewa.

Im Dezember 1993 fuhr Jelzin sogar persönlich in die Region, um die Osseten mit den Inguschen zu versöhnen. Der Präsident unterschrieb einen Erlaß, dem zufolge die inguschetischen Flüchtlinge wieder an denjenigen Orten angesiedelt werden sollten, aus denen sie die Osseten zuvor vertrieben hatten. Aber all das sind hinfällige Bemühungen, weil die russische Armee auch weiterhin die Osseten und nicht die Inguschen unterstützt. Die russischen Generäle sehen im christlichen Nord-Ossetien ihren einzigen Rückhalt unter den übrigen muslimischen Völkern des Nordkaukasus. Der bewaffnete Konflikt zwischen Osseten und Inguschen ist einzig und allein vom Moskauer Militär provoziert worden, das lediglich nach einem Vorwand für die Militarisierung des Nordkaukasus und die Schaffung einer permanenten Frontlinie gegen Tschetschenien, Abchasien und Süd-Ossetien sucht. Auch den Bossen in Baku, Jerewan und Tbilisi dient die ganze Armada von Panzern und Kampfflugzeugen an den Grenzen als Form des Diktats gegenüber Rußland. »Wodurch unterscheidet sich das, was auf Befehl krimineller Politiker in Inguschetien angerichtet worden ist von Afghanistan? Nur dadurch, daß sich unsere Armee derartige Gewaltaktionen gegen die Zivilbevölkerung in Afghanistan nicht erlauben konnte«, sagte der für seine Afghanistan-Berichterstattung bekannte Fernsehreporter Michail Leschtschinski.

Warum, so fragt man sich, müssen wir in Moldawien, das Tausende Kilometer von Rußland entfernt ist, die 14. Armee auf Kosten des russischen Steuerzahlers unterhalten?

Die Sowjetmacht der sogenannten Dnjestr-Republik hält sich nur auf den Bajonetten der 14. Armee des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation. Diese Armee kämpfte offen auf Seiten der mehrheitlich russischen Bevölkerung des Dnjestr-Gebietes gegen die Bevölkerung des übrigen Moldawiens.

Sowohl unter Gorbatschow als auch unter Jelzin war Moskau jederzeit in der Lage, die sich abzeichnenden Differenzen im zunehmend nach Rumänien blickenden Moldawien auf diplomatischen Wegen oder durch ökonomische Einflußnahme beizulegen. Aber das Militär hat seine eigene Vorgehensweise. Der Kreml verfügt schließlich nicht nur über »die billigste Militärtechnik der Welt«, sondern auch über das billigste Kanonenfutter.

»Die russische Erde ist dort, wo ein russischer Soldat steht«, so lautete am 10. 9. 1993 die Schlagzeile auf der ersten Seite der Prawda.

Das ist die Überschrift des Jahres. Auf den in dieser Nummer ebenfalls abgedruckten Fotos sieht man unsere halbnackten und braungebrannten Soldaten auf Panzern in den Bergen an der tadschikisch-afghanischen Grenze.

Es gibt aber auch eine andere, ebenfalls sehr gelungene Überschrift: »Die Politik des Smokings und der Maskerade. Die zweigleisige russische Außenpolitik wurde zu einem Spiegel der russischen Revolution« (*Moskowskije nowosti*, 12. 9. 1993). Diese Bemerkung zielt darauf ab, daß »unsere Diplomatie im >Nahen Ausland< ganz offensichtlich machtlos ist, hier hat die Armee das Sagen, und hier gilt der Kommandeur der 14. Armee in der Dnjestr-Republik, General Lebed, sehr viel mehr als Außenminister Kosyrew und vielleicht sogar als Jelzin selbst.« Der Autor dieser Zeilen, Dmitri Furman, weist warnend darauf hin, daß das Schicksal der russischen Demokratie im >Nahen Ausland< entschieden werde.

Die russischen Publizisten sind sich einig darin, daß in der ehemaligen UdSSR alle Republiken mit Ausnahme Rußlands und Turkmenistans

von den Subventionen des Kreml gelebt haben. Dementsprechend würde es im Interesse der russischen Gesellschaft liegen, alle ungehindert ihrer Wege ziehen zu lassen. Einig sind sich scheinbar alle darin, daß es die imperialen Traditionen sind, die das russische Volk trotz all seiner Fähigkeiten und Kompetenzen daran hindern, erfolgreich eine neue Gesellschaft aufzubauen. Nicht einmal der zollfreie internationale Handel ist darauf angewiesen, daß Moskau auch weiterhin in alter Manier das letzte Wort bei der Besetzung von Führungspositionen in den postsowjetischen Republiken für sich in Anspruch nimmt.

Unser Militär hält immer wieder die Knochen hin, aber die Stützpunkte auf dem Territorium des GUS will es nicht hergeben. Die Militärmafia des Kreml, der seine Reichtümer in Osteuropa endgültig verloren hat, ist bitter notwendig darauf angewiesen, durch endlose Kriege den Transkaukasus und Mittelasien mit Hunger und Zerstörung zu überziehen. Das erst eröffnet dem Kreml die Chance, Waffen gegen Rauschgift, Tabak oder Medikamente gegen Gold zu tauschen. Einzig die Militärs in Moskau dürstet danach, Rußland in permanente Kriege mit allem und jedem zu verstricken.

Mein Vorschlag: Einen Rolls-Royce und eine Datscha einschließlich einer deftigen Pension für jeden sowjetischen General. Vielleicht beruhigen sich die Generäle dann, reduzieren die russische Armee auf ein vernünftiges Maß, rüsten sie effektiver aus und beschränken sich auf den Schutz Rußlands, anstatt sich in immer neue militärische Abenteuer zu stürzen.

Wenn unsere Generäle nicht endlich zur Vernunft kommen, erwartet die neun Millionen Russen, die in Mittelasien und in Kasachstan leben, ein schreckliches Schicksal. Schließlich leben auf den Trümmern der UdSSR mehr als 25 Millionen Russen und etwa 40 Millionen Nichtrussen außerhalb ihrer ethnischen Territorien. Hören wir auf den Rat des erfahrenen Politikers Zbigniew Brzezinski. Er geht davon aus, daß die Konzeption eines starken Staates, der die einzigartigen Traditionen Rußlands in sich verkörpert, nicht zu einer Wiedergeburt des Kommunismus, sondern vielmehr zu einer neuen Form des Faschismus führen wird.

In dem Versuch, die globalen Folgen einer derartigen Entwicklungsrichtung zu prognostizieren, schreibt Brzezinski, daß

Rußland in Zukunft durchaus versucht sein könnte, sich zum Führer des verelendeten Teils der Welt aufzuschwingen.

Wieviel würde uns die Finanzierung der Länder des >Nahen Auslands< kosten?

Wenn man davon ausgeht, wie teuer uns Afghanistan zu stehen gekommen ist, wird uns die Unterstützung der GUS-Partner jährlich hundert Milliarden Dollar kosten. Hierin sind sowohl Militärausgaben als auch die Rohstoffkosten, ausgehend von den Weltmarktpreisen, und die billigen Kredite inbegriffen, deren Zinsen wir niemals bekommen werden.

Unser altbewährter Afghanistan-Kämpfer Boris Gromow behauptete noch 1993 steif und fest, daß man nicht von einer Niederlage der sowjetischen Armee in Afghanistan sprechen könne.

Auch Schirinowski glänzte, so zum Beispiel als er verkündete, das russische Offizierskorps sei die Blüte der russischen Intelligenz.

Nach dem Wahlsieg von Schirinowski beschloß Andrei Kosyrew, das ihm unterstellte Außenministerium in den Dienst des Roten Banners zu stellen und der LDPR bei der Eroberung all dessen, was südlich von Rußland liegt, zu helfen. Schließlich gab es schon Ende des 19. Jahrhunderts Teilnehmer der Expedition von Nikolai Arschin, die dem russischen Zaren Alexander III. berichteten, nomadisierende Kosaken hätten einen Teil von Abessinien in Afrika eingenommen.

Selbst wenn es zwanzig Jahre dauern wird, wird in Rußland eine Bewegung für die Wiederherstellung des Imperiums heranwachsen. In diesem Zusammenhang gibt Schirinowski den Rat, »einen Krieg zwischen den Stämmen zu provozieren. (...) Dafür braucht man nicht einmal aktiv zu kämpfen, man muß sich nur jeder Einmischung enthalten. Sie werden sich schon selbst gegenseitig vernichten: Armenier und Aserbaidschaner, Türken und Armenier, Bergvölker und Türken, Afghanen und Tadschiken, Tadschiken und Usbeken und so weiter« -so Schirinowski zu einem Korrespondenten der Zeitung *Kuranty* (16. 12. 1993). Im Zuge einer derartigen Politik haben die Russen die allerbesten Chancen, nicht nur das Imperium sondern Rußland selbst zu ruinieren.

In Rußland tickt eine nukleare, chemische, ökologische und ökonomische Zeitbombe. An die Stelle des Kalten Krieges sind viele unkontrollierbare Brandherde getreten. Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Banken und Rüstung werden in schockierendem Ausmaß von kriminellen Vereinigungen kontrolliert. Das Militär gehört anscheinend dem Meistbietenden. Schlimmer hätte man es sich eigentlich nicht vorstellen können. Aber das scheint erst der Anfang. Georgi Watschnadse, Mitarbeiter der UNESCO und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, skizziert die neuen Machtverhältnisse und zeichnet ein erschreckendes Bild der Zukunft Rußlands und des möglichen Fallouts für die Welt.